Mittwoch/Donnerstag, 30./31. 5. 1984 - D * * •

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 126 - 22. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Tarifgespräch abgebrochen: Die Verhandlungen für die rund 165 000 Beschäftigten in der Druckindustrie wurden gestern ohne eine neue Terminvereinbarung abgebrochen. Während Manfred Beltz Rübelmann die erweiterte Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaft für die Arbeitgeber als „nicht verhandlungsfähig" bezeichnete, nannte IG Druck-Chef Erwin Ferlemann diesen Verhandlungspunkt als für ihn „unverzichtbar".

Umweltschutz: Die CDU/CSU-Fraktion in Bonn sieht sich nach der Anhörung namhafter Verfassungsrechtler in ihrer Skepsis gegenüber Bestrebungen gerechtfertigt, den Umweltschutz als Grundrecht in der Verfassung zu verankern. (S. 26)

Olympia: Mit ihrem Veto hat die sowjetische Delegation gestern verhindert, daß die UdSSR auf dem Treffen der 21 internationalen olympischen Sommersportverbände in Lausanne wegen ihres Boykotts der Spiele in Los Angeles verurteilt wurde. In der Abschlußerklärung wurde dann lediglich das Fernbleiben „bestimmter Nationaler Olympischer Komitees" bedauert.

RGW-Gipfel: Das seit langem erwartete Treffen der Staats- und Parteichefs der Mitglieder der Ostblock-Wirtschaftsgemeinschaft – das erste seit 13 Jahren – soll am 12. Juni in Moskau stattfinden, wurde von amtlicher sowjetischer Seite mitgeteilt.

Freie Fahrt: Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand haben bei ihrem Treffen in Rambouillet die sofortige Abschaffung der Grenzformalitäten für Reisende zwischen der Bundesrepublik und Frankreich beschlossen. (S. 5)

„Stinger" geliefert: Saudi-Arabien hat von den USA 400 Flugabwehrraketen vom Typ „Stinger" zur Verteidigung von Tankern im Golf erhalten.

Golfkrieg: Falls die Länder am Golf Hilfe brauchen, „können wir die notwendige und geeignete Infrastruktur für einen Einsatz amerikanischer Streitkräfte anbieten", sagt der Sultan von Oman in einem Gespräch mit der WELT. (S. 5)

Assad-Bruder in Moskau: Eine ranghohe syrische Delegation unter Führung von Rifaat el-Assad hält sich in Moskau auf. Die UdSSR unterstützt Irak, Syrien und Iran im Golfkrieg.

Moskaus Sicht: Als eine „lärmende Kampagne" bezeichnet die Sowjet-Presse die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie. Dort sei nur die „zweite Front" im Krieg gewesen. Eine jede andere Wertung sei eine „vorsätzliche Verzerrung" der Geschichte.

Heute: China und Großbritannien setzen Verhandlungen über Hongkong fort. – Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Samaranch, in Moskau.

WELT-Report Finanzen

Das Kreditgewerbe ist gerüstet, den Aufschwung zu finanzieren; allerdings zu höheren Zinsen als nach den letzten Rezessionen. Als Konkurrenten im Angebot von Finanzdienstleistungen an Private liegen auch andere Finanzinstitutionen auf der Lauer. Mehr darüber in einem 32seitigen farbigen Report.

WIRTSCHAFT

Eurocheques: Am 1. Januar 1985 wird die Deckungssumme von 300 auf 400 DM erhöht, beschloß die Internationale Eurocheque-Arbeitsgruppe der Banken.

Mannesmann: Drastische Einbußen vor allem im Röhrengeschäft drückten den Außenumsatz 1983 um insgesamt 15 Prozent auf 14,1 Milliarden DM. Für das laufende Jahr wird eine Verbesserung der Erträge, allerdings noch kein befriedigendes Ergebnis, erwartet. (S. 15)

Deutsche Texaco: Für 1983 wurde ein Überschuß von 69 (Vorjahr 77) Millionen DM verbucht, der allerdings ausschließlich aus der Auflösung von Preissteigerungsrücklagen stammte. Im Mineralölgeschäft gab es erneut Verluste. (S. 15)

Rekordbilanz: BMW konnte seinen Umsatz im vergangenen Jahr um 22,5 Prozent auf rund 11,5 Milliarden DM steigern. Die Autoproduktion stieg um 11,1 Prozent auf rund 421 000 Einheiten. (S. 14)

Börse: An den Aktien- und Rentenmärkten war das Geschäft schleppend. WELT-Aktienindex 148,8 (148,9). Dollarmittelkurs 2,7381 (2,7285) Mark. Goldpreis pro Feinunze 385,60 Dollar.

WELT-Serie: Invasion der Normandie

Der britische Geheimdienst war ein kriegsentscheidender Faktor im Westen. Er drang nicht nur in den deutschen Funkverkehr ein und ermöglichte so den Alliierten die absolute Beherrschung des Luftraums: Er bereitete auch das Täuschungsmanöver „Bodyguard" vor, das den Briten und Amerikanern die Invasion in der Normandie ermöglichte. Seite 4

SPORT

Fußball: Jeder Spieler von AS Rom erhält 175 000 Mark Prämie, wenn heute der Europapokal der Landesmeister gegen den FC Liverpool gewonnen wird. (S. 25)

Olympia: Die Olympischen Winterspiele dieses Jahres brachten dem jugoslawischen Austragungsort Sarajevo einen Gewinn von etwa zwölf Millionen Dollar.

AUS ALLER WELT

Spektakel: Zum letzten Mal für die nächsten zehn Jahre ist heute bei uns eine partielle Sonnenfinsternis zu beobachten. Um 19.19 Uhr beginnt der Neumond, sich vor die Sonne zu schieben. (S. 28)

Rauschgift: 8,5 Kilo Heroin im Schwarzmarktwert von 15 Millionen Mark hat die Münchner Polizei in der Nähe des Hauptbahnhofes sichergestellt. Vier Türken wurden festgenommen.

Wetter: Unverändert bewölkt mit Schauern. 12 bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Nach Christi Himmelfahrt erscheint die nächste Ausgabe der WELT am Freitag. In einigen Gebieten erscheinen Zeitungen, mit denen wir in Vertriebsgemeinschaft zusammenarbeiten, am Freitag nicht. Dort erhalten unsere Abonnenten die WELT an diesem Tag durch die Post.

Kreml: Jugend zu „Haß gegen Feinde der Heimat" erziehen

Tschernenko fordert Abwehr von Einflüssen des Westens / Armee herausgestellt

DW. **Moskau**

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat dazu aufgefordert, die Jugend in der UdSSR „zur Heimatliebe und zum Haß gegen ihre Feinde (der Heimat) zu erziehen". Der aggressive Ton der Rede Tschernenkos vor Sekretären des Jugendverbandes Komsomol erinnert politische Beobachter an die Sprache, wie sie zu Zeiten Josef Stalins üblich war. Der Kreml-Führer gab mit Kritik an der Arbeit des Jugendverbandes Komsomol zu erkennen, daß Partei- und Staatsspitze eine neue ideologische Kampagne in Gang setzen wollen.

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Der Sitzungssaal des Kreml, in dem sonst nur höchste Partei- und Staatsgremien tagen, war von der Sowjetarmee besetzt. Die Mitglieder der Parteiführung hatten sich in die hinteren Reihen des Präsidiums zurückgezogen, als Konstantin Tschernenko dem militärischen Zweig des Staatsjugendverbandes Komsomol mit dem Rotbannerorden auszeichnete. Der Kreml-Chef sprach zu Füßen einer Riege von Marschällen, Generalen und Admiralen, Verteidigungsminister Ustinow erteilte ihm das Wort.

Die aufwendige Ehrung, die von der sowjetischen Tagesschau am Abend 45 Minuten lang übertragen wurde, erhob den Komsomol der Streitkräfte demonstrativ über den zivilen Teil des Verbandes. Tschernenko kündigte die verbesserte „Führung des Komsomol durch die Partei" an und kritisierte die Organisation, weil sie den „wachsenden materiellen und geistigen Bedürfnissen der Jugend" nicht entspreche. Sie verhalte sich schablonenhaft, so daß sich „ein Teil der jungen Leute" von ihr fernhalte. Der Verband erfülle nicht die Aufgaben der Partei. Er soll die Jugend nach den Worten Tschernenkos zu Ordnung und Disziplin, aber auch zu reger Initiative führen. Zu seinen erzieherischen Aufgaben gehöre die Abwehr ideologischer Einflüsse des Westens und „kleinbürgerlicher Ansprüche", womit stets modisches Konsumdenken gemeint ist.

Eine von der „Prawda" fett hervorgehobene Passage spielte auf die Gefahr an, daß sich die junge Generation von den Parteiveteranen abwenden könnte: Die „revolutionäre Kontinuität" sei nur zu sichern, wenn die Jugendbewegung unter Führung der Partei bleibe. Aus den Worten Tschernenkos ging klar hervor, daß es dem Komsomol kaum gelingt, solche Ansprüche in die Praxis umzusetzen.

Dagegen funktioniert sein militärischer Teil offenbar sehr zufriedenstellend. Verteidigungsminister Marschall Ustinow rühmte ihn als verläßlichen Helfer der Partei und der militärischen Führung. Und Armeegeneral Jepischew, Chef der politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte, hämmerte den Leutnants und Unteroffizieren im Saal ein: „Wie nie zuvor stellt sich dem Komsomol die Aufgabe, den Soldaten ein deutliches Gefühl für die wachsende Kriegsgefahr zu vermitteln. Jederzeit müssen sie bereit sein, ihren Kampfauftrag auszuführen und eine Aggression abzuwehren."

Auf den abendlichen Bildschirmen wirkte die Veranstaltung auf sowjetische Zuschauer, als habe das Militär stellvertretend für die Partei die Herrschaft über den Jugendverband übernommen. Auch Tschernenko, dessen mühsame und stockende Artikulation seine gesundheitlichen Probleme anzeigte, verbeugte sich vor den Streitkräften: Gegenüber den „reaktionären Imperialisten, die sich nicht

■ Fortsetzung Seite 12

Bleibt Genscher doch länger FDP-Chef?

Prominente Mitglieder: Für Führungsmannschaft / „Wegkommen von Ein-Mann-Show"

DW. **Bonn**

Das FDP-Bundesvorstandsmitglied Detlef Kleinert hat den Gedanken in die Diskussion gebracht, daß Hans-Dietrich Genscher 1986 doch noch einmal für das Amt des FDP-Vorsitzenden kandidieren könnte. Im Saarländischen Rundfunk sagte Kleinert, er lehne es ab, die Rückzugserklärung Genschers mit Hintergedanken zu befrachten. Wenn aber „schließlich alle rufen" und „die Dinge sich so verändern", dann wolle er auch eine längere Amtszeit Genschers nicht ausschießen.

Die Ankündigung Genschers wird aller Voraussicht nach auch den Verlauf des am 1. Juni in Münster beginnenden Parteitages der FDP maßgeblich beeinflußen. Statt der Programmdiskussion werde es ein „Schaulaufen" der potentiellen Genscher-Nachfolger geben, befürchten FDP-Führungskreise.

Prominente FDP-Landespolitiker sprachen sich dafür aus, daß künftig die Führungsmannschaft der Freien Demokraten stärker in Erscheinung tritt. Der niedersächsische FDP-Parteivorsitzende Walter Hirche forderte seine Partei auf, „jetzt wegzukommen von dieser Ein-Mann-Show". Und zu der Verzichtsankündigung des FDP-Vorsitzenden bemerkte Hirche in der „Neuen Presse" (Hannover): „Nicht zuletzt aus den Erfahrungen rund um die Amnestie hat Genscher den Schluß ziehen müssen, daß mit den Methoden einsamer Entscheidungen die FDP sich nicht mehr zufrieden gibt."

Der hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt sagte der „Allgemeinen Zeitung" in Mainz, er hätte sich gewünscht, daß „die Breite der Führungsmannschaft" bereits in der Vergangenheit mehr an Verantwortung übernommen hätte.

SEITE 2:
Ameisenhaufen
SEITE 5:
Platz der FDP

Hirche und Gerhardt gelten, wie auch der Baden-Württemberger Jürgen Morlok und der NRW-Landesvorsitzende Jürgen Möllemann, als mögliche künftige FDP-Bundesvorsitzende.

BERNT CONRAD, **Washington**

FDP-Chef Genscher bemüht sich unterdessen, Befürchtungen auszuräumen, daß sein angekündigter Verzicht das Klima in der Bonner Koalition negativ beeinflußen könnte. Seine Absicht, in zwei Jahren nicht noch einmal für den FDP-Vorsitz zu kandidieren, habe dazu beigetragen, daß die Partei „sehr lebendig geworden ist". Dies, so meinte Genscher, der sich zur Teilnahme an der NATO-Frühjahrstagung in Washington aufhält, könne der Koalition zugute kommen. Genscher unterstützt, wie verlautete, die von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vertretene These, daß die FDP den Koalitionswechsel 1982 zwar akzeptiert, aber gefühlsmäßig noch nicht verkraftet habe. Dieses „Verkraften" soll auf dem Parteitag in Münster nachgeholt werden. Genscher benutzte die Formulierung, die Freien Demokraten würden auf dem Parteitg die Koalition mit der CDU/CSU „endgültig inhalieren".

Nach Genschers Auffassung hat das von der FDP – entgegen seinen eigenen Absichten – verhinderte Amnestiegesetz für Parteispender die Partei „zusammengebracht". Durch den jetzt angekündigten Personenwechsel an der Spitze habe die FDP den Blick nach vorn gerichtet. Darüber brauche der Koalitionspartner nicht besorgt zu sein, denn eine

● Fortsetzung Seite 12

Metall: Noch kein Durchbruch

Arbeitgeber warnen Gewerkschaft vor „Betriebsbesetzungen" / Aussperrung in Hessen

W. NEITZEL/DW. **Ludwigsburg**

Ohne Signale für eine Einigung im Konflikt um die 35-Stunden-Woche sind gestern in Ludwigsburg die regionalen Tarifverhandlungen der Metallindustrie des Bezirks Nordwürttemberg/Nordbaden fortgesetzt worden. Vertreter beider Tarifpartner äußerten sich auch gedämpft über die Möglichkeit eines baldigen Abschlusses. Auf Arbeitgeberseite spielte dabei eine große Rolle, daß – wie sie erklärten – die IG Metall in ihren „Streik-Nachrichten" die Arbeiter zu Betriebsbesetzungen aufzurufen suche.

Hans Peter Stihl, Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber, warf der Gewerkschaft vor, sämtliche Arbeitskampfregeln über Bord zu werfen. Er spielte damit auf die Vorgänge bei der Filterfabrik Knecht in Lorch an, wo 176 Beschäftigte aus Protest gegen eine Teilstillegung des Werks den Betrieb seit Montag früh „besetzt halten". Diese Aktion war von Gewerkschaftsseite als „berechtigte Notwehr der arbeitenden Menschen gegen kapitalistische Willkür" gutgeheißen worden.

IG-Metall-Bezirksleiter Ernst Eisenmann sprach gestern morgen davon, die Arbeitgeber hätten „Verhandlungstüren zugemauert statt geöffnet". In der Mittagspause sagte Eisenmann, er sei nicht optimistischer. Stihl erklärte, die Arbeitgeberseite habe in den Verhandlungen darauf hingewiesen, „daß für uns die generelle Arbeitszeitverkürzung für alle der denkbar ungeeignetste Weg ist, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen". Von Beobachtern wurde diese Äußerung im Hinblick auf frühere schärfere Formulierungen im Zusammenhang mit der Ablehnung des Einstiegs in die 35-Stunden-Woche als kleiner Lichtblick für einen Kompromißansatz betrachtet.

In Hessen werden heute insgesamt 26 300 Arbeitnehmer aus 16 Metallbetrieben ausgesperrt.

Die IG Metall als Hauptveranstalter der Großdemonstration am vergangenen Montag in Bonn wird eine „dicke Rechnung" von der Verwaltung der Bundeshauptstadt erhalten. Wie ein Sprecher der Stadt bestätigte, werden die genauen Kosten für die von den Demonstranten verursachten Schäden noch ermittelt. Die Hofgartenwiese, auf der die Gewerkschaftskundgebung stattgefunden hatte, sei von den rund 100 000 Teilnehmern zertrampelt worden. Die IG Metall hatte der Stadt Bonn vor der Demonstration 60 000 Mark Kaution gestellt.

Die IG Druck und Papier setzte gestern – parallel zu den gescheiterten Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Bad Soden – ihre Streiks bundesweit fort. Nach Gewerkschaftsangaben waren etwa 4500 Beschäftigte in 69 Betrieben zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen. Beide Seiten wollten heute weiterverhandeln.

Seite 2: Im Regen gestanden

Fernsehzuschauer werden wählerischer

DW. **Bonn**

Die Fernsehzuschauer sind 1983 offensichtlich wählerischer geworden, sie sehen insgesamt weniger fern als im Jahr 1982. Die tägliche Einschaltdauer der Fernsehgeräte, so ermittelten die Medienforscher von ARD und ZDF, ist sogar gegenüber 1982 um fünf Minuten zurückgegangen, auf durchschnittlich 179 Minuten. Vor vier Jahren betrug die Durchschnittseinschaltdauer noch 190 Minuten.

Auch die Einzel-Sehdauer der Personen, die älter sind als 14 Jahre, hat sich kontinuierlich verringert, auf 111 Minuten pro Tag im Jahr 1983. Vier Jahre vorher betrug diese tägliche durchschnittliche Sehdauer noch 122 Minuten.

Für die Medienforscher Wolfgang Darschin (ARD) und Bernward Frank (ZDF) kommen in den Nutzungswerten zwei gegenläufige Entwicklungen zum Ausdruck: nämlich die Tendenz zum wählerischen und gleichzeitig zum ausführlicheren Fernsehkonsum. Die Tendenz, sich einmal überhaupt nicht vor den Bildschirm zu setzen, also „fernsehfrei" zu nehmen, ist bei den jüngeren Zuschauern (14 bis 29 Jahre) besonders ausgeprägt, zeigt sich aber auch bei den 30- bis 49jährigen und bei der Gruppe der Fernsehteilnehmer, die das 50. Lebensalter hinter sich haben.

Die Medienforscher der öffentlich-rechtlichen Anstalten bemühen als Begründung für das insgesamt deutlich verminderte Fernsehinteresse den „Jahrhundertsommer", der die Durchschnittswerte für 1983 „erheblich beeinflußt" habe.

Die Teleskopie-Daten zeigen noch etwas anderes: 1983 verlor die ARD mit ihrem bundesweiten Programm drei Minuten Sehdauer (sie kommt auf 51 Minuten), das ZDF zwei Minuten, so daß es damit jetzt in der Zuschauergunst das Erste Programm (ARD) leicht überflügelt hat.

Allerdings haben die Dritten Fernsehprogramme der ARD-Anstalten in der durchschnittlichen Sehdauer gegenüber 1982 eine Minute gewonnen, liegen jetzt bei zwölf Minuten. Damit haben sie die Zahlen der Jahre 1979 und 1980 wieder erreicht und sind relativ stabil. Gegenüber 1979 fallen die Durchschnittsverluste von ARD und ZDF noch höher aus: Damals erzielte die ARD mit dem „Ersten" noch 55 Minuten und das ZDF 53 Minuten durchschnittliche Sehdauer.

DER KOMMENTAR

Oberton – Unterton

CARL GUSTAF STRÖHM

Wer die Erklärungen führender Politiker des Warschauer Pakts in diesen Tagen auf einen gemeinsamen Nenner bringen will, mag damit Mühe haben. Da ist der sowjetische Oberton – schrill und alarmierend wie selten zuvor. Konstantin Tschernenko fordert die sowjetischen Komsomolzen auf, den „Kampf für eine erhöhte Kampfbereitschaft" der sowjetischen Streitkräfte zu unterstützen. Die jungen Sowjetbürger sollen noch mehr als bisher die „militärisch-patriotische Erziehung" intensivieren. Sie sollen im Geiste Lenins „das militärische Handwerk richtig lernen" – und Tschernenko ruft sie schließlich dazu auf, sich „für die Liebe zur Heimat und zum Haß gegen die Feinde der Heimat" erziehen zu lassen.

Erziehung zum Haß, Kriegshandwerk, Kampfbereitschaft – schon aus diesem Vokabular ersieht man, wie heute im Kreml die Akzente verteilt sind. Die Politik des Abschottens und Verweigerns erfordert ein äußeres Feindbild – Imperialisten, Revanchisten und was sonst noch immer.

Und wenn es in Moskau schon so zugeht, dann setzt das folgsame Prag auf einen Schelmen anderthalbe: Die tschechoslowakischen Kommunisten attackieren ausgerechnet die neutralen Österreicher, den Wiener Bundeskanzler Sinowatz und seinen Außenminister Lanc, als Handlager Reagans, die nichts anderes im Sinn haben sollen, als nach den Forderungen des US-Vizepräsidenten und ehemaligen CIA-Chefs Bush die kommunistischen Länder gegeneinander zu hetzen.

Ist es bloßer Zufall, daß der tschechoslowakische Angriff gegen die neutralen Österreicher am gleichen Tag erfolgt, da der ungarische Außenminister Varkonyi zu einem offiziellen Besuch in Wien weilt? Varkonyi schlägt ganz andere Töne an als die Genossen und Verbündeten an der Moldau. Die Beziehungen zwischen dem neutralen, aber westlich-demokratischen Österreich und dem kommunistischen Warschauer-Pakt-Mitglied Ungarn seien noch nie so gut und problemlos gewesen wie heute, meint der ungarische Gast. Kein Wort über die angebliche Komplizenschaft Wiens mit Reagan, sondern im Gegenteil die Feststellung, gerade weil die internationale Lage schwierig sei, müsse man um so intensiver über die Grenzen hinweg miteinander reden.

Oberton und Untertöne – von einem monolithischen Auftreten des Sowjetblocks kann derzeit keine Rede sein. Der Fall Olympia-Boykott andererseits hat gezeigt, daß Moskau seine Interessen blockintern weiterhin sehr wohl durchzusetzen vermag, wenn und soweit man das dort für unverzichtbar hält.

Nell-Breuning: Neue Form des Klassenkampfes

DW. **Bonn**

Der katholische Sozialwissenschaftler Professor Oswald von Nell-Breuning hat seine Kritik an der Gewerkschafts-Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erneuert. Das Angebot der Arbeitsplatzbesitzer, den Arbeitslosen fünf Arbeitsstunden abzutreten, aber den Lohn dafür zu behalten, könne man nur als Hohn empfinden.

„Eine solche Haltung ist klassenkämpferisch, ausgesprochenermaßen Klassenkampf von oben, nicht nur der Produktionsmittelbesitzer gegen die von Produktionsmittelbesitz entblößten Nur-Lohnarbeiter, sondern der Klasse der Arbeitsplatzbesitzer gegen die Klasse der von Arbeitsplatzbesitz entblößten Nur-Arbeitslosen", schrieb Nell-Breuning in den „Informationen" des Erzbistums Freiburg. Der Jesuit, der auch vom DGB verschiedentlich als Ratgeber in Anspruch genommen wurde, will nicht bestreiten, daß auch die Lohnfrage zur Sprache kommen muß. „Aber Arbeitszeitverkürzung, um zusätzliche Arbeitsplätze zu erschließen, und Arbeitszeitverkürzung, um den Fortschritt der Produktivität der Arbeit zu honorieren, dürfen nicht miteinander verquickt werden", warnt der Nestor der katholischen Soziallehre. Maßstab für den Lohn kann nach seiner Auffassung immer nur die wirtschaftliche Gesamtlage sein „in ihrer ganzen Komplexität".

Den Gewerkschaften hält er vor, sie hätten sich einen Gewinn an moralischem Prestige „entgehen lassen".

Streik trifft Einzelhandel in voller Härte

DW. **Bonn**

Die Auswirkungen der Streiks treffen inzwischen auch den Einzelhandel in voller Härte. Dies zeigt eine Blitzumfrage der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. So bewegen sich die Rückgänge im Tages- wie Wochenumsatz zwischen 15 und 55 Prozent, bei den Warenhäusern zwischen 15 und 25 Prozent. Dabei spürt vor allem der Lebensmitteleinzelhandel besonders den Qualitätsrückgang beim Kaufverhalten der Kunden. Die Umfrage sagt, daß vor allem Geschäfte mit nicht lebensnotwendigem Sortiment leiden. Jetzt blieben vereinzelt die Kunden fast gänzlich weg.

In Einzelfällen haben Kaufleute nach den Angaben der Hauptgemeinschaft schon mit ihren Mitarbeitern verabredet, Teilurlaub vorzuziehen und aktuelle Aufträge zu reduzieren. Wenn sich die Streikwelle in der Bundesrepublik Deutschland über einen ganzen Monat hinzöge, könnten vereinzelt Existenzen gefährdet und damit der Verlust von Arbeitsplätzen nicht mehr ausgeschlossen werden.

Übereinstimmend beklagt der Einzelhandel den nicht aufzuholenden Umsatzverlust bei sogenannten Impulskäufen, die in manchen Branchen bis zu 30 Prozent des Umsatzes ausmachen. Die Unsicherheit der Konsumenten zeige sich weiter darin, daß es inzwischen auch Umsatzrückgänge in jenen Regionen gebe, die nicht direkt vom Streik betroffen sind, in denen aber Betriebsschließungen wegen mangelnder oder ausbleibender Zulieferungen erwartet werden müssen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ameisenhaufen

Von Herbert Kremp

Optimistische Deutungen einer verfahrenen Lage können Zweifel an der Glaubwürdigkeit oder an der Ernsthaftigkeit wecken. Wenn Hans-Dietrich Genscher unserem Korrespondenten sagt, durch die Verzichtsankündigung für 1986 sei „die Partei sehr lebendig geworden" und dies könne der Bonner Koalition zugute kommen, fragt sich der Bürger zu recht, ob hier etwa Ironie die Sprache führt. Wer in einen Ameisenhaufen sticht, macht denselben sehr lebendig. Und trefflich bemerkte der Chinese Mao in seinen besseren Tagen: „Erdball in Chaos, Lage hervorragend".

Parteiränge denken über diese Methode der „Vitalisierung" anders. Niemand glaubt an den Anbruch einer neuen Schöpfungsgeschichte der FDP. Man spricht vielmehr von einem großen Durcheinander, dem anstelle einer neuen Ordnung weiteres großes Durcheinander folgen könnte. In dem Schaulaufen der Jungtalente, das sofort nach Genschers Ankündigung einsetzte, zeichnet sich dieser Zustand schon ab. Genschers Lob der Vierzigjährigen klingt ein wenig nach 68er Verschnitt. Was davon dem Regierungsbündnis zugute kommen sollte, ist nicht erfindlich.

Wenn ein Politiker, der über Jahre Ansehnliches leistete, aber vom Hobel der Zeit nicht verschont blieb, den Hut schwenkt, spricht der Anhang gemeinhin vom „Ende der Ein-Mann-Show" und dem Morgendämmern kollektiver Führung. Das ist in allen Staatsformen so. In der Regel werden dann zunächst einmal die Sitzungen länger, die Diskussionen regelloser und die Leistungen geringer. Am Ende des Prozesses möchte man dann den Politiker, der inzwischen zum „Staatsmann" avanciert ist, wiederhaben.

Von diesem Lauf der Dinge ist die FDP nicht gefeit. Sie wird jetzt wursteln. Die Ansicht des Vorsitzenden, das gegen seinen Willen verhinderte Amnestiegesetz für Parteispender habe die Partei „zusammengebracht", klingt überschlau. Nach dieser Logik haben Verkehrsunfälle den guten Zweck, Menschen einander näher zu bringen.

Fachmann für Luxus

Von Günter Zehm

Die Erklärung der Bonner Grünen zur Ausreisewelle aus der „DDR" zeichnet sich durch ein hohes Maß an Ignoranz aus. Allein schon die Unterscheidung zwischen „echten Flüchtlingen" und „Luxusflüchtlingen" offenbart einen wahren Abgrund an Nichtwissen oder Nichtwissenwollen. Was ist ein „Luxusflüchtling"? Ein Mann oder eine Frau, sagt Grünen-Sprecher Schneider, denen es in der „DDR" ökonomisch gut gegangen sei und die es hier „noch besser" haben wollten. Auf solche „Typen" sollten wir ruhig verzichten, rät Schneider, der sich doch sonst für jeden Wirtschaftsflüchtling aus Pakistan stark macht. Weiter kann man den Zynismus kaum treiben.

Daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, hat sich offenbar noch nicht bis zu den Grünen herumgesprochen. Der Wunsch nach Bewegungsfreiheit, nach Redefreiheit, nach Menschenrecht und ungehinderter künstlerischer Betätigung – alles „Luxus" in der Optik unserer selbsternannten politischen Tugendwächter. Da klingt es dann nur noch nach schepperndem Pathos, wenn Schneider die „unruhigen Geister" drüben ermahnt, sie möchten doch gefälligst am „Prozeß der Erneuerung und des Umdenkens in der DDR" mitarbeiten.

Wie sollen sie denn „mitarbeiten" in einem Staat, in dem schon das Tragen eines Boutons mit weiß-roten polnischen „Bruderfarben" als zuchthausreife Provokation gilt? Wenn nur noch der Politknast von Cottbus oder die Abschiebe-Haftanstalt von K.-M.-Stadt als Aufenthaltsort für „unruhige Geister" in Frage kommen, wird jeder kostenlose Ratschlag vom sicheren westlichen Port aus zum blanken Hohn.

Niemand hier hat das Recht, den Landsleuten drüben vorzuschreiben, ob sie ausharren oder „fortmachen" sollen. Das innerdeutsche Ministerium nicht, die Bischöfe nicht und am allerwenigsten jene Berufsprovokateure, die selber nicht einmal eine Versammlung lang Disziplin halten können, anderen aber eine unmenschliche Disziplin fürs ganze Leben verordnen wollen – nur damit das eigene Weltbild stimmt. Und was den Luxus betrifft: Schneider kennt ihn; er und seinesgleichen leben hier von der Bonner Staatsknete recht gut.

Cum grano salzgitteris

Von Enno v. Loewenstern

Hamburg hat gewaltige Finanzprobleme, seine wirtschaftliche Entwicklung ist höchst beunruhigend, das Gerede vom Ausstieg aus der Atomenergie sorgt für zusätzliche Unruhe unter möglichen arbeitsplatzschaffenden Investoren – da ist es tröstlich, zu wissen, daß die Mehrheitsfraktion der SPD wieder einmal die Initiative ergriffen hat und etwas zum Wohle der Stadt und ihrer besorgten Bürger tun wird. Was? Ganz was tolles: die SPD-Fraktion beantragt feierlich, es möge ein hoher Senat in der Konferenz der Länderjustizminister darauf hinwirken, daß die Erfassungsstelle Salzgitter abgeschafft wird.

Die Gefahr, daß diese Stelle abgeschafft wird, ist nicht groß. Jedenfalls geht man von der Hoffnung aus, daß allen Beteiligten jenseits der moralischen Frage wenigstens die Rechtsfrage klar ist. Wer als Amtsperson Ermittlungsverfahren in Verbrechensfällen verhindert, der macht sich selber einer ganzen Latte von Taten verdächtig – Strafvereitelung, Begünstigung, Rechtsbeugung. Und hier handelt es sich um schwere Verbrechen wie Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Folter und Mord, deren Begehung durchaus strafrechtlich verfolgt wird, siehe den Fall Hanke und andere, wenn man des Täters auf dem Boden der Bundesrepublik habhaft wird.

Nicht nur sollen nach dieser Vorstellung die begangenen Verbrechen nicht mehr aufgeklärt werden, vor allem wollen die edlen Hamburger Sozialdemokraten zukünftige Morde begünstigen. Die Grenzwächter etwa, die, wie hinlänglich bekannt, aus Angst vor den Salzgitterer Erfassern doch gelegentlich in die Luft schießen, sollen ermutigt werden: knallt die Leute ruhig ab, wir sorgen schon dafür, daß euch nichts passiert. Gez.: Voscherau, Schümann, Frank Dahrendorf.

So hebt man Hamburgs Ansehen als Rechtsstaat und verschafft Kindern Unterrichtsstoff: wer heute ausgeschickt wird, Opa im Schulaufsatz zu denunzieren, weil der damals zur Partei gegangen ist, der kann sich die Suche sparen. Er braucht nur die Beflissenheit der sozialistischen Bürgerschaftsfraktion gegenüber den realsozialistischen Sicherheitspartnern zu untersuchen. Schließlich, was sind schon ein paar Morde! Aber, daß wir uns nicht mißverstehen: Spenden oder so was, das gehört gnadenlos bestraft. Wo kämen wir sonst auch hin.



„Du mit deinem VfB – wart nur, wenn Schalke kommt!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Im Regen gestanden

Von Peter Gillies

Den Beweis über etwas führen zu wollen, was es nicht gibt, ist für Großorganisationen allemal mißlich. So geriet denn auch die „Massendemonstration" von Bonn zum Zwecke allgemeiner Erhebung für die Organisatoren recht lehrreich, weil der behauptete Arbeiterzorn so flammend nicht sein kann, wenn bestellte Sonderzüge und gemietete Busse leer blieben. Realistische Schätzungen der Polizei schwanken zwischen 80 000 und 100 000 Teilnehmern, wo doch eine Viertelmillion geplant war. Mit einer Versammlung, die etwa 0,4 Prozent der Erwerbstätigen zusammenführte, ist jedenfalls der Beweis mißlungen, die Arbeiterschaft stehe geschlossen auf den Barrikaden und sehne sich nach nichts anderem als der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Dabei haben die Veranstalter keinen Trick ausgelassen, die Präsenz im Bonner Hofgarten zu steigern. Rechtzeitig wurde der unpopuläre Kampf um die 35-Stunden-Woche um bewährte Zutaten erweitert, beispielsweise die „Unternehmerwillkür der Aussperrung", eine verhaßte „Wendepolitik", vermischt mit der Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit oder die unglückliche Taktik der Koalition in Sachen Parteispenden. Auch daß es den Stempel für Bezug des Streikgeldes erst während des Transports gab, steigert normalerweise die Präsenz. Trotz dieser Bemühungen und der bekannten DKP-, KPD- sonstigen K- und Randale-Truppen blieb die Begeisterung augenfällig gedrosselt.

Wäre der Kampfesmut der Arbeitnehmerschaft tatsächlich so urwüchsig gewesen, wie die Initiatoren behaupten, hätten die Sonderzüge überfüllt sein und Abertausende von den Busbahnhöfen abgewiesen werden müssen. Stattdessen seien, so wird berichtet, die Schlangen in ärztlichen Praxen länger geworden, um ein Attest zur Vermeidung von Demonstrationen zu bekommen. So ist der „geschichtliche" Kampf auf die Unentwegten reduziert worden, die es mürrisch auf sich nahmen, für eine Fehlentscheidung ihrer Funktionäre gradezustehen.

Die Vorgeschichte der Tarifrunde 1984 stellt eine Reihe derartiger Fehleinschätzungen dar. Die entscheidende war wohl, die Frage nach den wirklichen Interessen der Arbeitnehmer nicht intensiv genug gestellt und die erhaltenen Antworten negiert zu haben. Die Belegschaften (und nicht nur die gewinnträchtiger Großbetriebe) wollen zuallererst einen möglichst sicheren Arbeitsplatz für sich, möglichst weitere sichere Arbeitsplätze für die Erwerbslosen. An zweiter Stelle steht der Lohn, weiter abgeschlagen dagegen die Wünsche nach anderem wie der Frührente. Für mehr Mitbestimmung oder den Sturz der gewählten Regierung sind allenfalls Spurenelemente von Begeisterung zu erkennen, diese auch nur bei Funktionären.

Dennoch begaben sich die Kader auf den Holzweg der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Sie wollten die Machtfrage stellen, erweisen sich jetzt aber nicht als machtvoll genug, sie auch zu beantworten. Wer es nicht wußte, spürte es doch: Ein ökonomisches Rezept, weniger zu arbeiten, aber möglichst mehr zu verdienen, vermag nicht aus einer Krise herauszuführen. Was Oswald von Nell-Breuning als „Hohn" bezeichnete, wurde auch weithin so verstanden: Es stellt ein Zerrbild von Solidarität dar, wenn die Arbeitsbesitzer zwar Arbeitszeit abgeben, den Lohn dafür aber behalten wollen.

Das revolutionäre Bewußtsein wollte sich partout nicht einstellen, obgleich IG-Druck-Vorstand Detlef Hensche dafür sorgen wollte, „daß rechtzeitig der richtige Tritt in den richtigen Körperteil kommt". Aber es ließ sich niemand treten, nicht einmal vors Schienenbein, wenn denn dieser Körperteil gemeint gewesen sein sollte. Mitglieder von demokratischen Großorganisationen sind keine Verfügungsmasse, knetbar und tretbar von ihren Funktionären.



Die Parolen und der wirkliche Wille: Funktionäre Breit, Mayr FOTO: SVEN SIMON

Trotz dieses Resonanzmangels und trotz der Gespaltenheit der Gewerkschaften sind ihnen jedoch bedenkliche Einbrüche in das Rechtsbewußtsein gelungen. Bei der IG Druck fanden sie – nach den überaus merkwürdigen Urabstimmungen – ihren Höhepunkt in der zensorischen Auswahl von Presseerzeugnissen, die leider auch von der SPD beklatscht wurde. Der Streikablauf vor vielen Werkstoren hat mit Billigung auch der IG Metall den Rechtsfrieden bedroht. Wenn sich Streikposten durch physischen und psychischen Terror, durch Kontrollen, Schikanen, durch Spießrutenlaufen für Arbeitswillige und Nötigungen anderer Art ein Sonderrecht anmaßen, darf ein Rechtsstaat nicht den Kopf in den Sand stecken.

Drohgebärden mit bundesweiten sogenannten Sympathiestreiks, die Aufforderung zu Betriebsbesetzungen und die Einstufung korrekter Verwaltungsentscheidungen als Rechtsbruch sind Auswüchse, die eigentlich unter der Würde unserer Gewerkschaftsorganisationen sein sollten. Rechtsstaatliche Trennschärfe, ohne die es freie Gewerkschaften gar nicht gäbe, ist hier herausgefordert.

Aber nehmen wir den „Marsch auf Bonn" so, wie er über die Fernsehschirme flimmerte: Viele, viele Menschen, mit 35er-Parolen behängt, das widrige Wetter nicht scheuend und sehr laut. Deuten wir einmal den tatsächlichen Tiefpunkt der Mobilisierung zu ihrem Höhepunkt um. Dann ergibt sich, daß die kämpfenden Gewerkschaften ihre Schranken kennengelernt, jedenfalls das Auseinanderklaffen von gewerkschaftlicher Raison – nämlich der Vertretung allein von Arbeitnehmerinteressen – und heutiger gewerkschaftlicher Strategie, dem Dienst am Funktionärs- und Ideologeninteresse, begriffen haben müßten. Auf diesem Erkenntnisstand müßte sich doch ein Ausweg aus vertrackter Lage finden lassen. Die bisherigen Beweise der Kampfbereitschaft reichen vollauf. Der angeblich unvermeidliche Kriegstanz wartet auf sein Schlußbild.

IM GESPRÄCH Salim Ahmed Salim

Nyereres Erbe?

Von Volker S. Stahr

Das ostafrikanische Tansania hat einen neuen Premierminister: Salim Ahmed Salim. Er folgte dem bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommenen Edward Sokoine, der als designierter Nachfolger Präsident Nyereres galt. Im Gegensatz zum Pragmatiker Sokoine gilt Salim mehr als ideologisch fixierter oder gar revolutionärer Sozialist. Jedoch hat sich der neue Premier diesen Ruf fast ausschließlich in der Außenpolitik als engagierter Sprecher der Dritten Welt erworben.

Salim, geboren am 23. Januar 1942, entstammt einer wohlhabenden arabischen Familie von der Insel Sansibar. Bereits vor dem Sturz des dortigen Sultanats 1964 (dem im gleichen Jahr die Vereinigung mit dem Festlandsteil Tanganjika zum heutigen Tansania folgte) war er in Studenten- und Jugendbewegungen sowie der Oppositionspartei UMMA hervorgetreten. Nyerere machte Salim nach dem Umsturz und der Vereinigung praktisch vom Hörsaal weg zum Botschafter. Die Vertretung in Kairo wurde dem gerade Zweiundzwanzigjährigen anvertraut. Bis 1970 sollten jene in Neu-Delhi und Peking folgen, dann wurde er Botschafter und Ständiger UNO-Delegierter in New York.

Dort trat er auf für Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt sowie gegen Rassismus und ausländischen Einfluß in Afrika und Lateinamerika. Salim brachte es zum Vorsitzenden des Entkolonialisierungsausschusses der UNO; 1979/80 präsidierte er der Vollversammlung. Als überzeugter Sozialist konnte er stets Brücken zum Westen schlagen, ohne bei den Radikalen seines Kontinents gleich als „Kollaborateur" verschrien zu sein. Trotzdem scheiterte er 1981 als afrikanischer Kompromißkandidat für das Amt des UNO-Generalsekretärs – nicht nur an amerikanischem, sondern auch an sowjetischem Widerstand. Zu dieser Zeit war er allerdings bereits zum Außenminister Tansanias aufgestiegen.



Als Dritte-Welt-Sprecher bekannt geworden: Salim FOTO: CAMERAPIX

Jetzt hat Nyerere diesen Karrierediplomaten zum neuen Premierminister ernannt. Auf den ersten Blick mutet dies überraschend an, da der international angesehene Salim praktisch über keinerlei innenpolitische Erfahrung verfügt. Soll gerade er die marode Wirtschaft Tansanias retten, die unter Experimenten eines „afrikanischen Sozialismus" leidet?

Doch es gibt noch eine andere mögliche Erklärung für diese Berufung. Nyerere will 1985 als Präsident zurücktreten und sucht derzeit nach einem geeigneten Nachfolger. Salim käme zwar für dieses Amt als Gefolgsmann Nyereres in Frage, er ist jedoch ein ausgesprochener Minderheitenvertreter als Araber und obendrein vom kleineren Unionspartner Sansibar kommend. Doch mit Protektion Nyereres würden seine Chancen steigen, zumal dann, wenn er sich die notwendige innenpolitische Erfahrung jetzt noch aneignet. Freilich mag Nyerere das warnende Beispiel Kameruns vor Augen haben und bei seinen Überlegungen an das dort einst so gepriesene Vater-Sohn-Verhältnis zwischen Ex-Präsident Ahidjo und dessen Nachfolger Biya denken.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Zum gewerkschaftlichen „Marsch auf Bonn" heißt es hier:

Auf beiden Seiten des tiefen Grabens wird inzwischen zunehmend lauter der Vorwurf erhoben, dem Gegner gehe es in diesem Tarifstreit gar nicht mehr um sozialpolitische oder wirtschaftliche Anliegen, sondern um einen nackten Machtkampf. Auch nüchterne Kommentatoren schließen den Verdacht nicht aus, daß einige radikale Gewerkschaftsfunktionäre den wenig populären Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche nur deshalb immer mehr anheizen, um die Bundesregierung gezielt zu schwächen oder gar in die Knie zu zwingen. Der Umstand, daß die SPD sich mit der Haltung der streikenden Gewerkschaft zumindest verbal solidarisch erklärt, trägt zusätzlich zum Bild eines politisch motivierten Sturmlaufs gegen die Regierung Kohl bei.

THE GUARDIAN

Das Londoner Blatt bemerkt zur Logik der IG Metall:

Diese Sorge um die Arbeitslosen wäre logischer und mitfühlender, wenn sie von der Bereitschaft begleitet wäre, eine entsprechende Lohneinbuße um ein Achtel hinzunehmen. Ohne dieses Zugeständnis werden sich die Firmen kaum zu Neueinstellungen bereitfinden, denn bei konstanter Produktivität würde das ihre Arbeitskosten einfach um ein Siebtel erhöhen.

DER BUND

Die schweizerische Industrie schaut mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf die Streikszene der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem lachenden, weil sie erstens kurzfristig zu Aufträgen kommt, die ihr unter normalen Umständen kaum zufallen würden ... Die dynamischere Betrachtung – darum auch ein weinendes Auge – fällt weit weniger vorteilhaft aus. Je länger die Streiks um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich andauern, um so mehr wird die deutsche Wirtschaft geschwächt. Der Aufschwung im für die Schweiz wichtigsten Absatzland könnte zum Erliegen kommen.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung äußert sich zum Olympia-Boykott Südjemens und der Teilnahme Rumäniens:

Es ist durchaus möglich, daß die Südjemeniten sich ihre Sportschuhe nicht leisten konnten. Rumäniens Entscheidung, teilzunehmen, ist etwas ganz anderes. Zunächst einmal haben die Rumänen einige ausgezeichnete Sportler – sie gewannen 1980 bei der Olympiade in Moskau 25 Medaillen – und diese werden den Wettbewerb bereichern. Viel wichtiger aber ist es vielleicht, daß die Weigerung, sich der Kreml-Linie und dem Veto des Sowjetblocks anzuschließen, eine besonders krasse und symbolische Geste in Richtung Moskau ist.

The Washington Post

Die Zeitung befaßt sich mit den Freiheitskämpfern, die die linksgerichtete Regierung Nicaraguas bekämpfen:

Warum dem gerade zum Präsidenten El Salvadors gewählten José Napoleon Duarte direkte militärische Hilfe gewähren, wird gefragt, wenn man nicht darauf vorbereitet ist, die Contras zu unterstützten? ... Die Vereinigten Staaten sollten nicht in Nicaragua intervenieren. Aber dies ist noch lange kein Grund, die Contras als Ganzes zu verleugnen.

Signale, und wie man sie in Washington liest

Von Genscher bis Wallmann: Geschäftigkeit und Unsicherheit / Von Thomas Kielinger

Das Treffen des NATO-Rats in Washington „begann" mit einer Falschmeldung: Außenminister Shultz, so lautete eine Agenturnachricht vom Wochenanfang, habe seinem deutschen Kollegen Genscher einen „steifen" Brief geschrieben, seine Seite möge doch nicht solchen Druck in der Sache des Schlußkommuniqués entwikkeln, vornehmlich, was den Umgang mit solchen anrüchigen Vokabeln wie „Entspannung" angehe. Bitte, dear Hans-Dietrich, etwas Zurückhaltung und Rücksichtnahme auf die unerquicklichen Erfahrungen, die die Amerikaner mit den Sowjets in den letzten zehn Jahren machen mußten.

Wer George Shultz kennt, weiß natürlich, daß es ganz und gar nicht seine Art ist, einem befreundeten Kollegen dergleichen Zurechtweisungen brieflich zuzuleiten, noch dazu zwei Tage vor einem persönlichen Treffen in Washington. Und jeder, der das diplomatische Geschäft kennt, weiß obendrein, daß sich die Minister nicht im Vorhinein über Formulierungsdetails die Köpfe raufen, während die Experten noch dabei sind, just diese Formulierungen auszuhandeln.

Einen Shultz-Brief gab es, aber er handelte freundlich von dem Übermaß an Themen, das der Minister auf die Teilnehmer zukommen sah. Ob der deutsche Kollege nicht den Tagesordnungsplan straffen helfen könne, schrieb George an Hans-Dietrich.

Nicht, was an dem Vorgang falsch berichtet wurde, muß uns hier interessieren; interessant ist vielmehr, daß von gezielter Seite wieder einmal im Topf der deutsch-amerikanischen Beziehungen gerührt wird. Es kann sein, daß auch in einer schiefen Indiskretion ein Element atmosphärischer Wahrheit liegt, das nicht dadurch an Wert verliert, daß es in die Hände erprobter Künstler der Durchstecherei geriet.

Die Wahrheit nämlich ist, daß auf der amerikanischen Seite des Atlantik viele Bonner Signale der jüngsten Zeit eher Besorgnis als Beruhigung gestiftet haben. Über den Grad der Besorgnis mag man sich streiten, nicht aber darüber, daß es sie gibt. Der deutsche Partner gibt in den USA ein Bild von sich, das zu Mißdeutungen einlädt. Welchen Vers sollen sich die Amerikaner machen, wenn sie einerseits immer wieder deutsche Beteuerungen über die Notwendigkeit stärkerer konventioneller Verteidigung hören und dann erfahren, daß beispielsweise unsere Investition in die NATO-Infrastruktur über die nächsten fünf Jahre von 10 auf 6,2 Milliarden Dollar gekürzt werden mußte? Wie reimt sich die Realität unseres Haushalts mit den Sonntagsreden über die stärkere „europäische Säule", die es auf dem Verteidigungssektor zu verankern gelte?

Realität und Anspruch. Dergleichen gilt auch für die Ost-West-Beziehungen. Die harte, entschieden auf Verweigerung geschaltete Gangart Moskaus kontrastiert mit der ins Rampenlicht gestellten Hochaktivität unserer Diplomatie, einen sichtlich verstockten Kreml an den Tisch der Kooperation zurückzuziehen. Es ist nicht die Diplomatie, die zweifelhaft erscheint – es ist die Überkompensation, die sie verrät, und vor der das eingeweihte Washington die Wahl hat, zu folgern, ob sie mit Außenminister Genschers Problemen innerhalb seiner eigenen Partei zu tun haben mag oder mit einer gewissen Labilität der westdeutschen Szene überhaupt.

Wir greifen hier nicht aus der Luft, noch auch können wir dem amerikanischen Partnern erlauben, sich zum Schiedsrichter unserer Politik aufzuwerfen. Nein, die Dinge werden von Bonn herübergetragen. Beispielsweise in der Person Walter Wallmanns, der unlängst in einem beachteten Vortrag in Washington nicht deutlich zu machen wußte, ob nun das amerikanische Publikum sich bei der gegenwärtigen Regierung in Bonn ausruhen dürfe oder nicht doch vielmehr wieder ängstlich werden sollte ob der langfristigen bedenklichen Entwicklungen, die Wallmann vorskizzierte. Wenn es mit der europäischen Einigung und der stärkeren europäischen Verteidigung nicht weitergehe, so verriet der CDU-Politiker später einem amerikanischen Frühstückspartner (Philip Geyelin), dann drohe durchaus ein Anwachsen des Neutralismus in der Bundesrepublik.

In Washington weiß man, daß Wallmann kein Außenseiter ist; man kennt auch die Unkenrufe in Kreisen der Union von der angeblich nicht mehr lange zu vermittelnden Nuklearabschreckung bis zur Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Säule zum Zweck größerer Unabhängigkeit von Washington. Für wie stabil hält sich die deutsche Politik selber, wenn sie solche Signale aussendet? Wie stabil soll Washington uns einschätzen, wenn die deutschen Probleme schon jetzt wie der künftige Destabilierungsfaktor Europas dargestellt werden? So vermehren wir unseren Einfluß weder in Moskau noch in Washington.

WIE WAR DAS?

Als die EG das Veto einführte

Von ULRICH LÜKE

Juni 1965: Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle zieht seine Vertreter aus dem EWG-Ministerrat zurück, die Politik des „leeren Stuhls" beginnt.

Anlaß für de Gaulles dramatischen Schritt: Pläne der Brüsseler EG-Kommission, der Gemeinschaft eigene Einnahmen zu geben und das Europäische Parlament an der Aufstellung des Haushalts zu beteiligen. De Gaulle ist das zuviel Supranationalität, vor allem zuviel Macht für den deutschen Kommissionspräsidenten Hallstein. Hinzu kommt: 1966 soll im Ministerrat in der Regel mit Mehrheit entschieden werden.

Ende Januar 1966 kam es dann zum Luxemburger Kompromiß der in Wirklichkeit ein „Gentlemen's Dis-Agreement" war. Die sechs EG-Mitglieder stellten fest, daß sie darin einig sind, uneinig zu sein. Man beschloß: 1. In Fragen, in denen ein Mitgliedsland „sehr wichtige Interessen" geltend macht, wird der Ministerrat versuchen, zu Lösungen zu kommen, die alle teilen können. 2. Frankreich beharrt darauf, daß es in diesen Fällen zur Einstimmigkeit kommen m u ß. 3. In der Frage, was geschieht, wenn es keine Einigung gibt, gibt es unterschiedliche Meinungen. 4. Dies hindert alle nicht daran, die Arbeiten der Gemeinschaft in vollem Umfang wiederaufzunehmen. Damit war erreicht: Die Politik des leeren Stuhls hatte ein Ende, Frankreich war kein Vetorecht konzipiert worden.

Die Furcht der Partner vor neuen Pariser Eskapaden führte jedoch dazu, daß getan wurde, als hätte Paris eben dies doch erreicht: Die Einstimmigkeit im Ministerrat wurde zur Regel – und damit der EWG-Vertrag auf den Kopf gestellt. Denn danach ist Einstimmigkeit heute im wesentlichen nur noch gefordert, wenn der Ministerrat einen Vorschlag der EG-Kommission a b l e h n e n und wenn die EG neue Politiken einführen will. Die Einstimmigkeit in den Verträgen von Rom war also – abgesehen von der Anfangsphase – gerade als Schutzinstrument gegen die Übersteigerung nationaler Interessen gedacht.

Mitterrands Ankündigung aus der letzten Woche, die Einstimmigregel im Ministerrat auf „einige wenige präzise Fälle" zu beschränken, markiert einen Schritt weg vom Veto. Aber schon 1974 hatte sich der Pariser EG-Gipfel unter der Präsidentschaft Giscard d'Estaings – wenn auch vager als Mitterrand heute – dafür ausgesprochen, die Einstimmigkeitspraxis einzuschränken. Geschehen ist bis auf einen wesentlichen Ausnahmefall nichts: Im Mai 1982 wurden die Agrarpreise mit Mehrheit festgesetzt – nicht gegen die Franzosen, *sondern gegen die Briten.*

Aber ein Jahr später – in der „feierlichen Deklaration" von Stuttgart – gaben Franzosen, Briten, Dänen, Griechen und Iren zu Protokoll, daß sie auf dem Vetorecht beharren.

Der große Führer, der große Denker, der große Kämpfer

Seine Reise geht über Moskau und Warschau nach Ost-Berlin. Gestern traf er in der „DDR" ein: Kim Il Sung, der unumschränkte Herrscher Nordkoreas.

Von FERNANDO MEZZETTI

Schön, raffiniert, Adlerblick, feierlich wie ein antiker Priester, bescheiden wie ein Modell-Arbeiter, agil wie eine Gazelle, strahlend wie die aufgehende Sonne, festlich wie ein Regenbogen, leuchtend wie ein Blitz, so ist der Präsident Kim Il Sung, der Große und geliebte Führer, der bevormundende Abgott Nordkoreas.

In jedem Augenblick und an jedem Ort des Landes ist er gegenwärtig. Alles trägt des Zeichen seiner unvergleichlichen Weisheit, seines enormen Weitblicks, seiner großen Intelligenz, seiner grenzenlosen Kultur, der Unermeßlichkeit seiner Gedanken, „tief, wie die Geschichte der Menschheit sie noch nie gekannt hat", so verkünden es mit großer Bescheidenheit die nordkoreanischen Zeitungen.

Diese Persönlichkeit ist außergewöhnlich und einmalig im Panorama der internationalen Politik. Kim Il Sung ist 72 Jahre alt und hat seit über 40 Jahren das Land im Griff. Er hat es geformt wie er es wollte, hauptsächlich besorgt, daß es nicht nur dem Besucher, sondern auch den Koreanern selbst ein Schanspiel von *Glückseligkeit darbiete.* In Korea müssen sich alle glücklich fühlen, besonders, da sie einen Führer dieses Formats haben. Nicht nur ihn, sondern auch seinen Sohn – den designierten Nachfolger –, glücklicherweise.

Die unglücklichen westlichen Leser, die durch die korrupten kapitalistischen Zeitungen stets manipulierte Informationen erhalten, könnten Meldungen zum Opfer fallen, denen zufolge der Große Führer eine monströse Geschwulst am glorreichen Hals hat. Der Wahrheit zuliebe muß man aber melden, daß auf den unzähligen Statuen, den zahllosen Porträts und Fotografien des Großen Führers in Pyongyang, nicht die Spur einer *furchtbaren Geschwulst zu finden ist.*

Einige kapitalistische Journalisten behaupten, diese Ungeheuerlichkeit am Großen Hals gesehen zu haben, als er 1982 Peking besuchte. Aber unter Verhör genommen werden diese Agenten des Kapitalismus sicherlich zugeben, daß es sich um eine große, herrliche und perfekte Warze handelt, des Großen Führers würdig.

Die politische Linie des Großen Führers ist gradlinig wie ein Pfeil. Kim Hyo Gu stellte als Vize-Direktor der Vereinigung für auswärtige Angelegenheiten fest: „Der Große Führer ist ein unermüdlicher Linienzeichner. Er zeichnet stets richtige Linien. Dank dieser seiner Linien sind wir niemals im Zick-Zack gegangen, sondern immer geradeaus. *Dank ihm,* der Linien zeichnet, werden wir immer auf dem richtigen Weg wandeln. Der Kern unserer Revolution besteht aus den Ideen des Großen Führers und des Lieben Führers (mit diesem letzten Ausdruck ist der Sohn Kim Il Sungs gemeint, Anm. d. R.). Wenn also der Große und geliebte Führer 'Vorwärts' sagt, antwortet des Volk 'Vorwärts'. Sagt er 'Eins' antwortet unser Volk 'Eins'. Niemand sagt 'Zwei' oder 'Drei'. Bei uns gibt es keine Sektierer oder Konterrevolutionäre."

Es verwundert daher niemanden, daß das Zeichen Kim Il Sungs überall in Nordkorea gegenwärtig ist. Entlang der Straßen von einem Ort des Landes zum anderen, überall wo er angehalten hat, um zu segnen, ist zum ewigen Gedenken an diesen historischen Augenblick ein Marmormonument errichtet worden. Wo immer das verherrlichte Gesäß sich niedergelassen hat, wurde ein kleines Museum eingerichtet, und der beglückte Stuhl wurde unter Glas ausgestellt. In Dörfern auf dem Lande kann man in Vitrinen den Stein sehen, auf dem einmal die historischen Backen saßen, als der Führer demokratisch mit den Genossen Bauern diskutierte.

Zigtausend Personen kommen jeden Tag, um den Geburtsort des Großen Führers zu besuchen, ein Dorf wenige Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Eine Autobahn ist eigens gebaut worden, um diese täglichen mystischen Pilgerfahrten zu erleichtern. Nach einer devoten Verbeugung vor Seinem Bild erklärt der Fremdenführer bewegt, daß in dieser Küche die Große Großmutter des Großen Führers die revolutionäre Speise für das Große Kind zu bereiten pflegte.

Vor dem Haus bewundern *die* Besucher mit innigem Glauben den Ort – heute umgrenzt von vergoldeten Ketten – wo das Große Kind manchmal saß und über das Schicksal der Welt meditierte. Mit Ekstase betrachten sie den ebenfalls mit Goldketten umzäunten Baum, auf den das Große Kind sich einmal hochhangelte, um den Regenbogen zu ergreifen.

Als Kämpfer gegen die Japaner und gegen die räuberischen Aggressoren, die sich hinter dem Zeichen der Vereinten Nationen verbargen, ist der Große Führer nicht nur ein großer Linien-Zeichner, ein begnadeter Meister der strategischen Geometrie, vor dem Euklid zu einem erbärmlichen Anfänger verblaßt.

Der Große Führer ist auch ein großer Denker, ein fruchtbarer Schriftsteller, ein erlauchter Philosoph. Er ist in der Landwirtschaft erfahren, in industrieller Planung. Alles, was in Korea geschaffen wurde, ist ihm zu verdanken, besonders aber die Phalanx der ihm zu Ehren errichteten Denkmäler.

Die ganze Welt erkennt die Größe seiner Gedanken an und schickt ihm Geschenke, die sorgfältig in einem eigens dafür gebauten Palast aufbewahrt werden: Da steht ein Gebäude mit zehn Stockwerken, ohne Fenster, mit konstanter Innentemperatur zum Schutz der kostbaren Gaben.

Viele der Geschenke, welche die ganze Welt ihm schickte, sind in Spe*zialsälen* ausgestellt: *hier Dreiräder,* kleine Fahrräder, kleine Autos aus Plastik von japanischen Bewunderern; dort das wunderbare Geschenk der Sandinisten: ein einbalsamierter Alligator, auf den Hinterbeinen aufgerichtet, die Vorderpfoten halten ein Tablett mit Gläsern und Getränken. Und dann: Kandelaber aus behauenem Stein aus Äthiopien, bunte Standarten aus Ghana. Lauter Gegenstände von großem Geschmack, die man in den raffiniertesten europäischen Geschäften vergeblich suchen würde.



Personenkult in Reinkultur: Das riesige Standbild des nordkoreanischen Parteichefs Kim Il Sung vor dem Revolutionsmuseum in Pjöngjang. FOTO: GELLWITZKI

Der Große Führer erhält nicht nur Geschenke. Er macht auch welche; und viele, gewöhnlich am 15. April jedes Jahres, an seinem Geburtstag, *dem offiziellen Nationalfeiertag.*

Zu seinem siebzigsten Geburtstag im April 1982 schenkte er den besten seiner Prätorianer dutzende Mercedes und 40 000 Schweizer Golduhren. Mit einem berühmten Schweizer Uhren-Haus gab es bei der Gelegenheit einen bedauerlichen Streit. Die Firma weigerte sich, auf dem Zifferblatt das eigene Markenzeichen durch das liebe Bild des Großen Führers zu ersetzen. Schließlich wurde ein Kompromiß geschlossen. Die Nordkoreaner verzichteten darauf, das Porträt des Großen Führers auf der Uhr anzubringen. Aber auf dem Gehäuse wurde der Schriftzug eingraviert: „Persönliches Geschenk des Großen und geliebten Führers".

Als Denker hat er der Welt die „Juche-Idee" geschenkt, ein weites und kompliziertes philosophisches System, das auf alle Existenzfragen, die seit Jahrhunderten die Menschheit ängstigen, definitiv und unwiderruflich antwortet.

Die Juche-Idee ist auf wunderbare Art in zwanzig herrlich gebundenen Bänden zusammengefaßt. In jeder nordkoreanischen Schule, gleich welcher Art und welchen Grades, von den Grundschulen über Lyzeen bis zur Universität, gibt es Votiv-Kapellen zum Studium und zur Meditation der Juche-Idee. Es versteht sich, daß die Kapelle von einem überlebensgroßen Bild des Großen Denkers beherrscht wird.

In den Kindergärten beginnen die Kleinen den Tag mit Verbeugungen vor dem Bild des Großen und geliebten Führers, zu Ehren dessen Hymnen und Lieder gesungen werden.

Die Bücher, in denen der Höchste Denker für die Ewigkeit seine Gedanken ausgedrückt hat, wurden in dutzende Sprachen übersetzt, damit die Arbeiterklasse in der ganzen Welt die erleuchteten und glänzenden Meditationen des Großen und geliebten Führers genießen und schätzen kann.

Die kapitalistische Welt versucht auf jede Art, die Verbreitung und Kenntnis der Juche-Idee zu sabotieren. Aber Kim Il Sung, in seiner grenzenlosen Großzügigkeit, kauft oft *ganze Seiten westlicher Zeitungen,* um darin Sätze seiner Weisheit zu veröffentlichen, leuchtende Gedanken, die der vom Kapitalismus ausgebeuteten Arbeiterklasse große Erleichterung bringen.

Die Worte eines armseligen bürgerlichen Journalisten genügen nicht, um zu erklären, was die Juche-Idee ist. Sie ist eine so bedeutende Sache, daß die nordkoreanischen Funktionäre, die ich nach einer Erklärung fragte, sich erregten: Die Worte blieben ihnen im Halse stecken, und es gelingt ihnen nur, ihre Freude und ihr Glück auszudrücken, daß der Große Führer ihrem Land die Juche-Idee geschenkt hat.

Um einen blassen Schimmer davon *zu erhalten, kann man sich an das* Monument wenden, das zu Ehren der Juche-Idee zum 70. Geburtstag Kim Il Sungs am 15. April 1982 errichtet wurde. Der Turm ist 170 Meter hoch, aus 25 550 Steinblöcken erbaut, die der Zahl der bis zu diesem Datum gelebten Tage des Großen Führers entsprechen. Auf der Spitze eine riesengroße Lampe in Form einer Flamme, zwanzig Meter hoch, ständig unter Strom, eine pharaonische Angelegenheit, die Pyongyang beherrscht.

Ein korrupter bourgeoiser Kapitalist, unfähig den revolutionären Geist bis auf den Grund zu verstehen, könnte denken, daß dieses pharaonische Gebilde das größte Monument für nichts sei. Aber eine solche Idee *ist gänzlich* abwegig. *Das Monument* der Juche-Idee ist vom Sohn des Großen Führers konzipiert worden. Der Sohn. Eine weitere außergewöhnliche Persönlichkeit, die weltweit Aufmerksamkeit verdient.

Der „unbekannte Soldat" mahnt und eint die USA

Amerika hat ein weiteres, vielleicht letztes, Kapitel des Vietnamkrieges abgeschlossen. Am Memorial Day bettete die Nation, an ihrer Spitze Ronald Reagan, den „unbekannten Soldaten" des Dschungelkrieges zur letzten Ruhe.

Von THOMAS KIELINGER

Den Mai haben die Amerikaner für das Gedenken an die Gefallenen der Kriege gewählt, genau genommen den letzten Montag im Mai. Memorial Day heißt der Feiertag, der die einen an die See oder sonstwie ins Freie, die anderen in die Feierlichkeit treibt. Der Kontrast könnte nicht stärker sein – das blühende, grüne Leben und die Gedenkfeiern an die toten Krieger, die „Helden" zu nennen in den USA noch allenthalben Brauch ist.

Memorial Day an diesem Montag erlebte einen seltenen Höhepunkt: die nationale Beisetzung des ersten aus Vietnam heimgekehrten „unbekannten Soldaten". Der unbekannte Soldat vergangener Kriege genießt in Arlington, dem Washington gegenüber gelegenen Soldaten-Friedhof, einen Ehrenplatz, einzeln ausgewiesen nach Weltkrieg I, Weltkrieg II, Korea.

Nur Vietnam fehlte bisher. Nicht, weil die Erinnerung an diesen ungeliebten Krieg im Wege gestanden hätte. Vielmehr hat die forensische Wissenschaft große Fortschritte gemacht im letzten Jahrzehnt, und die Gefallenen in Vietnam, auch die spät erst von den kommunistischen Behörden übergebenen Gebeine, sind alle genauestens identifiziert worden, insgesamt 58 007 Soldaten. Man findet ihre Namen eingeschrieben auf der schwarzen marmornen Gedenkmauer, die seit einem Jahr wie ein Magnet die Nation in die Hauptstadt zieht, sich zu versöhnen mit einem bitteren Kapitel der Vergangenheit.

Im Frühjahr dieses Jahres mußten die Wissenschaftler zum erstenmal ihre Forschungen und Tests am Fall eines von Vietnam ausgehändigten Toten aufgeben: Die Kunst versagte, die Identität bleibt dunkel, der „unbekannte Soldat" war gefunden. Von Guam über Hawaii, San Francisco *kam er in die Hauptstadt,* um an diesem Memorial Day beigesetzt zu werden. Einer von möglichen 2400 Kämpfern, die noch immer als vermißt gelten. Er wird die gleiche Inschrift wie seine unbekannt beigesetzten Kameraden aus früheren Kriegen erhalten: „Hier liegt in Ehre und Ruhm ein amerikanischer Soldat, im Namen nur Gott bekannt."

Die Zeremonie auf dem Arlington Friedhof, in dem großen weißen Amphitheater, wurde durch Präsident Reagans Anwesenheit auf die höchste Ebene staatlicher Repräsentanz gehoben. Wo keine Familienangehörigen auszumachen sind, muß er, der Präsident, der Oberkommandierende der Streitkräfte, am Katafalk stehen und *die vom Sarg aufgerollte Nationalfahne,* nach Beendigung der Zeremonien, in Empfang nehmen.

Reagan, in dessen Amtszeit an die 300 amerikanische GIs in ausländischen Verwicklungen – Beirut, Gre*nada – umgekommen sind,* durchstand mit der Dignität, die ihm eigen ist, das drei Stunden lange patriotische Zeremoniell. Den Tränen mehrfach nahe, skizzierte er die möglichen Profillinien dieses unbekannten Amerikaners, ehe er ihn mit dem höchsten Tapferkeitsorden, der „Medal of Honor", posthum auszeichnete.

Sämtliche Fernsehanstalten übertrugen die Stunden aus der Hauptstadt. Den Kommentatoren verschlug die Bewegtheit des Augenblicks die Sprache. Kein einziger Mißton durchschlug die Einheit der Nation, die sich in Trauer und Reminiszenz um das Ereignis scharte, innerlich wie um Versöhnung bittend. Am Denkmal der Vietnam-Gefallenen sprach General George Price, während zur gleichen Zeit Präsident Reagan seinen Appell an Hanoi richtete, die Vermißten des Krieges, „unsere Söhne", an Amerika zurückzugeben und damit „die schlimmste Wunde dieses Konflikts" zu heilen.

Den Veteranen des noch immer tief eingegrabenen Kriegserlebens dankte der Präsident für den Kampf „im Namen der Freiheit und der Menschenwürde überall". Die Worte klangen wie Trost für einen Einsatz, der als das umstrittenste militärische Abenteuer in die amerikanische Geschichte eingegangen ist; ein Krieg, wie Reagan selber zugestand, der „ohne Paraden, ohne Flaggen, ohne Dank endete". Dieser Unbekannte „sah den Horror des Krieges und wich ihm dennoch nicht aus". Nicht ausweichen wollte auch Reagan selber dieser Stunde, die ihn in jenes geistige Umfeld rückte, in dem sein Ruf – blickt man auf die kommende Wahl – am gefährdesten erscheint: Das Umfeld von Krieg und Tod, von Einsatz, der vielleicht nichts fruchtet, und von Opfern, denen das Land nicht applaudiert.

Aber der Präsident meisterte die Stunden mit untrüglicher Sicherheit für die richtigen Worte am richtigen Ort. Der „Horror des Krieges" stand in seinem Text dem stolzen Hinweis auf die Freiheit zur Seite, das Opfer neben dem Dank, die Pflicht neben der Immanenz des Einsatzes, die Beschreibung des Mutes neben der nüchternen Mahnung an jede Regierung, „*daß sie dem Volk eine Erklärung schuldet,* und daß sie nicht ohne Unterstützung des Volkes im Innern und draußen auftreten kann".

Mitten in die Metaphernwelt gestellt, die ihn in manchen Augen am bedenklichsten erscheinen lassen könnte, gab Reagan gleichzeitig das Signal politischer Vernunft und staatsmännischer Vorsicht. Der Vietnam-Krieg, wenn er denn nun als Kapitel geschlossen sein sollte, hat das politische Washington mit dem unvergeßlichen Empfinden dafür geimpft, daß keine Einsätze mehr, am allerwenigsten militärische, ohne ausreichende Beglaubigung durch die Nation durchgehalten werden können. Die große Vorsicht angesichts *der Konfliktverschärfung im* Golf, das rasche Beenden des Engagements in Libanon, sprechen eine deutliche Sprache. Und selbst in Zentralamerika führt die Erinnerung an Vietnam weiter die Regie mit.

Wie Rommels Träume von einem vereinten Europa im alliierten Bombenhagel endeten

Als Adolf Hitler von der Landung in der Normandie erfuhr, glaubte er, die alliierten Truppen „endlich" stellen und vernichten zu können. Er ahnte nicht, daß seine Informationen auf einem jahrelang vorbereiteten Täuschungsmanöver des britischen Geheimdienstes beruhten. Nicht zuletzt dieser Geheimdienst war es, der entscheidend die Kriegslage in Europa beeinflußte

Von UWE BAHNSEN



Die große Lagekarte in Eisenhowers Hauptquartier Southwick-House bei Portsmouth. Von hier aus leitete der General auch den Einsatz der alliierten Invasionstruppen in der Normandie. FOTO: DIE WELT

Nach seiner Rückkehr zum Hauptquartier der Heeresgruppe B in La Roche Guyon am Abend des 6. Juni hatte Feldmarschall Erwin Rommel sich sofort von den hohen Offizieren seines Stabes die Lage an der neuen Front vortragen lassen. Das Bild war eindeutig: Die entstandenen Brückenköpfe waren fest in alliierter Hand. Rommel nahm das deprimiert zur Kenntnis; dennoch war er zu diesem Zeitpunkt nicht völlig ohne die Hoffnung, es werde am nächsten Tag durch massierten Panzereinsatz gelingen, Eisenhowers Landungstruppen zunächst am Vormarsch zu hindern und dann an die Küste zurückzudrängen.

Im Hauptquartier des Oberbefehlshabers West, Feldmarschall Gerd von Rundstedt, hingegen beurteilte man die Chancen dafür zu diesem Zeitpunkt bereits eindeutig negativ. Der Chef des Stabes, Generalleutnant Günther Blumentritt, hat dazu nach dem Krieg erklärt, zwar sei man beim OB West in Paris auch nach dem ersten Invasionstag noch nicht sicher gewesen, ob es sich um einen Scheinangriff im großen Maßstab handele, und ob die wirkliche Invasion erst noch bevorstünde; aber: „Am späten Abend des 6. Juni wurde uns klar, daß die Invasion erfolgreich und nicht wieder gutzumachen war."

Die Unsicherheit in der deutschen Führung blieb Eisenhower und seinem Stab nicht verborgen. Am Nachmittag des 6. Juni etwa hatte die britische Funkaufklärung in Bletchley Park einen Funkspruch der deutschen Marinegruppe West aufgefangen und nach der Entschlüsselung um 18.50 Uhr an das Hauptquartier der Invasionsstreitkräfte weitergegeben, der das zur Genüge deutlich machte. Der Text: „Die Proklamation der alliierten Führung und die Gliederung der alliierten Kräfte deuten auf weitere Operationen hin, aber keine Einzelheiten über Ziele verfügbar". Ein weiterer deutscher Funkspruch, der in Bletchley Park entschlüsselt vorlag, war für die Alliierten vielleicht noch aufschlußreicher. Das Oberkommando der Luftwaffe teilte darin unmißverständlich mit, es werde als Folge der Luftangriffe auf die deutsche Treibstoffindustrie keine erhöhten Zuweisungen an die Truppe geben; die Verteidigung des Reichsgebietes habe Vorrang.

Der Oberstleutnant Hans von Luck erinnerte sich an diesem 6. Juni 1944 an ein Gespräch, das er im Frühjahr während eines Spaziergangs im Park des Schlosses in La Roche Guyon mit Rommel geführt hatte. Der Feldmarschall hatte in dieser Unterhaltung Thesen wiederholt und bekräftigt, die er diesem jungen Offizier, dem er vertraute, schon ein Jahr zuvor dargelegt hatte. Hans von Luck heute: „Rommel war mein Lehrer auf der Kriegsschule, mein Divisionskommandeur in Frankreich 1940; später hat er mich nach Afrika geholt, um eine Aufklärungsgruppe zu führen. Im Frühjahr 1943 hatte ich ihn in Bengasi aufzusuchen, wo er auf Nachschub aus der Luft wartete, nachdem die Transporte über See nicht mehr klappten. Unsere Jäger standen ohne Treibstoff am Boden. Rommel sagte zu mir: 'Wir gehen ein wenig am Flugfeld spazieren. Ich warte auf die ersten Ju-52, die Sprit bringen sollen.' Von 50 angekündigten Maschinen landeten nur fünf. Rommel war tief deprimiert, auch wütend. Er ergriff meinen Arm und meinte: 'Das ist der Anfang vom Ende'. Ich sah ihn überrascht und zweifelnd an; er begründete seine These: 'Wir haben gerade Stalingrad verloren. Jetzt werden wir Afrika verlieren, und damit hervorragende Divisionen. Der nächste Schritt wird sein, daß die Alliierten in Italien oder in Frankreich oder in beiden Ländern landen werden. Ich sehe nicht, wie wir unsere Verluste wieder ausgleichen können.'"

„Hat er Ihnen erklärt, wie er sich die weitere Entwicklung vorstellte?"

Von Luck: „Ja, und zwar sehr präzise. Er war der Meinung, noch sei es Zeit für Deutschland, einige Faustpfänder zu nutzen: 'Wir stehen noch tief in Rußland und haben auch unsere Positionen in Europa noch fest in der Hand. Erforderlich ist ein Waffenstillstand, für den wir die territorialen Faustpfänder anbieten müssen. Ich sehe die größte Gefahr für Europa aus dem Osten kommen, also von den Russen, und wenn es den westlichen Alliierten mit Deutschland nicht gelingt, irgendwie zu einem geeinten Europa zu kommen, so werden wir dieser Gefahr schwer begegnen können ...'"

Es drängt sich die Frage auf, ob der Feldmarschall so naiv war, zu glauben, die Alliierten würden mit Hitler überhaupt irgendeine Art von Vereinbarung treffen, geschweige denn über einen Waffenstillstand. Alle alliierten Verlautbarungen besagten das genaue Gegenteil. Von Luck: „Rommel war sich dessen völlig bewußt. Er erklärte mir unumwunden, die Voraussetzung für einen Waffenstillstand sei der Rücktritt Hitlers, und fügte hinzu: 'In der Juden- und in der Kirchenfrage werden wir unsere Positionen völlig zu ändern haben.' Er sehe allerdings im Augenblick nur einen Politiker, der bereit sei, sich für ein geeintes Europa einzusetzen – Churchill. Ich fand das damals sehr bemerkenswert." „Haben Sie sichere Anhaltspunkte dafür, daß Rommel diese Auffassungen, die er im Frühjahr 1943 äußerte, auch am 6. Juni 1944 noch vertrat?"

Von Luck: „Davon gehe ich aus, denn als ich ihn im Frühjahr 1944 in La Roche Guyon besuchte, hat er diese Ansichten bei unserem Spaziergang im Park des Hauptquartiers noch einmal wiederholt. Ich hatte aber den Eindruck, daß er selbst nicht bereit war und auch nichts davon hielt, Hitler durch ein Attentat oder überhaupt durch einen Staatsstreich zu beseitigen, weil er eine neue Dolchstoßlegende befürchtete." Von Lucks Antwort auf die Frage, wie Rommel sich dann die Entfernung Hitlers aus der politischen Führung des Reiches vorgestellt habe: „Er selbst wollte Hitler zum Rücktritt bewegen und glaubte, daß ihm dies angesichts seiner eigenen Popularität im In- und Ausland auch gelingen könnte."

„Halten Sie es für möglich, daß Rommels Reise nach Deutschland am 4. Juni und seine Absicht, Hitler in Berchtesgaden aufzusuchen, und zwar unter Umgehung des militärischen Dienstweges, mit solchen Überlegungen in einem Zusammenhang stand?"

„Das halte ich für sehr gut möglich, ja."

Die Invasion verhinderte Rommels Besuch auf dem „Berghof", doch sie veranlaßte den Feldmarschall wenig später zu jenem klaren und schonungslosen Brief an Hitler vom 15. Juli 1944, in dem der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B auf (seit dem 6. Juni) „rund 97 000 Mann an Verlusten, darunter 2160 Offiziere, unter ihnen 28 Generale und 354 Kommandeure" hinwies und Konsequenzen verlangte: „Die Truppe kämpft allerorts heldenmütig, jedoch der ungleiche Kampf neigt sich dem Ende entgegen. Ich muß Sie bitten, die Folgerungen aus dieser Lage unverzüglich zu ziehen." Zwei Tage später wurde Rommel bei einem Jagdbomberangriff in der Nähe von Livarot schwer verletzt – wenige Tage vor einem Attentat, das gegnerische Geheimdienste auf ihn geplant hatten.

In Hitlers Hauptquartier in Berchtesgaden hätte Rommel nach dem Beginn der Großlandung in der Normandie eine Atmosphäre vorgefunden, die durch einen bemerkenswerten Kontrast zwischen militärischen Hiobsbotschaften und Hitlers beherrschter Reaktion darauf gekennzeichnet war. Der damalige Rüstungsminister Albert Speer hat die erste der militärischen Lagebesprechungen Hitlers an diesem Tag, der zu den dramatischsten des gesamten Krieges zu rechnen ist, in der Wohnhalle des „Berghofes" auf dem Obersalzberg miterlebt und dem Verfasser drei Jahrzehnte später geschildert: „Es herrschte keinesfalls Hektik, sondern das Gegenteil. Hitler selbst konnte in solchen Situationen äußerst beherrscht sein und war das auch in dieser Besprechung. Seine Umgebung ahmte ihn darin nach." Seiner Gewohnheit folgend, war Hitler erst um drei Uhr früh schlafen gegangen. Die während der Nachtstunden bei den Führungsstäben eingegangenen Meldungen über Luftlandungen hinter der normannischen Küste, den Einflug von zahlreichen Lastenseglern und über erste Kampfhandlungen waren Hitler, da widersprüchlich und ungenau, erst nach dem Frühstück am späten Vormittag vorgelegt worden.

Die um 9.30 Uhr von der Nachrichtenagentur Reuter veröffentlichte amtliche Bestätigung der Invasion: „Alliierte Armeen landen an Nordküste Frankreichs" und präzise Meldungen sowohl der Marinegruppe West wie des Seekommandanten Normandie über Landungsoperationen und Landungsräume brachten Hitler und seine militärischen Berater, Feldmarschall Wilhelm Keitel und Generaloberst Alfred Jodl, keineswegs zu der Auffassung, dies sei die Invasion – sie bewirkten eher das Gegenteil. Die von Feldmarschall von Rundstedt in Paris mit zunehmender Dringlichkeit geforderte Freigabe der beiden Panzerdivisionen aus der „OKW-Reserve" für den Gegenangriff wurde weiter verweigert (und erst am Nachmittag genehmigt, als alles zu spät war). Dabei spielte eine gewichtige Rolle, daß auch von Rundstedt selbst keine präzise Beurteilung darüber abzugeben vermochte, ob man es mit der Invasion oder einem Scheinangriff größeren Ausmaßes zu tun habe.

Hitler selbst nahm die ersten Meldungen über die Landungen nicht etwa deprimiert, sondern im Gegenteil eher befriedigt auf; zu Feldmarschall Keitel gewandt, meinte er, die Informationen könnten „gar nicht besser sein", denn „solange die Alliierten in England waren, konnten wir sie nicht fassen. Jetzt haben wir sie endlich dort, wo wir sie schlagen können."

Welche Streitmacht allerdings „in England war" – darüber hatte Hitler Vorstellungen, die ihm der britische Geheimdienst in dem über Jahre vorbereiteten Täuschungsmanöver „Bodyguard" souffliert hatte – mit dem Ergebnis, daß die 15. Armee des Generalobersten Hans von Salmuth mit ihren 18 Divisionen nicht in die Kämpfe in der Normandie eingriff, sondern wie angenagelt am Pas de Calais blieb. Vor dem Invasionstag standen nach den Informationen, die Hitler von den eigenen Nachrichtendiensten zugegangen waren, in England 90 Divisionen und dazu sieben Luftlandedivisionen bereit zum Sprung auf den Kontinent. Es waren jedoch nur 35 und drei Luftlandedivisionen. Aus einem über viele Monate hinweg simulierten Funkverkehr, und aus ebenso sorgfältig präparierten Meldungen von Doppelagenten, die von den alliierten Geheimdiensten „umgedreht" worden waren, zogen die deutschen Führungsstäbe und mit ihnen Hitler den Schluß, im Südosten der britischen Insel stehe die „1. US-Army Group" unter dem Oberbefehl von General George Patton, um die 15. Armee anzugreifen.

„Eingebaut" in diese imaginäre Streitmacht waren einige Divisionen, die tatsächlich existierten und auch in der Normandie landeten, wo sie von der deutschen Feindaufklärung erkannt wurden. Diese wiederum stützte zum einen die Glaubwürdigkeit der Doppelagenten, die die Existenz dieser US-Armee gemeldet hatten, und nährte zudem den Argwohn der deutschen Führung, die Landung in der Normandie sei eben doch nur ein Ablenkungsangriff. Dabei bedurfte die Tatsache, daß diese Verbände nun doch an der Invasionsfront eingesetzt worden waren, natürlich einer Erklärung. Sie wurde von den „Bodyguard"-Strategen auch geliefert – und erreichte das deutsche Oberkommando: Der Einsatz dieser Divisionen sei notwendig geworden, weil der deutsche Widerstand an der Invasionsfront härter gewesen sei, als die alliierte Führung angenommen habe.

Gesteuert wurde dieses gigantische Manöver von der Gruppe London Controlling Section (LCS), die dabei mit einer bestimmten Abteilung des britischen Geheimdienstes MI 5 zusammenarbeitete. Ohne „Ultra", die systematische und in der Regel schnelle Entzifferung der deutschen Funksprüche in Bletchley Park, wäre das Spiel so nicht möglich gewesen, und ohne „Ultra" hätte Eisenhower auch zwei weitere Voraussetzungen für die erfolgreiche Invasion nicht vorgefunden – die Seeherrschaft und die absolute Luftüberlegenheit der Alliierten.

Die nahezu völlige Ausschaltung der Luftwaffe war das Ergebnis systematischer Bombardierungen von Flugplätzen und Treibstoffwerken, die jeweils dann erneut angegriffen wurden, wenn die Schäden des vorhergehenden Angriffs gerade eben, wenn auch notdürftig, behoben waren. „Ultra" lieferte den Luftwaffenstäben der Alliierten dazu Informationen aus der Funküberwachung, die insgesamt gesehen wichtiger waren als die Luftbildaufklärung. Das Ergebnis war, daß die deutsche Luftwaffe am Invasionstag 319 Einsätze über Frankreich flog, die Alliierten aber fast 10 600. Auch die Pläne der deutschen Marineführung, die alliierte Invasionsflotte am Tag der Landung mit 40 der besten deutschen U-Boote anzugreifen, entschlüsselte Bletchley Park – mit der Folge, daß die Alliierten das bedrohte Gebiet mit U-Jagd-Gruppen absicherten und für eine lückenlose Luftüberwachung sorgen konnten. General Dwight D. Eisenhower wußte, wovon er schrieb, als er nach Kriegsende, im Juli 1945, dem Chef von Bletchley Park, Generalmajor Sir Stewart Menzies, für die „von Ihnen vor und während des Feldzugs gelieferten Feindnachrichten" dankte, die „für mich von unbezahlbarem Wert gewesen sind".

Am Freitag in der WELT:
Als erster deutscher Luftwaffenpilot sichtete der heutige WELT-Korrespondent und damalige Oberleutnant Adalbert Bärwolf am Morgen des 6. Juni 1944 die Invasionsflotte vor der Orne-Mündung. Sein Augenzeugenbericht korrigiert die Aussagen von Generalstabschef Speidel.

Kohl und Mitterrand schaffen die Formalitäten an der Grenze ab

Konsultationen über US-Einsatz am Golf vereinbart / „Vergangenheit begraben“

A. GRAF KAGENECK, Paris

Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand haben auf dem 43. deutsch-französischen Gipfel im Schloß von Rambouillet bei Paris die Abschaffung der Grenzformalitäten für Reisende, nicht für den Frachtverkehr, zwischen der Bundesrepublik und Frankreich beschlossen. Der Beschluß gilt ab sofort, die Durchführungsbestimmungen müssen aber noch ausgearbeitet werden, so daß er erst in einigen Wochen effektiv werden kann. Ebenfalls in Rambouillet beschlossen Mitterrand und Kohl, sich bei „eventuellen oder tatsächlichen Initiativen der Vereinigten Staaten“ am Persischen Golf zu konsultieren. Den Golfkrieg nannte Mitterrand einen der „bedeutendsten dieser Zeit“.

Mitterrand leitete die Pressekonferenz mit dem Wunsch ein, einiges zu den Gerüchten zu sagen, der deutsche Bundeskanzler habe an den Alliierten Erinnerungsfeiern zur Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 eingeladen werden wollen. Sowohl Mitterrand wie Kohl dementierten dies entschieden. Präsident Mitterrand sagte, daß die deutsch-französische Freundschaft heute wichtiger sei als die Vergangenheit. Zu diesem Zwecke habe er mit dem Bundeskanzler beschlossen, sich zu einem gemeinsamen Erinnern an die Toten beider Länder Ende September in Verdun wiederzufinden und bei dieser Gelegenheit endgültig die Vergangenheit zu begraben und nur noch nach vorne auf das geeinte Europa zu schauen. Der Bundeskanzler fügte hinzu, daß Verdun in der Tat der geeignete Ort für eine solche Gedenkfeier sei. Beide bekräftigten noch einmal, daß die deutsch-französische Freundschaft heute unüberwindbar und unzerstörbar sei und das wichtigste Element zur Einigung Europas.

Was die eigentlichen Gesprächsthemen der Konferenz anging, so erwähnte der französische Staatspräsident die Themen Europa und seine Entwicklung, die Vorbereitung und die Folgen des Europäischen Rates, der Ende Juni in Fontainebleau bei Paris zusammentreten soll sowie den Weltwirtschaftsgipfel in London. Dieser Wirtschaftsgipfel werde sich ebenfalls mit den Themen Ost-West und Entwicklung der Dritten Welt beschäftigen. Ausgiebig habe er mit dem Bundeskanzler die Konflikte in der Golf-Region besprochen. Ein weiteres Thema seien die Entwicklung der amerikanischen Zinsen und das Budget der Europäischen Gemeinschaft gewesen. Weder der Bundeskanzler noch der Präsident erwähnten dabei ausdrücklich Großbritannien.

Kohl und Mitterrand feierten die guten Fortschritte in den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Als Beispiel führte der Staatspräsident auf, daß etwa 120 Normen auf beiden Seiten, die bisher den Handelsaustausch erschwert hätten, durch gemeinsame Vereinbarungen abgeschafft worden seien, bzw. von beiden Industrien nun übernommen würden. Besonders die deutsche Industrie habe dabei einen Beitrag zur Einigung geleistet.

Auch über Verteidigung und Sicherheit wurde gesprochen. Der Staatspräsident erwähnte dabei ausdrücklich den Elysee-Vertrag von 1963, der in einer seiner Klauseln eine enge deutsch-französische Abstimmung auf dem Gebiet der Verteidigung vorsieht, die bisher aber nie angewandt worden war. Ein Zeichen für die enge französisch-deutsche Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet sei der Beschluß, einen gemeinsamen Kampf- und Panzerabwehr-Hubschrauber zu entwickeln. Zu diesem Zwecke hatten die beiden Verteidigungsminister Wörner und Hernu vorher ein Abkommen feierlich vor der Presse im selben Saal unterschrieben. Außerdem soll es in Zukunft mehr als bisher gemeinsame militärische Manöver geben

Auch die industrielle Forschung soll vorangetrieben werden. Beide Regierungen wollen demnächst ein Forum über die Zusammenarbeit in der Elektronik und Informatik veranstalten. Auch will man enger auf dem Gebiete des Umweltschutzes und im Kampf gegen das Waldsterben zusammenarbeiten, wozu Mitterrand bemerkte: „Hierfür gibt es keine Grenze.“ Beide Regierungen wollen die Verbreitung von bleifreiem Benzin fördern.

„Platz der FDP liegt in der Mitte“

Die scheidende Generalsekretärin zieht in einem WELT-Gespräch Bilanz

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die FDP hat sich seit dem Ende des sozial-liberalen Bündnisses nach den Worten ihrer Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer weder nach „rechts“ hin noch zu einer „Wirtschaftspartei“ entwickelt. Irmgard Adam-Schwaetzer, die als einzige weibliche FDP-Bundestagsabgeordnete von Anfang an die „Wende“ mit verteidigt und damals ihren aus Protest über den Kurswechsel zur SPD übergewechselten Vorgänger Günter Verheugen abgelöst hatte, meinte gestern, viele hätten den Liberalen 1982 den Rat gegeben, sie sollten sich „irgendwo rechts von der CDU ansiedeln“. Dazu sagte die 42jährige, die auf dem Münsteraner Parteitag am Wochenende sich nicht zur Wiederwahl stellen wird: „Das ist kein Platz für die Freien Demokraten. Der liegt immer in der MItte des Parteienspektrums.“

Sie betonte in einem WELT-Gespräch rückblickend auf ihre 19monatige Amtszeit, die FDP sei die Partei freiheitlicher Ideen und Politik sowie des Rechtsstaats. Gerade die Diskussion der letzten Wochen habe bewiesen, „daß wir diesen Platz ausfüllen“.

Alle FDP-Generalsekretäre der letzten Zeit hätten sich, wie es auch bereits ihr Nachfolger Helmut Haussmann angekündigt hat, in erster Linie als „politische Generalsekretäre“ verstanden. Dies sei notwendig, weil es darum gehe, die Politik der Liberalen mitzuformulieren und sie zwischen Führung und Basis „durchsichtig“ zu machen. Allerdings geht sie davon aus, daß jetzt nach dem Ende der Amnestie-Debatte beide Seiten „wieder sehr viel mehr Sensibilität“ entwickeln. So sei es „gut“, wenn auf dem Parteitag unter die Mißverständnisse und Fehleinschätzungen der letzten Wochen ein „Schlußstrich“ gezogen werde. Irmgard Adam-Schwaetzer ist sich „sicher“, daß das in sehr fairer und sachlicher Weise geschehen werde. Damit werde dann auch der „Grundstein“ für eine erneute gute Zusammenarbeit innerhalb der Führungsspitze und mit der Basis gelegt.

Trotz der Ankündigung von Hans-Dietrich Genscher, nur noch bis 1986 als Parteichef zur Verfügung zu stehen, sieht sie keine Führungs-, Richtungs- oder Flügelkämpfe. Die „Wende-Diskussion“ sei abgeschlossen. Nun müsse „ein einheitliches Profil der FDP aus Programmfunktion und Personen“ erarbeitet werden.

Weiter meinte Irmgard Adam-Schwaetzer, nach deren Worten Generalsekretär und FDP-Chef wegen dessen alleinigem Vorschlagsrecht „in einem ganz besonderen Verhältnis zueinander“ stehen, zur Bewältigung der Zukunft sei eine Strategie zu entwickeln, mit der die FDP die nächsten wichtigen Wahlen erfolgreich bestehen kann. Das müsse „in enger Zusammenarbeit der gesamten Führungsgruppe“ geschehen. Es müsse auch „inhaltlich und personell“ das für die Bundestagswahlen 1987 Notwendige geordnet werden.

Wellington schaffte es auch nicht allein

WELT-Gespräch mit dem Sultan von Oman / Zuverlässige Stütze des Westens an der Straße von Hormus

Von JÜRGEN LIMINSKI

Der Sultan von Oman, Kabus bin Said al Said, arbeitet, anders als manche Potentaten am Persischen Golf, hart und viel. Und wenn er sich entspannt, hört er mit Vorliebe Mozart, Brahms, Haydn und Bach.

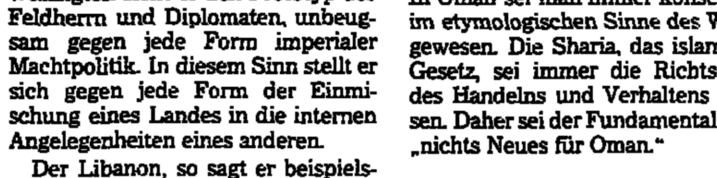
Sein Protokollchef bittet Besucher aus demokratischen Ländern, sie mögen doch wenigstens zu Beginn des Gesprächs einmal „Seine Majestät“ sagen. Es fällt nicht schwer. Das leicht luxuriös, aber streng funktional eingerichtete Palastbüro vermittelt den Eindruck von Herrschaftlichkeit wie es die Engländer lieben. „HM“ (für „his majesty“) wie die Briten in Oman den Sultan mit einem Schuß Respekt auch untereinander nennen, erinnert an biographische Beschreibungen von Omar, dem zweiten Kalifen (634–644). Von diesem Herrscher heißt es, er sei gerecht, einfach, tüchtig und zuverlässig gewesen.

Sultan Kabus überschätzt die Möglichkeiten seines Landes nicht. Eine indirekte Blockade der Straße von Hormuz, deren Schiffahrtswege im Territorialgewässer Omans liegen, hält er nicht für unwahrscheinlich, die iranischen Drohungen seien ernst zu nehmen. „Sollte es geschehen, wird der Golfrat darüber beraten und die notwendigen Schritte zur Aufhebung der Blockade unternehmen.“ In dem vor drei Jahren gegründeten Rat der Golfstaaten (Kuwait, Saudi-Arabien, Oman, Qatar, Vereinigte Arabische Emirate und Bahrein) gewinnt das Sultanat zunehmend an Gewicht, auch wenn der große saudische Bruder bislang noch die Politik des Rates überschattet.

Wie zu Zeiten der Zaren

Eine Blockade würde alle Anrainerstaaten treffen. Die Gefahr sei seit langem erkannt und habe zu einem Ausbau der regionalen Verteidigungsfähigkeiten geführt. Um keine Unruhe im Land aufkommen zu lassen, und vor allem für ausländische Mächte keine Zielscheibe abzugeben, hat das Sultanat dieser Tage alle vor seiner Küste ankernden Tanker angewiesen, die omanischen Gewässer zu verlassen. Auch hat es die Straße von Hormuz und die ihr vorgelagerte Halbinsel Musandam zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Niemand soll durch Flüge oder viel Aktivität provoziert werden.

Die größere, weil beständigere Gefahr für die Region sieht der Sultan jedoch in der „sowjetischen Expansionspolitik“. Sie ändere von Zeit zu Zeit die Art und Weise ihres Vorgehens, nicht die Ziele. „Immer noch stehen sie in Afghanistan. Und immer noch wollen sie wie zu den Zeiten der Zaren die Küsten der warmen Meere erreichen.“ In diesem Sinn sei der Golf „eine strategische Region dieser Welt“. Die militärische Präsenz der Sowjets in Afghanistan, sozusagen fast am anderen Ufer, verleihe den Ereignissen am Golf „globale Dringlichkeit“.

Diplomat und Feldherr: Sultan Kabus bin Said al Said
FOTO: JOHN LAWRENCE

Dennoch lehnt der Sultan die Errichtung von US-Stützpunkten auf omanischem Territorium ab. „Nie“, sagt er kategorisch. Im Ernstfall würde er den Amerikanern freilich, so räumt er ein, die logistisch notwendige Infrastruktur für einen Einsatz zur Verfügung stellen. „Die sowjetischen Aktivitäten im Indischen Ozean haben beträchtlich zugenommen. Dem muß ein abschreckendes Gleichgewicht gegenübergestellt werden, um das Risiko eines Konflikts in der Region zu verringern. Es ist kein Geheimnis: Wir haben mit unseren Freunden in Amerika über die Möglichkeiten und Umstände eines Ernstfalls, den Gott verhüten möge, gesprochen. Wenn die Region Hilfe braucht, können wir die notwendige und geeignete Infrastruktur für einen Einsatz amerikanischer Streitkräfte anbieten.“

Kabus kennt den sowjetischen Expansionismus aus eigener Anschauung. Anfang der siebziger Jahre mußte er eine von prosowjetischen Nachbarstaaten und Moskau unterstützte „marxistische Befreiungsbewegung“ im Süden des Landes niederschlagen. Dabei konnte seine Armee wertvolle Erfahrungen für den Kampf gegen Untergrund und Terrorismus sammeln. Diese Kriegserfahrung machte sie nach Einschätzung westlicher Sicherheitsexperten zu einer der schlagkräftigsten Truppen am Golf.

Das historische Vorbild des Sultans ist der Herzog von Wellington. Dessen Kraft reichte bei Waterloo allein nicht aus. Es bedurfte der Preußen, um Napoleon zu schlagen. In Wellington sieht er den Prototyp des Feldherrn und Diplomaten, unbeugsam gegen jede Form imperialer Machtpolitik. In diesem Sinn stellt er sich gegen jede Form der Einmischung eines Landes in die internen Angelegenheiten eines anderen.

Der Libanon, so sagt er beispielsweise, „sollte seine Probleme allein lösen. Die Libanesen sind dazu fähig. Voraussetzung ist, daß alle Besatzungstruppen das Land verlassen.“ „Alle,“ wiederholt er auf die Nachfrage, „auch die syrischen“. Solcher Freimut ist selbst im fernen Europa selten. So mancher, auch konservativer Politiker verfällt in verschlungene Arabesken, wenn es darum geht, die in der Republik Libanon stationierten syrischen Truppen als das zu bezeichnen was sie in Wirklichkeit sind: Besatzungstruppen.

Kabus pflegt keine amerikanischen oder arabischen Illusionen. Seine Politik ist schnörkellos realistisch, ausgerichtet an den nationalen Interessen seines Landes und den Gesamtinteressen des Westens. Deshalb hält er auch das Vertragswerk von Camp David keineswegs für überholt. „Camp David hat gezeigt, daß man mit den Israelis Frieden schließen kann.“ Der Prozeß müsse weitergehen. Die Palästinenserfrage, die zum Vertragswerk gehöre, sei noch nicht gelöst.

Der heute 43jährige Sultan ist seit dreizehn Jahren an der Spitze der arabischen Mittelmacht zwischen Persischem Golf und Indischem Ozean. Als er die Nachfolge seines Vaters antrat, gab es gerade zehn Kilometer asphaltierte Straßen, heute sind es fast viertausend, gab es drei Schulen, heute zählt das Sultanat rund fünfhundert, gab es ein Krankenhaus, heute gibt es fünfzehn moderne Krankenhäuser und Kliniken. Das Land fördert etwa 400 000 Barrel Öl pro Tag. Das ist nicht viel und der Sultan verläßt sich auch mehr auf die anderen Reichtümer des Landes, vor allem Fisch. Die gesunde Entwicklung des Landes liegt ihm am Herzen. Die Revolution in Iran ist ihm eine Lehre. Er war mit dem verstorbenen Schah persönlich befreundet.

Gefährdet ist sein Land im Innern nicht. Es gehört zu den politisch stabilsten im Mittleren Orient. Zum revolutionären Ferment des religiösen Fundamentalismus hat er seine eigene Ansicht: „Der Fundamentalismus kommt in jeder Religion vor. Manchmal wird er verherrlicht und zwar besonders dann, wenn ein Volk auf der Suche nach geistigen Werten ist. In der islamischen Welt gibt es verschiedene Glaubensrichtungen. Überall da, wo die Religion immer praktiziert wurde und nicht nur zur sozialen Gewohnheit degenerierte, ist der Fundamentalismus ungefährlich. Wenn aber ein Volk die Religion seiner Väter vergißt oder vernachlässigt, dann kann es zu Turbulenzen kommen, wenn Tradition und Glaube ihre Ansprüche wieder geltend machen.“ In Oman sei man immer konservativ im etymologischen Sinne des Wortes gewesen. Die Sharia, das islamische Gesetz, sei immer die Richtschnur des Handelns und Verhaltens gewesen. Daher sei der Fundamentalismus „nichts Neues für Oman.“

Spuren von Sandhurst

Die Omanis folgen der Doktrin des Predigers Abdallah ibn Ibadh (um 680), dessen Lehre heute sonst nur noch in Nordafrika Anhänger in größeren Gemeinden hat. Sie zeichnet sich durch altislamische Toleranz und Fair-play gegenüber Andersgläubigen und durch Treue zu den Überlieferungen der Väter und den Vorschriften des Propheten aus. „Wir können nicht verlangen, im nichtislamischen Ausland unsere Religion praktizieren zu dürfen und gleichzeitig bei uns solche Wünsche nicht respektieren.“

Der Sultan spricht mit Bedacht, fast jedes Wort wägt er sorgsam ab. Er ist ein Diplomat und Feldherr britischen Einschlags. Die Militärakademie von Sandhurst hat Spuren hinterlassen. Vielleicht hat er dort, in Gedanken über Wellington, den Willen zu nationaler Unabhängigkeit, gepaart mit prowestlichem Pragmatismus, in seine Politik vererzt. Einem Lawrence von Arabien oder panarabischen Seelenverkäufern wie Nasser oder Assad wird der Sultan von Oman jedenfalls nicht Folge leisten.

Weitere politische Beiträge auf Seite 26

Zombies, die Kinder und der Jugendschutz

Keine Rezepte gegen die Gewaltdarstellung auf Videos

SUSANNE PLÜCK, **Bonn**

Schon wenn der erste Kannibale den ersten Bauch aufschlitzt, das Blut spritzt, die Eingeweide quellen, wenn der erste Arm abgesägt und die erste Zombie-Visage zermalmt wird, verläßt mancher angewidert die Filmvorführung. Voll guter Vorsätze, die Faszination am Video-Horror begreifen zu lernen, die Scharen der jüngeren Generation übermannt hat, fanden sich kürzlich einige Dutzend besorgter Erwachsener in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach ein. „Kannibalismus im Wohnzimmer – was ist unter dem Aspekt des Jugendschutzes zu tun?" lautete das Thema.

Seit im vergangenen Jahr die Bonner Regierung den Entwurf für ein neues Jugendschutzgesetz und verschärfte Strafbestimmungen im Bundestag eingebracht hat, sich Presse und Fersehen des Reizthemas angenommen haben, verbreitet sich in der Öffentlichkeit langsam ein „Bewußtsein" über das mittlerweile weitverbreitete Freizeitvergnügen.

Laut Statistik des Deutschen Videoinstituts in Berlin waren im vergangenen Jahr 42 Prozent der 5000 bis 6000 verfügbaren Videokassetten den Inhalten Horror, Krieg, Action zuzurechnen. (Pornofilme werden in den Statistiken nicht erfaßt.) In annähernd 6000 Videotheken können sie zu Stückpreisen von fünf Mark bis 50 Pfennig pro Tag ausgeliehen werden.

Nach Umsatzangaben der Branche – den einzig verfügbaren – hatten Gewalt- und Sexfilme dabei weitaus die höchsten Ausleihraten. Von Video-Verleihern ist auch zu hören, daß solche Kassetten den stärksten Anklang in „niedrigeren" Schichten finden. Vereinzelte Untersuchungen in Schulklassen bestätigen dies.

Ernüchterung

Aufgeschreckte Elternvertreter, ratlose Lehrer, Heilpraktiker, Medienpädagogen und abgebrühte Jugendschützer – bewegt von der Frage nach den Folgen des Dauerkonsums filmischer Gewalt – versuchten, den Ursachen der Video-Woge nachzuspüren und Möglichkeiten der Abhilfe zu erörtern. Letzteres – das sei gleich eingangs gesagt – wurde in Gummersbach nicht geleistet. Ernüchtert gingen all diejenigen nach Hause, die mit der Erwartung gekommen waren, Rezepte gegen die „jugendverderbende Volksseuche" und attraktive Alternativen mit nach Hause zu nehmen.

Zunächst gibt es keine wissenschaftliche Untersuchung, die unbestritten die Wirkung des Gewalt-Konsums auf dem Bildschirm nachzuweisen vermöchte: sei es nun eine kathartische, stimulierende oder abstumpfende. Immerhin ist der Wunsch verständlich, potentiellen Auswirkungen durch vorbeugende Maßnahmen zuvorkommen zu wollen. Daß dem Phänomen mit Hilfe der Verschärfung bestehender Gesetze beizukommen sei, wird vielerorts bezweifelt.

Denn ein Grundproblem ist zweifellos, daß der Staat den Eltern nicht ins Erziehungsrecht hineinpfuschen kann. Führen sich doch viele Erwachsene die Menschenfresser-Machwerke selbst genußvoll zu Gemüte und finden nicht das mindeste dabei, auch ihren Nachwuchs damit bei Laune zu halten.

Der Leiter der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (unter die auch Videokassetten fallen), Rudolf Stefen, möchte statt neuer Gesetze lieber die bestehenden strikt angewendet wissen.

Verbote locken

Doch auch die Wirksamkeit der perfektesten Kontrolle wurde von Medienpädagogen und Jugendschützern bezweifelt: locke doch gerade Verbotenes am meisten – nach dem Motto: „Hochbrisant, weil auf dem Index!" Und notfalls liehen eben die Eltern für die Kinder aus. Der gutgemeinte Vorschlag, durch Aufklärung und Gespräche die Betroffenen von ihren Vorlieben abzubringen, so wurde man desillusioniert, gehe an den eigentlichen Motiven vorbei. Wer sich Horror anschaue, suche gerade nicht Rationalisierung, sondern den Nervenkitzel.

Viel rhetorische Brillanz wurde auf die Benennung der gesellschaftlichen Ursachen des geschmähten Fehlverhaltens verwandt: Der Zwang der reglementierten Industriegesellschaft zu ständiger Selbstkontrolle der Menschen, Disziplinierung der natürlichen Affekte und Zwang zur Befolgung vorgegebener Normen und Verhaltensweisen führe zu emotionalen Entwicklungsdefiziten und sei Hauptgrund für die Lust der Jugend am Kannibalenrausch.

Da das legitime Bedürfnis nach Risiko, Abenteuer und nicht von Erwachsenen vorgeplanten Erlebnissen, nach Engagement und Eigenverantwortung in einer rundherum versicherten, verwalteten Welt für viele nicht ausreichend auszuleben sei, suchten sie Ersatz im passiven Konsum von Gewalt auf dem Bildschirm.

„Erlebnispädagogik", meinte ein Medienpädagoge, sei das Gebot der Stunde. Bedauerlicherweise konnte er jedoch nicht konkret werden.

„Freiräume für Kreativität schaffen, persönliche Begegnung fördern, Selbstverwirklichung und Identitätsfindung ermöglichen": dies waren die – inzwischen aber doch sattsam bekannten – Leerformeln, die zu füllen sich niemand in der Lage sah.

Letztlich blieb die Kapitulation vor der Horrorwelle. Ähnlich „unabwendbar" sind schon Fernseh-, Comic-, Alkohol-, Drogen, Pornowelle, Punker und Sekten über uns hinweggeschwappt, ohne daß man ihrer Herr geworden wäre.

„Ich will die Stadt als eine Einheit erhalten"

DW. **Bonn**

Was wird aus Berlin? Bei aller Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Aspekte kann diese Frage nicht ohne Beachtung des äußeren Bildes der Stadt, ihrer baulichen und planerischen Ausgestaltung beantwortet werden. Baufragen sind zu exemplarischen und elementaren Fragen der Lebenskraft, des Lebenswillens und des Selbstverständnisses für die großen Städte geworden – sie sind es ganz besonders für Berlin. Wie sieht der neue Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen die Bedeutung der Bauaufgaben für die alte deutsche Reichshauptstadt? Die Fragen stellte Dankwart Guratzsch.

WELT: Ist mit der Verschiebung der IBA, der „Internationalen Bauausstellung Berlin 1984" auf 1987 nicht eine Chance vertan worden, die Depression in Berlin zu überwinden und der Stadt neue Anziehungskraft zu geben?

Diepgen: Als die CDU die Verantwortung in Berlin übernommen hat, da hat sie ein großes Planungsdesaster vorgefunden. Wir mußten uns fragen: Kann die IBA überhaupt stattfinden? Wegen der Bedeutung haben wir uns entschlossen, sie lediglich zu verschieben. Hinzu kommt: Wir haben nicht mehr die Zeiten, daß ein begnadeter Baumeister von einem König den Auftrag bekommt, die Stadt in bestimmtem Sinne neu zu errichten, und das wird dann durchgeführt. Sondern wir haben es vor dem Hintergrund auch des Baurechts mit einem sehr komplizierten System von Verantwortlichkeiten, von Mitsprachemöglichkeiten, von Diskussionen zu tun. Bei jedem Bauvorhaben wird über den Erker, den Spielplatz, das Treppenhaus und über die Kunst am Bau von den verschiedensten Gremien mitentschieden oder mitberaten. Eine durchgängige städtebauliche Konzeption (soweit es wünschenswert ist), ist dadurch jedenfalls schwerer darzustellen, als das zu Schinkels Zeiten möglich war. Auch wenn sie durchgehalten werden kann.

WELT: Welchen Stellenwert hat für Sie die Baupolitik in Ihrer Gesamtpolitik?

Diepgen: In meiner Regierungserklärung habe ich gesagt: Nur eine attraktive und anziehungskräftige Stadt wird auf Dauer ein guter Wirtschaftsstandort bleiben. Dazu gehört auch, daß sich der Bürger in seiner Stadt wohlfühlen muß, daß er sich identifizieren kann mit dem, was um ihn herum wirklich existiert, mit dem Geschehen, mit der Darstellung, und damit auch mit den Straßen und Plätzen, wie sie im einzelnen gestaltet sind.

WELT: Können Sie das konkretisieren, wo wollen Sie dann Schwerpunkte für diese Identifikation mit der Stadt setzen?

Diepgen: Wir haben in Berlin die Verpflichtung, den Stadtkern, das Zentrum, in diesem Sinne neu zu gestalten und auszugestalten. Schwerpunkte sind – auch noch in dieser Legislaturperiode – für mich: der Kurfürstendamm und die Seitenstraßen: Die Sünden der Vergangenheit, daß die Nebenstraßen des Kurfürstendamms völlig vernachlässigt wurden, daß man alte Strukturen dort einfach plattgewalzt hat – das finde ich falsch und korrekturbedürftig. Es ist notwendig, der Stadt dort ein Gesicht zu geben ...

WELT: Was für ein Gesicht? Soll man an den großzügigen Stil des alten Berlin anknüpfen?

Diepgen: Nicht nur die Architektur von vor 50 Jahren wiederholen, aber es muß eben hineinpassen, damit ein Gesicht entsteht, das eine bestimmte Einheit darstellen kann. Ich glaube, daß in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht wurden: Baulücken sind gefüllt worden in ansprechender Architektur, nicht mehr so monströs und unmenschlich, sondern wirklich auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet und eingepaßt in die Architektur auch mit einem historischen Bezug.

WELT: Weitere Schwerpunkte?

Diepgen: Platzgestaltung in der City, so wie am Breitscheid- und Wittenbergplatz, so auch am Hardenbergplatz und so weiter. Freigebliebene wichtige Grundstücke in der Innenstadt müssen bebaut werden, so daß die Stadt sich auch darstellt, den Besuchern wie den Berlinern. Wir wollen Kulturmetropole sein, deshalb sage ich, das Kulturforum muß nun mal fertiggestellt werden! Und wir können auch nicht den Innenbereich, das Diplomatenviertel, auf Halde legen bis zu dem Zeitpunkt, wo Berlin wieder eine Hauptstadt wird und dort dann wieder ausländische Missionen hinkommen.

WELT: Gibt es eine Abstimmung der Baupläne mit Ost-Berlin?

Diepgen: Wir versuchen ganz intensiv einen Informationsaustausch, schon im Blick auf die 750-Jahr-Feier, und zwar nicht nur darüber, welches Fest an welchem Tag gefeiert werden soll, sondern auch hinsichtlich der Stadtplanung. Wir wollen die Stadt nicht so gestalten, daß durch die Art des Bauens eine neue Mauer gezogen wird. Es ist nicht richtig, auf historische Straßenzüge ein Gebäude zu klatschen. Ich will die Stadt als eine Einheit erhalten und den Versuch machen, Informationen so weit als möglich zu bekommen und auszutauschen.

Eberhard Diepgen, seit dem 9. Februar dieses Jahres Regierender Bürgermeister von Berlin und damit Nachfolger des jetzigen Präsidenten Richard von Weizsäcker, trat 1962 in die CDU ein. Seitdem vollzog sich für den 42jährigen Politiker der eher lautlose Weg eines „direkten Aufsteigers" in der Partei: Der ehemalige ASTA-Sprecher der Berliner Freien Universität zog 1971 in das Berliner Landesparlament ein. 1980 wurde er Fraktionschef.
FOTO: PAUL GLASER

Unmut an Zonengrenze über verpestete Luft

„Volkseigene Dreckschleudern" vertreiben Touristen

BERND HUMMEL, **Eschwege**

Diesseits der deutsch-deutschen Grenze wächst der Unmut gegenüber Umweltbelastungen aus der „DDR". Jüngstes Beispiel: Angesichts anhaltender Staub- und Geruchsbelästigungen aus drei Industrieschornsteinen im benachbarten „DDR"-Ort Großburschla baten die Kommunalpolitiker der hessischen Gemeinde Altenburschla (Werra-Meißner-Kreis) das Innerdeutsche Ministerium um Unterstützung.

Altenburschla mit seinen 550 Einwohnern zählt zu jenen Gemeinden, die von der deutschen Teilung besonders betroffen sind. Von drei Seiten von der „DDR"-Grenze umgeben, geriet das Dorf in vielerlei Hinsicht ins Abseits. Dennoch gelang es, wenigstens einen Einnahmezweig zu erschließen, den Fremdenverkehr. Bis zu 20 000 Übernachtungen wurden in Spitzenzeiten pro Jahr gezählt, doch damit – befürchtet Ortsvorsteher Karl Montag – werde es wohl bald vorbei sein.

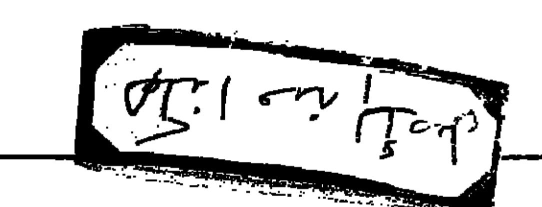
Jenseits der Werra im Nachbarort Großburschla spucken drei Schornsteine vor zwei gärtnerischen Produktionsgenossenschaften und einem holzverarbeitenden Betrieb Braunkohlestaub und übelriechende Rauchschwaden aus. Und weil der hessische Ort in Hauptwindrichtung liegt, haben die Bürger von Altenburschla sowie der Gemeinden Heldra und Völkershausen unter den „volkseigenen Dreckschleudern", wie sie der Ortsvorsteher nennt, besonders zu leiden. Nahezu unerträglich wird die Situation, wenn sich bei bestimmten Witterungslagen der Braunkohlequalm staut und „wie eine Glocke über dem Werratal liegt".

Nur gelegentlich gelangen Informationen von drüben über den nur 1 km entfernten Metallgitterzaun der „DDR". Bekannt aber wurde dies: Hauptverursacher sind die beiden gärtnerischen Produktionsgenossenschaften in Großburschla, die neben Blumen unter 60 000 qm Folienfläche auch Gemüse züchten, und das braucht Wärme. Uli Meyer, in Altenburschla Mitinhaber einer Gärtnerei, weiß über den Energiebedarf der „DDR"-Betriebe Einzelheiten: „Wir benötigen in Spitzenzeiten für unseren Betrieb maximal 2 Millionen Wärmeeinheiten, die Gärtnereien drüben lieben bei 6 Millionen."

Selbst wenn die gärtnerischen Betriebe im Hochsommer auf die Beheizung ihrer Foliengewächshäuser verzichten, tritt für den hessischen Nachbarort kaum eine Entlastung ein. Die Stuhlfabrik drüben feuert das ganze Jahr über Braunkohle.

Für die Fremdenverkehrsgemeinde Altenburschla steht viel auf dem Spiel. Vor allem Gäste aus dem Ruhrgebiet und aus Berlin schätzen den Ort. Nicht zuletzt wegen der landschaftlichen Reize und der bislang unbelasteten Umwelt. Der Ortsbeirat setzt nun auf jene Expertengespräche zwischen der Bundesregierung und der „DDR", in denen über die Reduzierung der Luftverunreinigung verhandelt wird. In einem Brief an Bundesminister Heinrich Windelen heißt es: „Übelriechende braungelbe Abgase aus den Betrieben jenseits der Werra sind wenig geeignet, Gäste für unseren Ort zu gewinnen." Und im Zusammenhang mit den Anstrengungen des Ortes um den Fremdenverkehr heißt es an anderer Stelle: „Wir fürchten, daß die jetzt entstandene Situation alle unsere bisherigen Bemühungen zunichte macht."

Der innerdeutsche Ärger zwischen dem hessischen und dem thüringischen Ort hat aber noch einen anderen Aspekt. Was nützen diesseits der Werra konsequent praktizierte Umweltauflagen, wenn 1000 Meter weiter Umweltbelastungen zur Tagesordnung zählen? Doch auch im „DDR"-Ort Großburschla regt sich Widerstand. Erzählte ein Westbesucher: „Wir kommen um in Dreck und Gestank und dürfen uns nicht beschweren. Ihr müßt auch für uns etwas tun."



„Ich versuche tagsüber so viel und hart zu arbeiten, daß ich abends nur noch müde ins Bett sinken kann“

Probleme der Entwicklungshilfe und -helfer in der Sahelzone / Immer noch heißt die Alternative oft : Korruption oder Bestechung

Von BERND RÜTTEN

Klaus Sarrazin (40), Forstoberrat aus dem niedersächsischen Stade, trägt schon seit vielen Jahren nicht mehr die grüne Tracht des deutschen Oberförsters. Er leitet ein Aufforstungsprojekt der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im westafrikanischen Senegal, nachdem er zuvor vier Jahre in einem Forstprojekt in Benin tätig war. Was hat ihn in den tropischen Regenwald und dann in die karge Sahellandschaft getrieben? Der Reiz der Aufgabe, die Möglichkeit, weitgehend selbständig ein Projekt voranzutreiben, Schwieriges zu meistern, lautet seine Antwort.

Allein leben im tiefsten Busch

Die Entwicklungs-Experten sehen sich als Experten, wenn auch die fachlich-technischen Probleme im allgemeinen nicht die entscheidenden sind. „Die Anforderungen an mein fachliches Können wären wesentlich größer, wenn ich meinen Beruf in der Heimat ausüben würde“, sagt der Experte einer internationalen Organisation, der für ein ähnliches Projekt wie Sarrazin verantwortlich ist. Doch während dieser immerhin noch in der Kleinstadt St. Louis mit Frau und zwei Kindern wohnt, lebt er allein im tiefsten Busch.

„Ich versuche, so viel zu arbeiten, daß ich abends nur noch müde ins Bett sinken kann“, sagt er. Wegen eines rätselhaften Fiebers sucht er gerade einen französischen Arzt in Dakar auf. „Die Probleme der Projekte sind in erster Linie sozialer Natur, sozial im weiteren Sinne“, meint er. „Es gilt im wesentlichen, die Bevölkerung zu motivieren. Das ökologische Gleichgewicht des Sahel, das die Bevölkerung immer als selbstverständlich hingenommen hat, ist im Projektbereich zerstört. Wir versuchen, etwas zu tun, um es wieder herzustellen. Diese Motivation müssen wir auf die Bevölkerung übertragen, wir können ja nicht ewig hier bleiben. Solange wir hier sind, brauchen wir aber die Mitarbeit der Bevölkerung.“

In der Entwicklungshilfe gibt es Fortschritt: Man ist vorsichtiger geworden und denkt in längeren Zeiträumen. Als man anfing, stellte man Projekte in die Landschaft und dachte, die Probleme seien mit der Errichtung gelöst. In der sahelinen Ferlo-Region im Norden Senegals baute man Ende der fünfziger Jahre zahlreiche Brunnen, um die Wasserversorgung zu verbessern und damit das Weidepotential der Region besser auszunutzen. Fossiles Grundwasser war reichlich vorhanden. Die Wasserversorgung wurde besser.

Doch was war die Folge? Der Viehbestand verdoppelte und verdreifachte sich. Die Herden waren nicht mehr gezwungen, wegen Wassermangels in regenreichere Gebiete abzuwandern, sondern konzentrierten sich in einem Umkreis von zehn Kilometer an den Brunnenstellen. Die Vegetation dort konnte sich nicht mehr wie früher regenerieren. Alles wurde kahlgefressen, und auf den kahlen Flächen breitete sich Wüste aus.

Viel Mühe mit jungen Nationalstaaten

Seit 1973 versucht man, den Schaden durch Fehler der Vergangenheit mit neuen Hilfemaßnahmen zu beseitigen. Die zerstörten Weidegründe werden aufgeforstet, eingezäunt und zunächst einmal jahrelang für die Beweidung gesperrt, damit Gras und Bäume sich soweit entwickeln können, daß sie normaler Beweidung standhalten. Auf verschiedenen Flächen läßt man unterschiedlich starken Viehbestand weiden, um experimentell die Toleranzgrenze festzustellen. Dabei werden auch Weideflächen, die dem ganzjährigen Aufenthalt dienen, und Ackerbauflächen eingeführt. Ausbildungs- und Infrastrukturmaßnahmen gehen damit Hand in Hand.

In den jungen Nationalstaaten stehen die Interessen von Regierung und Verwaltung einerseits sowie der Bevölkerung andererseits häufig in krassem Gegensatz. Leider ist für den Minister und die Beamten in der Regel nicht ausschlaggebend, ob die Hilfe der Bevölkerung nutzt, sondern inwiefern sie ihm selbst nutzt. Geberländer und Organisationen stehen diesem Phänomen hilflos gegenüber. Es gilt, politische Rücksichtnahme zu praktizieren oder sich dem Souveränitätsanspruch des Landes zu beugen. Ergebnis: Hilfe fließt in private Taschen.

Vor die Alternative gestellt, mit ihren Projekten aufzulaufen oder Minister und Beamte durch Bestechung zur Mitarbeit zu motivieren, entscheiden sich Geber häufig sogar für das letztere – ein Zustand, der nicht ganz so absurd ist, wie es scheint. Daß Entwicklungshilfe der politischen Bestechung gilt, ist nicht immer ausgeschlossen. Darüber hinaus tendieren fast alle afrikanischen Regierungen dazu, die Stadt- gegenüber der Landbevölkerung zu bevorzugen, da letztere ohnmächtig und nicht in der Lage ist, Druck auf die Regierung auszuüben – eine der wichtigsten Ursachen für die Landflucht.

Förderung der Landbevölkerung, kleine, einfach strukturierte Projekte und viel Zeit, langsame und vorsichtige Entwicklung – das ist die neue Strategie. Die Probleme sind so groß, daß – so hoffen Entwicklungsexperten – auch afrikanische Regierungen und Bürokraten, dem Zwang der Umstände gehorchend, dies früher oder später akzeptieren müssen.

Wie vorsichtig man dabei sein muß, hat Klaus Sarrazin gleich zu Anfang beim Versuch, ein kleines Problem zu lösen, erfahren: Die Leiter der Forstzentren sollen die aufgeforsteten Gebiete kontrollieren. Doch sie sagen, sie haben keine Transportmittel. Das stimmt. Für die Autos, die sie haben möchten, fehlt das Geld.

Unter der Würde eines Forstzentrumsleiters

Kleine Pferdekutschen, wie sie in den ländlichen Regionen Senegals üblich sind, wären eine ökonomische und praktische Lösung, dachte Sarrazin einen Augenblick lang. Doch an der entrüsteten und beleidigten Reaktion der Zentrumsleiter merkte er sogleich, daß er ins Fettnäpfchen getreten war. Denn was für die gemeine Landbevölkerung üblich ist, ist unter der Würde eines Forstzentrumleiters.

Teilt das Atom Paris und Bonn?

Frankreichs „Force de Frappe“ und das Bündnis

Von FRANÇOIS DE ROSE

Mit den Wahlen zur europäischen Versammlung in Straßburg rückt die alte Debatte darüber, ob die Nationen dieses Kontinents mehr Verantwortung bei der Verteidigung im Rahmen des atlantischen Bündnisses übernehmen sollten, wieder ins Blickfeld. In Frankreich stellen sich alle politischen Parteien diese Frage, mit Ausnahme natürlich der Kommunisten.

Verschiedene Lösungen werden angeboten. Die einen sind institutionell – Revitalisierung der WEU, Ausdehnung der Kompetenzen des Europäischen Rates auf Sicherheitsfragen – andere betreffen direkt das Militärische: Ausdehnung der Sanktuariums-Strategie Frankreichs auf die Nachbarn, Standardisierung und gemeinsame Herstellung von Waffen-Systemen.

Was auch immer die Motive oder die Lösungsmöglichkeiten sein mögen: Schlüssel jeder europäischen Politik auf diesem Gebiet ist, in den Augen aller, eine enge französich-deutsche Zusammenarbeit.

Die Idee ist nicht neu. Sie stand schon Pate beim Elysée-Vertrag von 1963. Nur hat sich der Kontext seitdem erheblich verändert. Vor 20 Jahren wollte de Gaulle einen Kern bilden, der einen von ihm als allzu drükkend empfundenen amerikanischen Einflußnahme über die NATO-Integration widerstehen sollte. Heute urteilt Frankreich ganz anders über diese Dinge. Ohne an eine Rückkehr in das integrierte militärische System zu denken, ergreift es allerlei praktische Maßnahmen, die es dem Bündnis wieder näher bringen und zu einer unmittelbaren Verwendbarkeit seiner Streitkräfte im Rahmen der gemeinsamen Verteidigung führen. Dies trifft insbesondere auf die Schaffung einer schnellen Eingreifreserve zu (FAR).

Und in Deutschland? Folgt man der französischen Presse, so scheint es, als hätten beide Länder nicht mehr die gleiche Wellenlänge. Die Sorgen der Menschen in der Bundesrepublik betreffen in der Tat vorrangig einen eventuellen Einsatz der taktischen nuklearen Streitkräfte Frankreichs. Jürgen Todenhöfer, Franz Joseph Strauß, Karsten Voigt und andere haben, mit unterschiedlicher Präzision, deutlich gemacht, daß die Ziele, welche von den Pluton- und später den Hades-Raketen getroffen werden können, auf dem Gebiet der Bundesrepublik oder der „DDR“ liegen, und daß Bonn daher an der Einsatzplanung und sogar dem Einsatzentschluß beteiligt werden müsse.

Diese Stellungnahmen haben ihren Ursprung gewiß in dem Unterschied zwischen dem Status der französichen taktischen Steittkräfte und dem der NATO-Systeme. Vergessen wir nicht, daß die Zahl der in Europa stationierten amerikanischen Atomwaffen mit Zielen in der Bundesrepublik oder der „DDR“ mehr als fünfzigmal größer ist als die der französichen Waffen. Da aber die Bundesrepublik Mitglied der nuklearen Planungsgruppe und ein deutscher General Oberbefehlshaber über den NATO-Abschnitt Europa-Mitte ist, glaubt sich die Bonner Regierung ohne Zweifel genügend an den nuklearen Verantwortungen des Bündnisses beteiligt.

Bei Frankreich ist das anders. Frankreichs Abschreckungs-Doktrin und der Gebrauch seiner Waffen hängen allein von den Entscheidungen seiner Regierung ab.

Frankreich hat nicht die Machtfülle, einem Alliierten eine atomare „Garantie“ zu geben, deren Glaubwürdigkeit zur Abschreckung genügen würde. Die französische Abschreckungs-Doktrin richtet sich nach den Mitteln, über die Frankreich selbt verfügt. Sie basiert auf der Idee, daß einem Angreifer für den Fall, daß die Interessen oder das Territorium Frankreichs direkt bedroht sind, eine letzte Warnung gegeben wird und zwar durch den Einsatz taktischer Atomwaffen. Falls der Gegner seinen Angriff fortsetzt, setzt er sich dem Feuer der strategischen Nuklearwaffen aus, die auf Wirtschaft und Bevölkerungszentren gerichtet sind.

Die heutige Strategie schließt Garantie aus

Es gibt bisher keine genaue Definition des Zeitpunktes, an dem Paris seine „vitalen Interessen“ bedroht sehen würde, und das schafft Unsicherheit. Nur: alle französischen Regierungen haben unterstrichen, daß diese Interessen sich nicht an unsere nationalen Grenzen halten. Dieser Standpunkt ist 1974 vom Atlantischen Rat in Ottawa anerkannt worden. In einer Erklärung heißt es, daß die nuklearen Streitkräfte Frankreichs und Großbritanniens „in der Lage sind, eine eigne Abschreckungsrolle zu spielen und damit einen Beitrag zur globalen Abschreckung des Bündnisses leisten“.

Ungewißheit über den Einsatz und Garantie aber sind miteinander nicht vereinbar. Da die strategischen Kampfmittel in der Struktur der Atomstreitkräfte der beiden europäischen Atommächte eine überwiegende Rolle spielen, würde eine Atom-Garantie auf das hinauslaufen, worauf die USA mit der Abschaffung des massiven Rückschlags verzichtet haben.

Ungewißheit würde auch eine gemeinsame Zielplanung im Rahmen der Pläne der NATO und eine Teilung der Einsatzentscheidung schwierig machen. Nicht nur, daß die Einbeziehung der taktischen französichen Streitkräfte nichts am globalen Volumen der Streitkräfte des Bündnisses ändern würden. Die Waffen Frankreichs und die der NATO dienen auch zwei verschiedenen Doktrinen, deren jede auf verschiedenen Annahmen beruht. Sie können ihre Abschrekkungs-Kapazität nur addieren, indem sie verschieden bleiben.

Auf deutsch-französischem Gebiet dagegen würde eine Vorausbestimmung der Ziele der taktischen französischen Streitkräfte, also ein „targeting“, soweit sich dies im voraus machen läßt, keine so schwierigen Doktrin-Probleme aufwerfen. Es müßte daher möglich sein, daß sich beide Regierungen konsultieren, falls ein eventueller Einsatz dieser Waffen deutschen Boden berühren könnte.

Es geht um die Höhe der Atomschwelle

Das Haupt-Problem aber ist nicht, wie man sich dieser Waffen bedienen sollte, sondern wie man ihre Bedienung verhindert.

Beide Strategien, die der Allianz und die Frankreichs, haben eines gemeinsam: Man wird erst zum Atom greifen, wenn es unmöglich geworden ist, dem gegnerischen Druck mit konventionellen Mitteln zu widerstehen. Nichts berechtigt zu der Annahme, daß sich diese Entscheidung für Frankreichs Streitkräfte früher stellt als für irgendeinen anderen Abschnitt zwischen der Nordsee und Österreich. Über die Höhe der Atomschwelle entscheidet die Fähigkeit aller zusamnmen, einen Angriff mit klassischen Mitteln aufzuhalten. Die Anhebung der Atomschwelle ist also der zentrale Punkt der ganzen Angelegenheit. Und dies schon, ehe der Konflikt begonnenhat, in einem Augenblick also, in dem unser Schicksal zwischen einem Erfolg und einem Scheitern unserer Abschreckung schwankt, zwischen der Rettung des Friedens und dem Desaster des Krieges, sei er nuklear oder nicht.

Niemand hat die Abschreckung besser definiert als Raymond Aron: „Im nuklearen Zeitalter ist die Stunde der Wahlheit nicht die Schlacht, sondern die Krise.“

Natürlich können wir nicht wissen, welche Form eine sowjetische Aggression in Europa annehmen würde. Aber wir wissen schon, welche Sprache Moskau in der „Dialektik der Krise“, um einen marxistischen Ausdruck zu gebrauchen, sprechen würde. Die Sowjets würden uns sagen: „Die Rote Armee wird niemals als erste Nuklearwaffen einsetzen. Aber wenn die NATO damit anfängt, wäre die Bestrafung Europas fürchterlich.“

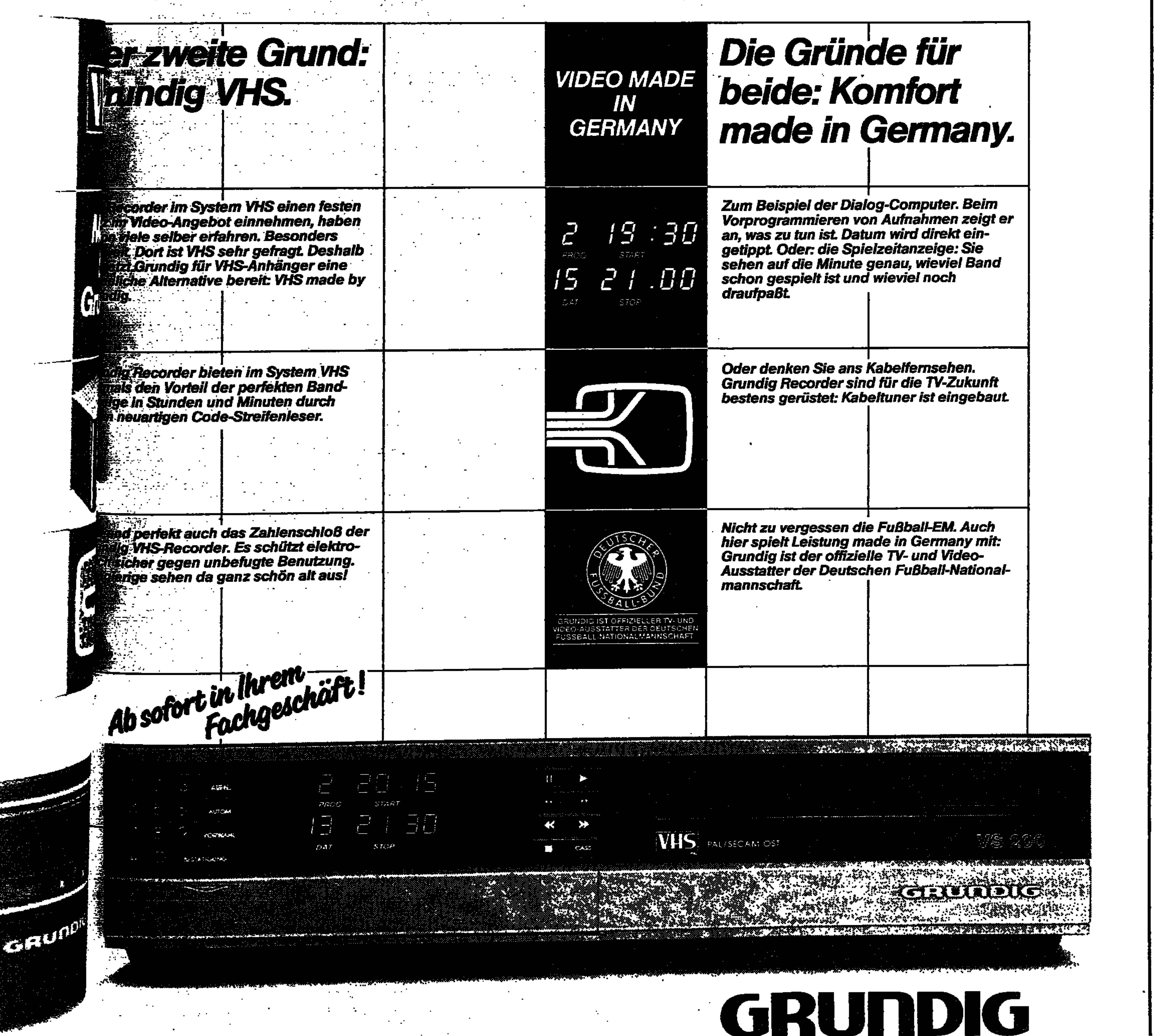
Wir wissen außerdem , daß angesichts der technologischen Entwicklung der Zeitraum, der uns bis zum Einsatz der Atomwaffen bleibt, immer kürzer wird. Wenn sich also die Stunde der Wahrheit stellt, müssen die Alliierten wählen zwischen der Gewißheit, selbst den Prozeß ihrer Zerstörung in Gang zu setzen, oder dem gegnerischen Druck nachzugeben.

Das wichtigste ist für uns Europäer daher sicherzustlelen, daß bei diesem Krisen-Dialog, in jenem Moment, daß die beiden Lager sich gegenseitig in die Augen schauen und beide am Abgrund stehen, der Gegner weiß, daß er uns keine Blitzkrieg-Strategie aufnötigen kann und daß jeder Konflikt auch für ihn ein Sprung ins Ungewisse ist.

Im Gegensatz zu den beiden Supermächten ist Europa auch klassischen Waffensystemen gegenüber verwundbar. Wir wissen heute aber, daß neue Technologien hier interessante Perspektiven eröffnen. Uns ihnen zu öffnen, bedeutet keinesfalls, die Theorie des „no first use“, des Verzichts auf den Erstgebrauch von Atomwaffen, zu akzeptieren. Denn diese sind die einzigen, die für Supermächte ein unakzpetables Risiko darstellen. Würden wir der Sowjetunion die Versicherung geben, daß die NATO niemals eine solche Initiative ergreifen würde, so garantierten wir eine straffreie Aggression in Europa.

So wichtig folglich die Projekte für eine engere politische Zusammenarbeit in Europa, für eine gemeinsame Ziel- und Einsatzplanung nuklearer Waffen, für die gemeinsame Herstellung gewisser Waffensysteme auch sein mögen, alle diese Projekte dürfen nie die Oberhand gewinnen über einen essentiellen Konsens: dem einer wirksamen Abschreckung für die nächsten Jahrzehnte. Nur auf der Basis eines solchen Konsensus können die anderen Probleme auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden.

François de Rose, langjähriger Botschafter Frankreichs bei der NATO in Brüssel, gilt als einer der besten Kenner westlicher Sicherheitspolitik.



Vom langen Untergang der Eliten

Arno J. Mayers eigenwillige Deutung der Rolle von Adelsmacht und Bürgertum 1848–1914

Daß der Erste Weltkrieg, wie George F. Kennan einmal schrieb, „the great seminal catastrophy of our century" war, ist unter historisch Denkenden nicht umstritten. Wie es aber zum Ersten Weltkrieg kam – jenseits seiner Anlässe in Attentat, Krisenmanagement und Kriegskalkül in sechs Wochen des Sommers 1914 –, das ist bis heute mit Recht umstritten. Die marxistische Sicht lief bisher darauf hinaus, daß die kapitalistische Entwicklung der modernen Industriestaaten in ein antagonistisches Stadium eingetreten war, so daß schließlich eine klassische Machtrivalität in einer umstrittenen Zone, dem Balkan, das Pulverfaß in die Luft jagte. Man konnte sich dabei auf Hobson berufen, jenen britischen Ökonomen, der aus dem Himmel der spätviktorianischen „Improvement-Ideologie" auf den harten Boden des Burenkriegs gefallen war und danach dem „Neuen Imperialismus" ein baldiges, blutiges Ende prophezeite. Seit Lenin erschien 1914 als die Einlösung dieser alten Prophezeiung.

Arno J. Mayer, einer der begabtesten amerikanischen Historiker der mittleren Generation, Princeton-Professor mit europäischem Bildungshintergrund und dem Bedürfnis, den marxistischen Außenseiter zu spielen, *hat ein großes Thema – den Überlebenskampf der sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Adelsmacht aus der vorrevolutionären Epoche* – mit einer großen These kombiniert: der späten Schuld des Ancien régime am Ersten Weltkrieg. Mayer über seine These: „Dieses Buch möchte einen Beitrag zur Debatte über die causa causans und den eigentlichen Charakter der europäischen See von Plagen leisten. Es geht von der Prämisse aus, daß der Zweite Weltkrieg 1939–45 aus dem Ersten von 1914–1918 hervorgegangen ist und daß diese beiden Konflikte nichts Geringeres waren als der Dreißigjährige Krieg ... des 20. Jahrhunderts. Die zweite Prämisse lautete, daß der Weltkrieg von 1914 – also der erste kathartische Akt dieser allgemeinen Krise – nichts anderes war als ein letztes Sich-Aufbäumen der europäischen Ancien régimes vor dem Untergang. Obgleich sie gegenüber dem Industriekapitalismus an Boden verloren, besaßen die tragenden Kräfte der alten Ordnung noch genug Willenskraft und Macht, sich ihrem unausweichlichen historischen Niedergang entgegenzustemmen und ihn zu bremsen – zur Not mit Gewalt."

Arno J. Mayer:
Adelsmacht und Bürgertum
Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914. Aus dem Amerikanischen von Karl Heinz Silber. Verlag C. H. Beck, München. 342 S., 58 Mark.

Mit anderen Worten: Hätte man im 19. Jahrhundert nur beizeiten und gründlich genug Revolution betrieben (an Rezepten dafür fehlte es ja nicht), so wäre der Welt jene Katastrophe erspart geblieben, die 1914 begann. Denn die europäische Gesellschaft bis zum Ersten Weltkrieg war, so Mayer, „noch durch und durch vorindustriell und vorbürgerlich". Der Aufstieg des Industriebürgertums, so darf man folgern, muß danach fast gegen sich selbst durchgesetzt worden sein! Die industrielle Revolution eine Revolution wider Willen? Und so wirft Mayer auch seinen Historiker-Kollegen vor, viel zu lange auf Industrialisierung, Säkularisierung und technischen Fortschritt geschaut und viel zuwenig das Beharrungsvermögen der alten Kräfte und Ideen und die Bremswirkung, die von ihnen ausging, studiert zu haben.

Der Verfasser spitzt zu. Er verspricht ausdrücklich „keine ausgewogene Deutung der europäischen Entwicklung zwischen 1848 und 1914". Er will sich „einseitig mit der Resistenz der alten Ordnung beschäftigen". Er glaubt nicht daran, daß 1914 das Ancien régime tot war – was darauf hinausläuft, die Modernität zu retten, ihre Unschuld zu bewahren und die Schöne Neue Welt des Mar*xismus zu rehabilitieren.*

Die Vorstellung, das 19. Jahrhundert sei das Jahrhundert des Bürgertums gewesen, hält Mayer für Schein. Die Altkonservativen, die die Veränderung der Welt und den Niedergang ihrer Ordnung beklagten, haben sie sich getäuscht? Die Bourgeoisie, wo es sie gab, hatte nichts anderes im Sinn, als möglichst bald Ancien régime zu werden. Mayer beruft sich hier auf den österreichischen Ökonomen Josef Schumpeter, *der in der* Tat in den 20er Jahren unter anderem sagte, es habe selbst in England das aristokratische Element bis zum Ende des intakten und vitalen Kapitalismus den Ton angegeben.

Aber Mayer strapaziert die These des Österreichers über Gebühr. Denn der Autor behauptet nicht nur, es sei der Ton angegeben worden, er behauptet schlechthin, das Ancien régime – was immer das im einzelnen gewesen sein mag – habe Europa bis 1914 dirigiert und auch noch seine Katastrophe bestimmt.

Methodisch steht Mayer vor einer Schwierigkeit, die er nicht zu lösen vermag. Er muß nämlich das Ancien régime begrifflich bestimmen und absetzen gegen die von Industrialisierung und Säkularisierung, von allgemeinem Wahlrecht, politischen Parteien, Interessengruppen und Parlamenten bestimmte Welt des 19. Jahrhunderts. Im Vorwort zur englischen Ausgabe (die übrigens zutreffender „The persistance of the Old Regime" betitelt war) hatte er noch beides in Aussicht gestellt: einen neuen Blickwinkel und einen neuen analytischen Rahmen – und eine Darstellung als „marxistische Geschichte von oben nach unten". In der deutschen Ausgabe wird dem Leser dieses Versprechen vorenthalten. Das liegt vielleicht daran, daß manche Historiker bei der Rezension des *Originlatextes gefragt haben*, wie sich denn Mayers These mit Marx' Auffassung vom Siegeszug der Bourgeoisie vertrüge und wo denn die dialektische Methode geblieben sei. In der Tat gelingt es Mayer nicht, so interessant und vielseitig seine Analyse ist, die vorbürgerlichen von den bürgerlichen Elementen wirklich zu trennen. Das jedoch wäre logische Voraussetzung für seine Theorie von der Manipulation des Bürgertums durch seine Vorgänger.

Man muß aber anerkennnen, daß der Verfasser seine These mit dem Mut eines Motocrossfahrers quer durch die Sozial- und Geistesgeschichte der sechs am Weltkrieg beteiligten europäischen Hauptmächte vertritt: Großbritannien, Frankreich, Preußen-Deutschland, Österreich, Italien und Rußland. Mangels einer in seinen Augen wirklichen Revolution sind sie allzumal Sünder. Daß Frankreich sich 1875 eine republikanische *Verfassung zulegte*, rettet die „*Dritte* Republik" nicht: Die 500 Familien waren, ohne es zu wissen, Protagonisten des Ancien régime, auch wenn sie zwei Generationen zuvor alles getan hatten, es zu stürzen und sich an seinem Sturz zu bereichern.

Nach rund 300 Seiten dieser Tour de force hat der Leser viel gelernt über die Abneigung des Autors gegen zäh an Macht und Boden klebende Landbesitzer und anpassungswillige Bourgeoisie, herrschende Klassen überall in Europa, Verwaltungseliten, gleich, ob bürgerlichen oder adeligen Standes, nobilitierten Reichtum, Kulturpäpste, Sozialdarwinisten und Friedrich Nietzsche – im übrigen aber bleiben ihm Zweifel. Nicht eigentlich deshalb, weil Mayer auf Belege und Anmerkungen verzichtet, sondern weil seine These so umfassend ist. So umfassend, daß sie nicht mehr falsifiziert oder verifiziert werden kann. Ist sie dann indes noch Wissenschaft? Oder erfordert sie einen Akt des Glaubens?

Mayers Analyse bleibt, für sich genommen und entlastet von dem Anspruch, marxistische Thesen gegen Marxsche Grundeinsichten zu vertreten, ein interessantes Unternehmen. Der Historiker unternimmt es, die europäische Sozial-, Wirtschafts- und Ideengeschichte unter vergleichende Kategorien zu stellen. Man muß ihm zugestehen, daß dies bisher kaum gelungen ist und daß er



Hier prophezeite der britische Ökonom Hobson das Ende des „Neuen Imperialismus": Szene aus dem Burenkrieg FOTO: DIE WELT

den Mut des Pioniers mit der Kühnheit des Erfinders kombiniert hat – nur vielleicht allzu tapfer. Seine Einzelergebnisse sind interessant und vielfach unstrittig, und sie allein rechtfertigen dieses *Buch*. Analyse und Synthese jedoch werden überanstrengt, indem alles auf die Erklärung des Ersten Weltkriegs zugespitzt werden muß, dessen Ursachen weiterhin ebenso in klassischen Machtrivalitäten und Ängsten um zerfallende Bündnisse wie in wirtschaftlichen und sozialen Sprengkräften innerhalb der Staaten und zwischen ihnen vermutet werden müssen.

Warum kann man nicht über die „perseverance of the Old Regime" und den langen Untergang der vorindustriellen Eliten, ihre Macht und ihre Mentalitäten, handeln (wahrhaftig ein großes Thema der Weltgeschichte), ohne ihnen auch noch die letzte und eigentliche Schuld an der Zerstörung des 20. Jahrhunderts anzulasten? Hält nicht die Geschichte des „tollen Jahres" 1848/49 ernüchternde Lektionen bereit, was die Friedlichkeit der Linken innerhalb des Parlaments und außerhalb betrifft, mit ihrem republikanischen Kreuzzugshunger, ihren Marxschen Kriegsaufrufen, ihrer Hoffnung auf ein neues 1793 und ihrer bizarren Soldatenspielerei auf den Angern deutscher Kleinstädte?

Wer war denn 1848 für den großen Krieg, und wer war dagegen? Waren nicht die alten Eliten die geborenen Verteidiger des Systems Metternich, das doch – was immer aus liberaler und sozialistischer Sicht einzuwenden bleibt – den Frieden sicherte? Und ist das Verhalten moderner Massendemokratien im weiteren Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts so friedsam (vom „real existierenden" Sozialismus zu schweigen), daß die Katastrophe von *1914 allein* – denn *das ist* Mayers These – dem Überlebenskampf des Ancien régime zuzuschreiben ist, seiner Unwilligkeit zu sterben und der dadurch ausgelösten Krise der europäischen Gesellschaften?

Mayers Buch, verfehlt im ganzen und anregend im einzelnen, hat das Verdienst, festgefügte Fragen und Antworten zu erschüttern, und zwar rechts wie links. Zweifellos haben der Maßstab kriegerischer Tugenden, die sich selbst erfüllende Prophezeiung des großen Endkampfs um die europäische Hegemonie, die Angst vor Untergängen und die atavistische Flucht aus den Labyrinthen der Massengesellschaft in den Kriegerstaat in der europäischen Zivilisation vor 1914 eine Rolle gespielt. Wie groß aber war die Furcht? War sie entscheidend? Und war sie allein Sache der alten Herrschaftsschichten? *Mayer behauptet all das. Aber Behauptung* und Beweis methodisch zu isolieren und wissenschaftlich zu begründen ist ihm nicht gelungen.

Als Essay ist Mayers Studie imponierend, als These gewagt und provozierend, als Mythos von Erbschuld und revolutionärer Befreiung nicht neu. Als historische Studie indes, die das Buch sein will, bleibt es hinter seinem Anspruch zurück.

MICHAEL STÜRMER

Versuchter Neubeginn

Der Text einer Verfassung allein sagt nur bedingt etwas über die tatsächlichen Verhältnisse in dem betreffenden Land aus. Konstitutionen können aber durchaus Willenserklärungen sein. Dies zumindest dürfte auch für Rudolf Wedekinds kommentierende Arbeit **„Die Verfassung der Türkischen Republik vom 7. November 1982"** (Verlag Leuhagen & Paris, Hannover. *277 S., 58 Mark*) zutreffen. Mit kritischer Sachkunde erklärt der CDU-Abgeordnete im Europaparlament den Text, Ergebnis eines versuchten Neubeginns, nachdem das Land kurz vor dem Ausbruch eines Bürgerkriegs gestanden hatte. Entsprechend den Vorstellungen des Staatsgründers Kemal Atatürk ist die Grundlinie demokratisch, dem Westen zugewandt und laizistisch, aber auch spezifisch türkisch und damit *unseren Denkweisen manchmal fremd.* Immerhin handelt es sich um ein entwicklungsfähiges Instrument eines islamischen Volkes, das sich unter Opfern bemüht, den Anschluß an die Moderne zu gewinnen, ohne damit seine Identität zu verlieren. ohn

Die Macht den Gemäßigten

Am Schluß des Buches **„Südafrika geht seinen Weg"** von Lewis H. Gann und Peter Duignan (Seewald Verlag, Stuttgart. 338 Seiten, 39,80 Mark) stehen charakteristische Sätze: „Die Intellektuellen des Westens machen sich ... doppelter Maßstäbe schuldig: Sie beurteilen südafrikanische Weiße anhand einer doppelten Moral, während sie an den Schwarzen den Maßstab der relativen Moral anlegen. Die Weißen in Südafrika müssen den westlichen demokratischen Regeln der Bürgerrechte und der politischen Verwaltung entsprechen; die Schwarzen in Afrika brauchen sich nicht an diese Regeln zu halten. Die Regierung durch eine einzige schwarze Partei ist notwendig und korrekt, die Herrschaft einer einzigen weißen Partei oder Rasse ist ungerecht." Gegen diese doppelte Moral ziehen beide Autoren, Professoren der Stanford University, die jahrelang in Südafrika gelebt und geforscht haben, *mit wohlbegründeten Argumenten* zu Felde. Sie verhehlen nicht ihre Sympathie für die Leistungen der Republik, aber sie lassen sich durch dieses Engagement nicht den Blick auf die Schwächen der südafrikanischen Position trüben. Gann und Duignan geben Südafrika eine Chance, wenn sich jene Richtung durchsetzt, die nach dem Motto handelt: „Alle Macht den Gemäßigten." F.S.

Mit Diskretion

Die 33jährige Politologin Sibylle Quack legt mit ihrem Buch **„Geistig frei und niemandes Knecht"** (Paul Levi, Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln. 295 S., 48 Mark) ein veritables Gesellenstück vor. Sie meistert ihre Gefühle gegenüber Rosa Luxemburg, der Säulenheiligen der zeitgenössischen Neomarxisten, und bemüht sich um die Aufhellung einer bislang vernachlässigten Beziehung zwischen der russisch-deutschen Chefkommunistin und ihrem promovierten Partei- und Seelenfreund Paul Levi. Er stammte wie sie aus einem großbürgerlichen Haus und gehörte bis in den Ersten Weltkrieg hinein der SPD an. Der Hechinger Fabrikantensohn vertrat einen „humanen Marxismus" und fand sich in dieser Einstellung *wiederum mit Rosa Luxemburg*; er wurde ihr Rechtsbeistand und später ihr Geliebter. Dies dokumentiert Sibylle Quack anhand von 50 bisher unveröffentlichten Briefen von Paul Levi und Rosa Luxemburg mit angemessener Diskretion. Schi

Vor der Wahl zum Europa-Parlament: Wo liegt denn Straßburg?

Ein Parlament, das den landläufigen Vorstellungen von einer derartigen demokratischen Institution nicht entspricht, hat es schwer, von der Öffentlichkeit überhaupt wahrgenommen zu werden. Die 434 direkt gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben dies in ihrer ersten, fünfjährigen Wahlperiode leidvoll erfahren müssen. Solange auch in der politischen Kultur der Bundesrepublik ein Parlament erst dann als vollwertig gilt, wenn es die Kompetenz hat, Gesetze zu verabschieden, wird sich daran nichts ändern – auch wenn damit ebenso wichtige andere demokratische Funktionen eines Parlaments, beispielsweise die der Artikulation öffentlicher Meinung, negiert werden.

Da das Europäische Parlament von den Medien in den letzten Jahren weitgehend mißachtet wurde, nimmt es nicht wunder, daß es auch kaum publizistische oder wissenschaftliche Veröffentlichungen zu dieser Institution in kontinuierlicher Folge gibt. Wenige Wochen vor der zweiten Direktwahl hat sich *das* geändert. Durch diesen *Anlaß*, so mutmaßten wohl Verlage und Autoren, bestünde die Chance, Publikationen über die Abgeordneten von Straßburg „an den Mann zu bringen".

Einem Autor ist dieser Vorwurf bestimmt nicht zu machen: Der wohl renommierteste deutsche Beobachter des Europa-Parlaments, der Frankfurter Professor Claus Schöndube, ist nie müde geworden, auch zwischen den Wahl- oder Delegationsterminen des EP zur Feder zu greifen. Selbstverständlich liegt jetzt auch aus seiner Feder ein Werk zur Direktwahl vor: „Das EP vor der zweiten Direktwahl". Informativ, ja geradezu akribisch bilanziert Schöndube die erste Wahlperiode von Straßburg, gespickt mit Fakten und Tabellen.

Für alle, die mit dem Vorurteil leben, das Europäische Parlament habe in dieser Zeit nichts getan, lohnt vor allem die Lektüre der Zeittafel. Sie weist aus, daß kaum ein Monat ohne „merkwürdiges" Ereignis in Straßburg vergangen ist. Die Arbeit mündet in den Appell, das Europäische Parlament zu stärken, weil es das einzig wirklich europäische Organ der Europäischen Gemeinschaft sei.

Während Schöndube erst aus seiner kritischen Bilanz die Aufforderung ableitet, die Abgeordneten von Straßburg zu stärken, hat der ebenfalls als Experte ausgewiesene Autor Thomas Läufer von der ersten Seite seiner Broschüre „22 Fragen zur Europa-Wahl '84" an das Ziel, die Bürger zur Stimmabgabe zu animieren. In graphisch sehr übersichtlicher Form bietet Läufer dem interessierten Laien Antworten auf Kernfragen wie: „Warum überhaupt Direktwahl? Welche Befugnisse hat das Europäische Parlament?" Das alles in geraffter Darstellung, was natürlich auf Kosten von Details in Zusammenhängen und Fakten gehen mußte. Es ist jedenfalls eine Broschüre, die sich hervorragend für Schule und Erwachsenenbildung eignet, obwohl sie (wie auch Schöndubes Buch) leider kein Register hat.

Ärgerlich wird der Rezensent dagegen bei der Lektüre der ersten Seiten des Buches „Die Abgeordneten Europas", für das die Europa-Parlamentarier Martin Bangemann (FDP), Egon Klepsch (CDU), Beate Weber (SPD) sowie der Rechtsberater des Parlamentspräsidenten, Roland Bieber, als Autoren *zeichnen. Schon das Vorwort wimmelt* von Fehlern inhaltlicher und sprachlicher Art und von Banalitäten. Da geht es bei der Wahl am 17. Juni beispielsweise darum, Mehrheiten „für die eine oder andere Politik (ohne eine dritte)" möglich zu machen. Martin Bangemann, der Vorsitzende der liberalen und demokratischen Fraktion, wird zum Vorsitzenden der „Fraktion der Liberalen und Nahestehenden".

Danach wird aus dem deutschen Gewerkschaftsvorsitzenden Karl Hauenschild ein „Fritz". Pierre Mauroy heißt plötzlich Jacques, und dem griechischen Außenminister Charalambopoulos stiehlt man das „la". Kurzum: Der Verlagslektor und die Korrektoren hatten wohl Urlaub.

Einen derartig ärgerlichen Einstieg hat das Werk nicht verdient, denn die Beiträge der Verfasser über ihre jeweilige Fraktionsarbeit sind informativ – wenngleich sie etwas farbiger und straffer hätten ausfallen können. Am interessantesten liest sich das 25-Seiten-Kapitel, das eine Diskussion zwischen den drei Politikern wiedergibt. Aber auch diesem Text hätte es gut getan, wenn er vor der Veröffentlichung redigiert worden wäre; das gesprochene Wort ist eben etwas anderes als das gedruckte. Dennoch: Die 380 Seiten sind eine Fundgrube für Interessierte.

Gleich 250 Seiten mehr umfaßt die Arbeit von Jürgen Schwarze und Roland Bieber über „Eine Verfassung für Europa", die sich mehr an Fachleute wendet. Sie bietet die bisher wohl umfassendste Darstellung zum Projekt dieser Verfassung, wie es vom Europäischen Parlament im vergangenen Februar verabschiedet worden ist – eine wissenschaftliche Publikation, welche die Referate und Diskussionsbeiträge einer dreitägigen Veranstaltung aufzeichnet. Der Mammutband ist sorgfältig redigiert; allerdings hat der Verlag darauf verzichtet, die fremdsprachigen Diskussionsbeiträge zu übersetzen. Umso mehr erstaunt der Preis: Mit 98 Mark liegt er für ein Tagungsprotokoll beachtlich hoch.

ULRICH LÜKE

Bibliographie

Claus Schöndube:
Das Europäische Parlament vor der zweiten Direktwahl
Europa Union Verlag, Bonn. 192 S., 10,80 Mark.

Thomas Läufer:
22 Fragen zur Europa-Wahl '84
Europa Union Verlag, Bonn. 96 S., 9,80 Mark.

Martin Bangemann, Egon A. Klepsch, Beate Weber, Roland Bieber:
Die Abgeordneten Europas
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 372 S., 14 Mark.

Jürgen Schwarze/Roland Bieber (Hrsg.):
Eine Verfassung für Europa
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 631 S., 98 Mark.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Diätenerhöhung

„Barzel plant Erhöhung der Diäten"; WELT vom 14. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

„das darf doch wohl nicht wahr sein", war mein spontaner Ausruf beim Lesen des Artikels. Wenn ich nicht bisher überzeugt gewesen wäre, daß die WELT eine seriöse Zeitung ist, hätte ich an einen verspäteten Aprilscherz geglaubt. Ich möchte nur wissen, woher Herr Barzel diese Unverfrorenheit nimmt.

In einer Zeit, in der immer noch viele unserer Mitbürger arbeitslos sind, Jugendliche einen Ausbildungsplatz suchen, von den Ärmsten der Armen finanzielle Opfer verlangt werden, plant Herr Barzel eine Diätenerhöhung für die Bundestagsabgeordneten, obwohl sich über die letzte Diätenerhöhung die Wogen kaum geglättet haben.

Diese erneute Diätenerhöhung in kürzester Zeit ist in meinen Augen ein Skandal und ein unverzeihlicher Schlag gegen alle Kleinrentner, Sozialempfänger, Arbeitslose, ruinierte Unternehmer, Mittelständler usw. „Wir machen nicht eine Politik, um zu sparen, sondern wir sparen, um wieder Politik machen zu können", hat vor wenigen Monaten noch Dr. Stoltenberg in München vor Unions-Politikern gesagt. Gilt dieser Sparappell und gelten viele andere Sparappelle nur für das Volk und nicht für unsere gewählten Volksvertreter und Voksvertreterinnen?

Hochachtungsvoll
F. Nerge,
Schongau

Aus Erfahrung

Die Leute, die so vollmundig gegen die Gurtpflicht tönen, wissen doch gar nicht, wovon sie reden. Sie sollten erst alle einmal einen Frontalzusammenstoß so erleben wie wir – durch Fremdverschulden – am 6.5.1967. Totalschaden des Wagens, die Schließen der damals vor 17 Jahren noch starren Gurte zerbrachen, aber uns beiden ist nichts passiert.

Freundliche Grüße
W. Hochbaum,
Hamburg 20

Kleinschreibung

„Wie ein Minister den Kleinschreibern auf den Leim ging"; WELT vom 21. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Auswärtige Amt hat an das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder eine Verbalnote der österreichischen Botschaft in Bonn weitergeleitet. Darin wird um Bekanntgabe des Meinungsstandes zur Frage der Neuregelung der Groß- und Kleinschreibung im Deutschen gebeten. Um auf diese Anfrage eine abgestimmte Antwort geben zu können, hat sich der rheinland-pfälzische Kultusminister dafür eingesetzt, daß sich die KMK auf ihrer nächsten Plenarsitzung mit „Stand und Stellenwert der Rechtschreibung" befaßt.

Es geht dabei nicht um eine schnelle Entscheidung in der Sache. Es geht Dr. Gölter vielmehr um die Einsetzung einer nationalen Kommission. Sie soll versuchen, in allen wichtigen Fragen der Rechtschreibung einen Konsens herzustellen. Und hier ist die Diskussion des Instituts der deutschen Sprache in Mannheim und die der Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden gleichermaßen ein wichtiger Ansatzpunkt.

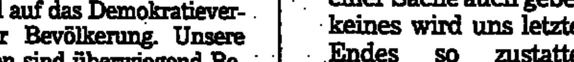
Das alles wußte Dankwart Guratzsch. Schließlich hat er den Brief des rheinland-pfälzischen Kultusministers auf dem Tisch. Es stellt sich hier die Frage, wer hier wohl wen auf den Leim geführt hat? Gar der Autor seine Leser?

Bernd Brauksiepe,
Pressereferent Kultusministerium
Rheinland Pfalz

*

Der österreichische Privatverein hat es mit einer sehr parteiischen Schilderung seiner Zuständigkeit und Kompetenz verstanden, bei politischen Institutionen in Deutschland und Österreich – und auch beim rheinland-pfälzischen Kultusministerium – den Eindruck zu erwecken, daß sein Regelwerk zur Einführung der Kleinschreibung einer (so das genannte Ministerium) „Dokumentation über das Ergebnis der bisherigen Sondierungen und Vorgespräche auf wissenschaftlicher Ebene über die Frage der Rechtschreibreform" entspricht. In Wirklichkeit bestand die (auch von Minister Gölter hervorgehobene) „länderübergreifende Abstimmung" des Vereins darin, daß er nur Anhänger der Kleinschreibung hinzugezogen und Vertretern anderer Auffassungen kein Stimmrecht eingeräumt hat.

Die WELT



Parteimitglieder

„Mitglieder allein schaffen es nicht"; WELT vom 8. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

sicher in bester Absicht haben Sie am Beispiel der USA, Großbritannien und Frankreich dargelegt, daß Parteien durch Mitgliedsbeiträge und kleinere Spenden der Parteianhänger nicht finanzierbar sind. Sie sollten Ihren Überlegungen einige Punkte hinzufügen:

● Warum gibt es so wenig Parteimitglieder in der Bundesrepublik?

Alle Parteien zusammen haben nicht einmal halb so viele Mitglieder wie der DGB, und der ist – großgeworden durch Mitgliederbeiträge und kluge Politik – im Augenblick dabei, unseren Staat aus den Angeln zu heben. Das ist kein Zufall, aber es wirft ein bezeichnendes Licht auf unsere Parteien und auf das Demokratieverständnis der Bevölkerung. Unsere Abgeordneten sind überwiegend Beamte, und entsprechend funktioniert das Parlament. Eingeengt von Vorschriften und Parteidisziplin wird bestenfalls vermieden, grobe Fehler zu machen – man will auch das nächste Mal wieder dabei sein. Wäre unser Parlament wirklich ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung, es wäre lebendiger und würde effektiver arbeiten. Wir hätten dann mit Sicherheit auch mehr Parteimitglieder.

● Ist die Haushaltspolitik der Parteien vertretbar?

Nichts gegen eine angemessene Bezahlung der Parteiarbeit, aber alles gegen Ämterhäufung. Wer als Abgeordneter, Minister oder Kanzler gleichzeitig ein Parteiamt hält, sollte dafür nicht von der Partei bezahlt werden. Es muß erwartet werden können, daß jeder Abgeordnete und erst recht jedes Regierungsmitglied sich voll seiner eigentlichen Aufgabe widmet. Wenn er darüber hinaus Parteiarbeit leistet, sollte dies ehrenamtlich geschehen – denn die Partei hat ihn in seine Position gebracht. Soviel Idealismus müßte eigentlich selbstverständlich sein.

Sicher läßt sich auch die Öffentlichkeitsarbeit effektiver gestalten. Parteibüros, die von der Bevölkerung nicht frequentiert werden, sind ein sinnloses kostspieliges Ärgernis.

Die Liste ließe sich mühelos fortsetzen. Kreativität und Konzentration auf das Wesentliche machen eine Partei attraktiv und sind mehr denn je gefragt!

Mit freundlichem Gruß
Else Gerlach,
Marktheidenfeld

Hilfestellung

„Der Airport Express saust am Rollstuhlfahrer vorbei"; WELT vom 16. Mai

Die Lufthansa bietet den Airport Express als Alternative zu den Flügen zwischen Düsseldorf, Köln/Bonn und Frankfurt an. Wenn sie Rollstuhlfahrern auf diesen Strecken zur Benutzung des Flugzeuges rät, dann deswegen, weil sie dieses Verkehrsmittel für besonders behindertengerecht hält und sie die notwendige Betreuung der betroffenen Personen sicherstellen kann.

Die entsprechende Anweisung an die Lufthansa-Dienststellen richtet sich damit nicht gegen die Rollstuhlfahrer, sondern wurde in ihrem Interesse getroffen. Wer als Rollstuhlfahrer dennoch unbedingt den Airport Express benutzen will, kann dies tun. Er muß sich aber darüber im klaren sein, daß wir ihm dabei aus Mangel an Personal nicht die gleiche Hilfestellung bieten können wie beim Flug.

Herbert Wendlik,
Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft,
Marketing-Direktor

Wort des Tages

» Welches Gesicht wir einer Sache auch geben, keines wird uns letzten Endes so zustatten kommen wie das der Wahrheit. Sie allein bewährt sich. Sage, was du zu sagen hast, und nicht, was du glaubst, sagen zu sollen. Jede Wahrheit ist besser als eine Vorspiegelung. «

Henry David Thoreau; amerikan. Autor (1817–1862)



Personalien

AUSZEICHNUNG

Das Kuratorium des Familienverbandes Lütze e. V. unter Vorsitz von Akademierektor **Wolfgang Kermer**, Stuttgart, hat dem in Karlsruhe lebenden Maler und Graphiker Professor **Fritz Klemm** die mit 5000 Mark dotierte Max-Lütze-Medaille verliehen. Die Auszeichnung wird bei der Eröffnung der Ausstellung „Sammlung Lütze II – Handzeichnungen aus 100 Jahren" am 26. Oktober in der Galerie der Stadt Karlsruhe im Prinz-Max-Palais übergeben. Nach **Alfred Hrdlicka**, **K. R. H. Sonderborg**, **Franz Bernhard** und **Werner Knaupp** ist Fritz Klemm der fünfte Träger dieses Kunstpreises, der zum Gedenken an den Mäzen **Max Lütze** (1889–1968) alle zwei Jahre verliehen wird. Fritz Klemm, gebürtiger Mannheimer, war von 1949 bis 1970 Leiter der Werkklasse an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe.

GEBURTSTAG

Generalbundesanwalt **Kurt Rebmann** feiert am Mittwoch in Karlsruhe seinen 60. Geburtstag. Er wurde in Heilbronn geboren, besuchte dort bis zur Einberufung 1942 das Karls-Gymnasium und wurde 1943 schwer verwundet. Von 1944 bis 1947 studierte er an der Universität Tübingen, Göttingen und Heidelberg Rechtswissenschaften, er schloß mit dem ersten Staatsexamen und der Promotion über das Thema „Das richterliche Prüfungsrecht", „Magna cum laude" zum Doktor jur. ab. Von 1950 bis 1956 war er im Justizdienst des Landes Baden-Württemberg tätig. Bereits mit 27 Jahren wurde Rebmann Landgerichtsrat in Heilbronn. Danach kam er für einige Zeit als wissenschaftlicher Assistent an das Bundesverfassungsgericht und wurde schließlich Richter am Landessozialgericht in Stuttgart. 1956 wechselte er als Regierungsdirektor in die Landesvertretung von Baden-Württemberg nach Bonn, 1959 kehrte er nach Stuttgart in das Justizministeirum zurück. Unter Ministerpräsident **Kurt Georg Kiesinger** wurde der damals erst 39jährige 1965 zum Ministerialdirigenten befördert. Nach der Ermordung von Generalbundesanwalt **Siegfried Buback** am 7. April 1977 wurde er zu dessen Nachfolger im Juli des gleichen Jahres ernannt. In der Diskussion um die Antiterrorgesetzgebung setzte sich Rebmann im Herbst 1979 und auch später für eine Verschärfung der Gesetze ein und forderte unter anderem auch Strafandrohung gegen das öffentliche Befürworten noch nicht begangener Gewalthandlungen, weil dadurch „ein Klima der Gewalt" gefördert werde. In seiner Fünf-Jahres-Bilanz vom Juni 1982 betonte Rebmann, daß die Bedrohung durch den Terrorismus insgesamt geringer geworden sei, aber grundsätzlich fortbestehe. Der parteilose Jurist hat unter anderem auch die Reform des Scheidungsrechts vorbereitet und mit aller Entschiedenheit das Zerrüttungsprinzip anstelle des Verschuldensprinzips verfochten.



Generalbundesanwalt Kurt Rebmann FOTO: SVEN SIMON

ERNENNUNG

Der Stuttgarter Oberbürgermeister **Manfred Rommel** ist gestern von der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft zu ihrem neuen Präsidenten gewählt worden. Rommel löst Dr. **Hans-Günter Sohl** ab, der dieses Amt seit 1980 inne hatte. Die Freiherr-vom Stein-Gesellschaft ist eine staatspolitische Vereinigung, die Gesinnung und Gedanken des **Freiherrn vom Stein** wissenschaftlich pflegt und das Interesse des Bürgers an der Gestaltung des politischen Lebens wecken will. Ihr gehören rund 450 Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

*

Kolumbien hat einen neuen Generalkonsul in Frankfurt. Das Exequatur wurde Dr. **Enrique Emiliani Roman** erteilt. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

VERANSTALTUNG

Im Palmengarten zu Frankfurt am Main wird am Mittwoch die erste Welt-Kakteen-Schau vom Direktor des Palmengartens, Dr. **Gustav Schoser**, eröffnet. Die Kakteen-Schau steht unter der Schirmherrschaft der Internationalen Organisation für Sukkulentenforschung (IOS). Präsident der IOS ist Professor **Werner Rau** von der Universität Heidelberg, der in Frankfurt aus diesem Anlaß Wissenschaftler aus 40 Ländern begrüßen wird, darunter auch den Sekretär der IOS, Professor **David R. Hand**, vom Botanischen Garten in London.

Fliegen in Deutschland:
Die Zeiten für Geschäftsreisen waren noch nie so günstig.

Wir möchten Ihnen das Fliegen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland noch angenehmer machen: mit dem Intervall-Verkehr zwischen verschiedenen deutschen Städten. Wenn Sie regelmäßig bestimmte Strecken fliegen, haben Sie dadurch zwei Vorteile. Erstens: Die Abflugzeiten lassen sich leichter merken. Zweitens: Sie sind freier in Ihrer Planung. Und damit flexibler. Fast so flexibel wie am Boden. Nur eben schneller. Buchen Sie deshalb Lufthansa. Es ist eine Frage der Zeit.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Mit Gusto und Leidenschaft die Sprache benutzt: Rahel Varnhagen

Brillante Gesellschaft in der Dachstube

Hätte Philipp Reis das Telephon schon vor zweihundert Jahren erfunden, so wäre die spirituelle Berlinerin namens Rahel Levin, verehelichte Varnhagen von Ense, vielleicht heutigen Tages eine völlig Unbekannte. Denn ihr Nachruhm beruht auf den vielen Hunderten von Briefen, die sie an ihren späteren Ehemann, aber auch an ihre zahlreichen Freunde und Freundinnen geschrieben hat, Briefen von einzigartiger Unmittelbarkeit, Aufrichtigkeit und Stärke der Empfindung.

Ihr Medium war ohne Zweifel die Sprache, sie gebrauchte sie in der Konversation mit Gusto und mit Leidenschaft, ihre Zeitgenossen lobten ihren Witz und ihre Einfühlungsgabe. Ja, es wird berichtet, daß ihr 14 Jahre jüngerer Ehemann im Salon von einem zum andern lief, um sich die Sätze wiederholen zu lassen, die er selbst nicht mitbekommen hatte. Er war es auch, der schon zu ihren Lebzeiten, im Jahre 1812, im „Cottaschen Morgenblatt" die auf Goethe bezüglichen Stellen aus seinem Briefwechsel mit ihr abdrucken ließ und damit den Anfang der langen Reihe von Veröffentlichungen ihrer Korrespondenz machte, die von 1834 an nicht abriß.

Rahel Levin war die Tochter eines wohlhabenden, privilegierten, aber deshalb noch nicht besonders kultivierten „Schutzjuden", eines Juwelenhändlers; als Kind sprach sie sicherlich jiddisch, ihr erster erhaltener Brief ist in hebräischen Schriftzeichen abgefaßt. Daß sich um das frühreife Mädchen in der Dachstube des elterlichen Hauses in der Jägerstraße eine Gesellschaft brillanter junger Leute aus allen Ständen versammelte, Studenten, Schauspieler, Gelehrte wie die Brüder Humboldt, sogar ein Hohenzollernprinz mit seiner Mätresse, war ihrer Klugheit und dem rastlosen Ehrgeiz zu verdanken, immer



Eine der bedeutendsten Frauen ihrer Zeit: Rahel Varnhagen FOTO: KEYSTONE

mehr Menschen zu kennen und sich in ihrer Mitte einen gesicherten Platz zu schaffen.

Sie hatte alle Handicaps: Sie war (seit dem Tode des Vaters) ziemlich arm und, wie sie selber formuliert hat, „Jüdin, nicht hübsch, ignorant, ohne grâce, sans talents". Wie ihre gleichaltrigen Freundinnen suchte sie im

Kolossale Liebe - Mi., ZDF, 22.55 Uhr

Zeitalter der Emanzipation verzweifelt diese Hürden durch Eheschließung zu übersteigen. Sie stellte sich, indem sie den sozialen Aufstieg mit wahrer Liebe zu verkoppeln bestrebt war, ganz unglaublich ungeschickt an und erlitt zwei grausige Niederlagen.

Der junge Graf Karl von Finckenstein, den sie 1795 in einer Opernloge zum erstenmal erblickte, liebte sie zwar so heftig wie sie ihn, doch seine standesbewußten Schwestern sorgten dafür, daß nach zwei Jahren die Verlobung platzte. Noch schlimmer war die Enttäuschung im Falle des spanischen Gesandtschaftssekretärs Don Raphael d'Urquijo: er war zwar übermäßig schön, aber ebenso unbeständig wie eifersüchtig, und Rahel sank über die Schande, die „turpitude" dieses Fehlgriffs in tiefstes seelisches Elend zurück.

Mit dem Jahr der Besiegung Preußens ändert sich auch das Klima in Berlin; einen intellektuellen Salon ohne viel Geld zu führen, ist kaum noch vorstellbar. Aus völliger Vereinsamung reißt Rahel ein junger Mann namens Varnhagen heraus, so heimatlos und umgetrieben wie sie selbst, und von dem gleichen Willen aufzusteigen beseelt. Sie wird seine Geliebte und heiratet ihn sechs Jahre später, nachdem sie ihren Namen in Rahel (später Friederike) Robert geändert und sich der Taufe unterzogen hat. Varnhagens Karriere in militärischen und diplomatischen Funktionen geht langsam, aber beständig in die Höhe, sogar ein Adelstitel hat sich aus irgendwelchen alten Archiven für ihn eingefunden. So verbringt Rahel drei glückliche Jahre als Gattin des preußischen Gesandten in Karlsruhe, ehe sie nach Berlin zurückkehrt, wo sie nun den eleganten Salon ihrer Träume ihr eigen nennt. Sie hat auch Feinde oder doch Kritiker, wie Wilhelm und Karoline v. Humboldt, sie ist immer noch kleinlichen Kränkungen und Zurückweisungen ausgesetzt, wie man sie schlecht mit dem überlieferten Bilde des braven Biedermeiers vereinigen kann. Varnhagen, durch die Veröffentlichung ihrer Texte zu literarischem Ruhm gelangt, ist sich bewußt, das Geschöpf ihrer „kolossalen Liebe" zu sein. Sie sei ein weiblicher Pygmalion gewesen, meint Jutta Brückner, die aus ihrem Leben ein Fernsehspiel gemacht hat.

HELLMUT JAESRICH

 **Mittwoch**  

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Wanderkino Pym
Austral. Spielfilm (1977)
11.55 Umschau
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Landwirtschaft '84
16.55 Null ist Spitze
17.20 Kein Tag wie jeder andere
3. Teil: Feuer, Lehm und tote Hühner
Eine Gruppe von Kindern aus dem fränkischen Wunsiedel will für eine Woche so leben wie ihre Vorfahren in der Steinzeit – ohne jede technischen Hilfsmittel.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.10 Fußball-Europapokal
Endspiel der Landesmeister
AS Rom – FC Liverpool
Im Olympiastadion in Rom findet heute aus italienischer Sicht ein Traum-Finale statt, denn der heimische AS Roma trifft auf den englischen Spitzenclub FC Liverpool.
22.00 Brennpunkt
Die FDP unter Dampf – Eine Partei kämpft um ihre Zukunft
Moderation: Wolf Feller
22.30 Tagesthemen
23.00 Ohne Filter
Musik pur
00.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Scherben bringen Glück
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kompass
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Laid Back, Joschi Hackl und seine original fidelen Egerländer
17.50 Bret Maverick
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
Anschl. Parteien zur Europawahl
19.30 Kino-Hitparade
20.15 ZDF Magazin
Swapo-Terror in Namibia / Savimbis Kampf für Freiheit in Angola / Freie Welt kämpft um das Leben der Sacharows
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38 / Spiel 77
22.10 Auch Japaner können weinen
Die Melodramen des Yoji Yamada
22.55 Kolossale Liebe
Fernsehspiel von Jutta Brückner
1.15 heute



Mit der heutigen Folge von „Null ist Spitze" verabschiedet sich die Familie Bagthorpe von den Zuschauern (16.55 Uhr). FOTO. KINDERMANN

 **Donnerstag** 

10.00 Bis zum Ende der Welt
Katholischer Gottesdienst zum Fest Christi Himmelfahrt
11.00 Verleihung des Aachener Karls-Preises
an Bundespräsident Carl Carstens
12.30 Tim und der Haifischsee
Französisch-belgischer Zeichentrickfilm (1972)
13.45 Cyprien Katsaris spielt
Johann Sebastian Bach / Franz Liszt: Präludium und Fuge a-Moll
Robert Schumann: Kinderszenen
14.15 Dicke Luft
15.30 Der Außenseiter am Seiten-Aus
Trainer Schlappner und seine „Waldhof-Buben"
Film von Rudolf Werner
16.15 Euroshow
Live aus Straßburg
17.45 Familie Schimek
Deutscher Spielfilm (1935)
Mit Hans Moser, Käthe Haack u. a.
Regie: E. W. Emo
19.10 Die elektronischen Landboten
11. Fernsehwettbewerb der Regionalprogramme 1984
20.00 Tagesschau
20.15 Naila liegt im Westen
Fünf Jahre nach der Ballonflucht
Reportage von Georg M. Hafner
21.00 ARD-Wunschkonzert
Moderation: Dagmar Berghoff und Max Schautzer
22.30 Tagesthemen
23.00 Einmal im Leben (3)
00.35 Tagesschau

9.00 Programmvorschau
9.15 Festgottesdienst
10.00 Licht im Dunkel
Amerikanischer Spielfilm (1961)
Mit Anne Bancroft, Patty Duke u. a.
Regie: A. Penn
11.45 Vom Abschied, der keiner ist
12.00 Die Juden im alten Rom
12.30 ... und was machen Sie tagsüber?
Porträt des Chores der Deutschen Oper Berlin
13.15 heute
13.20 Kleiner Hund ganz groß
13.55 Mutter war immer ein Engel
14.40 Zirkus, Zirkus
16.10 Chachaji – mein ehrenwerter Onkel
16.55 heute
17.00 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
17.50 Endspiel um den DFB-Pokal
Bor. Mönchengladbach – Bayern München
Anschl. heute
20.00 Donald Ducks Geburtstagsparty
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Sterbehilfe – erlaubt?
21.45 heute
21.50 500 Meilen von Indianapolis
22.20 René Kollo
Das Musik-Porträt
23.20 heute
anschl. Brief aus der Provinz
An der schönen blauen Donau
Ingolstadt zwischen Vergangenheit und Zukunft



Die Lehrerin Annie (Anne Bancroft) soll der tauben und blinden Helen (Patty Duke) helfen (Licht im Dunkel – ZDF, 10.00 Uhr). FOTO: TELEBUNK

KRITIK

Trivialität ist Trumpf

Kinder delektieren sich am Entsetzen; Enten, noch eben im Donald-Duck-Kleid, wandeln sich zu Bestien; Gabelklemmen schützen Augen, halten Kopfverbände von Sängerknaben; Jazz macht dem „Dritten Mann" den Garaus, als ein Bild einen schmerzverzerrten Kopf an eingedelltem Autokühler zeigt.

All das kann nur zu tun haben mit dem zur Zeit erfolgreichsten Chirurgen und Feinmechaniker des Makabren, dem Zeichner und Maler von Alpträumen, der, hoch intelligent und von Velázquez'scher Genauigkeit, Schabernack mit dem Grauen treibt: Gottfried Helnwein (35), der Wiener Supermann, dessen Plakate und Poster, optische Grillen und seltsam berührende Deformationen bürgerlicher Ästhetik von Portraits eines Lauda oder Ali über Buchcovers etwa zu Botho Strauss, zu Magazintitelbildern von Mick Jagger wie Peter Alexander bis zu sanft getuschten Enten mit Eiscreme und Schulranzen reichen. „Schmierfink" und „Sadist" nennen ihn die einen; er selbst pariert, „die wichtigste Errungenschaft des Jahrhunderts ist die Trivialität", für ihn sind die Registrierung des Klischees an sich und Walt-Disney-Welt das Größte, ist Donald Duck bedeutender als Mona Lisa.

Helnwein ist ein Mysterium, zweifellos ein Genie, dem Peter Hajek mit seinen 45 ZDF-Minuten ein gelungenes Portrait geschneidert hat, mit Handlungsspots, die aus Bildern erwachsen, chaotisch-heilen Familienszenen à la Helnwein, mit Jazz und Schmalz, persönlichen Statements des Künstlers und vielem mehr – die gelungene Collage über einen „Anti" mit weicher Seele, dem man die Hochachtung vor seiner Kunst und um Verständnis bemühte Verwunderung ob seiner Sicht der Welt nicht wird verwehren können.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Der Südwestfunk-Beitrag „Geburten-Manipulation" von Heidi Hölzer-Bobinger ist bei Radio Bremen wegen seiner „vorbildlichen Art einer aufklärerischen Funktion" mit dem ersten Preis im **Wettbewerb der deutschsprachigen Fernsehregionalprogramme** in der Kategorie Eins (Kurzbeiträge bis sechs Minuten) ausgezeichnet worden. In der Kategorie Zwei (Aktuelle Reportagen und Berichte bis zu 30 Minuten) erhielt Alfred Gulden vom Saarländischen Rundfunk den ersten Preis für den Bericht „Grenzfall Leidingen".

*

Auszeichnung auch für den WDR: Auf dem Fernseh-Festival von Banff (Kanada) erhielt der Kölner Sender den **Special Jury Award** für seine Produktion des Kinder-Zeichentrickfilms „Post für den Tiger". Es ist das erste Mal, daß eine deutsche TV-Produktion diesen Preis entgegennehmen konnte.

DW

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.10 Mittwochs in Warendorf
21.45 off-off
Freizeit und Fitness
22.15 Dieses obskure Objekt der Begierde
Franz.-span. Spielfilm (1977)
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Gorillas in den Bergwäldern Afrikas
19.00 Brutplätze für Schwindelfreie
19.15 Praktische Tips
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.10 extra drei
21.00 Studentenunruhen
21.45 Schweigen ist Gold
Französischer Spielfilm (1947)
23.20 Nachrichten

HESSEN
19.00 Was tun mit der Zeit?
19.30 Der Sternenhimmel im Juni
19.45 Henchen gesucht
20.15 Streitgespräch
Wie geht es weiter mit Europa?
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Vier Frauen – Vier Leben (1)

SÜDWEST
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 John Lennon
Eine Montage von Horst Königstein
20.15 Sammelsurium
21.00 Unter der Sonne Roms
Italienischer Spielfilm (1948)
22.20 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux

BAYERN
18.00 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Klimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Malu
22.30 Z. E. N.
22.35 „Mein Leben, das ich nicht mehr leben wollte"
Film von Raimund Koplin
23.20 Rundschau

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Küsse, Kugeln und Kanaillen
Französisch-italienischer Spielfilm (1955)
21.45 Gratwanderungen
22.15 Barmen und die Bekennende Kirche
23.15 Von der Ächtung bis zum Tod
24.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Hobbythek
19.15 Macht aus alten Zeiten
20.00 Tagesschau
20.15 Die Unbestechlichen
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Dustin Hoffman, Robert Redford u. a.
Regie: Alan J. Pakula
22.20 Science-fiction
23.05 Modern Jazz Quartet
Jazz Fest Berlin 1983
00.05 Nachrichten

HESSEN
18.30 Die seltsamen Abenteuer des Herman van Veen (6)
19.00 Hamad und die Piraten
Amerikanischer Spielfilm (1971)
20.25 Filmmagazin
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell Telegramm
21.35 Blickpunkt Ausland
22.20 Sherlock Holmes: Jagd auf Spieldosen

SÜDWEST
18.30 Telekolleg
19.00 So ihr nicht werdet wie die Kinder
19.25 Nachrichten
19.30 Der Besuch
Ungarischer TV-Film
20.20 Kulturlandschaft: Hohenzollern
21.05 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Dresden war auch mal eine deutsche Stadt
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Vier-Länder-Eck
Nur für das Saarland:
21.50 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.15 Wegweiser Erziehung
18.45 Rundschau
19.00 Der kleine Lord
Fernsehspiel
21.00 „Was steht ihr da und schaut?"
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Ein Herz und eine Krone
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Gregory Peck, Audrey Hepburn, Eddie Albert u. a.
Regie: William Wyler
24.00 Rundschau

Dipl.-Ing. German Cornelius

Oberstingenieur a. D.

* 15. 4. 1899 † 23. 5. 1984

Im Namen der Familie

Ilse Kordt geb. Cornelius

Droysenstraße 16, 2000 Hamburg 52

Die Seebestattung wird im engsten Familienkreis stattfinden.

Wir trauern um Herrn

Dipl.-Ing. Hans Petrusch

Gießereiingenieur und Prokurist

* 6. April 1924 † 25. Mai 1984

29 Jahre hat der Verstorbene den Aufbau unserer Firmen mitgetragen.
Er hat große Verdienste um uns erworben.

Gesellschafter
Geschäftsleitung
Betriebsrat und Belegschaft
Mikroforma Gießerei Ges.
Johannes Croning
(GmbH + Co. KG)

Croning + Co. (GmbH + Co. KG)

Trauerfeier am 1. Juni 1984 um 10 Uhr in der Friedhofskapelle Wedel/Holstein, Egenbütteler Weg.

Bonn wirft dem „Stern“ arglistige Täuschung vor

ms. Bonn

Das Bundesinnenministerium hat dem „Stern“ im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Unterlagen des Bundesgrenzschutzes (BGS) „Fälschung“ vorgeworfen. Durch eine Fotomontage unterschiedlicher Schriftstücke, so erklärte Ministeriumssprecher Wigbard Härdtl, versuche das Magazin, den Eindruck zu erwecken, als würden Einheiten des Bundesgrenzschutzes auf innenpolitische Auseinandersetzungen vorbereitet.

Bei der Fälschung der Hitler-Tagebücher, so Härtl, sei der „Stern“ selbst Opfer einer Täuschung geworden, jetzt aber versuche er selbst, seine Leser „arglistig zu täuschen“. Verlag und Redaktion des Magazins hatten eine Untersuchungskommission ernannt und sie beauftragt zu prüfen, wie die Fälschungen in den „Stern“ gelangen konnten. Dieser Bericht ist bisher nicht veröffentlicht worden.

Ausgangspunkt für die Auseinandersetzungen um den BGS ist eine Veröffentlichung in der neuesten Ausgabe des Magazins mit der Schlagzeile „Bundesgrenzschutz probt den Bürgerkrieg“. Es geht dabei um eine alljährlich stattfindende Übung des BGS, diesmal des Grenzschutzkommandos Mitte auf dem Truppenübungsplatz Senne. Beteiligt waren 1600 BGS-Angehörige. Das Grenzschutzkommando Mitte hat den jeweiligen Chefs der Hundertschaften vorgegeben, für die Übung der einzelnen Züge „realistische Lagen zugrunde zu legen“.

Diese Anweisung druckt das Magazin im Faksimile ab und darunter die „Lageentwicklung“ eines Zugführers, der dabei von einer Eskalation des Arbeitskampfes und der Beteiligung von linksgerichteten Terroristen sowie von Rechtsextremisten ausgeht. In dem Szenario entwickelt er eine innere Notstandssituation, unter anderem derart, daß er die Entführung von Arbeitgeberpräsident Esser im Zuge des Arbeitskampfes um die 35-Stunden-Woche unterstellt.

Das Bundesinnenministerium betonte, hier handele es sich um die Aufzeichnung eines Zugführers, der ermahnt werde, künftig solche Überlegungen zu unterlassen, weil sie zu Mißverständnissen führen könnten.

Bonn: Kein Streit mit Washington

NATO-Frühjahrstagung: Abrüstungsdialog fortsetzen

BERNT CONRAD, Washington

Die Frühjahrstagung der NATO-Außenminister ist gestern in Washington eröffnet worden. Sie steht im Zeichen des 35jährigen Jubiläums der Allianz und befaßt sich vorrangig mit dem West-Ost-Verhältnis.

In einer „Erklärung von Washington“ wollen die Verbündeten in Fortschreibung des „Brüsseler Signals“ vom Dezember 1983 ihre Bereitschaft zum Abrüstungsdialog mit der Sowjetunion bekräftigen, gleichzeitig aber klarmachen, daß der Westen nicht bereit ist, für die Rückkehr Moskaus an den Verhandlungstisch einen Preis zu zahlen. Grundlage der NATO-Politik – darüber sind sich die Partner prinzipiell einig – soll die im Harmel-Bericht vor mehr als zehn Jahren verkündete Parallelität von Verhandlungsbereitschaft und Verteidigungswillen sein.

Bundesaußenminister Genscher will in die Beratungen die Erfahrungen seiner jüngsten, weitgehend negativ verlaufenen Moskau-Reise einbringen. Nach seiner Ansicht ist es wichtig, den Sowjets noch einmal dezidiert die langfristigen Absichten der NATO darzulegen.

Über den Text der Washingtoner Erklärung werden die Minister in ihren bis Donnerstagmittag dauernden Beratungen entscheiden. Der Verabschiedung dieser Texte und dem Verlauf der Tagung diente auch ein Schreiben, das der amerikanische Außenminister George Shultz Ende vergangener Woche an Genscher gerichtet hat. Mitarbeiter des Bundesaußenministers wiesen nachdrücklich Behauptungen zurück, Shultz habe in dem Brief Kritik an der Haltung Bonns geübt. Tatsächlich habe es sich um einen für Konferenzvorbereitungen normalen Brief gehandelt, der sich mit Prozedurfragen und nicht mit inhaltlichen Problemen beschäftigte und der keineswegs kritisch abgefaßt gewesen sei.

Unabhängig davon ist allerdings klar, daß Bonn und die übrigen europäischen Partner in bestimmten Punkten etwas andere Akzente als die Amerikaner setzen. So kommt es den Deutschen nach Angaben von Bonner Diplomaten darauf an, zwei Dinge festzuhalten:

1. Die positiven Ergebnisse des Berliner Viermächteabkommens und der innerdeutschen Beziehungen und

2. die Tatsache, daß die Europäer, speziell die Deutschen, in den siebziger Jahren ungeachtet der damaligen Entspannungspolitik ihre Verteidigungsanstrengungen kontinuierlich verstärkt hätten.

Bleibt Genscher doch länger als bis 1986 FDP-Chef?

● Fortsetzung von Seite 1

selbstbewußte FDP sei eine stärkere FDP, und eine gekräftigte FDP stärke auch die Koalition. Wichtig sei allerdings daß die Unionsparteien die Freien Demokraten gut behandelten. Der Parteivorsitzende strebt, wie in seiner Umgebung gesagt wird, eine völlig offene Diskussion an, eine Art „Kulturrevolution“ nach dem Motto „Laßt tausend Blumen blühen“.

Für das Jahr 1985 sieht Genscher, wie Mitarbeiter versichern, eine günstige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik voraus. Das einzige Problem für die FDP besteht nach seiner Meinung darin, daß dieser Erfolg nicht allein der CDU/CSU überlassen werden dürfe. Darüber will der FDP-Vorsitzende auf dem Parteitag sprechen. Seine Argumentation wird lauten: „Die FDP kann ihren Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung nur reklamieren, wenn sie die Wende überzeugend bejaht. Sonst geht das alles zugunsten der Union. So einfach ist das.“ Das Ergebnis der bevorstehenden Europawahl wird für die FDP nach der Einschätzung Genschers weitgehend vom Verlauf des Parteitages in Münster abhängen.

Kohl läßt in Warschau Rechtsposition darlegen

Rühe erinnert an Entschließung zu den Ostverträgen

MANFRED SCHELL/DW. Bonn

Beim gegenwärtigen Besuch der Bundestagsabgeordneten Volker Rühe (CDU) und Hans Klein (CSU) in Warschau ist es zu erheblichen Verstimmungen auf beiden Seiten gekommen. Wie dpa berichtet, haben die Polen ohne offizielle Begründung die Gespräche mit ZK-Sekretär Barcikowski und Vizepremier Rakowski abgesagt, die wichtigste Gesprächspartner des ursprünglichen Programms waren. Die Unionspolitiker sollen daraufhin ein Gespräch mit dem stellvertretenden Außenhandelsminister Karas abgesagt haben.

Bundeskanzler Kohl hat den Aufenthalt benutzt, um angesichts heftiger Vorwürfe des Revanchismus in der polnischen Presse die deutsche Rechtsposition zur Grenzfrage betonen zu lassen. Rühe, der in Warschau darauf hinwies, daß sein Besuch „in Abstimmung mit dem Bundeskanzler und in seinem Auftrag erfolgt“, erklärte vor dem Institut für Internationale Fragen, nach deutschem Verfassungsrecht bestehe das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt in den Grenzen vom 31.12.1937 fort.

Demgegenüber heiße es im Warschauer Vertrag, daß die bestehende Grenzlinie die westliche Staatsgrenze Polens bilde. Bonn habe seinerzeit betont, daß es sich bei dieser Grenzregelung um „den Ausschluß jeder gewaltsamen Veränderung der bestehenden Grenzen“ handele. Nach Artikel 7 des Deutschlandvertrages werde die endgültige Grenzfestlegung bis zu einem Friedensvertrag „aufgeschoben“. Die Entschließung aller Bundestagsparteien vom 17. Mai 1972 enthalte die Feststellung, daß die Verträge keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen schüfen.

Rühe sagte: „Der Fortbestand des Deutschen Reiches in seinen völkerrechtlich anerkannten Grenzen und die Feststellung der westlichen Staatsgrenze Polens durch die Bundesrepublik Deutschland sind komplementäre Tatsachen, die nur zusammen ein vollständiges Bild ergeben.“ Gerade das polnische Volk müsse Verständnis für den Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung haben.

Rühes Klarstellung zielt auch auf die deutsche Innenpolitik: Der CDU-Abgeordnete Sauer hatte kritisiert, daß eine Erklärung des Kanzleramtes, in der der Begriff „Ostdeutschland“ enthalten war, auf Intervention von Außenminister Genscher hin zurückgezogen wurde. In der Ersatzerklärung war nur noch allgemein von Mittel- und Ostdeutschland die Rede.

Minister Arens: PLO-Terroristen wurden totgeschlagen

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Israelische Sicherheitskräfte haben nach Angaben von Verteidigungsminister Moshe Arens zwei arabische Geiselnehmer nach ihrer Festnahme im Gazastreifen am 12. April totgeschlagen. Arens ordnete aufgrund der Erkenntnisse einer militärischen Ermittlungskommission die Übergabe der Akte an die Staatsanwaltschaft an und verurteilte „mit äußerster Schärfe das Verhalten, das zum Tod der beiden gefangenen Terroristen führte ... ein Verhalten, das im Widerspruch zu den Normen und Grundsätzen steht, die jedermann verpflichten, ganz besonders aber die Sicherheitskräfte“.

Vier PLO-Leute hatten damals einen israelischen Bus mit 30 Fahrgästen gekapert, um die Freilassung in Israel verurteilter Terroristen zu erzwingen. Im Gazastreifen befreite eine israelische Anti-Terror-Einheit die Geiseln. Alle vier Geiselnehmer wurden getötet. Israelische Reporter behaupteten später, sie hätten gesehen, daß zwei von den vier noch lebten, als sie abgeführt wurden. Verteidigungsminister Arens setzte daraufhin eine militärische Untersuchungskommission ein. Nach ihren Feststellungen starben zwei Geiselnehmer bei der Erstürmung des Busses. Die zwei anderen seien dabei nur verletzt worden. Doch nach der Befreiung der Geiseln hätten sie Schläge auf den Hinterkopf bekommen. Diese seien tödlich gewesen. Die Kommission stellte fest, daß die Sicherheitskräfte, die die Geiseln befreiten, keinen Befehl erhalten hatten, der sich als Aufforderung zur Tötung oder Verletzung der Terroristen auslegen ließe.

Die Entscheidung von Arens verdient Respekt. Es geht dabei indirekt vor allem um das Schicksal israelischer Gefangener in arabischen Händen. Es wird hier vielfach befürchtet, daß an israelischen Gefangenen Rache geübt werden könnte. (SAD)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Späth dringt auf rasche Entscheidung

xhk. Stuttgart

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hat die Bundesregierung aufgefordert, die Diskussion um die Steuerreform rasch zu beenden und eine Entscheidung zu treffen. Nach den Worten seines Sprechers Matthias Kleinert kommt es für Späth vor allem darauf an, durch ein steuerpolitisches Gesamtkonzept Vertrauen in die Finanzpolitik zu schaffen. Die Ziele der Steuerreform können nach seiner Auffassung nur mit dem baden-württembergischen Konzept erreicht werden. Dies heiße, die bis 1986 angesammelten Steuermehreinnahmen zur Erhöhung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes zu verwenden. Die eigentliche Steuertarifreform solle erst 1988 einsetzen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnt Späth ab.

Doch US-Raketen an Saudi-Arabien

rtr, Washington

Die US-Regierung hat bestätigt, daß es Überlegungen gibt, Saudi-Arabien zum Schutz bedrohter Öltanker im Golfkrieg Flugabwehrraketen vom Typ Stinger zu liefern. Über die genaue Zahl gab es allerdings gestern aus Washington widersprechende Angaben. Regierungsvertreter hatten in der vergangenen Woche erklärt, Präsident Reagan habe vorläufig den Verkauf von 200 solcher Raketen gebilligt. Dagegen meldete die „New York Times“, Riad werde binnen drei Tagen 400 Stinger-Raketen erhalten. Daß Riad aus den USA Unterstützung erhält, geht indirekt auch aus einer Meldung der amtlichen saudi-arabischen Nachrichtenagentur hervor: König Fahd sei befriedigt über den Ausgang der Bemühungen um Entschärfung des Golfkriegs.

Kreml fordert Kampfbereitschaft

■ Fortsetzung von Seite 1

damit abfinden können, daß die geschichtliche Entwicklung allein zum Sozialismus verläuft“, könne Diplomatie nicht alles bewirken. Da sei die „zügelnde Macht unseres Verteidigungspotentials“ unentbehrlich.

Tschernenko pries die Sowjetarmee als „Schule patriotischer Mannhaftigkeit“ und beeilte sich, seine Zugehörigkeit zu diesem Teil der sowjetischen Gesellschaft nachzuweisen. Da er, anders als seine Vorgänger, nicht über einen ansehnlichen militärischen Rang verfügt, erinnerte er die straff vor ihm aufgereihten Uniformträger an seinen Dienst bei den Grenztruppen, die heute dem KGB unterstehen. Tschernenko: „In ihren Reihen begann meine Parteibiographie.“

Prag kritisiert Wiener Ostpolitik

cgs. Wien

Die tschechoslowakischen Medien haben ungewöhnlich scharfe Angriffe gegen den österreichischen Bundeskanzler Fred Sinowatz und Außenminister Erwin Lanc gerichtet. Die beiden Politiker werden von Prag beschuldigt, die gleiche Politik wie US-Präsident Reagan zu verfolgen und die kommunistischen Staaten Osteuropas „gegeneinander aufzuhetzen“. Bundeskanzler Sinowatz habe in einem Vortrag die Neutralität Österreichs als „westliche Neutralität“ charakterisiert. Der Außenminister hatte jüngst bedauert, daß die Beziehungen zwischen Österreich und der CSSR nicht im gleichen Maße normalisiert werden konnten wie zu den anderen kommunistischen Nachbarstaaten. Er hatte erneut die Aufhebung des Visumzwangs gefordert.

Neue polnische Einsatztruppe

J. G. G., Warschau

Als „Pilotprojekt“ wurden jetzt im Bezirk Thorn an der Weichsel die ersten drei Bataillone einer „Politisch- und Verteidigungspolitischen Einheit“ (OPO) zusammengestellt. Die Angehörigen dieser Einheiten kommen vornehmlich aus den Reihen der Hilfspolizei Ormo. Die Schulung soll eine Mischung von polizeilichem, militärischem und politischem Drill sein. Die Einheiten werden in kleinen Gruppen auf Gemeinden und Kommunen verteilt. Die Bataillonskommandostelle wird dem „Regionszentrum für Parteiarbeit“ angegliedert. Die Kommandeure sind Offiziere des polnischen Sicherheitsdienstes SB. Zu den Aufgaben der OPO gehören Streifendienst, Objekt- und Personenschutz, wobei der Objektschutz nur staatliche Gebäude umfaßt.

Nun lernen sie wieder

Bm. – Seit einem Jahr geht ein Ruck durch die deutsche Jugend. Gymnasiasten sind wieder auf Notenjagd, Professoren spüren deutlichen Zulauf zu Seminaren. Die Wende zur eigenen Vorsorge für die Zukunft ist unverkennbar.

Jetzt hat dieser Eifer auch die Auszubildenden der Wirtschaft erfaßt. Raab Karcher spricht davon, daß der Anteil der „lernwilligen Auszubildenden" von 6,3 auf 7 Prozent erhöht worden sei. Und Vorstandschef Klaus Giesel widmet diesen Lehrlingen hohes Lob: „Ganz bewußt sage ich lernwillig, denn es ist eine Freude, die Bereitschaft, den Eifer, das Vermögen, den Willen der meisten dieser jungen Leute zu beobachten, wenn sie den Einstieg in das berufliche Geschehen finden."

Hier wird mit offener Freude an der Tatkraft junger Menschen der so viel geschmähte Frust, den angeblich unsere Jugend „ziert", verscheucht – soweit er überhaupt vorhanden war.

Klaus Giesels Freude an einer neuen Generation, die wieder anpackt, stimmt hoffnungsfroh. Sie signalisiert nicht nur Gewißheit, daß diese Industrienation Anschluß behalten wird an Erfolge, wie sie etwa Japan in Forschung und Technologie errungen hat und die manchen Wirtschaftsführer mit Resignation schlugen, wenn er daran dachte, wie er künftig auf den Weltmärkten bestehen sollte. Etwas ebenso wichtiges bahnt sich hier an: Der verlorengeglaubte Schulterschluß der älteren zur jungen Generation wird wieder hergestellt.

Kammer-Streit

des – Wer geglaubt hatte, mit dem Beschluß der niedersächsischen Landesregierung, den Landkreis Gifhorn und die Stadt Wolfsburg dem Verantwortungsbereich der Industrie- und Handelskammer Braunschweig anzugliedern, sei der lang andauernde Streit zwischen den Nachbar-Kammern Braunschweig und Lüneburg beendet, hat die Hartnäckigkeit der Heide-Kammer unterschätzt. Vor dem Verwaltungsgricht haben die Lüneburger, die in ihrem Namen den Zusatz „Wolfsburg" tragen, Klage gegen die Regierungsentscheidung erhoben. Sie wollen die Begründung des Kabinetts, wonach sich die Pendlerströme in der Wolfsburger Region verändert haben, nicht akzeptieren. Ohne Zweifel würde die Ablösung vor allem Wolfsburgs mit dem potenten Beitragszahler VW die Lüneburger Kammer erheblich schwächen. Insofern kommt die jetzige Reaktion nicht überraschend. Altruistische Verhaltenweise durften die Befürworter der Neuordnung nicht unterstellen. Möglicherweise lockert sich aber die harte Haltung in Lüneburg, wenn die Braunschweiger Vorschläge eines finanziellen Ausgleichs definiert sind.

Gipfel-Hoffnungen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Noch nie fand ein Weltwirtschaftsgipfel in einer ökonomisch so freundlichen Umgebung statt wie in diesem Jahr. Wenn sich am 7. Juni die sieben Staats- und Regierungschefs zum zehnten Mal treffen, dann haben alle Diagnosen im Gepäck, nach denen ihre Länder wirtschaftlich besser dastehen als vor einem Jahr, als sie in Williamsburg zusammengekommen waren. Zwar sind nicht alle Länder im gleichen Maße vorangekommen, aber selbst die beiden Fußkranken – Frankreich und Italien – dürften die Talsohle durchschritten haben.

Jetzt geht es darum, den weltweiten Konjunkturaufschwung in einen inflationsfreien Wachstumspfad zu überführen. Die Aussichten sind nicht schlecht. Vor sieben Jahren, auf ihren ersten Treffen in London, brandmarkten die Gipfel-Politiker die Inflation. Sie sei kein Schmiermittel für die Wirtschaft, im Gegenteil: ein Hemmschuh. Diese Erkenntnis ist seitdem auch unter den Verantwortlichen Gemeingut.

Wegen des zweiten Ölpreisschocks und der anschließenden zu laxen Geld- und Fiskalpolitik, mit denen in den meisten Ländern auf die Rezession reagiert wurde, ließen Fortschritte an der Preisfront zunächst auf sich warten. Zwar ist das Inflationstempo immer noch rascher als in den fünfziger und sechziger Jahren, aber merklich niedriger als in den Siebzigern. Diese Basis für einen lang anhaltenden Wachstumsprozeß war in den letzten Jahren nicht mehr so günstig wie jetzt.

Die Impulse für die wirtschaftliche Erholung gingen von den USA aus. Dort erweist sich der Aufschwung inzwischen als kräftiger und breiter, als die meisten Experten vorausgesehen haben. Und er strahlt auf andere Länder aus. Jedenfalls ist die Dynamik nicht nur jenseits des Atlantiks inzwischen so stark, daß trotz steigender Zinsen die Investitionen zunehmen.

Aber „kostenlos", so die Baseler Prognos AG, gab es die expansiven Anreize der USA, der größten Wirtschaftsmacht der Welt, für die übrigen Länder nicht. Denn die Vereinigten Staaten ziehen nicht nur nach wie vor ausländische Waren, sondern auch fremdes Kapital an sich, – was sich günstig auf das amerikanische und ungünstig auf das internationale Zinsniveau auswirkt. Nach der Prognos-Analyse kann bei der gegebenen Dollar-Stärke so die amerikanische Binnenachfrage kräftiger expandieren, als es sonst der Fall wäre. Die übrigen Länder, nicht zuletzt die westeuropäischen, erkaufen die verbesserten Exportmöglichkeiten mit schlechteren Bedingungen für die zinsabhängige Nachfrage im Inland.

Der Export treibt in den meisten EG-Staaten die Konjunktur nach oben. Trotzdem werden die Europäer auf dem Londoner Gipfel, allerdings unterschiedlich deutlich, US-Präsident Ronald Reagan zu einer Umkehr der Budgetpolitik drängen. Je früher überzeugende Maßnahmen zur Eindämmung der hohen Defizite ergriffen werden, desto größer sind dort auch die Chancen für eine „sanfte Landung" der Konjunktur. In einer „harten Landung", also in einem Abwürgen, sieht auch der scheidende OECD-Generalsekretär van Lennep ein Hauptrisiko nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung in den USA, sondern auch für die Weltwirtschaft.

Nach den Vorbereitungen des Gipfels sieht es nicht so aus, daß sich Ronald Reagan bereits in London in die Pflicht nehmen lassen wird. Aber der Druck, die Fehlbeträge zu reduzieren, wächst auch in den USA. Abrupte Brüche wären eine schwere Hypothek für die Weltwirtschaft, eine sanfte Korrektur die Hoffnung. Wenn die Maßnahmen rechtzeitig im nächsten Jahr, also nach den Wahlen, ergriffen werden, dann wäre es noch nicht zu spät.

Darauf setzen die Europäer. Dann wäre ein stabiler Wachstumspfad erreichbar, eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Und darauf kommt es auch längerfristig an. Denn hier liegt eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß nicht nur ein weiteres Ausufern des Protektionismus verhindert wird, sondern daß in den nächsten Jahren auch neue Liberalisierungsfortschritte eingeleitet werden können. Ein offenes Welthandelssystem begünstigt nicht nur die Arbeitsteilung zwischen den Industriestaaten, die sich in London an den Tisch setzen, sondern hilft auch den Entwicklungsländern, mit ihrer hohen Verschuldung fertig zu werden. So könnte eine weitere schwere Belastung von der Weltwirtschaft genommen werden.

BAUGEWERBE

Die meisten Firmen rechnen mit einem Auftragsrückgang

hg, Bonn

„Die Hoffnung auf einen anhaltenden Aufschwung am Bau scheint von der Realität überholt zu sein". Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) in Bonn bestätigt, daß die Bausaison 1984 zwar begonnen habe, „die Bautätigkeit der Betriebe aber nur sehr verhalten zunimmt". Eine neue Talfahrt zeichne sich bereits ab, und offenbar hätten sich viele Unternehmen deshalb entschlossen, ihre Auftragsbestände so weit wie möglich zu strecken.

Eine Umfrage des Verbandes habe ergeben, daß die meisten Unternehmen für die kommenden Monate mit einem weiteren Rückgang der Aufträge rechneten. Der Wettbewerb um Anschlußaufträge werde darum schärfer werden, befürchtet die Verbandsführung in Bonn. Sie beruft sich dabei auf die amtliche Statistik: Danach ist das Volumen der Auftragseingänge im März gegenüber dem gleichen Vorjahreswert um 8,6 Prozent gesunken; im Wohnungsbau betrug der Rückgang fast 20 Prozent. Dies sei auch nicht durch das Auftragsplus von 10,2 Prozent für den Tiefbau wettzumachen, heißt es weiter, „denn die Zahl der Baugenehmigungen ist erneut abgesackt". Im März 1984 lag sie im Wohnungsbau um 2,2 Prozent und bei Nichtwohngebäuden um 38,3 Prozent niedriger als im März 1983.

Die Bauproduktion ist im März gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat real um 3,8 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Konkurse im Bauhauptgewerbe hat sich im ersten Quartal deutlich erhöht: Mit 546 Fällen lag sie um 10,5 Prozent über dem Stand des Vorjahres.



AGRARPOLITIK / Kiechle vertraut auf „die Macht des Faktischen"

Heftige Kritik an den zusätzlichen Subventionen für die Landwirte

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Massive Kritik an der von der Bundesregierung geplanten Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft von acht auf 13 Prozent, und das schon zum 1. Juli, haben jetzt der Bund der Steuerzahler, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und die SPD-Bundestagsfraktion geübt. Tenor: Eine zusätzliche Subventionierung der Landwirtschaft von rund drei Milliarden Mark jährlich ist nicht akzeptabel. Überdies werde der Masse der Bauern noch nicht einmal wirksam geholfen.

Im jüngsten Brüsseler Agrarpaket hatte sich die Bundesregierung zum Abbau des deutschen Grenzausgleichs verpflichtet. Geplant ist eine Reduzierung um fünf Prozentpunkte zum 1. Januar, was zu entsprechenden Preissenkungen bei den Marktordnungswaren führen wird. Zum Ausgleich sollte die Vorsteuerpauschale - die Landwirte stellen schon jetzt ihren Abnehmern acht Prozent Mehrwertsteuer in Rechnung, führen diesen Betrag aber nicht an das Finanzamt ab - auf elf Prozent heraufgesetzt werden. Als sich Unmut vor allem über die Kontingentierung der Milchproduktion regte, wurde das Inkrafttreten der Ausgleichsregelung schon auf den 1. September vorgezogen. Jetzt soll die Maßnahme nicht nur um fünf Prozentpunkte aufgestockt werden, sondern die Mehreinnahmen sollen bereits zum 1. Juli in die Kassen der Landwirte fließen. Dadurch sollen, wie Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle betont, Vermarktungsprobleme bei der neuen Ernte vermieden werden.

Ob die EG-Kommission und die anderen Partner der Maßnahme zustimmen werden, die im Gegensatz zu den ursprünglichen Beschlüssen steht, ist offen. Der Minister vertraut auf die Macht des Faktischen. Immerhin hätten auch die anderen Länder Finanzwünsche an die Bundesrepublik.

Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums beläuft sich der Steuerausfall für Bund und Länder bei den derzeitigen Umsätzen der Landwirtschaft pro Jahr auf rund 2,8 bis 2,9 Milliarden bei der fünfprozentigen und auf rund 1,6 Milliarden Mark bei der dreiprozentigen Vergütung. Großproduzenten sollen von dem Ausgleich ausgeschlossen werden. Wegen der Schwierigkeiten bei der Grenzziehung mußte der Haushaltsausschuß in der vergangenen Woche seine Beratungen vertagen.

Für den Bund der Steuerzahler wird durch die geplante Maßnahme der jüngste, vergleichsweise zurückhaltende EG-Agrarpreisbeschluß unterlaufen, denn sie bedeutet im Endeffekt eine Erhöhung der Agrarerzeugerpreise, die aus dem allgemeinen Mehrwertsteueraufkommen finanziert wird. „Damit würden weitere Kostensteigerungen der verfehlten EG-Agrarpolitik, die nach den bisherigen Finanzierungsregeln aus dem EG-Haushalt gedeckt werden, künftig zum Teil direkt über die Haushalte von Bund und Ländern finanziert." Für den Bund der Steuerzahler könne von einer Begrenzung der Ausgabenexplosion im Agrarbereich nicht die Rede sein. Er beziffert die Belastungen für den deutschen Steuerzahler durch die Beschlüsse auf EG-Ebene und im nationalen Bereich bis 1989 auf zusätzlich „weit über 40 Milliarden Mark".

Der Steuerzahlerbund kritisiert den Finanzminister, weil er bei der Subventionierung der Landwirtschaft die Konsolidierungsüberlegungen hinten an stelle. Die zusätzlichen 1,2 Milliarden Mark entsprächen ungefähr den vor einem halben Jahr von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen beim Mutterschaftsurlaub, für Schwerbehinderte und in der Ausbildungsförderung. Die SPD weist darauf hin, daß der gesamte Einnahmeverzicht den Subventionen für die Problembereiche Kohle, Stahl und Werften gleichkommt.

Da die neuen Subventionen an den Umsatz gebunden sind, würden die Großbetriebe zusätzlich begünstigt. Nach dem Agrarbericht, so die AgV, würden die 30000 größten Betriebe jeweils rund 20000 Mark im Jahr erhalten, die 250000 kleinsten Betriebe dagegen nur rund 800 Mark. Die SPD plädiert für einen direkten Einkommensausgleich für die kleineren und mittleren Betriebe.

AUF EIN WORT

„Wenn wir auf Fragen nach unserer Glaubwürdigkeit bloß mit naturwissenschaftlich korrekten Antworten aufwarten, gaben wir Steine statt Brot. Dann geben wir Antworten auf Fragen, die niemand stellt und bleiben die Antwort schuldig auf Fragen, die die Menschen wirklich bewegen."

Gert Becker (Degussa), Präsidialmitglied des Verbands der Chemischen Industrie (VCI), Frankfurt.
FOTO: SVEN SIMON

Die Ölmärkte reagieren ruhig

dpa/VWD, Hamburg

Trotz der Eskalation im Golfkrieg mit neuen Luftangriffen auf Tanker ist es in den letzten Tagen auf den internationalen Ölmärkten zu keinen hektischen Preisbewegungen gekommen. Zum Wochenbeginn gab es auf den Spotmärkten nur geringe Aktivitäten – was zum Teil auf den Feiertag (Montag) in den USA und Großbritannien zurückgeführt wurde. Ende letzter Woche notierten die Preise für Motorenbenzin und schweres Heizöl in Rotterdam unverändert. Lediglich für leichtes Heizöl mußten vier Dollar je Tonne mehr bezahlt werden. Offenbar aufgrund der reichlichen Versorgung reagierten die Spotpreise für Nordsee-Rohöl und Arabian Light bisher kaum.

SCHNELLER BRÜTER

Für Anschlußprojekt sind die Chancen jetzt gewachsen

HEINZ HECK, Bonn

Während der Schnelle Brüter in Kalkar nach großen Startschwierigkeiten jetzt planmäßig seiner Fertigstellung entgegengeht, wachsen die Chancen für ein größeres Anschlußprojekt. Im Gegensatz zum Demonstrationsvorhaben Kalkar wird sich der Bund nach Aussagen von Forschungsminister Riesenhuber an dem SNR II genannten Kraftwerk mit mindestens 1200 bis 1300 Megawatt (MW) nicht finanziell beteiligen.

Voraussichtlich noch in diesem Jahr wird die Detailplanungsstudie mit Kosten von schätzungsweise 300 Milllionen Mark vergeben. Aussichten auf den Zuschlag hat ein Konsortium unter Führung der Kraftwerk Union (KWU), einer Siemenstochter. Für die Erstellung der Studie werden etwa vier Jahre veranschlagt, so daß der SNR II nicht vor der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ans Netz gehen könnte.

Entgegen anderslautenden Spekulationen haben Standortüberlegungen bisher keine Rolle gespielt. Eine Entscheidung hierüber wäre erst bei Beantragung des Genehmigungsverfahrens erforderlich. Sie wird vom Kunden getroffen. Im Betreiberkonsortium wird das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) eine wichtige Rolle spielen. Allerdings sind diesmal auch Beteiligungen des italienischen und des französischen Elektrizitätsversorgungsunternehmens vereinbart.

Eine Äußerung des Bundesinnenministeriums über die Genehmigungsfähigkeit des Brütertyps wird für Herbst dieses Jahres erwartet. Es wird damit gerechnet, daß nicht das Kalkar-, sondern das französische Phénixmodell gewählt wird.

KONJUNKTUR

DIW: Konsumklima wird sich freundlich entwickeln

AP, Berlin

Die Konsumkonjunktur in der Bundesrepublik hat sich nach der jüngsten Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in den ersten Monaten dieses Jahres weiter befriedigend entwikkelt. Wie das in Berlin ansässige Institut in seinem Wochenbericht schreibt, stieg der private Verbrauch im ersten Quartal 1984 um nominal vier Prozent. Bei einer Preissteigerungsrate von rund drei Prozent bedeute das ein um ein Prozent höheres Verbrauchsvolumen. Die reale Kaufkraft der Bundesbürger habe im ersten Quartal um zwei Prozent zugenommen.

Von dem freundlichen Konsumklima profitierten dem DIW zufolge in erster Linie wiederum die Ausgaben für das Auto mit einem überdurchschnittlichen Anstieg. Einen Einbruch um knapp drei Prozent verzeichnete dagegen der Einzelhandel mit Elektroerzeugnissen.

Nach einer „gedämpften Verbrauchsneigung" im März rechnen die Berliner Wissenschaftler für die nächsten Monate wieder mit einer Stabilisierung der Verbrauchernachfrage. Dies werde sich insbesondere bei der Anschaffung langlebiger Konsumgüter bemerkbar machen. Eine rege Nachfrage werde sich nach Einrichtungsgegenständen, Heimcomputern und Videorecordern einstellen. Dagegen prognostiziert das Institut im Kfz-Bereich eine schwächere Nachfrage.

Die Bundesbürger können dem DIW zufolge in diesem Jahr auch mit höheren Realeinkommen als im Vorjahr rechnen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte dürfte danach um rund vier Prozent steigen.

US-BANKEN / Unzureichende Absicherung gegen internationale Kreditrisiken

Notenbank garantiert Stabilität

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die amerikanische Notenbank (Fed) wird alles tun, was nötig ist, um die Stabilität des US-Bankensystems aufrechtzuerhalten. Die Fed ist zu massiver Liquiditätshilfe bereit, wenn eine der großen Banken in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sollte. Diese Äußerungen des amerikanischen Notenbankvizepräsidenten Preston Martin sind der bisher entschiedenste Versuch der Bankenbehörden, die internationalen Finanzmärkte zu beruhigen und das Aufkommen von Gerüchten über Schwierigkeiten von Banken zu verhindern.

Derart starke Worte wären überflüssig, wenn die großen amerikanischen Banken ausreichend – oder wenigstens ebenso gut wie die meisten deutschen – Vorsorge für die Risiken des internationalen Kreditgeschäfts getroffen hätten. Immerhin sind die neun großen „money centre banks" in den vier größten lateinamerikanischen Schuldnerländern Argentinien, Brasilien, Mexiko und Venezuela mit 128 Prozent ihres Eigenkapitals engagiert. Das ist schon eine erschreckende Größenordnung, vor allem wenn man berücksichtigt, daß die amerikanischen Banken praktisch keine nennenswerten stillen Reserven haben.

Das Nichtvorhandensein stiller Reserven und Rückstellungen für Risiken ist freilich nicht Ausdruck übergroßen Leichtsinns der Bankiers, sondern letztlich eine Folge der Bilanzierungsvorschriften und des Ehrgeizes, möglichst hohe Gewinne vorzuzeigen. Zwar müssen auch die US-Banken faule Kredite wertberichtigen und diese Beträge sogar – anders als die deutschen – offen ausweisen. Doch Kredite an ausländische Regierungen fallen nicht unter diese Kategorie, abgesehen von Krediten an vier Länder, die 1983 zum Teil wertberichtigt werden mußten: Sudan (50 Prozent) Zaire (75 Prozent), Polen (15 Prozent) und Bolivien (50 Prozent).

Deutsche Banken haben dagegen auch ihre Kredite an staatliche Stellen in den vier lateinamerikanischen Großschuldnerländern zu einem mehr oder weniger großen Teil wertberichtigt und damit ein gewisses Polster gebildet. In den USA droht Argentinien auf die Liste der faulen Schuldner zu kommen, wenn das Land seine Ende März fälligen Zinsen nicht bis zur Jahresmitte zahlt. Damit wäre für manche großen Banken ein starker Ertragseinbruch verbunden.

Zur Stärkung ihrer Banken haben die US-Behörden bislang nur einen kleinen Schritt getan. Sie verlangten eine Erhöhung des Kapitals auf fünf Prozent der Bilanzsumme im letzten Jahr auf 5¼ Prozent in diesem Jahr.

LEBENSVERSICHERUNG

Unternehmen suchen Wege aus der Renten-Sackgasse

HARALD POSNY, München

Die Notwendigkeit, innerhalb des Drei-Säulen-Systems von staatlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge das Volumen der steuerlich eine Förderung verdienenden Vorsorgeaufwendungen an den erhöhten Versorgungsbedarf anzupassen, haben die Lebensversicherer auf ihrer Mitgliederversammlung in München unterstrichen. Für das Vorstandsmitglied des Verbands der Lebensversicherungs-Unternehmen, Ernst Dieckmann (Allianz), ist die von der Experten-Kommission „Alterssicherungssysteme" als ausreichend und angemessen bezeichnete Altersversorgung von 70 bis 90 Prozent der Nettobezüge nicht zuletzt angesichts der abnehmenden Geburtenrate nur über verstärkte private Vorsorge zu erreichen.

Dazu werde, so Dieckmann, die in Aussicht stehende Korrektur des Steuertarifs sicher eine gewisse Erleichterung bewirken. Sie werde aber wahrscheinlich für die erforderlichen zusätzlichen Aufwendungen für die Altersversorgung kaum ausreichende Finanzierungshilfen bieten. In dem Dilemma von berechtigter Forderung einerseits und der vom Haushalt geprägten Realität andererseits bietet sich nach den Worten Dieckmanns als Lösung an, die Sonderausgaben-Höchstbeträge von 2400 DM zwar zu verdoppeln, dafür aber die aufgewendeten Beiträge nur mit 50 Prozent als abzugsfähige Vorsorgeaufwendungen zu berücksichtigen.

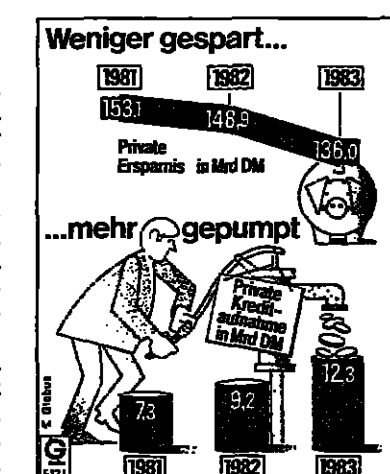
Nach Feststellungen Dieckmanns bewirkt die steuerliche Förderung der privaten Vorsorge im Vergleich zur Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung eine geringere Belastung des Haushalts. Wenn man berücksichtige, daß der Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung das steuerpflichtige Einkommen des Arbeitnehmers in voller Höhe mindert, die Arbeitnehmer-Anteile im Rahmen der Sonderausgaben überwiegend abzugsfähig sind und schließlich ein Bundeszuschuß jährlich an die Rentenversicherungsträger gezahlt werden muß, bedeute dies, daß an jeder Mark, die von der Rentenversicherung ausgezahlt wird, der Fiskus fast zur Hälfte als Finanzier „beteiligt" sei; jede Mark dagegen, die von den Lebensversicherern ausgezahlt werde, koste den Staat im Durchschnitt nur etwa die Hälfte. Dabei sei bereits berücksichtigt, daß die Beiträge – allerdings nur noch eingeschränkt – als Sonderausgaben abzugsfähig und die Zinserträge in der Regel steuerfrei sind.

Auch bei der Direktversicherung im Rahmen der Betrieblichen Altersversorgung halten die Versicherer eine Erhöhung des Begünstigungsrahmens nach zehn Jahren für geboten. Hier sei eine Aufstockung des Höchstbetrags in einer zweiten Stufe möglich, wenn z. B. zu der bisherigen Pauschalisierungsmöglichkeit von 2400 DM mit zehn Prozent weitere 2400 DM mit 20 Prozent pauschal besteuert würden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Im ersten Quartal mehr Benzin verbraucht

Eschborn (AP) – Im ersten Quartal dieses Jahres haben die deutschen Autofahrer 5,5 Millionen Tonnen oder 3,3 Prozent mehr Super- und Normalbenzin verbraucht als in den ersten drei Monaten 1983. Wie das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft in Eschborn bei Frankfurt mitteilte, hat sich aber der Anstieg beim Benzinverbrauch aus den ersten zwei Monaten merklich abgeschwächt. Während er im Januar und Februar noch 9,1 Prozent betrug wurde im März gegenüber dem Vorjahresmonat ein Rückgang um 5,6 Prozent registriert. Insgesamt lag der Inlandsabsatz von Mineralölprodukten im ersten Vierteljahr dieses Jahres mit 25,3 Millionen Tonnen oder plus 0,5 Prozent etwa auf Vorjahreshöhe.



Anders als in früheren konjunkturschwachen Jahren haben die Deutschen nicht mehr gespart, sondern im Gegenteil weniger auf die hohe Kante gelegt und mehr Schulden gemacht, um sich Konsumwünsche zu erfüllen.
QUELLE: GLOBUS

Höherer Garantiebetrag

Bonn (dpa) – Ein Eurocheque ist vom 1. Januar 1985 an über eine Summe von 400 Mark statt bisher 300 Mark gedeckt. Wie in Bonn aus Kreisen der Kreditwirtschaft zu hören war, hat die Internationale Eurocheque-Arbeitsgruppe beschlossen, den Garantiebetrag je Eurocheque auf 400 Mark zu erhöhen.

Über 200 Auslandsbanken

Bonn (VWD) – Ende 1983 waren in der Bundesrepublik 209 ausländische Kreditinstitute aus 41 Ländern mit 61 Zweigstellen und 160 Repräsentanzen vertreten. Wie aus einer Übersicht des Bundesverbandes Deutscher Banken hervorgeht, belief sich das Geschäftsvolumen der deutschen Zweigstellen der Auslandsbanken Ende vergangenen Jahres auf rund 65 (31. Dezember 1982: 57) Milliarden Mark. 19 Institute wiesen ein Geschäftsvolumen von über einer Milliarde Mark aus. Nach wie vor stellen die US-Banken die größte Gruppe der Auslandsinstitute: 32 Banken sind mit 13 Zweigstellen und 19 Repräsentanzen an insgesamt 61 Stützpunkten in der Bundesrepublik tätig.

EG: Mehr Rohstahl

Brüssel (dap/VWD) – Die Europäische Gemeinschaft wird nach Ansicht der EG-Kommission die Rohstahlproduktion im Mai steigern. Zwar lagen die in Brüssel vom Statistischen Amt der EG veröffentlichten Produktionszahlen für April mit 9,7 Millionen Tonnen noch um 3,6 Prozent unter dem Ergebnis vom März. Aber für Mai erwarteten die Experten eine Steigerung um ein bis zwei Prozent.

Bußgeld gegen Madsack

Berlin (AP) – Eine Geldbuße in Höhe von insgesamt 95 000 Mark hat das Bundeskartellamt in Berlin gegen die Hannoversche Verlagsgesellschaft Madsack und zwei ihrer verantwortlichen Mitarbeiter verhängt. Wie die Berhörde mitteilte, verstieß der Verlag, der die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" und die „Neue Presse" in Hannover herausgibt, gegen das Vollzugsverbot für anmeldepflichtige Unternehmens- zusammenschlüsse. Der auf dem Markt für Abonnementzeitungen im Großraum Hannover marktbeherrschende Verlag habe 1981 eine Beteiligung von 50 Prozent an der benachbarten „Alfelder Zeitung" „vorsätzlich nicht beim Bundeskartellamt angemeldet". Anfang dieses Jahres habe Madsack seine Beteiligung an der „Alfelder Zeitung" auf unter 25 Prozent reduziert, nachdem das Kartellamt angekündigt hatte, den Zusammenschluß zu untersagen. Der Bußgeldbescheid ist noch nicht rechtskräftig.

Geringere Inflationsrate

Brüssel (dpa/VWD) – In der EG wurde im April 1984 die niedrigste Inflationsrate seit fünf Jahren festgestellt. Wie das Statistische Amt der Gemeinschaft in Brüssel mitteilte, sind die Verbraucherpreise von April 1983 bis April 1984 um 7,7 Prozent gestiegen. Im Dezember 1978, unmittelbar vor dem zweiten Ölschock, betrug die Inflationsrate 7,6 Prozent.

Wochenausweis

	23.5.	15.5.	23.4.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	72,8	72,2	75,6
Kredite an Banken	69,8	75,1	68,8
Wertpapiere	6,7	6,7	6,9
Bargeldumlauf	100,8	102,6	103,2
Einl. v. Banken	39,9	52,3	40,4
Einlagen v. öffentl. Haushalten	8,0	3,3	10,1

AMBROSIANO / Außergerichtlicher Vergleich

Hauptlast für Vatikanbank

IRENE ZÜCKER, Genf

Die Gläubigerforderungen gegen die im Juni 1982 mit über 1,2 Mrd. Dollar Schulden zusammengebrochene Ambrosiano-Bank sind in Genf mit einem außergerichtlichen Vergleich abgeschlossen worden. Die 109 Gläubigerbanken erhalten 406 Mill. Dollar zurück, was 68 Prozent ihrer Gesamtforderung entspricht. Die Einigung kam zustande, nachdem sich die Vatikanbank (IOR) bereit erklärt hatte, *250 Mill. Dollar der Entschädigungssumme* zu übernehmen. Im Abkommen mußten sich die Gläubigerbanken jedoch verpflichten, auf alle rechtlichen Schritte gegen die Vatikanbank sowie die sanierte neue Ambrosiano-Bank zu verzichten.

Der größte Aktivposten, der in das Einigungswerk eingebracht wurde, ist die Mehrheitsbeteiligung der Ambrosiano-Holding an der Schweizer Gotthard-Bank, die für 144 Mill. Dollar an die japanische Sumitomo-Bank verkauft wurde. Der Hauptanteil der Vergleichsmasse stammt jedoch vom vatikanischen IOR, das, obschon unfreiwillig in die dunkle Affäre verwickelt, bereit ist, 250 Mill. Dollar aufzuwenden. Aus Furcht, wegen Betrugs vor Gericht gestellt zu werden, wird das IOR mehr in den außergerichtlichen Vergleich investieren, als es wahrscheinlich in den vergangenen zehn Jahren durch Ambrosiano eingenommen hat.

Die Gläubiger der Ambrosiano-Bank *benötigen keine gerichtlichen* Verhöre mehr, um die Machenschaften des IOR-Leiters, Erzbischof Marcinkus, zu erfassen. Aus seinen mißlungenen Finanzoperationen mit dem Mafia-Bankier Sindona nichts dazugelernt, hatte der IOR-Chef den Bankier Calvi Anfang der siebziger Jahre gebeten, die IOR-Tochtergesellschaften zu übernehmen, auf welche die Fehlbeträge aus der Verbindung mit dem bankrotten Michele Sindona „abgebucht" worden waren.

Mit Patronagebriefen deckte Erzbischof Marcinkus jene Scheinfirmen, in denen die Darlehen aus Mailand und vom Euromarkt verschwunden waren. Den Krediten von über 1,2 Mrd. Dollar standen bis zu 40mal *hochgetrimmte Wertschriften gegen*über – meist Aktien der Ambrosiano-Bank in Mailand selbst. Ein Teil der Off-shore-Tochtergesellschaften in der Karibik wurde von Calvi und Marcinkus geleitet – der Erzbischof war auch Verwaltungsrat der im Mittelpunkt undurchsichtiger Machenschaften stehenden Ambrosiano-Niederlassung in Nassau/Bahamas.

Anfang 1982 verlangte die italienische Notenbank energisch Auskunft über die mittel- und südamerikanische Geschäftsakrobatik Calvis. Um rigorose Untersuchungen vornehmen zu können, erzwang die Börsenaufsicht die offizielle Notierung des Ambrosiano-Wertpapiers. Die Marktöffnung mußte einen Sturz des künstlich überhöhten Kurswertes nach sich ziehen.

Nach Unterzeichnung des Abkommens in Genf wird erwartet, daß die Liquidation der Ambrosiano-Holding in Luxemburg beschlossen wird. Sie ist das direkt betroffene Finanzinstitut, *dem gegenüber die Gläubiger ih*re Forderungen geltend machen. Die gütliche Regelung des Falles wird darauf zurückgeführt, daß die moralische Autorität des Vatikans durch eine längere Kontroverse großen Schaden genommen hätte.

BMW / Streikausfall nicht mehr aufzuholen – Zwei neue Aufsichtsräte

Mit klarem Abstand das beste Jahr

dpa/VWD, München

Das vergangene Geschäftsjahr war für die Bayerische Motoren Werke AG (BMW), München, „wieder einmal, diesmal aber mit deutlichem Abstand, das bisher beste Jahr", so Finanzvorstand Volker Doppelfeld. 1983 sei „ein Jahr nach Maß" gewesen, in dem BMW auf seiner Wachstumsfahrt noch einen schnelleren Gang eingelegt habe.

Das Unternehmen hat 1983, so Doppelfeld, an Substanz und Kraft spürbar gewonnen. „Wir sind widerstandsfähiger geworden gegenüber widrigen Eingriffen von außen." Die Erstellung der Bilanz sei eine „angenehme Pflicht" gewesen. Mit 144 Mill. DM erhalten die Aktionäre die bisher höchste Ausschüttung (11 DM Dividende plus 2 DM Bonus je 50-DM-Aktie) in der Firmengeschichte. Die andere Hälfte des Jahresüberschusses wird in die freien Rücklagen gestellt. Die Rücklagendotierung liegt damit um 60 Prozent über den Vorjahreswerten. Beim Ergebnis vor Steuern errechnet BMW einen Zuwachs von 58 Prozent.

Der Umsatz der AG stieg um 22,5 Prozent auf 11,5 Mrd. DM und der Jahresüberschuß um 44 Prozent auf 288 Mill. DM. Die Konzernrechnung weist bei einem um 21 Prozent auf 14 Mrd. DM gestiegenen Umsatz einen sogar um 54 Prozent auf fast 292 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß aus. Das Wachstum hatte auch den Beschäftigtenstand nochmals erhöht. Ende 1983 beschäftigte der Konzern weltweit 43 169 Personen, 6 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Vorstandsvorsitzender Eberhard von Kuenheim dämpfte angesichts der anhaltenden Tarifauseinandersetzungen die zunächst hochgesteckten Erwartungen für das neue Geschäftsjahr 1984. Die Produktionsplanung von über 450 000 Automobilen und 32 000 Motorrädern werde man nicht erreichen können. BMW werde 1984 wahrscheinlich auf dem Niveau des Vorjahres bleiben, „wenn wir Glück haben", meinte von Kuenheim. Den Produktionsausfall pro Streiktag bezifferte er mit knapp 2000 Autos und 150 Motorrädern. Dies bedeute eine Umsatzeinbuße zwischen 50 und 60 Mill. DM pro Tag. Für die ganze Branche liege der Ausfall bei 700 Mill. DM.

Der Produktionsausfall sei auch durch zusätzliche Sonderschichten nach Streikende nicht mehr aufzuholen. Auf den Exportmärkten werde man wieder an Terrain verlieren. So sei auf dem wichtigen amerikanischen Markt das Ziel von über 70 000 verkauften Pkw in Frage gestellt.

In den ersten vier Monaten des neuen Jahres übertraf BMW nochmals die schon guten Vorjahreswerte. Die Pkw-Produktion stieg um 22 Prozent (Branche 9 Prozent) auf 169 000 Wagen. Bei den Inlandszulassungen erreichte das Unternehmen ein Plus von 13 Prozent (Branche 5 Prozent) auf 66 500, was eine Erhöhung des Marktanteils auf 7,2 (6,6) Prozent bedeutet. Auch bei den Motorrädern konnte BMW mit 5200 ein 19prozentiges Plus verbuchen, in der Branche ging es um 20 Prozent bergab.

Die Investitionen von 801 Mill. DM in der AG und 1 Mrd. DM weltweit konnte BMW 1983 aus eigener Kraft finanzieren. Die künftigen Investitionsmittel gingen neben dem Bau des Werkes in Regensburg in neue Fahrzeuge. In diesem und im nächsten Jahr werde BMW noch kein neues Fahrzeug auf den Markt bringen, sagte Vertriebschef Hans-Erdmann Schönbeck.

Der neue BMW-Großaktionär, die der Dresdner Bank gehörende Gesellschaft für Autobeteiligungen, ist künftig im Aufsichtsrat des Automobilkonzerns mit dem Bankmanager Wolfgang Th. Leeb vertreten. Dies gab BMW-Chef Eberhard von Kuenheim bekannt. Der neue Aktionär hält 10 Prozent des Kapitals. Die Aktienmehrheit liegt bei den Quandt-Erben. Ebenfalls neu in den Aufsichtsrat soll der bisherige Vertriebsvorstand Hans-Erdmann Schönbeck einrücken. Die beiden bisherigen Aufsichtsräte Guido G. Sandler (Oetker) und Rudolf Schlenker werden ihre Mandate niederlegen.

BMW	1983	± %
Umsatz (Mill. DM)		
Konzern	14 025,7	+ 20,7
AG	11 480,9	+ 22,5
davon Ausland	6 861,4	+ 19,9
Produktion (Stück)		
Pkw	420 994	+ 11,1
Motorräder	28 053	− 8,2
Absatz		
Pkw	422 491	+ 11,9
dav. Ausland	263 688	+ 6,8
Motorräder	28 291	− 6,9
dav. Ausland	18 859	− 6,1
Sachinvestitionen [1] (Mill. DM)	800,6	+ 6,4
Abschreibungen	716,9	+ 16,4
Bilanzsumme	5201,1	+ 12,4
Grundkapital	600,0	unver.
Eigenkapital	1595,3	+ 9,9
Jahresüberschuß	288,0	+ 44,0
Dividende (DM)	11 + 1	(10)
Ergebn. je Aktie (DM)[2]	37	(24)
Beschäftigte [3]	43 169	+ 6,0

[1]) im Konzern: 1000,5 (1354,8) Mill. DM; [2]) je 50-DM-Aktie nach DVFA; [3]) im Konzern: 50 158 (47 466) jeweils zum Jahresende.

LANDWIRTSCHAFTS-AUSSTELLUNG

Geringe Investitions-Lust

INGE ADHAM, Frankfurt

Die schnelle Entwicklung in der Landtechnik und die neuen Beschlüsse der EG zwingen die Landwirte, sich zu informieren. Deshalb rechnet Hermann-Adolf Ihle, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Frankfurt, mit großem Interesse für die DLG-Ausstellung, die heute in Frankfurt durch Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnet wird.

Freilich ist zur Zeit die Investitionsneigung unter den Landwirten recht gering, da sie im Gefolge der agrarpolitischen Entwicklungen im Wirtschaftsjahr 1983/84 mit einem deutlichen Einkommensrückgang rechnen. Dies hat nach Einschätzung von Fachleuten schon Wirkung gezeigt, wie sich im Rückgang der Neuzulassungen von Ackerschleppern im zweiten Halbjahr 1983 dokumentiert.

Im letzten Wirtschaftsjahr 1982/83 haben die 785 000 deutschen Landwirte insgesamt für etwa 59Mrd. DM eingekauft. Davon entfallen gut 15 Mrd. DM auf den privaten Bereich, etwa 34 Mrd. DM auf Saatgut, Futtermittel, Energie usw. und rund 10 Mrd. DM sind Bruttoanlageninvestitionen, von denen etwa ein knappes Fünftel auf Gebäude entfällt. Trotz der derzeit niedrigen Investitionsleistung halten Fachleute auch in den nächsten Jahren ein Investitionsvolumen von rund 10 Mrd. DM für nötig, da es noch Rationalisierungsreserven zu erschließen gelte.

Auf der „DLG-Ausstellung '84" zeigten bis zum 5. Juni insgesamt 1930 Unternehmen aus 28 Ländern ihr Angebot. Das ist, wie Ihle betont, das bisher „beste Anmeldeergebnis in der fast hunderjährigen Geschichte der Ausstellung". Knapp 38 Prozent der ausstellenden Unternehmen sind aus dem Ausland (wobei Italien an der Spitze steht). Vor vier Jahren, bei der letzten DLG-Ausstellung in Frankfurt, waren 370 000 Besucher gezählt worden. Allerdings prägten damals positive Einkommenserwartungen die Investitionslust der Landwirte. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung erwartet Ihle bestenfalls rund 300 000 bäuerliche Besucher (vor zwei Jahren, auf der letzten DLG-Ausstellung in München, waren es 335 000).

KEMPINSKI / Vom Aufschwung profitiert

Auch mehr Auslandsgäste

PETER WEERTZ, Berlin

Die internationale Hotellerie und Gastronomie hat in der Bundesrepublik 1983 unterschiedlich von der positiven konjunkturellen Entwicklung profitiert. In der Hotelgruppe Kempinski AG, Berlin haben sich 1983 vor allem die in den Vorjahren hohen Investitionen günstig ausgewirkt. Zum besseren Ergebnis beigetragen hat außerdem der Besuch von mehr Gästen aus dem Ausland.

Wie Vorstandsmitglied Rolf Rödig mitteilte, ist die Kempinski-Gruppe auch für 1984 zuversichtlich. Der positive Trend habe sich in diesem Jahr fortgesetzt, sagte Rödig. Im Durchschnitt sei die Auslastung der Hotelbetten 1983 auf 67 (60,7) Prozent gewachsen. Dabei stieg der Umsatz einschließlich der Management-Betriebe um 3,4 Prozent auf 154 Mill. DM. Der Logisumsatz allein erhöhte sich sogar um 8,1 Prozent. Die Auslastung konnte, wie Vorstandsmitglied Karl Th. Walterspiel hervorhob, ohne Preiseinbrüche verwirklicht werden.

Im Hotel Gravenbruch Kempinski, Frankfurt, hat die Gesellschaft die Anlaufphase mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. In Berlin hat sich der Markt, der infolge der vielen Hotelneubauten und der Umbauten im Bristol Hotel Kempinski gestört war, wieder normalisiert.

Mit einer Zunahme um 14 Prozent verbesserte sich das Bruttobetriebsergebnis deutlich. Der Hauptversammlung am 6. Juli wird daher – wie im Vorjahr – vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn von unverändert 1 Mill. DM wieder eine Dividende von 7 Prozent auf das Aktienkapital von 13,75 Mill. DM für 1983 vorgeschlagen. Unter Berücksichtigung der Steuergutschrift entspricht dies knapp 11 Prozent für die inländischen Aktionäre. Großaktionäre mit einem Anteil von mehr als 80 Prozent sind die Dresdner Bank und die Commerzbank.

Deutsche Streiks zeigen Wirkung

W. F. Wien

Bedrohliche Auswirkungen haben die deutschen Streiks auf die österreichische Wirtschaft. Denn rund hundert Zulieferbetriebe mit etwa 7000 Mitarbeitern hatten im vergangenen Jahr Waren im Wert von mehr als 11 Mrd. Schilling an die deutsche Automobilindustrie geliefert. Die Warenpalette reicht dabei von Motoren und Getrieben über Autobleche und Scheinwerfer bis zu Plastikmappen. Diese Lieferanten sind in der Mehrzahl österreichische Klein- und Mittelbetriebe. Sie sind zum Teil von Lieferungen an die deutschen Autowerke bereits derart abhängig, daß bei anhaltenden Streiks ihre Existenz und somit auch einige tausend Arbeitsplätze gefährdet sind.

Die wertmäßig größten Lieferungen entfallen aber auf Tochtergesellschaften deutscher Konzerne. Das 1982 in Betrieb gegangene General Motors Werk in Wien liefert beispielsweise Motoren und Getriebe für Opel nach Rüsselsheim mit einem geplanten Exportwert von rund einer Milliarde Schilling 1984. Auch BMW hat 1982 eine Motorenfertigung in Österreich in Betrieb genommen. Insgesamt bezieht Opel Waren im Wert von 5,2 Mrd. Schilling, BMW von 4 Mrd., VW von 1,8 Mrd., Mercedes von 1 Mrd. und Ford von 180 Mill. Schilling.

Im BMW-Werk in Steyr ist bereits die Montage der Motoren eingestellt worden. Mit den Gewerkschaften wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach BMW 21 Tage lang 75 Prozent des Lohnes weiterzahlt.

Nur kurze Erholung bei Landmaschinen

wb. Frankfurt

„Die Lage der deutschen Landwirtschaft ist alles andere als rosig. Auch Stützungsmaßnahmen werden ihre Investitionskraft vorerst nicht wieder in die Größenordnung des Jahres 1983 bringen", fürchtet Hans Rau, Vorsitzender der Landmaschinen- und Ackerschlepper-Vereinigung (LAV). Schon seit der Jahresmitte 1983 bekommt seine Branche die sinkenden Einkommen der Landwirte zu spüren.

Das erste Quartal 1984 bescherte den Landmaschinenbauern Umsatzrückgänge von 15 Prozent im Inland und von 5,5 Prozent im Ausland. Insgesamt bedeutete das einen Rutsch um fast 10 Prozent. Diese Entwicklung hatte sich bereits zur Jahresmitte 1983 abgezeichnet, als der Aufschwung „abrupt abgerissen" und in eine fast ebenso steile Talfahrt umgeschlagen war.

Wie stark das Hoch ausgefallen war, zeigt der Saldo des Gesamtjahres: Bei einem Inlandsplus von 11 Prozent und einem Auslandszuwachs von 4 Prozent nahm der Branchenumsatz um 7 Prozent auf 8,2 Mrd. DM zu.

Für 1984 steht das Barometer für die Branche (160 Unternehmen mit 55 000 Beschäftigten) bereits wieder auf „Tief". Nachdem im vergangenen Jahr die Zahl der neu zugelassenen Ackerschlepper im Inland um 10 Prozent auf 45 000 gestiegen war, „werden wir 1984 schon froh sein, wenn wir die 40 000 halten", so Vereinsgeschäftsführer Friedhelm Meier.

HELM / Probleme im Außenhandel bewältigt

Grundsolide Ertragsbasis

J. BRECH, Hamburg

Das Hamburger Handelshaus, Karl O. Helm AG, Spezialist für Industriechemikalien und Pharmarohstoffe, ist mit der Entwicklung im Berichtsjahr 1983 trotz zunehmender Probleme im Außenhandel zufrieden. Dank der Festigkeit der Organisation und jahrelanger Erfahrung in der Bewältigung handelspolitischer Schwierigkeiten sei es gelungen, Auftragsstornierungen oder gar den Fortfall ganzer Absatzmärkte zu kompensieren. Wachsenden Hang zu Importrestriktionen registriert Helm vor allem in Ländern Afrikas, Lateinamerikas und neuerdings in Südostasien.

Für die AG wird in dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht eine Umsatzsteigerung um 12 Prozent auf 1,65 Mrd. DM und für den Konzern um 14 Prozent auf 1,97 Mrd. DM angegeben. Vom AG-Geschäft entfielen 77 Prozent auf die Chemie, 14 Prozent auf Pharma, 5 Prozent auf Stahl und 4 Prozent auf Pflanzenschutzmittel.

Nicht konsolidiert sind die ausländischen Niederlassungen, die den Umsatz um 11 Prozent auf 1,5 Mrd. DM erhöhten. Der Gesamtumsatz der Helm-Gruppe einschließlich 3 weiterer Firmen, an denen der Helm-Hauptaktionär Hermann Schnabel mehrheitlich beteiligt ist, erreichte 4,7 Mrd. DM und damit ein Plus von 17 Prozent. Allein die Deutsche Sinochem GmbH, ein Joint Venture mit den Chinesen, verdoppelte den Umsatz von 362 auf 464 Mill. DM.

Grundsolide blieb auch die Ertragsbasis der Helm-Gruppe. Der Jahresüberschuß in der AG verbesserte sich um fast 24 Prozent auf 5,2 Mill. DM, im Konzern um knapp 27 Prozent auf 7,1 Mill. DM. Dabei seien, wie es heißt, alle steuerlichen Möglichkeiten der Reservebildung genutzt worden. Vom AG-Gewinn wandern 1,4 Mill. DM in die Rücklagen, 3,0 Mill. DM werden ausgeschüttet. Das Grundkapital, das zum Jahresbeginn um 10 auf 30 Mill. DM erhöht worden ist, hält zu mehr als 90 Prozent Hermann Schnabel, den Rest sein Sohn Dieter. Hermann Schnabel hat Ende 1983 den Vorstandsvorsitz niedergelegt und an seinen Sohn übergeben.

RAAB KARCHER / Erfolg mit straffen Zügeln

Marsch auf der Stelle

HANS BAUMANN, Essen

Die Zeiten sind härter geworden, Umsätze kommen nicht mehr von selbst ins Haus. Und Vorstandsvorsitzender Klaus Giesel erklärte, daß ein Marsch auf der Stelle heftig an den Kräften zehrt. Immerhin bewegte sich bei der Raab Karcher AG, Essen, im Geschäftsjahr 1983 so viel, daß wenigstens der Vorjahresumsatz von rund 10,2 Mrd. DM gehalten wurde.

Das Ergebnis allerdings war besser. Die Gesamterträge erhöhten sich auf 1,2 (1,15) Mrd. DM und der Überschuß vor Gewinnverwendung auf 47 (57) Mill. DM. Mutter Veba erhält davon 24 (26) Mill. DM. Der Rest wurde für die innere Stärkung des Hauses verwendet. Die offenen Rücklagen ragen mit 103 Mill. DM nahe an das Grundkapital von 120 Mill. DM heran.

Daß in harten Zeiten mit strafferen Zügeln geritten wird, zeigt auch das übrige Zahlenwerk. Der Rohertrag je Mitarbeiter kam auf 93 000 (87 600) DM voran. Die Gesamtzahl der Beschäftigten wurde auf 12 864 (12 925) gestrafft. Der auf 120 (105) Mill. DM verbesserte Cash-flow deckt die Investitionen von 88 (114) Mill. DM. Der Gewinn je Aktie konnte auf 15,60 (11,20) DM je 50 DM nom. erhöht werden und ist ein großer Erfolg.

So konnte Klaus Giesel das 135. Jahr von Raab Karcher immer noch „ein gutes Jahr" nennen. Er hofft es 1984 wiederholen zu können. Grund zu dieser Annahme: Die Konsumfreudigkeit der Verbraucher hat zugenommen, selbst in der immer noch schwachen Bauwirtschaft. „Voll im Lot und leicht darüber" lagen die Sparten Kohle, Wärme-Tank-Technik, Verkehr und die Geschäfte in England. Weniger erfreulich waren die Bereiche Chemie, Holzhandel sowie die Geschäfte in Belgien und Frankreich. „Solide" nennt Giesel die Erfolge bei Mineralöl, Baustoffen, Agrarhandel Deutscher SB-Kauf und die Geschäfte in Luxemburg und in Österreich.

Sechs große Ergebnisträger listet er auf: Mineralölvertrieb, Kohle, Baustoffe, Wärme-Tank-Technik, Verkehr und den Selbstbedienungsbereich. Eine Einschränkung macht Giesel: Um angemessen zu verdienen, fehlt seinem Haus beim Mineralöl immer noch ein Mehrumsatz von drei bis vier Pfennig je Liter Produkt. Wie heiß hier der Wettbewerb tobt, zeigt eine Zahl: Im Berichtsjahr wurden mehr als 100 mal die Preise für leichtes Heizöl verändert, mehr als die Hälfte Korrekturen nach unten.

Beachtlich ist das Umsatzplus bei Chemie von 10 Prozent. Neue Abnehmergruppen wurden gefunden. Die Palette des Angebotes wurde verbreitert und so die Abhängigkeit von Schwerpunktprodukten verringert. Neu ist der Chemiehandel in Österreich. In Frankreich wurden zwei Geschäfte im Raum Paris fusioniert. Der SB-Handel meldet ein Plus von 3,3 Prozent. Doch Sorge bereitet der Baumarkt, da das Investitionsprogramm der Bundesregierung sowie das Bauherrenmodell auslaufen.

MANNESMANN / Kräftiger Aufschwung – Genehmigtes Kapital vorgeschlagen

Röhren-Verlust drückt Dividende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wäre es nur nach dem erwirtschafteten Ergebnis gegangen, die Mannesmann AG, Düsseldorf, hätte für 1983 ihren 180 000 Eigentümern von 1,16 Mrd. DM Aktienkapital eine noch drastischere Kürzung der Dividende als „nur" auf 4 (6) DM vorschlagen müssen. Vorstandsvorsitzender Prof. Franz Josef Weisweiler begründet das Moderatere mit einer „kontinuierlichen Dividendenpolitik", mit der man den Aktionären schließlich ja auch in besseren Zeiten, so zuletzt im Glanzjahr 1982, den Verzicht auf steile Dividendensteigerung abverlangt habe.

Gegenüber jenem Glanzjahr ist der 1983er Rückschlag im Umsatz und erst recht im Ertrag beachtlich. Er stammte beim Umsatz vor allem aus dem Auslandsgeschäft mit Minderungsraten von jeweils 23 Prozent beim Export und beim Eigenumsatz der Auslandstöchter. Beim Ertragsabfall schlug vor allem ein Umschwung der inländischen Röhrenwerke (nebst eigener Vormaterial-Stahlproduktion) von fast gleich hohem Vorjahresgewinn in 180 Mill. DM Verlust zu Buch. Dazu noch 60 (43) Mill. DM Verlust des Demag-Bereichs und nach bisherigen Gewinnen auch 29 Mill. DM beim großen Brasilien-Bereich des Konzerns.

Darin und daneben hat der Konzern für Strukturanpassungen (vor allem für Personalabbau mit Sozialplänen) 1983 rund 230 Mill. DM „Einmalaufwendungen" geleistet und damit auch für das 1984 mit etwa gleich großer Personal-Schrumpfungsrate weiterlaufende Anpassungsprogramm vorgesorgt. Das alles wurde durch die ertragskräftigeren Konzernbereiche bis zu einem noch halbwegs positiven Abschluß verdaut.

Eigentlich hätte Weisweiler drei gute Gründe gehabt, um nach den Moll-Tönen für 1983 nun eine klare Dur-Melodie anzustimmen. Erstens verlangt er von seinen Aktionären zur Hauptversammlung am 5. Juli nun ein genehmigtes Kapital von 250 Mill. DM, wenngleich noch ohne aktuellen Kapitalerhöhungsplan. Zweitens ist der Weltumsatz im 1. Quartal 1984 um 9 Prozent (bei den Auslandstöchtern sogar um 56 Prozent) und mit der Aussicht gestiegen, zumindest das meiste vom vorjährigen Umsatzschwund in diesem Jahr wieder wettzumachen. Drittens brachte das 1. Tertial 1984 beim Auftragseingang weltweit eine Plusrate von 26 Prozent, in „technologieträchtigen" Konzernbereichen wie Rexroth und Kienzle sogar von 32 und 40 Prozent.

Doch der noch bedächtiger als sein Vorgänger Egon Overbeck formulierende neue Mannesmann-Chef scheut die Jubeltöne. Nur langsam, deutet er ohne greifbare Prognose an, werde sich die Mannesmann-Dividende wieder erholen.

Auch das hängt vor allem wieder an den Röhren. Während alle anderen Konzernbereiche bis hin zur Demag für 1984 Positives im Ertrag versprechen, ist es beim großen inländischen Röhrenbereich nur die Aussicht auf einen (allerdings deutlich) verminderten Verlust. Die Preiserholung, nach einem 1983 bei 9 Prozent Versand- und 23 Prozent Umsatzrückgang sehr starken Preisverfall, ist da noch nicht weit genug gediehen.

Bei Großrohren plant man nun sogar, wegen anhaltender Welt-Überkapazitäten und „überwiegend subventioniertem Wettbewerb" die Kapazität des Mülheimer Werks ab September 1984 um ein Drittel (mit 550 Mann Personalabbau) zu senken. Rückwirkungen auf die eigene Stahlproduktion hofft man durch Ausbau anderer Rohr-Aktivitäten (und notfalls durch Halbzeug-Lieferungen an fremde Rohrproduzenten) vermeiden zu können.

Auch das ist in das Langfrist-Ziel eingebettet, den Röhrenanteil am Weltumsatz, der auch im Baissejahr 1983 nebst einschlägigen Handels- und Brasilien-Aktivitäten noch bei 40 Prozent lag, auf ein Drittel zu reduzieren. Und zwar tunlichst nur durch Ausbau der zukunftsträchtigen Bereiche dieses „Technologiekonzerns", als der sich das einstige Montanunternehmen schon seit etlichen Jahren versteht.

Das Richtige dieses Mannesmann-Weges in technologie- und zukunftsträchtige neue Arbeitsfelder, betont Weisweiler, habe sich gerade auch im schwierigen Jahr 1983 bestätigt. Er sagt dies auch mit Blick auf die Konkurrenten in den Verlustbereichen: Vom übrigen deutschen Anlagenbau, der 1982/83 fast die Hälfte seines vorherigen Auftragsvolumens verlor, über die großen Rohrproduzenten überall in der freien Welt bis zu anderen Firmen in Brasilien – keiner hatte 1983 was zu lachen.

Für den Fünfjahres-Zeitraum 1984/88 plant der Konzern höhere Sachinvestitionen als in der letzten Fünfjahresperiode mit jahresdurchschnittlich 616 Mill. DM, wobei eine weiterhin mehr als komplette Innenfinanzierung anzunehmen ist. Der Plan zum Bau eines neuen Mittelrohrwerks (für 400 Mill. DM) beim Hüttenwerk Duisburg-Huckingen soll noch in diesem Jahr entscheidungsreif sein.

Mannesmann-Welt	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	14 074	- 14,5
Auslandsanteil (%) [1]	61	(66)
Rohstahl (1000 t)	3654	- 8,1
Röhren (1000 t)	2919	- 7,5
Belegschaft	104 795	- 6,9
Personalaufwand	5624	- 3,7
Gesamtinvestitionen	683	- 9,7
Cash flow [2]	781	- 33,0
Nettoergebnis [3]	192	- 60,9
Jahresüberschuß	96	- 65,7
Ausschüttung [4]	112	- 26,3

[1] Darin 3,7 (4,9) Mrd. DM von Auslandstöchtern. [2] Vorstandsangabeb ohne Steuern. [3] Nach DVFA 8 (23) DM je Aktie plus 19 (17) Mill. DM für Konzernfremde. [4] Darin 19 (17) Mill. DM für Konzernfremde.

BILFINGER + BERGER / Gewinn im Inlandsgeschäft

Ausland bringt Löwenanteil

INGE ADHAM, Frankfurt

Die These vom Verdrängungswettbewerb der großen bauindustriellen Unternehmen gegenüber dem breiten Feld mittelständischer Anbieter weist Christian Roth, Vorstandsmitglied der Bilfinger + Berger Bauaktiengesellschaft, Mannheim, energisch zurück; schließlich seien die zehn größten deutschen Bauunternehmen am gut 250-Mrd-DM-Inlandsbaumarkt allenfalls mit 3 Prozent beteiligt. Gleichwohl kommt auch bei Bilfinger + Berger, deren Schwergewicht nach wie vor im Auslandsgeschäft liegt, bei tendenziell sinkendem Auslandsanteil dem Inlandsbereich wachsende Bedeutung zu.

Bei dem „außerordentlich harten Wettbewerb" liegt Bilfinger + Berger recht gut im Rennen (Auftragsbestand Inland per 30. April wie im Vorjahr gut eine Mrd. DM bei 377 (323) Mill. DM Bauleistung in den ersten vier Monaten). Dies liegt nach Ansicht von Roth vor allem daran, daß man konsequent Arbeitsvorgänge rationalisiert (mit Kostenvorteilen für den Auftraggeber) und auch in der Technik Neuland beschritten habe.

Gerade dies hat Bilfinger + Berger übrigens gut ins Geschäft mit der Bundesbahn gebracht, wo neben Neubaustrecken ein erheblicher Sanierungsbedarf ansteht. Dies gelte auch in anderen Bereichen: Das Prinzip der öffentlichen Hand, grundsätzlich dem Billigstbietenden den Auftrag zu geben, habe „bei den seit Jahren unauskömmlichen Preisen" zu Qualitätsverfall mit enormen Folgekosten geführt. Bilfinger + Berger will auch in diesem Jahr wie im Vorjahr im Inlandsbau mit einem „schönen schwarzen Betriebsergebnis" abschließen. Dessen Höhe freilich wird nicht genannt, das Ausland bringt jedoch bei einem „unwesentlichen" Rückgang im vergangenen Jahr den Löwenanteil.

Die Gruppe erzielte insgesamt im vergangenen Jahr gut 3,5 (4,4) Mrd. DM Bauleistung. Darin stecken 2,3 (3,2) Mrd. DM Auslandsleistung, darunter 615 Mill. DM in den USA. Schwerpunkt war unverändert das Geschäft in Nigeria (779 Mill. DM) sowie Libyen (161 Mill. DM); in Irak erzielte Bilfinger + Berger 100 Mill. DM Bauleistung. In diesem Jahr rechnet das Unternehmen mit 2,2 Mrd. DM Auslandsleistung, darunter 900 Mill. DM in den USA. Aufgetretene Zahlungsprobleme hält der Vorstand inzwischen für „lösbar", auch mit Irak wurde eine Lösung gefunden. Die Aufstockung der Rückstellungen auf 478 (435) Mill. DM spiegelt jedoch ebenso wie eine Vollabschreibung von Gerät in Nigeria Problembewußtsein wider.

Neue Aufträge nahm das Unternehmen im vergangenen Jahr in Höhe von 2,2 (3,2) Mrd. DM herein, davon 864 Mill. DM (knapp 2 Mrd. DM) aus dem Ausland. Am Jahresende machte der Auftragsbestand 4,13 (5,48) Mrd. DM aus, davon gut 3 (4,5) Mrd. DM im Ausland, wo die Beschäftigtenzahl mit einem Rückgang um gut 28 Prozent auf 18 881 Mitarbeiter dem gesunkenen Auftragsvolumen angepaßt wurde, im Inland gab es demgegenüber eine leichte Zunahme um 7 Prozent auf 7531 Mitarbeiter. Auch im Rückgang der Investitionen auf 54 (128) Mill. DM spiegelt sich die Anpassung auf das mittelfristig geringere Volumen wider (jeweils Gruppenzahlen).

Die AG schließt mit einem Jahresüberschuß von 24 (28) Mill. DM. Der vom Unternehmen mit 82 (135) Mill. DM angegebene Cash-flow sank um 39 Prozent und damit deutlich stärker als das mit 22,06 (28,13) DM errechnete Ergebnis je Aktie (nach DVFA). In die freie Rücklage fließen 10 (14) Mill. DM, den Aktionären sollen wiederum 10 DM je 50 DM-Aktie zukommen (Hauptversammlung 5. Juli). Für dieses Jahr rechnet der Bilfinger + Berger-Vorstand bei einer annähernd unveränderten Bauleistung mit deutlichen Verschiebungen im internationalen Geschäft wieder mit einem „zufriedenstellenden" Ergebnis, wird belohnt.

Karstadt erhöht die Dividende

adh. Frankfurt

Die Karstadt AG, Essen, derzeit mit gut 95 Prozent am Neckermann Versand AG-Grundkapital beteiligt, will den notleidenden Versender eingliedern und hat den freien Aktionären ein Übernahmeangebot gemacht. Auf der Basis eines Wirtschaftsprüfer-Gutachtens nannte ein Karstadt-Sprecher das Übernahmeangebot – für je drei Neckermann-Aktien wird eine Karstadt-Aktie geboten – ein „faires" Angebot.

Ob die Aktionäre diese Ansicht teilen, ist freilich noch offen. Denn am Tag vor der gestrigen Aussetzung des Neckermann-Kurses notierte die 50 DM-Aktie in Frankfurt mit 136,60 DM. Der Kurs der Karstadt-Aktie liegt bei 254 DM. Bei Annahme des jetzt unterbreiteten Angebots errechnen sich für die Neckermann-Aktionäre 84,60 DM je Aktie.

Neckermamn hat im sechsten Jahr unter Karstadt-Ägide seinen Verlust auf 32 (62) Mill. DM annähernd halbiert. Er wurde von Karstadt im Rahmen eines Forderungsverzichts übernommen ebenso wie der auf 6,8 (11) Mill. DM reduzierte Verlust von NUR Touristik. Karstadt selbst steigerte den Jahresüberschuß auf 90,4 (58,2) Mill. DM und schlägt nach 40 Mill. DM Rücklagendotierung eine auf 7 (6) DM erhöhte Dividende vor (Hauptversammlung 16. Juli).

ITALIEN / Börsenzettel in Mailand wird erweitert

Bald auch Investment-Fonds

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das Jahr 1984 hat alle Aussichten, an der Mailänder Wertpapierbörse einen Kapitalaufstockungsrekord aufzustellen. Von Anfang Januar bis heute wurden insgesamt 13 Operationen eingeleitet bzw. bereits abgeschlossen, darunter die des Gummi-Konzerns Pirelli, der Olivetti-Holding CIR und des Kreditinstituts Banco di Roma. Weitere elf sind von den Aktionären genehmigt worden, darunter die der Kreditinstitute Banca Commerziale Italiana und Credito Italiano, während bei anderen zehn die Verwaltungsratsbeschlüsse noch nicht ratifiziert wurden.

Läßt man die etwa 2000 Mrd. Lire der Kapitalaufstockung der staatlichen Stahl-Bereichsholding Finsider außer Betracht, von denen bestenfalls 26 Mrd. Lire an die Börse kommen, wenn sich die privaten Kleinaktionäre zur Zeichnung entschließen sollten, die noch 1,3 Prozent des Kapitals halten, und berücksichtigt man das von den 700 Mrd. Lire, um die sich das Kapital der staatlichen Elektronik- und Nachrichtenholding Stet erhöhen soll, die acht Prozent Kleinaktionäre dieser Gesellschaft betreffen, so werden es insgesamt etwa 2800 Mrd. Lire sein, die die bisher abgeschlossenen bzw. verabschiedeten und angekündigten Operationen mobilisieren werden. Davon entfallen rund 1800 Mrd. Lire auf die Kapitalaufstockung des Fiat-Konzerns und auf die Operationen, mit denen neue Gesellschaften erstmals die Börse betreten. Zu dieser letzten Gruppe gehört u. a. die Anlagenbau-Tochter des staatlichen Energiekonzerns Eni, Saipem, die ihre für Oktober vorgesehene Börsennotiz mit einer Kapitalaufstockung von 120 Mrd. Lire einleitet.

Pläne zur Börseneinführung haben nicht nur die Staatsholdings, die eine Vielzahl ihrer attraktiven Konzerngesellschaften an die Börse bringen wollen (Iri hat 15, Eni 5 und Efim eine im Programm), sondern auch die privaten Unternehmen. Der Chemiekonzern Montedison wird schon in Kürze seine Glastochter Fidenza Vetraria als erste einer ganzen Reihe an die Börse holen. Die Holding Fiat hat ähnliche Pläne u. a. mit ihrer Automobil-Betriebsführungsgesellschaft Fiat Auto.

Das wiedererwachte Interesse für die Börse ist laut Nerio Nesi, dem Präsidenten des größten italienischen Kreditinstituts Banca Nazionale del Lavoro, der Einsicht von Politikern und Unternehmern zu verdanken, daß „die technologische Herausforderung ohne eine funktionsfähige Börse nicht gewonnen werden kann". Gegenwärtig werden an der Mailänder Börse erst 139 Unternehmen gehandelt. Ihre Börsenkapitalisierung von knapp 40 000 Mrd. Lire entspricht nur 7,2 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Künftig soll das anders werden. Große Hoffnungen setzen Regierung und Unternehmen in die neuen italienischen Investment-Fonds, von denen die ersten wahrscheinlich im Sommer oder Frühherbst ihre Aktivität aufnehmen werden. Auch wenn viele Fonds (bis Jahresende wird es voraussichtlich an die 30 davon geben) von Banken gegründet wurden und daher einen Teil ihrer Portefeuilles mit Titeln füllen, werden sie Experten zufolge am Aktienmarkt für starke Umsatzimpulse sorgen.

Unterstützen will man sie dabei durch die Einführung der Merchant Banks nach britischem Muster. Die Pläne von Regierung und Zentralbank sind in diesem Fall darauf gerichtet, möglichst ebenfalls noch im Herbst Instrumente zu schaffen, um börsenwilligen mittelständischen Unternehmen den Weg an die Börse zu ebnen. Ziel ist eine schnelle und dauerhafte Erweiterung des Kurszettels.

DRALLE / Umsatz hat 1983 stagniert

Positionen gut behauptet

JAN BRECH, Hamburg

Die Dralle GmbH, Hamburg, Spezialist für Haarpflege, hat nach Angaben der geschäftsführenden Gesellschafter die Marktpositionen im Inland trotz schärfsten Wettbewerbs gut behauptet. Der Inlandsumsatz in den drei Marktbereichen Großkunden, klassischer Fachhandel und Friseure sei im Berichtsjahr 1983 real um 5,5 Prozent gestiegen. Preiserhöhungen habe der Markt nicht zugelassen.

Demgegenüber erlitt Dralle aufgrund von Devisenschwierigkeiten in wichtigen Auslandsmärkten einen Umsatzeinbruch von 11 (plus 14) Prozent. Der Gesamtumsatz mit Dralle-Produkten blieb deshalb mit 110 Mill. DM unverändert. Zur Ertragslage wird lediglich mitgeteilt, daß das Ergebnis um 10 Prozent über dem des Vorjahres liege und als befriedigend zu bezeichnen sei. Der anhaltenden Verschärfung des Wettbewerbs gerade im anspruchsvolleren Haarpflegebereich, in dem Dralle eine führende Marktstellung einnimmt, werde das Unternehmen mit einer noch flexibleren und offensiveren Marktpolitik begegnen, betonen die drei Brüder Breckwoldt als geschäftsführende Gesellschafter. Das Jahr 1983 habe bewiesen, daß sich ein mittelgroßes, unabhängiges Familienunternehmen durchaus gegenüber Großunternehmen behaupten könne. Dralle werde unverändert am qualitativen Wettbewerb festhalten und dem hohen quantitativen Einsatz der Konzerne Ideen entgegensetzen.

Zur Entwicklung in den ersten 4 Monaten heißt es, daß der Umsatz im Inland leicht und im Ausland mit einer zweistelligen Zuwachsrate gewachsen sei. Das Minus des Vorjahres dürfte mehr als ausgeglichen werden. Im Inland wird für das zweite Halbjahr eine Belebung erwartet.

DEUTSCHE TEXACO / Betriebsführungsvertrag mit Chevron – Chemiebereich wieder in Gewinnzone

Minus im Ölgeschäft bei 250 Millionen Mark

JAN BRECH, Hamburg

Das Geschäftsjahr 1984 der Deutschen Texaco AG, Hamburg, wird wesentlich durch die Übernahme der Chevron Erdöl Deutschland GmbH (CED) mitbestimmt, die zum 1. April dieses Jahres wirksam geworden ist. Nach Angaben des Texaco-Vorstandsvorsitzenden Armin Schram ist es das Ziel, das Geschäft der CED in die eigenen Aktivitäten einzugliedern und durch zusätzlichen Absatz die Kapazitäten besser auszulasten. Vorgesehen ist zwischen Texaco und der Chevron ein Betriebsführungsvertrag.

Die Chevron bringt etwa einen Umsatz von 2 Mrd. DM und einen Absatz von 1,6 bis 1,8 Mill. t ein. Hinzu kommen 427 Tankstellen, die auf den Markennamen Texaco umgestellt werden sollen und das Texaco-Netz auf rund 2640 Stationen erweitern. Zur Zeit, so Schram, werde das Geschäft der Chevron im Detail durchleuchtet. Ob alle Aktivitäten im bisherigen Rahmen verbleiben, sei noch offen. Einen positiven Beitrag zum Texaco-Ergebnis 1984 erwartet Schram nicht. Die CED habe 1983 nur dank außerordentlicher Erträge einen Jahresüberschuß erzielt; das Betriebsergebnis sei negativ gewesen.

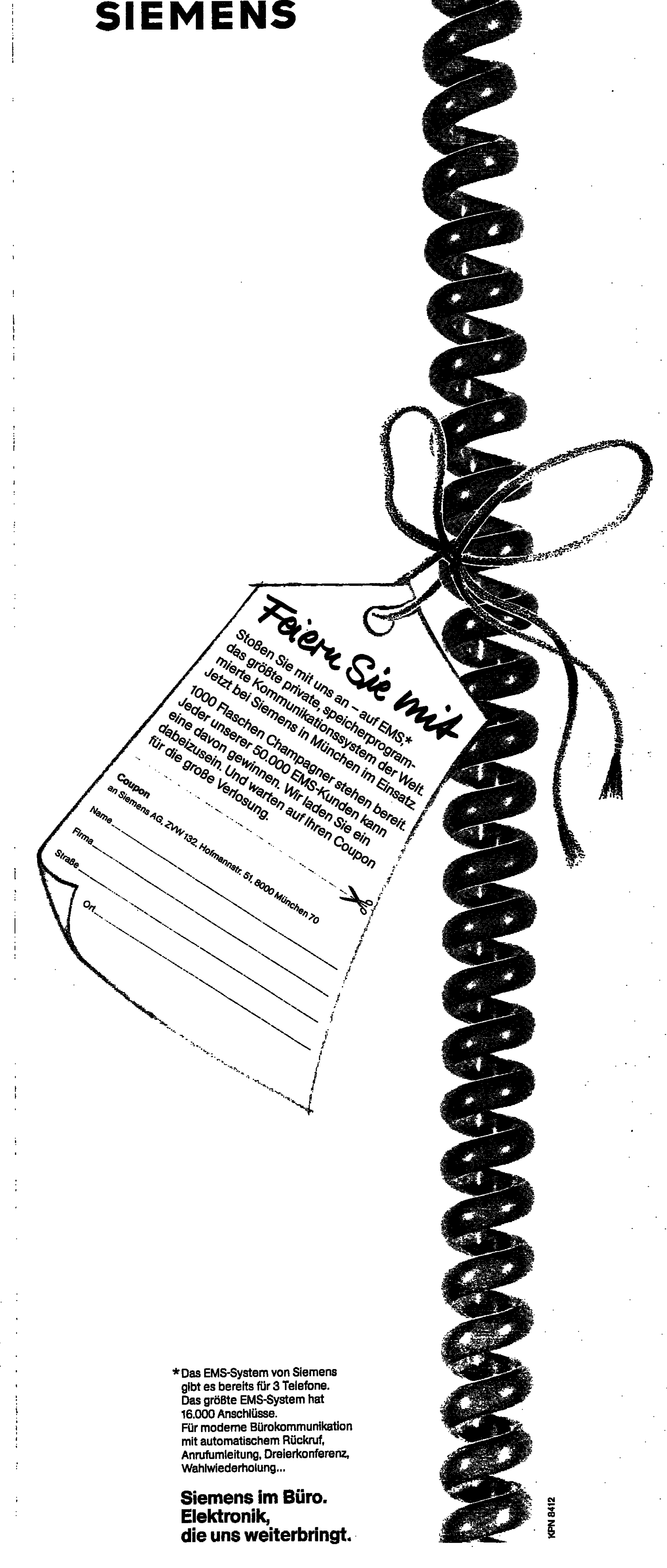
In dieser Hinsicht macht die Chevron keinen Unterschied zu ihrer neuen Muttergesellschaft. Der Jahresüberschuß der Texaco von 69 (i. V. 77) Mill. DM stammt ausschließlich aus Erträgen aus der Auflösung von Preissteigerungsrücklagen in Höhe von 129 Mill. DM. Bei einem sinkenden Gesamtabsatz von 7,6 Mill. t, wobei das Inlandsgeschäft um 4 Prozent auf 6,9 Mill. t sank, erlitt Texaco wieder hohe Verluste in Verarbeitung und Vertrieb.

Genaue Angaben macht Schram nicht, doch dürfte das Minus im Ölgeschäft einschließlich der Bestandsverluste in der Gegend von 250 Mill. DM liegen. Da auch die Chemie rote Zahlen schrieb, reichten die Erträge aus der eignen Öl- und Gasförderung nicht aus, um zu einem positiven Betriebsergebnis für das Gesamtunternehmen zu kommen.

Die Ölförderung der Texaco ist 1983 um 3,6 Prozent auf 2,4 Mill. t zurückgegangen. Hiervon stammen 650 000 t aus dem Inland (minus 4,6 Prozent). An der deutschen Erdölförderung ist Texaco mit 15,2 Prozent beteiligt. Die unveränderte Gasförderung von 284 Mrd. cmb sichert dem Unternehmen einen Marktanteil von 1,6 Prozent. Die anhaltende Bedeutung dieses Bereichs für die Texaco belegt der Sachverhalt, daß zwei Drittel der 1983 getätigten Investitionen von 320 Mill. DM für Aufschluß und Gewinnung von Öl und Gas eingesetzt wurden.

Das restliche Drittel diente vornehmlich der Rationalisierung und Anpassung in Verarbeitung und Vertrieb. Der Rohöldurchsatz verringerte sich um 6,9 Prozent auf 7,7 Mill. t, der Einsatz zugekaufter Halbfabrikate stieg demgegenüber um 12 Prozent und erreichte damit 30 Prozent des gesamten Raffinerieeinsatzes. Das geringe Absatzvolumen führte zu einem Umsatzrückgang um 5,2 Prozent auf 9,6 Mrd. DM.

In den ersten Monaten dieses Jahres ist bei unveränderter Verarbeitung der Absatz leicht zurückgegangen. Im Ölgeschäft, so Schram, würden nach wie vor rote Zahlen geschrieben. Die Verluste seien allerdings niedriger als im Jahresdurchschnitt 1983. Da die Chemie in die Gewinnzone zurückgekehrt ist, erwartet Schram für 1984 ein positives Gesamtergebnis. Als zusätzliche Aufbesserungsmöglichkeiten verfügt Texaco noch über rund 222 Mill. DM Preissteigerungsrücklagen, die bis 1986 aufgelöst werden müssen.



DLW / Suche nach drittem Betätigungsfeld – Bodenbeläge weiter Umsatzschwerpunkt

Die Marktposition wurde gefestigt

WERNER NEITZEL, Bietigheim

Die Suche nach einem „dritten Bein" geht bei der DLW AG, Bietigheim-Bissingen, unvermindert weiter. Über das traditionelle Betätigungsfeld der Herstellung elastischer und textiler Bodenbeläge hinaus hatte das Unternehmen sein Programmspektrum in den letzten Jahren durch entsprechende Firmenübernahmen vor allem in den Sektor hochwertiger Büromöbel hinein ausgeweitet. Seit geraumer Zeit hält man bei DLW nunmehr Ausschau nach einer Sparte – wie es Vorstandsvorsitzender Hans Ruf formuliert – „außerhalb des Dunstkreises Bauen".

Im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres 1984 verbuchte die DLW einen Umsatzanstieg von 4 Prozent. Die Ertragslage entwickle sich „im Rahmen der Erwartungen". In den Bereichen, in denen der Konzern Zulieferer für die Autoindustrie ist (rund 100 Mill. DM Umsatzvolumen), werde aufgrund der Streikwirkungen in der Produktion teilweise kürzer getreten. Ansonsten sind die Fabriken voll beschäftigt. Insbesondere das Objektgeschäft laufe gut, während das Handelsgeschäft von einer großen Umstrukturierung auf den Abnehmermärkten mit entsprechendem Preisdruck gekennzeichnet sei. Die von der DLW zeitweise an den Tag gelegte Zurückhaltung auf einigen Auslandsmärkten eine im Hinblick auf zerrüttete Preise bewußt geplante Verkaufspolitik, ist von verstärkten Aktivitäten abgelöst worden.

Obwohl der Konzernumsatz der DLW im Geschäftsjahr 1983 um 1 Prozent auf 711 Mill. DM zurückgegangen ist, gelang es der DLW, Marktpositionen zu festigen und die Ertragslage zu verbessern. Die Pflege des Programms und umfassende Rationalisierungsmaßnahmen zeigten positive Affekte. Der Jahresüberschuß stieg auf 16,9 (Vorjahr: 15,6) Mill. DM. Nach Einstellung von wiederum 4 Mill. DM in die Rücklagen schüttet das Unternehmen eine von 10 auf 11 DM je Aktie erhöhte Dividende für 58,5 Mill. DM Aktienkapital aus. Dieses befindet sich in breitem Streubesitz.

Die gute Ertragslage manifestiert sich nicht zuletzt auch in der Tatsache, daß die Pensionsrückstellungen kräftig dotiert und sonstige Vorsorgemaßnahmen, wie beispielsweise 10,5 Mill. DM Abschreibungen bei einigen Beteiligungen, durchgeführt werden können. Der Gewinn je Aktie nahm um 12,5 Prozent auf 22,50 (20) DM zu.

Gemessen am Konzernumsatz verringerte sich der Anteil der Bodenbeläge auf 51 (54) Prozent. Dabei lag das Inlandsgeschäft dieser Sparte in etwa auf Vorjahreshöhe. Gewachsen ist der Umsatz der Möbelsparte, die inzwischen ein Viertel des Geschäftsvolumens repräsentiert. Deutliche Zuwachsraten weise das Automobilzuliefergeschäft auf. Der Exportanteil am Umsatz verringerte sich auf 23 (26) Prozent.

Investiert wurden im Konzern in Sachanlagen 23,7 (20) Mill. DM bei 27,2 (24,8) Mill. DM Sachabschreibungen. Der Cash flow stieg auf 73 (62) Mill. DM. Für 1984 sei ein gleichbleibendes Investitionsvolumen vorgesehen. In der von Bankschulden unverändert freien und von hoher Liquidität geprägten Bilanz überdecken die eigenen Mittel Anlagevermögen und Vorräte deutlich. Der Konzern zählt knapp 4000 Beschäftigte.

MERCK, FINCK / Zinsspanne gestiegen

„Sehr erfreulicher Abschluß"

DANKWARD SEITZ, München

Eine enorme Ertragsverbesserung muß das Bankhaus Merck, Finck & Co., München, im Geschäftsjahr 1983 erreicht haben. Auch wenn keine Gewinn- und Verlustrechnung veröffentlicht wird, es war ein Abschluß, wie August von Finck selbst eingestehen muß, der „zu den sehr erfreulichen in der Geschichte des Instituts gehört". Berücksichtigt man seine traditionelle Zurückhaltung und Bescheidenheit bei solchen Urteilen, dann dürfte das Ergebnis nach dem schon sehr guten Jahr 1982 diesmal eine Spitzennote verdient haben.

Nur in Ansätzen lüftet er den Schleier: Das Betriebsergebnis habe sich „erfreulich" verbessert wie auch der Jahresüberschuß. Als Resultat um „Strukturverbesserungen auf der Aktiv- und Passivseite" sei die Zinsspanne „nicht unwesentlich auf etwas über 2 Prozent" gestiegen, und das Zinsergebnis um ein Drittel höher ausgefallen als 1982. Der Verwaltungsaufwand werde von ihm voll gedeckt. In der gleichen Größenordnung konnte der Überschuß im Provisionsgeschäft gesteigert werden, das bei dem Institut eine wesentlich stärkere Bedeutung hat als das Zinsgeschäft. Das Ergebnis im nicht zinsabhängigen Bereich habe über 40 Prozent des addierten Zins- und Provisionsüberschusses betragen.

Zwar weisen August von Finck und Adolf Kracht, einer der persönlich haftenden Gesellschafter, wie branchenüblich auch darauf hin, daß außerordentliche Faktoren das laufende Geschäft belastet hätten, doch dürfte dies ein nur bescheidener Betrag gewesen sein. Denn bei der Kreditvergabe – insgesamt erhöhten sich die Ausleihungen um 10 Prozent auf 968,4 Mill. DM – habe sich, wie es heißt, die wieder „sorgfältige" Risikopolitik bewährt und „keine bedeutenden Probleme" gebracht. Dies auch vor dem Hintergrund, daß für Einzelkredite bei dem Institut eine Obergrenze von etwa 20 Mill. DM eingehalten wird. Nicht betroffen sei man von den Vorgängen um die SMH-Bank.

Im Auslandskreditgeschäft habe man sich zurückgehalten und sei nur sehr selektiv neue Engagements eingegangen. Nur etwa 7 Prozent des gesamten Kreditvolumens entfalle auf ausländische Adressen und nicht einmal 1 Prozent auf solche, die um Tilgungsaufschub gebeten hätten. Knapp 10 Mill. DM seien für Wertberichtigungen erforderlich gewesen.

Zur Refinanzierung des Aktivgeschäfts standen Ende 1983 Kundeneinlagen in Höhe von 1,46 Mrd. DM (plus 15,8 Prozent) zur Verfügung. Darüber hinaus wurden 1983 zum erstenmal von dem Privatbankhaus eigene Schuldverschreibungen über 20 Mill. DM begeben. In den ersten Monaten dieses Jahres wurde eine zweite Tranche über 30 Mill. DM (Zins um 8 Prozent, Laufzeit bis zu sechs Jahre) aufgelegt. Die Bilanzsumme stieg um 7,7 Prozent auf 2,5 Mrd. DM. Das haftende Eigenkapital beträgt unverändert 150 Mill. DM.

Hochtief erhöht auf 20 Prozent

dpa/VWD, Essen

Die Essen Hochtief AG, zweitgrößtes Bauunternehmen der Bundesrepublik, hat 1983 noch besser abgeschnitten als im Vorjahr. Der Hauptversammlung am 13. Juli wird vorgeschlagen, das Grundkapital aus Rücklagen um 50 Mill. auf 200 Mill. DM aufzustocken sowie auf das neue Kapital eine auf 20 (18) Prozent erhöhte Dividende und dazu wieder 4 Prozent Bonus auszuschütten.

Die Kapitalerhöhung aus Eigenmitteln ist bereits die dritte innerhalb von vier Jahren. 1980 betrug das Grundkapital noch 70 Mill. DM. 1983 wurde ein Jahresüberschuß von 256,7 (166) Mill. DM erwirtschaftet. Daraus sollen zunächst über 128 Mill. DM den Rücklagen zugewiesen werden. Die Empfehlung für den verbleibenden Bilanzgewinn von 128 Mill. DM sieht vor, neben der Dividendenzahlung 80 Mill. DM in die freie Rücklage einzustellen. Hauptaktionäre von Hochtief sind mit je mehr als einem Viertel Anteilen die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG, Essen, die von Finck'sche Industrie-Beteiligungs-KG, München, und die Francommerz Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt.

NAMEN

Eckhart Röders, Soltau, wurde zum Vorsitzenden des Gesamtverbandes Deutscher Metallgießereien e.V. (G.D.M.), gewählt. Er ist Nachfolger von **Herbert Kemper**, Olpe.

Gerd-Dietrich Voigt, Geschäftsführender Gesellschafter der Brinkhaus GmbH und Co. KG, Warendorf, feiert heute den 60. Geburtstag.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Gelsenkirchen: Hans-Josef Berlin, Bochum 6; Guido Meese GmbH; **Hamburg:** Nachl. d. Eduard Josef Kalous; **Kassel:** Heinrich Rudolph, Mitinh. d. Rudolph u. Meyering BGR, Kaufungen; **Ludwigshafen/Rhein:** Birll Wohnungsbau GmbH, Hanhofen; **Osnabrück:** Nachl. d. Christian Georg Wallmann; infokom-studio Vertriebsges. f. Informationswirtschaft u. Kommunikationstechnologie mbH; **Passau:** Peter Hemmeter, Bauingenieur, Fürstenzell; **Schwelm:** Verpackungs-GmbH - Herstellung u. Vertrieb v. Verpackungen aller Art - Gevelsberg; Classic Hartwaren Vertriebsges. mbH.

Vergleich beantragt: Düren: Vereinigte Lederfabriken GmbH, Langerwehe; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Krahn GmbH & Co., Bauunternehmen.

HAGEN BATTERIE / Deutliche Geschäftsbelebung

Die Rendite gut behauptet

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Solide, wie mit dem über dem Emissionspreis von 120 DM gebliebenen Börsenkurs, präsentiert sich das Soester Familienunternehmen Hagen Batterie AG, das im Herbst für ein Viertel des Aktienkapitals von 20 Mill. DM Publikumsaktionäre aufnahm, mit dem Abschluß für 1983 (Hauptversammlung am 11. Juli). Aus 169 (170) Mill. DM Umsatz, der weiterhin mit 26 Prozent aus dem Export stammte und in seiner Stagnation vor allem den Rückgang der Bleipreise um 20 Prozent oder 7 Mill. DM spiegelt, wurden 3,3 (3,4) Mill. DM „verbesserungsfähiger" Jahresüberschuß erwirtschaftet. Die Dividende bleibt bei 5 DM, die Rücklagen werden um 1,3 (1,4) Mill. auf 23,6 Mill. DM aufgestockt, wonach die Eigenmittel von 43,6 Mill. DM das Anlagevermögen von 42,7 (39,8) Mill. DM überdecken.

Ertragsfortschritt, nur zum Teil aus Investitionszulagen-Zufluß von 1,4 Mill. DM geschönt, zeigt der Anstieg des Cash flows auf 16,7 (13,3) Mill. DM, der sogar die Rekordinvestitionen von 14 (12) Mill. DM, die 1984 nur noch halb so hoch ausfallen sollen, überfinanzierte. Deutliche Geschäftsbelebung, vor allem bei den schon 1983 gut gelaufenen Industriebatterien, zeigt das 1. Tertial 1984 mit 12 Prozent Umsatzplus. Die 1983 auf 1211 (1151) Leute aufgestockte Belegschaft wurde jetzt um weitere 60 Köpfe vergrößert. Eine circa 30 Mill. DM große Ertragsreserve hat die Firma aus der (überfälligen) Endabrechnung großer Bauprojekte (550 Mill. DM) ihres Anlagenbaus in Iran.

STAHLRING / Die Mitglieder gewinnen „verlorenes Absatzterrain" zurück

Mittelständler werden wieder stärker

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Blicken sie nur aufs eigene Geschäft, so haben die Düsseldorfer Stahlring GmbH und ihre weiterhin 38 Mitglieder von dem im neunten Branchenkrisenjahr 1983 höchst unerfreulich verlaufenen Stahlgeschäft sehr Erfreuliches zu berichten. Der langjährige Vormarsch der großen und zumeist im Konzernverbund mit Stahlerzeugern arbeitenden Stahlhandelsunternehmen ist gestoppt und dreht sich um. Der flexible und kundennahe Mittelständler liegt im Rennen vorn. Eine junge Entwicklung, der Stahlring-Geschäftsführer Egon Maas auch schon positive gesellschafts- und wirtschaftspolitische Relevanz zumessen mag.

Beweisen kann er das erstens mit dem Eigengeschäft dieser seit 1966 existierenden Einkaufskooperation mittelständischer Stahlhändler. Gegenläufig zur seit Jahren rückläufigen deutschen Marktversorgung mit Walzstahl (ohne Röhren) hat die GmbH ihre Lieferungen an die Mitglieder 1983 auf 357 000 (317 000)m t erhöht und mit 301 (297) Mill. DM ihren bisher höchsten Umsatz geschafft. Zweitens und vor allem haben die Mitglieder ihre gesamten Walzstahlbezüge 1983 um 6,6 Prozent auf 1,47 Mill. t gesteigert und dabei auch das Lagergeschäft wieder auf 0,66 (0,56) Mill. t verbessert.

Mit dieser Tonnage habe der Gesellschafterkreis 1983 seine Position als einer der größten Stahlbezieher in Deutschland weiter ausgebaut. Bei der Stahlring GmbH selbst freilich kamen, dem allgemeinen Markttrend verhalten folgend, nun bereits 54 (50) Prozent der Lieferungen aus Auslandswerken, wobei freilich der Anteil der Drittlandimporte mit 13 (8) Prozent der Gesamtlieferungen immer noch unter dem Branchendurchschnitt blieb.

Das Erwachen der Mittelständler zu neuer Stärke begründet man beim Stahlring vor allem auch mit einer Strukturveränderung bei Produktion und Handel. Aus Straffung der Walzprogramme bei den Stahlkonzernen und aus dem Vordringen der auch mit kleinen Bestellmengen kurzfristig lieferfähigen Mini-Stahlwerke habe sich die Pufferfunktion großer Stahlläger zwischen Produktion und Verbrauch zumal im gesamten Profilstahlbereich (im Stahlring-Kreis das Hauptgeschäft) weitgehend verflüchtigt.

Eitel Freude beschert dieser Blick auf die Schwierigkeiten der Großen den Mittelständlern jedoch nicht. Denn bei den Großlägern seien (anders als im Stahlring-Kreis) auch die Materialbestände zu groß. Und vor allem von dort spürt man nun wieder ärgerlichen Druck auf die Stahlpreise. Ein Druck, der im Formstahlbereich nun auch schon wieder „zum Teil" Händlerpreise auf Werksniveau beschert.

Die Stahlproduzenten hingegen, das registriert man auch beim Stahlring als positive Folge des seit Anfang 1984 noch enger geschnürten Korsetts der EG-Krisenmaßnahmen, bilden unverändert eine feste Preisfront. Im wesentlichen schlägt das auch auf die Händlerpreise durch. Das Durchschnittspreisniveau liege derzeit um gut ein Zehntel höher als 1983. Dies allerdings mit großer Schwankungsbreite. An der Spitze Quartobleche (plus 20 Prozent), im Mittelfeld zum Beispiel Stabstahl und Feinbleche (jeweils plus 10 Prozent), am Ende der Betonstahl, der erst in den letzten Tagen etwas teurer wurde, seinen ersten Erholungsschub allerdings schon 1983 erlebte und bislang bewahren konnte.

FINANZANZEIGEN



Didier-Werke Aktiengesellschaft Wiesbaden

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft findet am Freitag, dem 13. Juli 1984, 11.00 Uhr, im Kurhaus Wiesbaden statt.

Tagesordnung:

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäftsberichts mit dem Bericht des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
4. Wahl der Anteilseignervertreter in den Aufsichtsrat
5. Genehmigtes Kapital
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit den Vorschlägen der Verwaltung, die u. a. je gewinnberechtigte Aktie im Nennwert von DM 50,– die Verteilung einer Dividende von DM 6,00 zuzüglich eines Bonus von DM 1,50 vorsieht, ist im Bundesanzeiger Nr. 102 vom 30. 5. 1984 enthalten. Wir bitten, dieser Bekanntmachung auch die Einzelheiten über die Hinterlegung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen.

Letzter Hinterlegungstag ist Freitag, der 6. Juli 1984.

Wiesbaden, im Mai 1984 — Der Vorstand

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

mit vorläufigem Sitz in Luxemburg

6% DM-Inhaber-Teilschuldverschreibungen von 1972
– WKN 466 071/78 –

Auslosung

Die Auslosung der zum 1. September 1984 fälligen Serie ist am 22. Mai 1984 in Anwesenheit eines Notars erfolgt. Es wurde die

Serie 1 — WKN 466 071 –

mit den Stücknummern 1 – 6 500 zu je DM 1.000,–
52 001 – 53 200 zu je DM 5.000,–

im Nennbetrag von DM 12.500.000,– gezogen.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 3. September 1984 an gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine per 1. September 1985 uff. zum Nennbetrag bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
ADCA-Bank Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche Creditanstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers
Kommanditgesellschaft auf Aktien
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Reuschel & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bankhaus H. Aufhäuser
Bankers Trust GmbH
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
J. H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Der Zinslauf der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. August 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen. Die am 1. September 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher zur ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 6 und 8 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Frankfurt am Main, im Mai 1984 — EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

mit vorläufigem Sitz in Luxemburg

6% DM-Inhaber-Teilschuldverschreibungen von 1977
– WKN 469 031/8 –

Auslosung

Die Auslosung der zum 1. August 1984 fälligen Serie ist am 22. Mai 1984 in Anwesenheit eines Notars erfolgt. Es wurde die

Serie 6 — WKN 469 036 –

mit den Stücknummern 50 001 – 60 000 zu je DM 1.000,–
88 751 – 90 500 zu je DM 5.000,–

im Nennbetrag von DM 18.750.000,– gezogen.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. August 1984 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine per 1. August 1985 uff. eingelöst:

a) in der Bundesrepublik Deutschland bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen:

Amsterdam-Rotterdam Bank N.V.
Kredietbank S.A. Luxembourgeoise
Schweizerische Bankgesellschaft
Société Générale
Société Générale de Banque S.A.

Der Zinslauf der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. Juli 1984.

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die am 1. August 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 3 und 4 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Frankfurt am Main, im Mai 1984 — EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

ERGEBNIS 1983 DER SOCIÉTÉ GÉNÉRALE DE BANQUE.

	Bilanzsumme	Kundeneinlagen	Eigenmittel	Abschreibungen und Rückstellungen	Jahresüberschuß
'83	1.793	947	57	10,9	4,1
Veränderung	+14,5%	+13,5%	+35,7%	+18,8%	+29%

In Milliarden BF.

Die Gruppe der Société Générale de Banque besteht aus dem Stammhaus in Belgien mit 1.200 Zweigstellen im eigenen Land sowie aus 11 Repräsentanzen und 5 Niederlassungen im Ausland: 60 Tochtergesellschaften ergänzen das internationale Netz der Gruppe und bieten spezielle Dienstleistungen an.

Die konsolidierte Bilanzsumme stieg in 1983 um 14.5% und betrug zum Jahresende 1.793 Mrd BF. Die Kundeneinlagen belaufen sich auf 947 Mrd BF und die Verbindlichkeiten gegenüber Banken auf 700 Mrd BF. Das Eigenkapital und diese gleichgestellten Mittel haben sich um 35.7% auf 57 Mrd BF erhöht.

Von den Ausleihungen entfallen 718 Mrd BF auf den privaten Bereich, 466 Mrd BF auf den öffentlichen Sektor und 502 Mrd BF auf Banken.

Der konsolidierte Bruttogewinn beträgt 17.1 Mrd BF, was einer Steigerungsrate von 16.1% entspricht. Hiervon wird der grössere Teil von 10.9 Mrd BF für Abschreibungen und zur Erhöhung der Rückstellungen für Kreditrisiken verwendet. Der Nettogewinn der Gruppe nach Ertragssteuern und nach Abzug der Dividende für die Minderheitsaktionäre beträgt 4.1 Mrd BF, erstieg um 29%.

Die Gruppe beschäftigt in Belgien 15.700 Personen. Fast 14.000 Angestellte arbeiten in den ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen sowie in den Represéntanzen. Zu ihnen zählen ca. 1.200 Personen mit belgischer Staatsangehörigkeit ebenso wie ca. 1.100 Beschäftigte die aus den jeweiligen Ländern stammen, in denen die Gesellschaften und Filialen ihren Sitz haben.

Unsere Adresse in Deutschland:
Belgische Bank - Deutsche Niederlassung der S.G.B. - Zeughausstrasse 14-22
D-5000-KOLN 1 - Tel.: 0221-16110
Dr. J. Damm, Geschaftsleiter
J.Cl. Nachtergaele, Geschäftsleiter

Société Générale de Banque



Generale Bankmaatschappij

Der Geschäftsbericht kann vom Generalsekretariat - Montagne du Parc 3 1000 Bruxelles - Belgien oder bei einer der Niederlassungen oder Zweigstellen der Bank erhalten werden.

Kreditanstalt für Wiederaufbau

Wesentliche Bilanzzahlen zum 31.12.1983

Aktiva	in Mio DM	Passiva	in Mio DM
Barreserve u. Bankguthaben	1.051	Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft	56.273
Wertpapiere	1.804	Solawechsel	950
Kredite		Schuldverschreibungen	3.760
an Kreditinstitute zur Weiterleitung	26.149	Rückstellungen	165
unmittelbar gewährt	34.674	Grundkapital	1.000
Beteiligungen	176	Rücklagen	1.891
Grundstücke und Gebäude	21	Durchlaufende Kredite	7.197
Nicht eingezahltes Kapital	850	Restliche Passiva	1.508
Durchlaufende Kredite	7.197		
Restliche Aktiva	822		
Bilanzsumme	72.744	Bilanzsumme	72.744

Der Jahresabschluß trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers und wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Den Geschäftsbericht senden wir Ihnen gern zu.



Kreditanstalt für Wiederaufbau
Palmengartenstraße 5–9, Postfach 111141
6000 Frankfurt am Main 11
Telefon: 06 11/7 43 10, Telex: 4 11 352

BILFINGER + BERGER BAUAKTIENGESELLSCHAFT MANNHEIM

– Wertpapier-Kenn-Nr. 590 900 –

Die

ordentliche Hauptversammlung

der BILFINGER + BERGER BAUAKTIENGESELLSCHAFT findet

am Donnerstag, dem 5. Juli 1984, 11 Uhr,

in der Ausstellungshalle des Mannheimer Kunstvereins e.V., Augustaanlage 58/Carl-Reiß-Platz, Mannheim, statt. Zu dieser Hauptversammlung laden wir unsere Aktionäre hiermit ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäftsberichts des Vorstands und des Berichts des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns (Ausschüttung einer Dividende von DM 10,– je Aktie).
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983.
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984.

Der volle Wortlaut der Tagesordnung mit den Vorschlägen der Verwaltung und den näheren Einzelheiten über die Ausübung des Stimmrechts ist im Bundesanzeiger Nr. 100 vom 26. 5. 1984 veröffentlicht.

Mannheim, im Mai 1984 — Der Vorstand

Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

– Bogenerneuerung –

Die neuen Zinsscheinbogen zu unseren

- 5 % Hypothekenpfandbriefen Em. 11 Januar/Juli – 270 012 –
- 5 % Hypothekenpfandbriefen Em. 12 Januar/Juli – 270 013 –
- 6½ % Hypothekenpfandbriefen Em. 13 April/Oktober – 270 014 –
- 6 % Hypothekenpfandbriefen Em. 67 Februar/August – 270 045 –

stehen nach Fälligkeit des letzten Zinsscheines am alten Bogen gegen Einlieferung der Erneuerungsscheine zur Verfügung.

Hamburg, im Mai 1984 — Hypothekenbank in Hamburg AKTIENGESELLSCHAFT

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber **8 579 104** aufgeben

---

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik), Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen, Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 535

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 40

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Kozlak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Montag die Gold- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Leicht abgeschwächt ging Silber aus dem Markt. Fester, mit Ausnahme des schwachen verfügbaren Monats, notierte Kaffee. Durchweg niedriger wurde Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 5.	18. 5.
Mai	396.50	383.00
Juli	369.00	358.00
Sept.	369.00	358.50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	21. 5.	18. 5.
St. Lawrence 1 CW	245,85	245,25
Amber Durum	230,90	223,65

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	geschl.	141.50
Juli	geschl.	142.50
Okt.	geschl.	144,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	geschl.	143,50
Juli	geschl.	138,00
Okt.	geschl.	135,80

Hafer Chicago (c/bush)	21. 5.	18. 5.
Mai	193,00	187,75
Juli	131,50	189,00
Sept.	188,25	186,25

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	355.50	355,75
Juli	354.50	349.75
Sept.	327,25	322.00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 5.	18. 5.
Mai	geschl.	144
Juli	geschl.	140.40
Okt.	geschl.	130.20

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Terminkontr. Mai	154.00	155,00
Juli	156,10	154,25
Sept.	155,00	151,75

Kakao New York ($/t)	21. 5.	18. 5.
Terminkontr. Juli	2686	2705
Sept.	2690	2707
Dez.	2537	2580
Umsatz	5495	10579

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	6,09	5,83
Sept.	6,37	6,12
Okt.	6,60	6,35
Jan.	7,10	6,90
März	7,73	7,48
Umsatz	12 265	4 925

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	21. 5.	18. 5.
	5,55	–

Kaffee London (£/t) Robusta-	29. 5.	22. 5.
Kontrakt Mai	2280–2290	2445–2450
Juli	2328–2330	2495–2500
Sept.	2287–2290	2415–2418
Umsatz	5601	4619

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	2070–2090	2043–2049
Juli	2082–2083	2053–2054
Sept.	2052–2053	2050–2051
Umsatz	4521	5079

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	156,20–156,40	167,00–169,00
Okt.	164,00–164,20	175,00–176,60
Dez.	171,60–172,20	187,00–189,00
Umsatz	1425	44

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	29. 5.	22. 5.
schw. Sarawak spez.	345,00	350,00
weißer Sarawak	640,00	640,00
weißer Muntok	647,50	647,50

Orangensaft New York (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Juli	179,10	180,50
Sept.	179,00	179,90
Nov.	177,40	177,50
Jan.	177,20	177,50
März	177,10	177,10
Umsatz	1200	2000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Südstaaten fob Werk	59,00	59,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	40,25	39,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	39,95	41,00
Juli	39,25	39,75
Aug.	37,60	38,25
Sept.	35,70	36,00
Okt.	32,60	32,80
Dez.	30,65	30,80
Jan.	30,00	30,00

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	41,50	42,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	35,00	35,50
Choise white hog 4% fr. F.	22,00	22,00

Talg New York (c/lb)		
top white	23,00	23,00
fancy	22,75	22,25
bleichfähig	21,00	21,00
yellow max. 10% fr. F.	18,75	18,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	53,35	53,80
Juli	57,30	57,80
Aug.	58,05	58,85

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	65,05	66,55
Juli	64,40	66,10
Aug.	63,35	65,00

Häute Chicago (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	63,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	70,00	70,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	888.00	898,00
Juli	882,50	869,00
Aug.	878,00	867,00
Sept.	802,00	800,00
Nov.	746,50	747,00
Jan.	756,50	759,00
März	768,00	770,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	198,30	197,00
Juli	204,00	202,00
Aug.	205,00	203,00
Sept.	197,00	197,00
Okt.	187,50	186,00
Dez.	188,20	187,50
Jan.	189,50	189,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	21. 5.	18. 5.
Mai	geschl.	398,50
Juli	geschl.	400,00
Okt.	geschl.	392,50

Kokosöl New York (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Westküste fob Werk	66,00	66,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	29. 5.	22. 5.
jegl. Herk. cif	1180,00	1190,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	670,00	645,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	980,00	1110,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	297,50	288,60

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1530,00	1540,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	342,00	345,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	21. 5.	18. 5.
Juli	85,35	84,80
Aug.	82,35	80,80
Okt.	80,82	79,90
Dez.	77,45	76,80
März	78,50	77,90
Mai	78,90	78,30

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1	50,25	51,00

Wolle Lond. (Neus.l. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	29. 5.	22. 5.
Mai	418–440	421–437
Aug.	448–452	451–454
Okt.	447–450	451–452
Umsatz	309	21

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	29. 5.	22. 5.
Mai	50,30	52,00
Juli	50,80	50,20
Okt.	52,70	50,70
Dez.	52,90	50,60
Umsatz	–	6750

Tendenz: stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	29. 5.	22. 5.
Mai	575,2–575,5	567,0–569,0
Juli	580,0–581,0	577,0–581,0
Okt.	596,0–597,0	575,5–577,0
Umsatz	34	37

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	29. 5.	22. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	29. 5.	22. 5.
Mai	13 790	13 896
Juni	13 786	13 869

Kautschuk London (p/kg)	29. 5.	22. 5.
Nr. 1 RSS loco	70,75–72,75	69,75–72,25
Juni	68,00–71,50	70,00–71,50
Juli	70,50–73,00	71,50–72,50
Aug.	72,50–73,50	73,10–73,40

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	29. 5.	22. 5.
Juni	222,50–223,00	220,50–221,50
Juli	228,50–229,00	225,75–226,50
Nr. 2 RSS Juni	219,00–220,00	218,00–219,00
Nr. 3 RSS Juni	215,50–216,50	214,50–215,50
Nr. 4 RSS Juni	208,50–209,50	207,50–208,50

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	29. 5.	22. 5.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	29. 5.	22. 5.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	127,79–128,17	127,88–128,07
drittfolg. Monat	127,22–127,80	127,31–127,69
Zink: Basis London		
laufend. Monat	287,43–288,19	277,93–279,08
drittfolg. Monat	251,27–251,65	258,88–259,01
Produz.-Preis	298,69	299,59
Reinzinn 99,9%	3770–3807	3806–3843

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	29. 5.	22. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	397,40–399,30	391,67–393,58
Blei in Kabeln	135,50–136,50	135,50–136,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	29. 5.	22. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	389–395	385–390
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	433–437	427–434
MS 63	418–427	418–423

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Rieg./kg)	29. 5.	22. 5.
	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	29. 5.	22. 5.
Leg. 225	415–418	419–422
Leg. 226	417–420	412–425
Leg. 231	447–450	442–455
Leg. 233	457–460	452–465

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1–5 t frei Werk.

Edelmetalle

	29. 5.	22. 5.
Platin (DM je g)	37,05	37,85
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	34 350	34 600
Rücknahmepr.	33 600	33 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	34 520	33 870
Rücknahmepr.	33 790	33 340
verarbeitet	36 020	35 550
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 090	33 805
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	823,40	815,10
Rücknahmepr.	806,30	798,70
verarbeitet	859,90	851,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	29. 5.	22. 5.
London 10.30	385,50	379,15
15.00	385,60	379,50
Zürich mittags	385,70–386,20	378,80–379,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	104 500	102 750
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	665,65	653,70
3 Monate	681,25	668,35
6 Monate	699,90	683,95
12 Monate	734,70	718,95
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	284,00	280,40
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	112,25	111,05

New Yorker Preise	21. 5.	18. 5.
Gold H & H Ankauf	380,75	375,60
Silber H & H Ankauf	910,50	893,00
Platin fr. Händlerpr.	386,00–388,50	385,00–388,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	155,00–156,00	154,50–155,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	909,80	911,80
Juni	911,00	913,00
Juli	919,00	922,00
Sept.	938,00	941,00
Dez.	966,00	971,00
Jan.	978,00	980,40
März	995,00	1050,00
Umsatz	37 000	32 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	21. 5.	18. 5.
Mai	63,35	62,60
Juni	63,40	63,05
Juli	64,00	63,60
Sept.	65,45	65,10
Dez.	67,50	67,10
Jan.	68,20	67,80
März	69,55	69,10
Umsatz	7 800	1 800

Londoner Metallbörse

	29. 5.	22. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	978,50–979,50	914,50–915,50
3 Monate	988,00–988,50	930,00–931,00
Blei (£/t) Kasse	332,00–334,00	333,50–334,50
3 Monate	332,00–332,50	334,00–334,50
Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse	1035,5–1036,0	1012,0–1012,5
3 Monate	1054,0–1054,5	1030,0–1030,5
abends Kasse	1037,5–1038,5	1010,5–1011,0
3 Monate	1055,5–1056,0	1028,0–1028,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1042,0–1043,0	1015,0–1016,0
3 Monate	1051,0–1053,0	1026,0–1026,5
Zink (£/t) Kasse	749,00–750,00	725,00–726,00
3 Monate	669,00–669,50	673,00–674,00
Zinn (£/t) Kasse	9050–9055	9055–9060
3 Monate	9005–9010	8965–8965
Quecksilber ($/Fl.)	300–320	300–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	84–85	85–90

Schleppendes Rentengeschäft

Die Tendenz auf dem Rentenmarkt wurde weiterhin geprägt durch eine Zurückhaltung sowohl der Anleger als auch der Verkäufer. Rentenhändler führen den Anlageattentismus teilweise auf die bevorstehende Zentralbankratssitzung zurück, auch wenn überwiegend die Meinung vertreten wird, daß keine Beschlüsse gefaßt werden. Am Pfandbriefmarkt zeichnete sich eine leichte Renditenerhöhung ab. Unter Banken wurden fünfjährige Titel mit Renditen von 8,10 gehandelt, vierjährige mit acht Prozent. DM-Auslandsanleihen nur mit kleinen Ausschlägen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

	29. 5.	22. 5.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	92,25G	92,25G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
8¾ dgl. Pf. 2	95,25G	95,25G
7 dgl. Pf 3	94,75bG	94,75bG
7 dgl. Pf 27	100bG	100bG
6½ dgl. KS 14	97,5G	97,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74bG	74,25G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G

	29. 5.	22. 5.
H 5 Hbg. Lbk Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,1	90,1
8 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,4	94,4
8 dgl. Pf 73	100,9G	100,9G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	81,25G	82G
6½ dgl. Pf 80	89,9	89,9

	29. 5.	22. 5.
M 5 Vertbank Mbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl. Pf 100	100,1G	100,1G
D 8 WestLB Pf 350	101,1G	101,1G
6¾ dgl. Pf 408	97,85G	97,85G
8½ dgl. Pf 1007	105,35G	105,35G
8 dgl. Pf 1015	99G	99G
7 dgl. KO 556	100,1G	100,1G
6½ dgl. KS 420	96,45G	96,45G
9¼ dgl. KO T301	104,6G	104,6G

Aktien kaum verändert

Die Käufer warteten vergeblich auf Anregungen

DW. – An der Dienstagbörse war der Aktienhandel erneut schleppend. Wegen des vorangegangenen Ausfalls der Börsen in New York und London mangelte es an Orientierungsmöglichkeiten. Die inländischen Anleger vermissen Kaufanregungen und warten auf das Ergebnis der wieder aufgenommenen Tarifverhandlungen in der Metallindustrie. Aus dem Ausland lagen kaum Kaufaufträge vor, da sich die Ausländer durch die starken Worte der Gewerkschaftsvertreter auf öffentlichen Kundgebungen offensichtlich irritiert fühlen.

Am Bankenmarkt hat sich die Lage nach der am Freitag aufgetretenen Verkaufswelle wieder normalisiert. Hier gingen die Kursabweichungen über einen halben Punkt kaum hinaus. Minimale Schwankungen auch bei den Autowerten, wo sich inzwischen der Handel in Porsche-Aktien merklich beruhigt hat. Ihr Kurs pendelt sich leicht oberhalb von 1000 DM ein. Die noch nicht offiziell notierten Nixdorf-Aktien erreichten Kurse von 462 DM. Von den Banken wird berichtet, daß für keine Neuemission nach dem Kriege die Nachfrage aus dem Publikum so lebhaft war, wie für die neuen Nixdorf-Aktien. Deutlich erholen konnten sich Lufthansa-Vorzüge. Hier soll eine bisher den Kurs belastende Verkaufsorder ausgelaufen sein. Chemieaktien wurden auf Vortagsbasis gehandelt.

Düsseldorf: Asea erhöhten um 5 DM und Huta um 7 DM. Stahlwerke Bochum stockten auch um 5 DM auf. Nachgeben mußten Dyckerhoff St. um 4 DM und Heinrich um 6 DM. Kerumag verloren 4 DM und Kochs Adler 5 DM. Leifers verminderten um 7,50 DM. Bei den Versicherungen gaben Colonia um 5 DM, Deutsche Conti Rück Inh. um 100 DM und Victoria um 100 DM nach.

Frankfurt: ADT verminderten um 5 DM auf 105 DM und Deutsche Texaco stockten um 7 DM auf 220 DM auf. Dywidag erhöhten um 6 DM auf 178 DM und Pfälzische Hypo um 10 DM auf 485 DM. Voith-Pirelli gaben um 10 DM auf 265 DM nach und Wickrath um 10 DM auf 320 DM.

Hamburg: Von den Versorgungswerten gaben HEW um 1 DM nach, während NWK Vorz. mit 182 DM unverändert lagen. Phoenix Gummi konnte sich um 0,90 DM verbessern. Guano wurde mit 470 DM notiert. Um 2 DM schwächer waren Triton. Bremer Vulkan wurde mit 62,40 DM gehandelt. Für Beiersdorf wurden 340 DM bezahlt.

München: Etienne Aigner verminderten um 4 DM und Brau AG um 2,50 DM. Dywidag verloren 2 DM und Leonische Draht 3,20 DM. Patrizier gaben um 10 DM nach, Otto Stumpf um 4,50 DM und Süd Chemie um 5 DM.

Berlin: Rheinmetall konnten sich um 5 DM festigen. Schering um 1 DM. Concordia büßten 5 DM ein, DeTeWe 2,50 DM, Herlitz St. 2 DM und DUB-Schultheiss 1 DM.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 148,3 (148,9)
WELT-Umsatzindex: 1205 (1650)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. ' Stücke 10 DM, '' abweichende Stückelung, ohne Zeichen = Stücke in 50 DM. (Kurse ohne Gewähr)

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs falls Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler.

Ausland

New York – Amsterdam – Tokio – Zürich – Madrid – Paris – Mailand – London – Toronto – Wien – Brüssel – Kopenhagen – Hongkong – Sydney – Singapur

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Optionshandel

Frankfurt: 29. 5. 84: 589 Optionen = 28 600 (33 500) Aktien, davon 96 Verkaufsoptionen = 5450 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-100/2,5, 7-095/12,5, 10-90/15, 10-95/9,8, 10-110/5, 10-120/2,35, 1-90/17, Agiv 10-310/10, BASF 7-170/2, 10-170/6,5, 10-180/3,5, 1-190/2,8, Bayer 7-170/6,4, 10-170/11,5, 10-180/6, 10-190/3,75, 1-170/16,5, 1-200/3,5, BHF 10-260/16,5, Bekula 10-95/3,2, 1-95/7,4, 1-100/5, BMW 7-320/18, 7-390/11,7, Commerzbank 7-170/3,4, 10/164/14,85, 10-180/4,9, 1-170/14,1, 1-180/9,4, 1-190/5, 1-200/2,5, Conti 7-120/8, 7-130/4, 1-130/10, Daimler 7-600/5, 10-600/12, 10-610/9,5, Dt. Babcock St. 1-170/7,05, Deutsche Bank 7-358/12, 7-368/7,9, 10-390/3, 1-410/4, Degussa 7-337/4,29, Dresdner Bank 10-180/3, 1-200/3, Hoechst 10-150/7,2, Hoesch 7-110/8, 7-120/3,4, 10-110/15, 10-120/7, 1-120/10, Klöckner 7-65/1,5, 10-60/6, 10-65/3,1, MAN 7-150/5, Mercedes 10-510/23, Mannesmann 7-140/8,5, 7-150/2,9, 10-150/6,9, 10-160/2,5, 1-160/5,5, RWE St. 1-170/5,5, Schering 10-350/9,6, Siemens 7-410/2, 10-410/6,5, 1-410/17,5, Thyssen 7-80/5,5, 7-85/3,5, 10-85/6, 10-90/3,9, 1-95/3,1, Varta 10-180/6, Veba 10-180/3,5, 1-180/5,95, VEW 10-120/6, VW 7-190/9,5, 7-200/5, 10-190/18,5, 10-200/11, 10-210/8, 10-220/4,3, 10-230/2,5, 1-200/17,4, Alcan 1-80/8,5, Chrysler 7-60/5,1, 7-65/2, 1-70/5,9, 1-80/3, ELF 10-60/25, IBM 1-310/23, 1-320/17, Philips 7-38,9/5,7, 7-43,9/1,1, 10-40/4, 1-45/3,4, Royal Dutch 7-135,2/7, 10-140/11,5, 1-140/18, Sperry 1-110/14,6. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-95/2,3, 7-85/1, 1-90/3,5, 1-100/9, BASF 7-170/7, 1-160/4, Bayer 7-170/3,4, 1-160/3,6, Bekula 7-95/1, BMW 7-360/9, Commerzbank 7-164/2,4, 7-174/9,9, Conti 7-130/4,5, 10-120/3, Daimler 10-550/10, Deutsche Bank 7-360/5,1, Degussa 7-370/4,1, Harpener 7-250/3, Hoechst 10-180/7,5, Hoesch 7-110/1,9, 10-110/4, KHD 7-250/7,4, Klöckner 7-60/1, Lufthansa Vz 7-150/10, Mannesmann 1-140/4, RWE St. 1-160/3, Siemens 1-370/5,1, Thyssen 1-80/2,55, Veba 7-170/4,9, VW 7-190/4,4, 1-180/1,5, Chrysler 7-60/1,9, 10-60/3, IBM 10-280/10, Philips 7-40/1, 10-40/1,9. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10¾–11⅛	5½–5⅝	3¾–4
3 Monate	11⅝–11⅞	5⅞–6⅛	3⅞–4⅛
6 Monate	12⅛–12⅜	6⅛–6⅜	4–4¼
12 Monate	13⅛–13⅜	6⅜–6⅝	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1370,00	1710,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1215,00	1503,35
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	632,70
1 £ Sovereign alt	241,00	294,12
1 £ Sovereign Elizabeth II.	238,00	294,12
20 belgische Franken	187,00	242,92
10 Rubel Tscherwonez	258,00	321,48
2 südafrikanische Rand	240,00	295,26
Krüger Rand, neu	1073,00	1252,12
Maple Leaf	1073,00	1253,12
Platin Noble Man	1107,00	1301,88

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	254,00	322,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	197,00	246,52
20 franz. Franken „Napoleon"	192,00	242,82
100 österr. Kronen (Neuprägung)	992,00	1194,72
20 österr. Kronen (Neuprägung)	197,00	247,36
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	137,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	469,00	574,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

29. 5. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Ankfs.-Kurs	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York	2,7341	2,7421	2,6981	2,69	2,78
London	3,778	3,792	3,75	3,72	3,87
Dublin	3,061	3,075	3,021	3,01	3,16
Montreal	2,1106	2,1186	2,0846	2,06	2,16
Amsterd.	88,615	88,835	88,69	88,00	90,00
Zürich	121,140	121,340	121,24	119,75	122,50
Brüssel	4,891	4,911	4,824	4,75	4,95
Paris	32,430	32,590	31,89	31,75	33,50
Kopenh.	27,205	27,325	26,945	26,25	28,25
Oslo	35,015	35,135	34,485	34,50	36,25
Stockh.**)	33,800	33,960	33,44	33,25	35,00
Mailand**)	1,613	1,623	1,58	1,58	1,88
Wien	14,212	14,252	14,202	14,13	14,35
Madrid**)	1,775	1,795	1,7836	1,72	1,84
Lissabon**)	1,945	1,965	1,885	1,65	2,45
Tokio	1,1790	1,1830	–	1,14	1,20
Helsinki	46,990	47,190	45,90	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	10,00
Rio	–	–	–	0,09	0,33
Athen**)	2,4960	2,5500	–	2,20	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4475	2,4685	–	2,38	2,50
Johannesbg.*)	2,1215	2,1405	–	1,70	1,95

Devisen

Angesichts der weiterhin verhärteten Front im derzeitigen Tarifkonflikt blieb am 29. 5. das Interesse an der D-Mark gering, wenn auch nicht alle amtlich notierten Währungen höher lagen. Der Kurs des US-Dollars stieg von 2,7350 auf 2,7425 am nachmittag. Zur amtlichen Notiz von 2,7381 verkaufte die Bundesbank 11,35 Mill. Dollar. Vom New Yorker Markt erwartete man ebenfalls eher kommerzielle Nachfrage zum Monatsultimo. Von den großen Währungen wurden das Englische Pfund und der Japanische Yen höher bewertet, während der Schweizer Franken nur knapp behauptet festgestellt wurde. US-Dollar in: Amsterdam 3,0870; Brüssel 55,86; Paris 8,4250; Mailand 1692,50; Wien 19,2480; Zürich 2,2584; Ir. Pfund/DM 3,068; Pfund/DM 3,785.

Ostmarkkurs am 29. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75; Verkauf 19,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Wiederbefestigung der Dollar-Zinssätze um [illegible] Prozent führte am 29. Mai zu einer Erweiterung der Dollar-Abschläge per Termin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,30/1,20	4,05/3,95	8,10/7,90
Pfund/Dollar	0,23/0,25	0,75/0,77	1,52/1,55
Pfund/DM	1,80/0,40	4,20/2,80	7,70/6,30
FF/DM	27/11	70/54	132/116

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 5.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,85–6,0 Prozent; Dreimonatsgeld 6,15–6,3 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. **Diskontsatz der Bundesbank** am 29. 5.: 4 Prozent; **Lombardsatz** 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,[illegible] (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,90 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

GAS-STEUER?

Von HANS BAUMANN

Es ist gerade erst zwei Jahre her, daß der Sachverständigenrat und Finanzminister Matthöfer beim Grübeln über neue Steuerquellen auf das Erdgas verfielen – zum wiederholten Male. Diese hochmoderne Energie, die weiterhin schnell wuchs, schien schon von der Masse her (mit ihrem wunderbar kleinen Divisor Kubikmeter) eine geradezu ideale Steuerquelle zu sein. Ein Pfennig je Kubikmeter – was ist das schon in den Augen der Verbraucher und vor allem der Wähler. Da – so schien es – konnte schadlos „gezapft" werden.

Und da nach Ben Akiba alles schon einmal dagewesen ist, taucht nun – angesichts der geplanten steuerlichen Springprozession – der Gedanke erneut auf, auch über das Gas steuerliche Einnahmen zu erzielen, die man dann wieder zu steuerlichen Ausgaben machen kann.

Doch an keinem steuerlich belastbaren Gut wird so plastisch, wie wenig sinnvoll Geben ist, obwohl man vorher genommen hat. Erdgas – und das wird in der Hektik der Politik immer wieder verdrängt – ist bereits Träger einer Energiesteuer, nämlich der Mineralölsteuer.

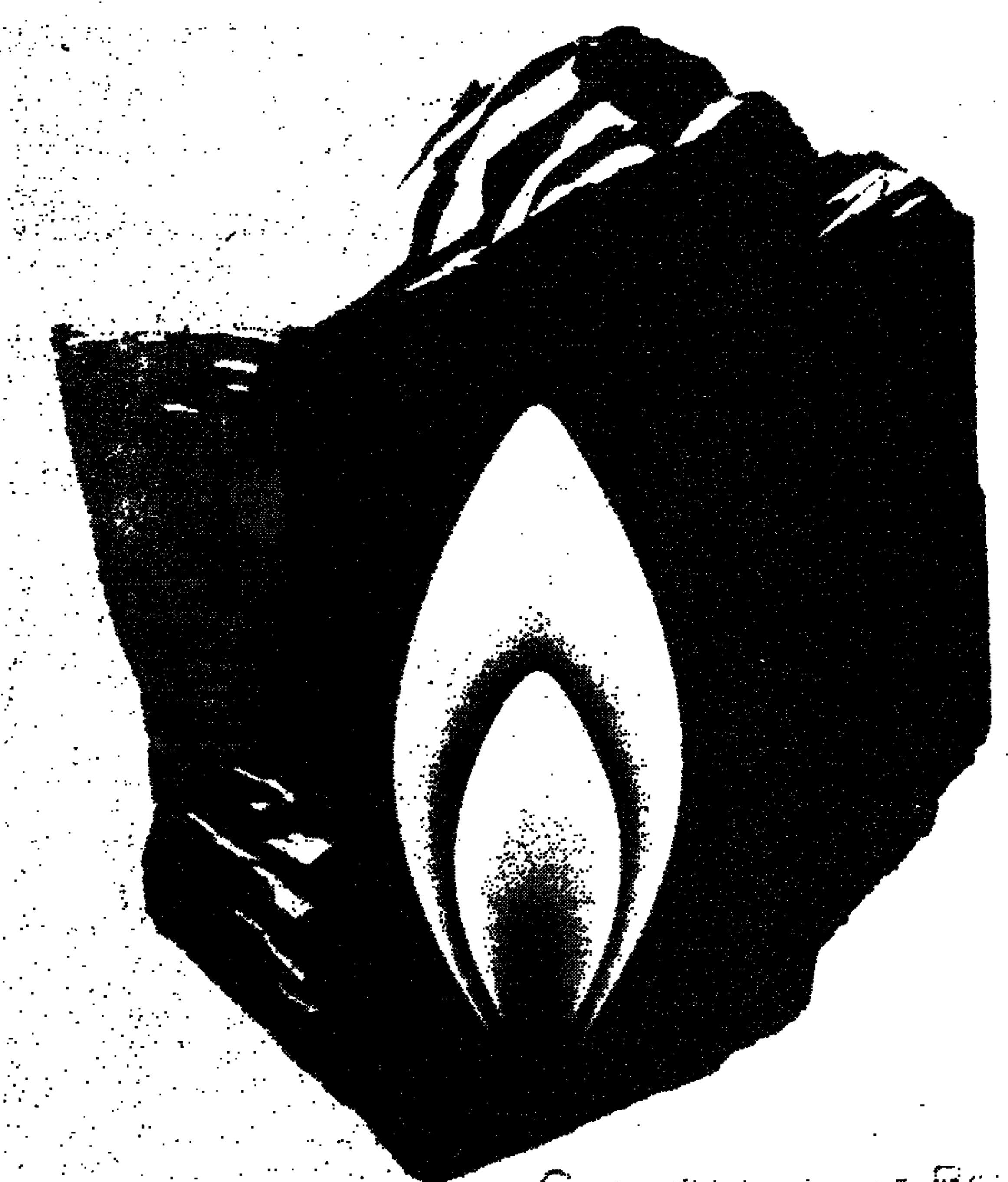
Der Erdgaspreis, sowohl beim Einkauf im Ausland wie beim Verkauf in der Bundesrepublik, orientiert sich an einem Preismix aus konkurrierenden Energien, der allerdings vom Mineralöl dominiert wird. Eine Erdgassteuer würde demnach eine Doppelbesteuerung dieser Energie bedeuten.

Und die Folgen einer solchen Doppelbesteuerung zeigen das Ausmaß der politischen Sünde einer Besteuerung des Erdgases: Das Energieprogramm der Bundesregierung fordert Diversifizierung der Energiequellen, um aus der Ölfalle herauszukommen, Erhöhung der Nutzungsgrade der eingesetzten Energie, Entwicklung neuer Technologien und Umweltschutz.

Erdgas bietet alles, da es aus eigener Erde stammt und vornehmlich aus politisch befriedeten Gebieten importiert wird. Die Investitionen zur Heranführung des Gases bestreiten die Lieferländer, womit die Versorgungssicherheit steigt. Erdgas wird umweltschonend durch Pipelines transportiert und nicht von Tankwagen. Erdgas kostet frei Grenze weniger als äquivalente Mengen Öl; es spart also Devisen. Erdgas verbrennt umweltfreundlich, es kann also auch dort noch Arbeitsplätze schaffen, wo andere Energiearten die Grenzen der Umweltbelastung erreicht haben.

Eine Steuer auf Gas würde all diese Vorteile, die durchweg politische Vorteile sind, zunichte machen. Denn: Die Erdgassteuer kann nicht auf die Lieferanten von Erdgas abgewälzt werden. Sie haben sich der Philosophie angeschlossen, daß Erdgas im Verbraucherland konkurrenzfähig sein muß; entsprechend steigen oder fallen die Erdgasbezugspreise mit denen der Konkurrenzenergien. Eine Steuer würde eine künstliche Wettbewerbshürde im Inland errichten und nicht nur die hier vorgenommenen Investitionen von 9 Mrd. Mark bis Anfang 1984 gefährden, sondern auch jenen Milliardenaufwand, den die Erdgaslieferländer betrieben, um die Bundesrepublik sowohl aus dem Osten, aus dem Norden wie aus dem Westen zu beliefern.

Hier liegt eine außenpolitische Fußangel: Die Erdgaswirtschaft würde als weltweiter Partner unglaubwürdig, wenn sie zum Spielball nationaler Steuerpolitik würde. Sie wäre nicht langfristig berechenbar für die Handelspartner. Und das ist tödlich für einen Versorger, der nur langfristig Energie beschaffen kann.



Die Gaswirtschaft blickt auf eine lange Tradition zurück. Hannover und Berlin waren 1825 beziehungsweise 1926 die ersten deutschen Städte mit Gaswerken.

1952 entstand dieses Plakat „100 Jahre Gas in Basel" des Ateliers Eidenbenz. Es ist im Deutschen Plakat Museum Essen ausgestellt. FOTO: MANFRED GRUNOW

DVGW: Forum mit langer Tradition

DW. Essen

Wenn Professor Eugen Seibold am 5. Juni in Berlin über die „Forschung als Zukunftssicherung" referiert, werden zahlreiche Scheinwerfer gleißendes Licht verbreiten. Anlaß ist das 125jährige Jubiläum des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW). 1859 etablierte sich in Frankfurt am Main der „Verein deutscher Gasfachmänner"; zehn Jahre später, 1869, schlossen sich die Wasserfachleute an. Heute zählt der DVGW rund 5000 Mitglieder – Ingenieure, Versorgungsunternehmen und Firmen des Gas- und Wasserfaches. Schwerpunkt sind die Erarbeitung und Herausgabe der Technischen Regeln für Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zentraler Gas- und Wasserversorgung.

Als der Verband in Frankfurt gegründet wurde, diente Gas hauptsächlich zur Beleuchtung. „Väter der Gasindustrie" sind jedoch die Engländer William Murdock und Samuel Glegg. 1792 beleuchtete Murdock sein Haus in Cornwall mit Steinkohlengas. In den folgenden Jahren wurde die Gasbeleuchtung in mehreren englischen Fabriken eingeführt, aber erst 1814 verbreitete Leuchtgas seinen milden Schein über einen ganzen Stadtteil in London. 1825 erhielt Hannover als erste Stadt in Deutschland ein Gaswerk, allein zum Zweck, die Stadt zu beleuchten. Ein Jahr später Berlin. München – die Stadt des 16. Weltgaskongresses 1985 – folgte 1848.

1870 waren bereits 340 deutsche Gaswerke damit beschäftigt, aus Kohle, Holz und Torf den Energieträger Gas für die öffentliche Beleuchtung und die privaten und industriellen Verbraucher zu erzeugen. 1910 wurde die erste deutsche Ferngasleitung von Duisburg nach Barmen (heute ein Stadtteil Wuppertals) gebaut und das erste deutsche Erdgas in der Nähe von Hamburg gefunden.

Flüssiggas - abrufbereit auf Lager

H.-D. WEHNER, Dortmund

Flüssiggas ist keine der großen Energien wie Heizöl, Kohle oder Erdgas. Sein Anteil am Primärenergieverbrauch beträgt nur etwa ein Prozent, doch wirtschaftliche Einsatzmöglichkeit und Umweltfreundlichkeit machen Flüssiggas zu einer Ergänzungsenergie. In fast zehn Prozent aller deutschen Haushalte wird Flüssiggas verbraucht, 1983 mehr als zwei Millionen Tonnen.

Flüssiggas stammt heute in der Bundesrepublik zu 75 Prozent aus der Rohölverarbeitung und zu 25 Prozent aus Importen, die bei der Erdölförderung durch sogenannte assoziierte Gase und bei der Erdgasgewinnung durch Trennung von nassen Erdgasen anfallen. Aus diesen Quellen steht Flüssiggas (international LPG - Liquefied Petroleum Gas) in den Nahost-Staaten und aus der Nordsee zur Verfügung. So exportierten die Nahost-Staaten 1983 rund 16 Millionen Tonnen, in der Nordsee wurden knapp drei Millionen Tonnen LPG gefördert. Die Mengen in Nahost sollen bis 1985 auf 30 Millionen Tonnen und in der Nordsee auf vier Millionen Tonnen steigen.

Mit dem Rückgang des Mineralölkonsums und der Stillegung von Raffineriekapazitäten wird der Import von LPG weiter zunehmen, so daß 1985 rund 50 Prozent des Bedarfs in Westeuropa durch Importe gedeckt werden müssen.

In der Bundesrepublik haben sich Mineralölfirmen und Flüssiggas-Versorgungsunternehmen auf diese strukturelle Änderung eingerichtet. Neben Seeterminals in der Rhein-Schelde-Mündung (Rotterdam, Antwerpen und Vlissingen) bestehen zwei Terminals in Emden und in Brunsbüttel. Vorwiegend an der Rheinschiene sind Binnenlager mit großen Lagerkapazitäten errichtet worden, die per Schiff die Versorgung mit LPG sichern.

LIEFERVERTRÄGE / Niederlande wollen über eine Verlängerung ihrer Abkommen sprechen

Die große Frage: Wie sicher ist die Versorgung?

HANS BAUMANN, Essen

Dauerbrenner der Diskussion um das Erdgas ist die Frage seiner sicheren Verfügbarkeit. Und mitten in diese Diskussion springt die Nachricht, daß die Niederlande ihr Interesse bekundet haben, über die Verlängerung ihrer Lieferverträge mit der Bundesrepublik bis zum Jahr 2010 zu verhandeln.

Gesichert und ausbaufähig sind auch die Abkommen mit den Norwegern, die große Gasfelder in der Nordsee besitzen und als Low Absorber (geringer Eigenverbrauch) über ein beträchtliches Exportpotential verfügen, das allerdings nach dem jetzigen Stand der Exportpolitik nicht über das Maß von 90 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten pro Jahr hinausgehen soll.

Wenig bekannt und daher besonders erwähnenswert ist die Tatsache, daß die Bundesrepublik selbst ein sehr großer Erdgasproduzent ist. Rund ein Drittel des hier jährlich verbrauchten Erdgases stammt aus deutschem Boden. Und die heimischen Produzenten sind sicher, daß auch bei wachsendem Erdgasbedarf im Jahr 2000 immmer noch ein Viertel des Bedarfs aus heimischen Quellen stammen wird.

Ganz anders als bei anderen Importenergien bezieht sich die „Importproblematik" beim Erdgas auf nur zwei Drittel des Bedarfs. Aber auch dieser nicht geringe Anteil muß noch einmal relativiert werden. Wer wollte die Niederlande als einen problematischen Handelspartner innerhalb der EG bezeichnen? Aber neben dem einen Drittel aus eigener Erde stammt ein zweites Drittel des Bedarfs eben aus den Niederlanden, man könnte dieses Erdgas „quasi-heimische Energie" nennen.

Das gleiche gilt mit Sicherheit für Erdgas aus Norwegen, das sich mit einem Siebtel an unserer Versorgung beteiligt – und darin wie alle übrigen Lieferanten eine sichere Devisenquelle für die eigene wirtschaftliche Entwicklung sieht.

Ein Fünftel des Erdgasbedarfs allerdings stammt aus der Sowjetunion – abgesegnet übrigens von allen bisher in Bonn regierenden Parlamenten. Die wirtschaftliche „Sicherheit" dieses Gases kann auch nicht bestritten werden.

Die Sowjets sind der größte Erdgasproduzent der Welt. Während ihre Rohölexporte von rund 23 Mill. Tonnen bis 1985 nach Plan auf 5,4 Mill. Tonnen zurückgehen sollen, um die Reserven zu strecken, soll das Erdgas dieses Defizit nach Möglichkeit wieder aufarbeiten.

Daher waren die Sowjets in allen drei bisher mit ihnen und den westeuropäischen Staaten ausgearbeiteten Lieferverträgen bereit, Preise zu akzeptieren, die sich an den Konkurrenzenergien in den Verbraucherländern orientieren – und mit ihnen in zeitlichen Intervallen auch schwanken.

Sie waren zudem bereit, Milliarden-Investitionen in ein gewaltiges Pipeline- und Pumpstationen-System zu stecken, um das Gas an die deutsche Grenze bei Weidhaus in der Tschechoslowakei heranzuführen und dort zu übergeben. Und nur was dort ankommt, wird bezahlt und über ein spinnwebartiges Verbundsystem in die übrigen westeuropäischen Länder weitergeleitet.

„Sicher" ist man auch in der Energieversorgung nur in Abrahams Schoß. Da der aber nicht zu der winzigen Öko-Nische gehört, in der der Mensch auf diesem Planeten Erde lebt, in der er schon bei 15 Grad friert und bei 25 Grad schwitzt, wird Sicherheit in diesem Bereich immer wieder neu definiert werden müssen.

„Sicher" ist zur Zeit jedoch, daß selbst dann, wenn die sowjetischen Erdgaslieferungen einen Anteil von 30 Prozent (und damit endgültig die Spitze ihres Anteils) zu Beginn der neunziger Jahre erreicht haben werden, ein totaler Lieferausfall aus dem Osten die Erdgasversorgung Westeuropas nicht zusammenbrechen lassen wird. Norwegische, niederländische und auch westdeutsche Quellen können – vertraglich gesichert – in einem solchen Fall in die Bresche springen. Die Erdgasspeicher dienen als kleiner Puffer, aber auch die immer noch unter den Kraftwerkskesseln verfeuerten rund 10 Milliarden Kubikmeter im Jahr könnten der Steinkohle oder der Kernkraft weichen und in die Gasnetze eingespeist werden.

Wer so weit vorausschaut und sich partout den Teufel an die Wand malen will, der sollte auch daran denken, daß wahrscheinlich in den neunziger Jahren die Kohlevergasung ihre ersten Produkte in die Pipelines einleiten wird.

Die Sicherheitsperspektive hat aber globalere Dimensionen. Die Zeit ist nicht mehr fern (USA, Japan, Spanien und England leben bereits in ihr), da auch die Bundesrepublik über das bereits in Wilhelmshaven als Areal ausgewiesene Flüssigerdgas-Terminal Gas aus aller Welt heranführen kann, nicht aus dem schwelenden Nahen Osten, sondern aus afrikanischen Staaten (etwa Nigeria, Kamerun, Algerien), aber auch aus Südamerika und aus der nordkanadischen Inselwelt, wo riesige Vorkommen geortet wurden.

Die Gasversorgung ist sicher, soweit etwas sicher sein kann. Daß sie sicher und als Quelle nutzbar bleibt, ist auch eine Frage der Umsicht der heimischen Energiepolitik.

Weniger Erdgas, mehr Dreck in der Luft

Bm. Essen

Gern wird dem Erdgas von seinen Gegnern im Markt vorgeworfen, es emittiere Stickoxide (NOx). Bei allen bekannten Verbrennungsprozessen wird NOx frei, beim Erdgas jedoch im Vergleich zu anderen Brennstoffen relativ wenig. Und die Arbeiten an neuen feuerungstechnischen Anlagen lassen eine starke Verringerung der jetzt schon geringen Mengen NOx erwarten.

Ohne Erdgas wären die Umweltprobleme in der Bundesrepublik weitaus gravierender, denn dann müßten weniger umweltfreundliche Primärenergien importiert werden. Würde das heute im Bundesgebiet eingesetzte Erdgas durch diese anderen Energien ersetzt, so würde sich allein die jährliche Emission an Schwefeldioxid um über 25 Prozent, nämlich um eine Million Tonnen auf 4,5 Mill. Tonnen, erhöhen. Die Abgase von Erdgas sind praktisch frei von Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Fluoriden. Für den Umweltschutz wichtig: Erdgas bedroht weder das Erdreich noch die Gewässer.

Eine Energie, die sich selbst ein Limit setzt

Bm. Essen

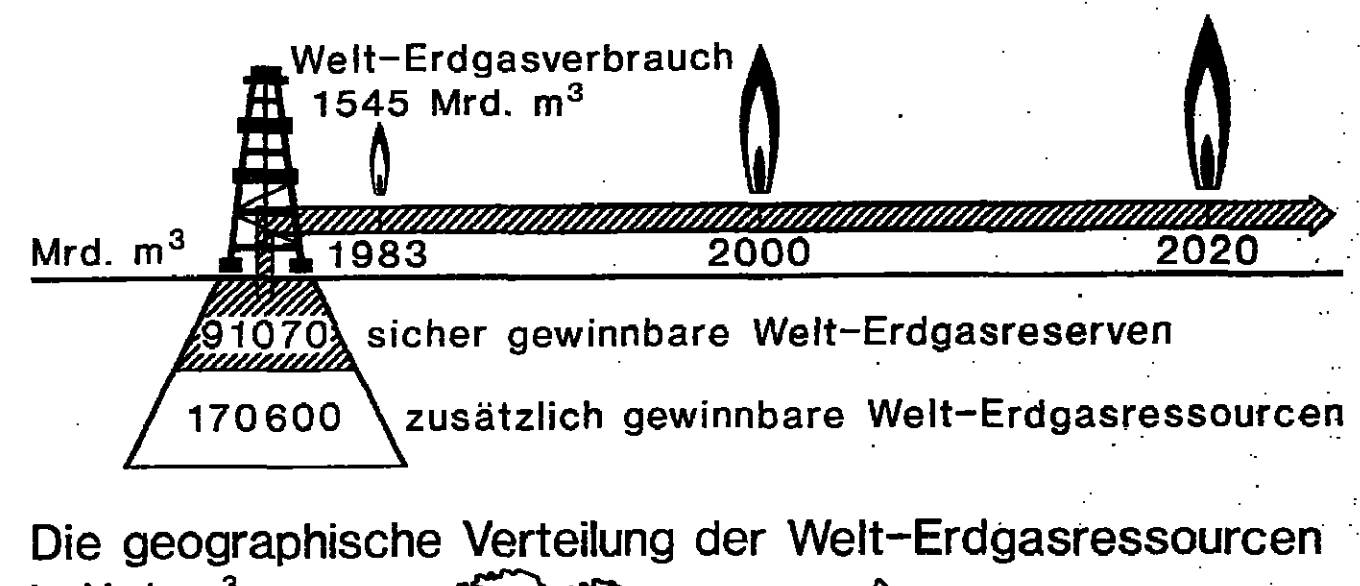
Während alle bisherigen Primärenergien in Deutschland, die das industrielle Zeitalter anfeuerten oder nach dem Kriege den Wiederaufbau bewerkstelligten und die dritte industrielle Revolution mit Kraft versorgten, tradierten Mustern folgten und nach Möglichkeit eine Monopolstellung erringen wollten, legt sich das Erdgas selbst Zügel an. Erkannt wurde in diesem Wirtschaftszweig, daß die Sicherheit der Versorgung für diese Industrienationen nur gewährleistet ist, wenn eine möglichst breite Palette an Energieträgern eingesetzt wird.

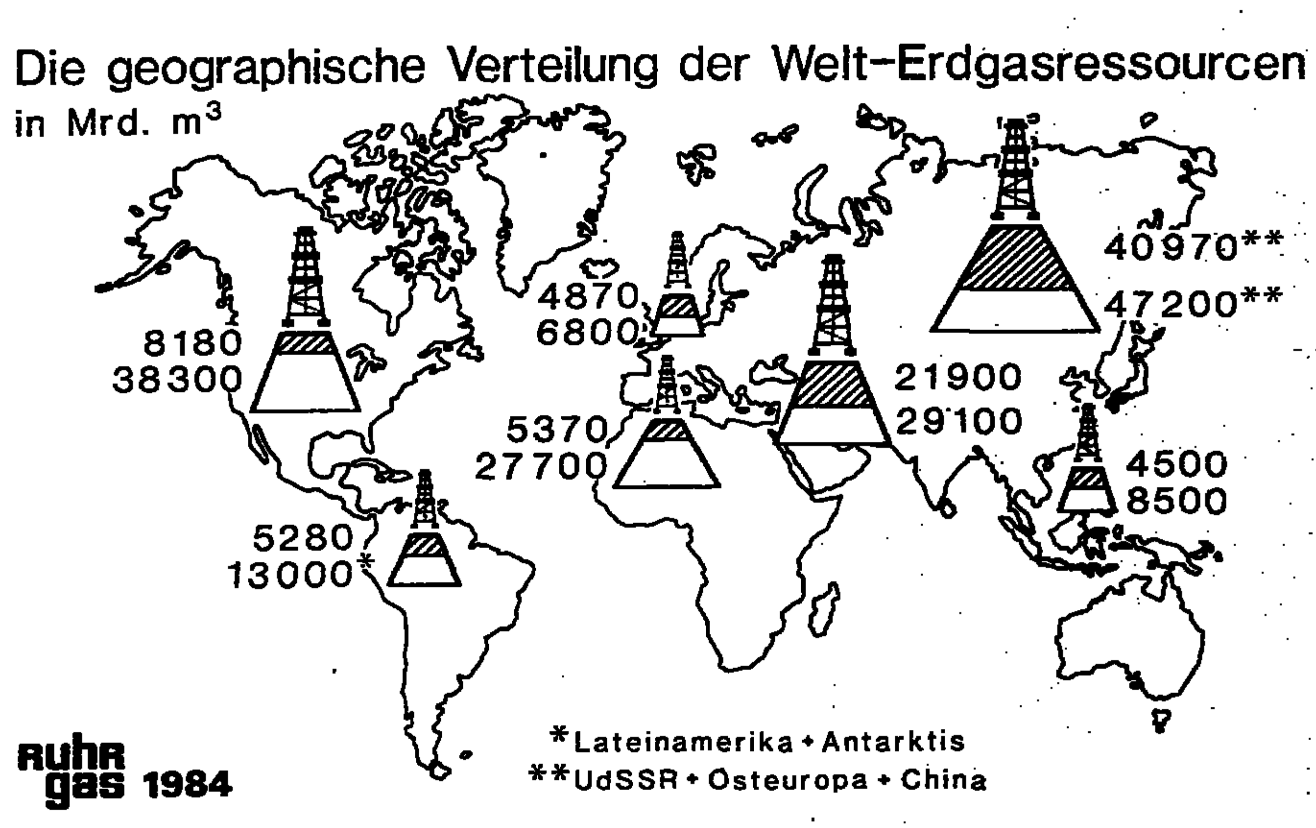
So beträgt der Erdgasanteil nach kaum 20 Jahren Siegeszug gerade 16 Prozent des Primärenergieverbrauchs. Das Ziel: 18, bestenfalls 20 Prozent. Dann werden, statt der jetzt 6,5 Millionen Wohnungen, in der Bundesrepublik rund acht der rund 23 Millionen Wohnungen mit Erdgas beheizt werden.

Am Energiebedarf der Industrie wird der Anteil dann rund 23 Prozent betragen.

Erdgas auch nach 2000

Insgesamt sind die Welterdgasreserven groß genug, um eine weiter steigende Nachfrage in allen Verbrauchsregionen der Welt zu decken. Die sicher gewinnbaren Welterdgasreserven belaufen sich auf rund 91 000 Milliarden Kubikmeter, etwa 109 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE). Hinzu kommen zusätzlich Welterdgasressourcen von 171 000 Milliarden Kubikmeter (205 Milliarden Tonnen SKE). Im Jahre 1983 wurden in der Welt 1,85 Milliarden Tonnen SKE Erdgas gefördert. Die sicher gewinnbaren Welterdgasreserven haben in Relation zu dieser Jahresfördermenge rechnerisch eine Reichweite von über 50 Jahren. Unter Einbeziehung der zusätzlich gewinnbaren Ressourcen ergibt sich eine statische Reichweite, die dreimal so groß ist.





WÄRMEPUMPE / Neue Technologie

Lebensdauer durch thermischen Antrieb

DW. Dortmund

Die Bundesregierung fordert in der 3. Fortschreibung ihres Energieprogramms „im Rahmen der Entwicklung neuer Technologien zur Energieeinsparung und Ölverdrängung" von der Wirtschaft die Entwicklung energiesparender Geräte.

Dies bedeutet auch für die deutsche Gas-Wirtschaft ein intensives Engagement auf diesem Gebiet, insbesondere bei Weiterentwicklung der Wärmepumpentechnologie.

Die Westfälische Ferngas-AG hat dieser Tatsache Rechnung getragen, indem sie 1980 mit der Rekord Heizungs- und Klimageräte Ruckelshausen GmbH & Co. KG, Pfungstadt, eine gemeinsame Tochter, die AWT, Absorptions- und Wärmetechnik GmbH, gegründet hat, der 1982 die Erdgas Südbayern GmbH als weiterer Gesellschafter hinzugetreten ist. Ziel der Gesellschaft ist die Entwicklung, die Herstellung und der Vertrieb von energiesparenden Geräten. Hierbei steht die Entwicklung von Gas-Absorptionswärmepumpen, insbesondere auch für kleinere Mehrfamilienhäuser, im Vordergrund, die im Gegensatz zu der bekannten Kompressionswärmepumpe nicht mit einem mechanischen Kompressor, sondern mit einem thermischen Verdichter angetrieben wird. Der besondere Vorteil des thermischen Antriebs ist die mit Heizkesseln vergleichbare Laufruhe, Verschleiß- und Wartungsarmut sowie eine lange Lebensdauer.

Der Arbeitsprozeß der Gas-Absorptionswärmepumpe (GAWP) läuft so ab, daß ein Kältemittel (Ammoniak) in einem Kondensator verflüssigt und nach Entspannung in einem Verdampfer verdampft wird. Danach wird das Kältemittelgas in einem Absorber von einem Lösungsmittel (Wasser) gelöst (absorbiert), durch eine Lösungspumpe auf das Kondensatordruckniveau gefördert und in einem Austreiber durch Auskochen wieder vom Lösungsmittel befreit. Anschließend strömt das Kältemittel in den Kondensator und die entgaste Lösung in den Absorber zurück, so daß die beiden kombinierten Kreisläufe geschlossen sind. Die Abfuhr von Heizungswärme erfolgt im Kondensator und Absorber, die Aufnahme der Umweltwärme im Verdampfer und die Zufuhr der Antreibwärme durch die Beheizung des Austreibers. Seine Leistung ist, wie bei jedem Gasheizkessel, in Grenzen einteilbar.

In Abhängigkeit der Heizwasser- und Verdampungstemperaturen werden durch die Umweltwärmequelle unterschiedliche Anteile der Gesamtheizleistung (25 bis 35 Prozent) in den Arbeitsprozeß eingekoppelt, die in etwa der Größenordnung der Energieersparnis entsprechen.

Die maximale Vorlauftemperatur der GAWP beträgt derzeit 53° C. Der monovalente Betrieb einer GAWP erfordert damit ein Niedertemperatur-Heizungssystem, zum Beispiel eine Fußbodenheizung. Für den Bereich der Altbausanierung bietet sich bei vorhandenen Radiatoren-Heizungssystemen vor allem die Nachrüstung für den bivalenten Betrieb an, da vorhandene konventionelle Wärmeerzeuger im Einsatz bleiben können. Derzeitig sind mehr als 100 Gas-Absorptionswärmepumpen installiert und in Betrieb.

ALTERNATIVE / Schadstoffemission würde wesentlich gesenkt – In Nachbarländern billiger als Superbenzin

Autogas – dritte Kraft neben Benzin und Diesel?

Von HANS BRAND

Der Start war imponierend: Jeder sprach von Autogas, als die Internationale Automobilausstellung im September 1981 ihre Tore öffnete. Fast jeder Automobilhersteller und Importeur bot Autogasfahrzeuge an, selbst Daimler-Benz stellte einen „Mercedes-Benz 200 mit Flüssiggasantrieb" vor.

Bis zum Jahresende 1981 gab es bereits ein respektables Netz von über 600 Autogastankstellen. Die rührigen Lieferanten für Autogasanlagen richteten überall Fachwerkstätten ein, die für Beträge von rund 1500 bis 2000 DM einen Benziner für den bivalenten Betrieb mit Autogas umrüsteten. Zwar nahm der Gastank einen guten Teil des Kofferraums in Anspruch, aber dafür hatte man auch fast die doppelte Reichweite. Umgeschaltet würde während der Fahrt, ohne jede Unterbrechung.

Der Betrieb von Ottomotoren mit Flüssiggas – überwiegend Propan, einer leicht verdampfenden Flüssigkeit aus der Reihe der Kohlenwasserstoffe, zu denen auch Benzin und Dieselkraftstoff gehören – war im Prinzip nichts Neues. Aus Kriegs- und Nachkriegszeit sind die zylinderförmigen Treibgasflaschen noch gut in Erinnerung; besonders der Opel-Blitz-Lkw wurde viel damit gefahren. In Deutschland wurde aber der Autogasmarkt nicht weiterentwickelt, weil die hohe Treibgassteuer keine genügenden Preisvorteil zuließ. Andere Kraftstoffe waren ja ausreichend vorhanden – an Umweltschutz dachte noch niemand.

In vielen Nachbarländern wurde Autogas dagegen steuerlich so bevorzugt, daß es sich als alternativer Kraftstoff im Markt etablieren konnte. So fahren in Belgien etwa 100 000 und in den Niederlanden 400 000 Autogasfahrzeuge, in Italien sind es bald eine Million. Die niedrige Besteuerung sorgt dafür, daß eine Preisdifferenz entsteht, aus der die Kosten der Autogasanalge in ein bis zwei Jahren amortisiert werden können – und dann fängt das billige Autofahren an.

Heute tankt der Autogasfahrer das hochoktanige Autogas in Italien um etwa 38 Prozent, in Belgien um rund 53 Prozent und in den Niederlanden sogar um 57 Prozent billiger als Superbenzin: Zwar zahlt der Holländer eine zusätzliche Steuer für sein Gasauto, die mit einem Betrag von jährlich etwa *300 bis 400 Gulden (je nach* Fahrzeuggewicht) bei Vielfahrern aber nicht allzustark ins Gewicht fällt: es verbleibt ein effektiver Preisvorteil von gut 45 Prozent.

Zum Tanken fahren sie ins billige Ausland

Der deutsche Autogasfahrer muß sich dagegen zur Zeit mit mageren 25 Prozent Vorteil begnügen. Kein Wunder, wenn die Zahl der bundesdeutschen Autogasfahrzeuge bei rund 25 000 stehengeblieben ist und der Umsatz an den 700 deutschen Autogastankstellen hauptsächlich von den durchreisenden Holländern und Belgiern gebracht wird. So gehören denn auch die beiden einzigen Autobahn-Autogastankstellen im Brohltal an der A 61 und Köln–Koblenz zu den wenigen, die sich über mangelnden Zuspruch nicht zu beklagen brauchen. Dort tankten 1983 etwa 50 000 Autogasfahrer, überwiegend Holländer. Dagegen treibt es die deutschen Autogasfahrer zum Tanken ins billige Ausland, vor allem an den Grenzen zu Belgien und den Niederlanden.

Zwar hat schon der ehemalige Bundesinnenminister Baum den Umweltschutz auf sein Panier geschrieben, aber die politische Wende hat ihn nicht mehr dazu kommen lassen, das Autogas als umweltfreundlichen Kraftstoff so zu fördern, wie es die von ihm veranlaßte Stellungnahme des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen vom Mai 1982 ausdrücklich empfiehlt. Sein Nachfolger im Amt hat die Meßlatte der Umweltfreundlichkeit wesentlich höhergelegt – sicher nicht ganz zu unrecht, aber in einer Weise, die viele Zweifel aufkommen läßt.

Während sich die Experten noch nicht einmal einig sind über Wesen und Ursache der global als Waldsterben bezeichneten Krankheit, verordnete Bundesinnenminister Zimmermann bereits die bittere Medizin, von der mit Sicherheit nur eines bekannt ist: bleifreies Benzin und Katalysatortechnik würden uns viele Milliarden kosten.

Das Umweltschutzkonzept des Innenministeriums konzentriert sich mit seinen Forderungen nach drastischen Reduzierungen der CO-, HC- und NOx-Emissionen ganz auf Benzinautos, die aus heutiger Sicht nicht am Katalysator und bleifreien Benzin vorbeikommen. Selbst wenn das ab 1.1.1986 für Neufahrzeuge gelten sollte, so reduziert sich der Altwagenbestand von gut 20 Millionen Benzinfahrzeugen erst ganz allmählich bis weit in die neunziger Jahre.

Dieselfahrzeuge sind bisher überhaupt noch nicht angesprochen: Zwar erreichen sie mit Mühe und Not die vorgegebenen drei Grenzwerte für CO, HC und NOx, aber bekannt ist, daß Schwefeldioxid, Ruß, Gestank und Lärm auch nicht gerade gesundheitsfördernd sind. Und Autogasfahrzeuge? Die guten Eigenschaften werden nicht gewertet (kein SO_2 wenig CO, kein Blei, kein Ruß, keine Wasserverschmutzung), die NOx- und HC-Emissionen zwingen ihm den Katalysator auf. Auch daß die Kohlenwasserstoff-Emissionen des Autogasmotors unschädlicher sind, weil sie kaum polyzyklische aromatische Verbindungen enthalten, hat den Innenminister nicht zu einer differenzierten Wertung veranlaßt.

Auch ohne Katalysatoren Reduzierungen möglich

Mit anderen Worten: Das Umweltschutzkonzept in seiner heutigen Form ist unausgewogen und nicht umfassend. Es richtet sich gegen Benzinfahrzeuge und deren spezielle Emissionen, es übersieht die Umweltbeeinträchtigungen durch Dieselfahrzeuge und bevorzugt sie dadurch, es läßt die Vorzüge des Autogasbetriebs außer acht und benachteiligt damit diesen Kraftstoff. Darüber hinaus ist der gesamte Lkw-Bereich ausgeklammert.

Als sich am 8. Mai Fachleute der Autogasbranche in Bonn mit diesem Thema auseinandersetzten, vertraten sie die Meinung, daß der verstärkte Einsatz von Autogas bereits kurzfristig zu einer wesentlichen Minderung der Schadstoffemissionen beitragen könne. So ist man davon überzeugt, bereits in Kürze das vom Umweltbundesamt in Berlin ausgeschriebene Umweltzeichen für Autogasanlagen zu erlangen. Bei den ersten Abgasmessungen des TÜV in Essen sollen die geforderten Schadstoffreduzierungen gegenüber dem Benzinbetrieb von minus 70 Prozent bei CO und minus 30 Prozent bei HC gut erreicht worden sein.

Andere Versuche zeigen, daß auch ohne Katalysatortechnik erhebliche Reduzierungen der Stickoxide möglich sind. Um jedoch das Entwicklungspotential *ausschöpfen zu können*, das die Autogastechnik noch bietet (z. B. durch Anwendung des sogenannten Magerkonzepts mit Verbrennung bei hohem Luftüberschuß) bedarf es einer Förderung durch die Bundesregierung. Die Automobilindustrie, von der solche Entwicklungsarbeit eigentlich kommen sollte, ist noch für lange Zeit mit der Umstellung auf die neue Katalysatortechnologie voll ausgelastet. Es kann ihr auch nicht verübelt werden, wenn sie sich mit der Weiterentwicklung einer Kraftstofftechnik befaßt, für die im augenblicklichen Umweltschutzkonzept der Bundesregierung kein Platz vorgesehen ist.

Das Bundeswirtschaftsministerium *hat bereits wiederholt zu* erkennen gegeben, daß es aus energiepolitischen Gründen neben Benzin und Diesel an einem dritten Kraftstoff interessiert ist, zumal Methanol und andere Alternativen in absehbarer Zeit keine praktische Bedeutung erlangen dürften. Auch der Bundesfinanzminister hat bereits signalisiert, daß er bereit sei, Autogas bei eventuellen Veränderungne der Mineralölsteuer wohlwollend zu behandeln. Die Verfechter des Autogases hoffen, daß auch der Bundesinnenminister gesprächsbereiter sein wird, wenn erst einmal in Brüssel Einigkeit zwischen den EG-Partnern über eine gemeinsame Linie in der Umweltpolitik erzielt worden ist. Und die ist schon lange überfällig.

INTERNATIONALE GAS-UNION

Hier werden Wissen und Erfahrung gehandelt

B. S.-G. Essen

Als sich 1931 zwölf nationale Verbände der Gaswirtschaft zur Internationalen Gas Union (IGU) zusammenschlossen, stand der Gedanke im Vordergrund, die enormen Kosten für Forschung und Entwicklung zu teilen und alle interessierten Länder an diesem Fortschritt partizipieren zu lassen.

Seit April dieses Jahres zählt die IGU 42 Mitgliederstaaten, die mehr als 90 Prozent der Welterdgasproduktion und 95 Prozent des Welterdgasverbrauchs repräsentieren. Jüngstes Mitglied ist Portugal, dessen Beobachterstatus auf der letzten IGU-Ratssitzung in London in eine Vollmitgliedschaft umgewandelt wurde.


Emblem des Münchner Kongresses

Heute konzentriert die IGU ihre Arbeit auf den Erfahrungsaustausch aktueller Probleme. Die technisch-wissenschaftliche Arbeit wird durch ständige Kommissionen und Arbeitsgruppen geleistet.

Gegenwärtig sind acht international zusammengesetzte Kommissionen mit den Themen Gewinnung, Aufbereitung und Untertagespeicherung von Erdgas, Gaserzeugung, Gastransport, Gasverteilung, der häuslichen und kollektiven Gasverwendung, der industriellen und kommerziellen Gasverwendung, mit Statistik und Dokumentation sowie den Problemen verflüssigter Gase beschäftigt.

Die Ergebnisse der Kommissionen werden alle drei Jahre auf dem Weltgaskongreß präsentiert. Gastgeber ist das Land des amtierenden Präsidenten. Nach dem Weltgaskongreß 1982 in Lausanne wurde Christoph Brecht, Vorstandsmitglied der Ruhrgas AG, Präsident der IGU. Der nächste Weltgaskongreß findet somit in der Bundesrepublik Deutschland statt.

Vom 24. bis 27. Juni 1985 erwartet München die Fachleute aus der Gas- und Energiewirtschaft. Mit dem Kongreß verbunden ist die Weltgasausstellung, Präsentation der neuesten Erzeugnisse der Gasindustrie.

Aus der Erkenntnis heraus, daß sich das Energieproblem dieser Welt nur im Zusammenwirken aller Energieträger sicher und langfristig lösen läßt, steht die IGU in ständigem Kontakt mit anderen internationalen Organisationen und der Weltenergiekonferenz. Zuverlässige Schätzungen besagen, daß der weltweite Erdgasverbrauch bis Ende des Jahrhunderts auf rund 3,3 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) steigen wird.

EINSPARUNG / Neue Techniken und Technologien verringern den Energieverbrauch

In drei bis sechs Jahren das Geld zurück

KLAUS-P. SCHNEIDER, Essen

Das Thema „Energieeinsparung“ bleibt auch vor dem Hintergrund der derzeitigen Entspannung am Energiemarkt aktuell. Der im Laufe der letzten Jahre erreichte Kostenaufwand für die Wärmeversorgung hat sich im Bewußtsein des Verbrauchers verankert, so daß nach wie vor effiziente Möglichkeiten zur Reduzierung der Energiekosten gesucht werden.

Bei der Auswahl dieser Möglichkeiten zeichnet sich jedoch zunehmend eine kritische Einstellung ab. Hausbesitzer und Wohnungseigentümer achten stärker als bisher darauf, die effektiven Kosten der einzelnen Maßnahmen auch im Zusammenhang mit der zu erwartenden Amortisationsdauer zu bewerten.

Eine gesunde Portion Skepsis ist tatsächlich angebracht, denn in der Vergangenheit wurden häufig genug wahre „Energiesparwunder“ offeriert, deren angebliche Wirkung mit der Realität kaum in Einklang zu bringen war..

Unabhängige Untersuchungen des Bundesbauministeriums und der Stiftung Warentest geben dem Verbraucher vergleichbare Daten als Entscheidungshilfe an die Hand. Danach amortisieren sich die Aufwendungen für die Erneuerung und Modernisierung der Heizung besonders schnell – je nach Alter und Zustand des vorhandenen Wärmeerzeugers in drei bis sechs Jahren.

Die Optimierung der Heizungsanlage ist auch von volkswirtschaftlichem Interesse, wenn man bedenkt, daß in der Bundesrepublik über fünf Millionen Heizungsanlagen veraltet sind und rund 30 Prozent mehr Energie als notwendig für die Wärmeerzeugung verbrauchen.

Neue Kesselgeneration

Im Vergleich zu Wärmeerzeugern älterer Bauart zeichnet sich die heutige Generation von „Sparkesseln“ vor allem durch wesentlich höhere Wirkungsgrade aus. Durch eine Summe von Maßnahmen – angefangen bei der witterungsgeführten Kessel- und Vorlauftemperaturregelung über den Niedertemperaturbetrieb und die verbesserte Kesselisolierung bis hin zur modulierten (gleitenden) Brennersteuerung – werden die Abgaswärme-, Abstrahlungs- und Betriebsbereitschaftsverluste erheblich reduziert.

Die neue Kesselgeneration erreicht dadurch Jahresnutzungsgrade von weit über 80 Prozent. Bei älteren Wärmeerzeugern liegt dagegen der Vergleichswert nach einer Untersuchung des Bundesbauministeriums bei durchschnittlich 63,8 Prozent. Er kann jedoch in Einzelfällen sogar beträchtlich niedriger ausfallen.

Diese Angaben sind weitgehend für alle modernen Kesselkonstruktionen gültig – unabhängig davon, mit welcher Energieart sie betrieben werden. Daneben bietet Erdgas für die wirtschaftliche Energieanwendung spezielle Vorzüge, die im wesentlichen auf den gasförmigen Zustand und die Zusammensetzung dieser Primärenergie zurückgehen. Für den wirtschaftlichen Betrieb einer Heizungsanlage ist es von Vorteil, wenn die Heizwassertemperaturen nicht wesentlich höher liegen, als es zur Erwärmung des Raumes oder Gebäudes erforderlich ist. Die Niedertemperaturtechnik sorgt dafür, daß die zur Beheizung erforderlichen Wärmemengen mit möglichst niedrigen Kesselwassertemperaturen erzielt werden.

In Abhängigkeit von der Außentemperatur wird die Kesselwassertemperatur gleitend gefahren, und zwar wesentlich tiefer als bisher üblich. Dadurch verlängern sich die Brennerlaufzeiten, was zu einer Verringerung der Betriebsbereitschaftsverluste führt.

Neben Kesseln mit gleitender Temperaturregelung bis zu einem unteren Grenzwert, die häufig unter der Bezeichnung „NT-Kessel“ angeboten werden, stehen jetzt auch Wärmeerzeuger ohne untere Temperaturbegrenzung zur Verfügung.

Diese sogenannten Tieftemperaturkessel können völlig abschalten, wenn keine Wärme für das Heizungssystem angefordert wird. Sie sind so konstruiert, daß sie aus dem kalten Zustand heraus anfahren können.

Die Nutzung der Niedertemperaturtechnik setzt jedoch voraus, daß sich der Schornstein für niedrige Abgastemperaturen eignet. Für den Einsatz von Erdgas spricht die Tatsache, daß dieser Energieträger praktisch keine Schwefelverbindungen enthält. Daher ist die Senkung der Abgastemperatur sowohl für den Betrieb des Heizkessels als auch für die Ableitung der Abgase durch den Schornstein weniger problematisch als bei ölbefeuerten Heizungsanlagen.

Durch die Verringerung der Kesseltemperaturen bei Anwendung der Niedertemperaturtechnik reduzieren sich auch die Abgastemperaturen bis in den Kondensationsbereich hinein. Die damit verbundene Gefahr der Schwitzwasserbildung im Kessel wird durch eine veränderte Ausbildung von Brennkammer und Heizflächen und durch den Einsatz neuer Materialien ausgeschaltet.

Bessere Brennkammern

So werden für Brennkammer und Heizgaszüge korrosionsbeständige Materialien wie Edelstahl, Keramik oder besondere Verbundwerkstoffe verwendet. Auch durch eine verbesserte Brennkammergeometrie, die zur einwandfreien Flammenbildung und Verbrennung beiträgt, sowie durch die spezielle Anordnung und Ausbildung der Heizflächen werden der Wärmeübergang verbessert und die Schwitzwasserbildung unterbunden.

Auch Noppen, durchbrochene Rippe, Turbulatoren usw. sorgen für eine intensive Übertragung der erzeugten Wärme an das Kesselwasser. Zu den weiteren energiesparenden Konstruktionsmerkmalen zählen sogenannte „heiße“ Brennkammern, die nicht durch direkten Kontakt mit dem Heizungswasser gekühlt werden.

Durch die Optimierung des Wärmeübergangs und die Verringerung des Wasserinhalts fallen die neuen Heizkessel kleiner und leichter aus. Die bessere Isolierung verringert die Abstrahlungsverluste und die Betriebsgeräusche.

Zur bedarfsangepaßten Wärmeerzeugung trägt auch die stufenlos gleitende oder mehrstufige Regelung der Brenner in Abhängigkeit von der Außentemperatur bei. Dadurch verlängern sich die Brennerlaufzeiten gegenüber dem herkömmlichen Ein-Aus-Betrieb wesentlich. Durch den verringerten Gasdurchsatz reduzieren sich zugleich die Abgastemperaturen und damit die Abgaswärmeverluste.

Das Interesse an dieser noch relativ jungen Technik wächst ständig. Bei den sogenannten Gas-Brennwertkesseln wird in der Regel über nachgeschaltete Wärmeaustauscher den Abgasen ein großer Teil der fühlbaren und latenten Wärme entzogen und für die Aufheizung des Rücklaufwassers eingesetzt. Durch die Nutzung der Kondensationswärme erreichen die Geräte Wirkungsgrade von über 100 Prozent bezogen auf den auch für konventionelle Wärmeerzeuger verwendeten unteren Heizwert Hu.

Die Brennwerttechnik ist ohne Frage ein besonders wirtschaftlicher Weg zur besseren Energienutzung. Vor ihrer Einführung in größerem Umfang sind jedoch einige wesentliche Randbedingungen zu klären.

Als weitgehend gelöst gilt die Frage nach der Ableitung des sauren Kondensats, das bei der Rückgewinnung der Verdampfungswärme entsteht. In der Regel werden die Abwasserbehörden bei Gas-Brennwertgeräten bis 50 Kilowatt (kW) Nennwärmeleistung nichts gegen die Einleitung des Kondensats in die Kanalisation einwenden. Die anfallende Kondensatmenge macht nämlich nur 1 bis 2 Prozent des Haushalts-Abwassers aus und könnte damit sogar zu einer positiven Neutralisation beitragen.

Kritischer ist dagegen die Abführung der kalten, feuchten Abgase. Um negative Folgen einer Kondensation des Wasserdampfes an der Schornsteininnenwandung und am Schornsteinkopf zu verhindern, sind in der Regel besondere Vorkehrungen erforderlich.

Hersteller von Schornsteinelementen haben jedoch zwischenzeitlich diese Marktchancen erkannt und bieten feuchtigkeitsunempfindliche Schornsteinelemente für den Neubau sowie für die Altbausanierung an.

Fortschritte im Hinblick auf eine wirtschaftliche Energieverwendung wurden auch bei anderen Gasverbrauchseinrichtungen erzielt. So stehen heute zum Beispiel Gas-Umlaufheizer, die vorzugsweise für die Wärmeversorgung einzelner Wohnungen eingesetzt werden, mit elektronischer Regelung, modulierendem geräuscharmen Brenner und verbessertem Wirkungsgrad zur Verfügung.

Diese Geräte mit einem Geräuschpegel von nicht höher als 42 Dezibel können selbst im Wohnbereich installiert werden; die geringe Geräuschentwicklung wird kaum noch als störend empfunden. Durch elektronische Zündeinrichtungen entfällt die Zündflamme, was nach Untersuchungen der Stiftung Warentest beim Betrieb einer Gas-Etagenheizung zu einer Energiekosteneinsparung von 50–60 Mark pro Jahr führt.

Jeder Sieg hat seine Gründe

Daß lange nach den USA auch in der Bundesrepublik das Erdgaszeitalter anbrach, hat – wie jeder Sieg – seine guten Gründe. Initialzündung waren die großen Erdgasfelder unter dem niederländischen Örtchen Slochteren bei Groningen. Die dort entdeckte Blase ließ – obwohl es ein halbes Jahrzehnt dauern sollte, ehe sie erschlossen war – sofort die Gaspreise in der Bundesrepublik unter Druck geraten (Koksgaspreise, versteht sich, mit einem Brennwert von 4200 Kalorien gegenüber 8900 bis über 10 000 Kalorien beim Erdgas je nach Provenienz).

Mit Slochteren brach bei den deutschen Geologen auch das Erdgasfieber aus. Im sogenannten Rotliegenden vermuteten sie auch in der norddeutschen Tiefebene erdgasführendes Gestein. Zu Recht, wie sich herausstellte. Das Erdgaszeitalter begann.

Nur 20 Jahre sind vergangen – und Erdgas hat einen Platz, der sich kalorisch mit der gesamten Förderung von Steinkohle an der Ruhr vergleichen läßt. Doch das Vorhandensein einer Energie macht ihr noch nicht den Markt.

Es kam mehr hinzu: Erdgas ist umweltfreundlich, nicht teurer als Heizöl, leichter zu handhaben, es riecht nicht bei der Verbrennung, es muß nicht mit Lastwagen herangefahren werden, es kommt wie das Wasser ins Haus.

Von größerer Bedeutung nach den Ölschocks mit Mengenembargo ist aber für die Wahl von Erdgas, daß es zu 80 Prozent aus eigenem Boden oder aber aus benachbarten westlichen Ländern kommt. Den Erdgashahn kann der Scheich nicht abdrehen. Bm.



NACHRICHTEN

Grand Prix abgesagt

Madrid (dpa) – Der Große Preis von Spanien, ein Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft (21. Oktober) wurde abgesagt. Der spanische Automobilverband erklärte, er könne auf der Strecke von Fuengirola nicht alle Sicherheitsauflagen erfüllen.

Langer Zweiter

London (GAB) – Bernhard Langer belegte bei den „Professional Golfer Association Championchip" in Wentworth bei London gemeinsam mit dem Engländer Gordon Brand (67+70+69=206) Platz zwei. Bei par 72 benötigte er 68+69+69=206 Schläge. Es siegte der Engländer Howard Clark (64+69+71=204). Wegen starker Regenfälle mußte das Turnier auf drei Runden verkürzt werden.

Zola Budd Meisterin

Cwmbran (sid) – Die in Südafrika geborene Zola Budd (18) wurde in Cwmbran (Wales) britische Meisterin über 1500 m. Mit 4:04,39 Minuten stellte sie eine Jahresweltbestleistung auf. Zola Budd ist seit zwei Monaten britische Staatsbürgerin.

„DDR": Fußball-Rowdys

Berlin (dpa) – Neun Jugendliche sitzen derzeit in der „DDR" in Untersuchungshaft, weil sie nach einem Fußball-Oberligaspiel am 12. Mai in Halle mehrere Personen auf dem Bahnhofsgelände belästigt und tätlich angegriffen haben. Das berichtet die in Ost-Berlin erscheinende „Neue Zeit".

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Frankreich, erste Runde, die Spiele der Deutschen, Herren: Gehring – Mayotte (USA) 7:5, 6:1, 7:6, Beutel – Fibak (Polen) 2:6, 6:4, 1:6, 6:3, 4:6. – Damen: Bunge – Karlsson (Schweden) 6:2, 6:4, Pfaff – Vasquez (Peru) 6:4, 6:7, 6:4, Kohde – Sasak (Jugoslawien) 6:2, 6:1, Hanika – Latham (USA) 6:1, 6:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 419 765,70, 2: 109 212,70, 3: 9669,20, 4: 141,30, 5: 9,90. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 87,20, 2: 8,10, 3: 2,00. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 731 208,30, 2: 40 384,00, 3: 3106,40, 4: 53,50, 5: 5,50. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 1312,60, 2: 345,40. – Rennen B: Klasse 1: 2187,60, 2: 281,20. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 112 090,80. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Zweimal Pokalfinale: Heute AS Rom gegen FC Liverpool, morgen Mönchengladbach gegen Bayern München

Schwarzer Markt blüht: Karten für 1500 Mark

KLAUS RÜHLE/DW. **Rom**

Die Jagd nach Eintrittskarten führt zu absurden Auswüchsen; im antiken Circus Maximus hält die moderne Fernsehtechnik Einzug; die Polizei Roms rüstet mit 2000 Mann und 500 Hunden zu drohenden Auseinandersetzungen mit britischen Fußball-Fans, deren Zahl zehn- und zwanzigtausend geschätzt wird: Das Europapokalfinale der Landesmeister zwischen dem AS Rom und dem FC Liverpool macht schon vor dem Anpfiff Schlagzeilen.

400 000 Menschen – so viele Kartenanforderungen gingen ein – wollten das Spiel heute im Olympiastadion von Rom erleben, aber nur 45 000 Römer erhielten Eintrittskarten für die Arena, dessen Fassungsvermögen aus Sicherheitsgründen (die Fans aus Liverpool sollen isoliert und abgeschirmt werden) auf 67 000 Plätze gesenkt wurde. Deshalb hat die Stadtverwaltung Roms auf dem Gelände des Zirkus Maximus eine riesige Kinoleinwand aufgebaut, auf der das Spiel original zu beobachten ist. Etwa 50 000 Menschen können dort – gratis – zuschauen.

Heute ab 20.10 Uhr original im Ersten Fernsehprogramm (ARD)

Aber auch das hat nicht verhindern können, daß der Schwarze Markt mit Eintrittskarten blüht. Tribünenkarten wurden für umgerechnet 1000 Mark angeboten – und gekauft. Stehplätze in den Kurven waren plötzlich 120 Mark wert. Die Leidenschaft der Römer wird dabei von einem sogenannten „Koordinationszentrum" geschürt. Alle Fans werden aufgefordert, die Fassaden ihrer Häuser und Wohnungen mit Fahnen in den gelbroten Vereinsfarben des AS Rom zu schmücken, die Zuschauer sollten in gelb-roter Kleidung im Stadion erscheinen. Das alles, so das „Koordinationszentrum", trüge dazu bei, die Anhänger des FC Liverpool einzuschüchtern und zu entmutigen.

AS Rom hat zum ersten Mal die Chance, den Pokal zu gewinnen, den der FC Liverpool bereits dreimal (1977/1978/1981) in Händen hielt. Der Klub hat jedem Spieler eine Siegprämie in Höhe von 175 000 Mark (!) zugesichert. Roms brasilianischer Star Falcao, der gerade für 6,5 Millionen Mark Gage einen neuen Zwei-Jahres-Vertrag unterschrieb: „Liverpool ist ohne Zweifel der stärkste europäische Klub. Rom spielt schon seit vier Jahren super, hat aber international noch nichts gewonnen. Unsere Chancen stehen 50:50. Aber wir werden Rom und ganz Italien ein Fest bescheren, das nicht enden wird."

Das Spiel wird in 46 Ländern im Fernsehen übertragen – darunter sind auch China, Kongo, Malaysia und Quatar. Rund zwei Millionen Mark werden eingenommen, je ein Drittel davon erhalten die beiden Klubs.

Jupp Heynckes' große Ziele: „Wenn wir verlieren, bin ich arg enttäuscht"

B. WEBER, **Mönchengladbach**

Gestern hat Trainer Jupp Heynckes seine Mönchengladbacher Borussen zweimal trainieren lassen, vormittags und nachmittags je anderthalb Stunden. Aber in klarer Erkenntnis darüber, daß die eigentliche Schwerstarbeit erst am Donnerstagabend verrichtet werden muß – dann nämlich wird im Frankfurter Waldstadion das 41. deutsche Fußball-Pokalfinale gegen Bayern München angepfiffen – ließ Heynckes das Pensum ziemlich locker herunterspulen. „Die Saison war lang und kräftezehrend", sagt der Trainer, „besonders für uns, die wir doch über weite Strecken über unsere Verhältnisse gelebt haben und immer an der oberen Leistungsgrenze spielen mußten, um unsere Position zu erkämpfen."

Freilich, was sich die Borussen dann unter dem Strich erarbeitet haben, hat ihren seit Jahren vorhandenen Sympathie-Bonus noch einmal vergrößert. In der Tat: der dritte Platz in der Bundesliga-Abschlußtabelle, punktgleich mit dem neuen Meister VfB Stuttgart, dazu der Einzug ins Pokalendspiel – solche Saisonziele hätten die Borussen nicht einmal in ihren kühnsten Träumen zu formulieren gewagt. Heynckes zur WELT: „Wenn mir irgend jemand diese Entwicklung prophezeit hätte, ich hätte ihn als absoluten Spinner zum Teufel gejagt." Letztes Jahr mußte die Mannschaft, in nahezu gleicher personeller Besetzung, allerdings geplagt von einer ungewöhnlichen Verletzungsserie, monatelang gegen den Abstieg kämpfen. Daß jetzt sozusagen ein Übersoll erzielt wurde, hat jedoch den Appetit auf „mehr" in keiner Weise beeinträchtigt. Von Heynckes bis hin zum letzten Ersatzspieler, alle wollen, daß der Pokal zum dritten Mal in der Vereinsgeschichte geholt wird. Und was bei der geradezu sprichwörtlichen Borussen-Bescheidenheit verwundern muß, ist, daß alle davon überzeugt sind, das angepeilte Ziel realisieren zu können. So erklärte der Trainer selbstbewußt, daß Bayern für ihn überhaupt nicht Favorit sei: „Die Chancen stehen 50:50, die bessere Tagesform wird entscheiden." Und nach einer kurzen Gedankenpause folgt das klare Bekenntnis: „Wenn wir verlieren sollten, wäre ich doch arg enttäuscht."

Morgen ab 17.50 Uhr live im Zweiten Fernsehprogramm (ZDF)

So offen hat Heynckes seine Seele selten zum Markte getragen. Er galt bisher eigentlich immer als ein Mensch, der seinem Umfeld kaum Einblick in seine innere Verfassung gewährte, der selbst seine heftigsten Emotionen unterdrücken. Speziell für diese Haltung haben die letzten Wochen ein prägnantes Beispiel geliefert. Da nämlich, als Nationalspieler Lothar Matthäus definitiv verkündete, daß er in der nächsten Saison für Bayern München spielen werde. Dabei muß der Wechsel den Trainer tief getroffen haben, denn gerade in Matthäus hatte er so viel Geduld und Zeit investiert, wie in niemand anderen. Ihn hat er vom Nobody zum Star gemacht. Um ihn herum wollte er wieder eine große Mönchengladbacher Mannschaft basteln. Der Nationalspieler ließ seinen Entdecker gleichsam hängen. Natürlich, in München kann er mehr Geld verdienen. Heynckes hat das Thema längst abgehakt: „Die Umstände im Profigeschäft sind nun einmal so. Ich kann es dem Lothar selbst auch gar nicht verübeln."

Daß er seinen Star zwischenzeitlich mal kurz auf die Reservebank verbannte, will der Gladbacher Coach denn auch nicht als Racheakt verstanden wissen. „Damals war Matthäus schwach und brauchte einfach einen Denkzettel. Jetzt ist er wieder in Form und wird alles tun, um die Bayern zu schlagen".

Der Gewinn des Pokals wäre ein toller Saisonabschluß, ein Triumph für Heynckes. Man darf davon überzeugt sein, daß aber auch ein Erfolg nicht seine triste Erkenntnis verdrängen kann, daß es ihm am Bökelberg wohl nie mehr möglich sein wird, „eine ganz große Mannschaft" zu formen. Die Verhältnisse, die sind nun einmal nicht mehr so . . .

MOTORSPORT / Michele Mouton bei Rallye Akropolis ausgeschieden

Reifenpanne, Defekte – aber Röhrl kämpft

sid, **Athen**

Defekte können den zweimaligen Weltmeister Walter Röhrl bei der Rallye Akropolis (sechster WM-Lauf) zwar bremsen, aber nicht stoppen. Nach einem Reifenschaden auf der ersten von 47 Sonderprüfungen auf Platz 14, am Ende der ersten von drei Etappen Spitzenreiter, dann durch einen Elektrikschaden wieder auf Platz sechs zurückgeworfen, hat sich der 37 Jahre alte Regensburger mit seinem Münchner Beifahrer Christian Geistdörfer auf dem neuen, erst zum zweiten Mal eingesetzten 420 PS starken Audi Sport Quattro wieder auf den vierten Rang vorgekämpft.

Spitzenreiter nach der 24. Sonderprüfung waren die Schweden Stig Blomqvist/Björn Cederberg auf dem herkömmlichen Quattro mit 360 PS vor Finnlands Titelverteidiger Hannu Mikkola und seinem schwedischen Beifahrer Arne Hertz auf dem gleichen Modell. Der finnische Ex-Weltmeister Vatanen und sein englischer Beifahrer Harryman, mit dem Peugeot 205 Turbo bisher Spitzenreiter, fielen wegen eines defekten Keilriemens auf den dritten Platz zurück.

Ähnlich wie 1983 in der Formel 1, wo die Turbus ihr eigenes Rennen und die Wagen mit den herkömmlichen Saugmotoren gleichsam in einer anderen Kategorie fuhren, entwickelt sich auch die Rallye Akropolis zu einer Zweiklassengesellschaft. Den Kampf um die Spitze machen die drei Audi und der ebenfalls allradgetriebene Peugeot untereinander aus. Dahinter rangeln die 340 PS starken und heckgetriebenen Lancia Rally von Toivonen/Gallagher (Finnland/England) und die WM-Spitzenreiter Alen/Kivimäki (Finnland) um Platz fünf.

Schon ganz aus dem Rennen ist die Französin Michele Mouton, die erstmals auch den neuen Quattro fuhr. Eine verölte Kupplung und ein überhitzter Motor warfen sie an achter Stelle liegend aus dem Wettbewerb.

STAND PUNKT / *Maulkorb*

Wer ist der beste Fußball-Trainer im Lande? Die Frage reizt, kann aber dennoch nicht beantwortet werden. Da müßten Lattek mit seinen vielen Titeln, Happel der welterfahrene, jetzt auch Benthaus und immer wieder der professorale Cramer gegeneinander antreten – aber nach welchen Kriterien? Vielleicht nach denen, die die Arbeit von Rolf Schafstall bestimmen. Der Mann hält den VfL Bochum seit 1981 in der Bundesliga, obwohl er mit Jünglingen auskommen muß, die sich noch nicht einmal zu rasieren brauchen. Erfolge aber, die sich in einem guten Tabellenplatz niederschlagen, darf er nicht ernten. Seine besten Jungmannen werden verkauft, sobald er sie bundesligatauglich gemacht hat. Das ärgert Schafstall, er beklagt sein Los – wer täte es nicht. Doch genau das darf er jetzt nicht mehr. Der Verein hat ihm mit der fristlosen Kündigung gedroht, wenn er diese Personalpolitik noch einmal kritisiert. Maulkorb für einen Mann, der wie ein Zwischenhändler für Talente behandelt wird. Wie jetzt wieder: Der Millionen-Transfer des Torjägers Christian Schreier zu Bayer Leverkusen wurde hinter seinem Rücken geplant. Wer eigentlich ist denn da das Schaf im Bochumer Stall? DW

TENNIS

Fibaks Rückkehr

J. G. GÖRLICH/DW. **Paris**

Die erste Runde der Internationalen Tennis-Meisterschaften von Frankreich in Paris hat bisher nur ein deutscher Spieler nicht überstanden: Hans-Dieter Beutel aus Hannover. Er wehrte sich fünf Sätze lang gegen einen Mann, um den es in letzter Zeit etwas stiller geworden ist und der lange Zeit in seiner Heimat Polen verfemt war: Wojtek Fibak (31).

Fibak hat offensichtlich Frieden mit der Warschauer Militärregierung und seinem heimatlichen „Posener Olympia-Club" geschlossen. In ihrer neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka" euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Daviscup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte – und flog wieder weg", schrieb das Blatt. Beim letztenmal hatte sich Fibak aus Protest gegen den „Kriegszustand" in Polen geweigert, für sein Heimatland zu spielen.

Fibak, ein Anhänger der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" war im letzten Jahr wegen „lügenhafter und verleumderischer Darstellung der Wirklichkeit in Polen" – so die offizielle Begründung – aus seinem Posener Heimatclub ausgeschlossen und von den Medien scharf kritisiert worden. Fibak hatte sich kritisch über die Lage in seiner Heimat geäußert, unter anderem in Le Monde. Er hatte es auch abgelehnt, zu „Gesprächen" nach Polen zurückzukehren.

Fibak, ehemaliger Weltmeister im Doppel und heute Manager des Tschechoslowaken Ivan Lendl, gehört zu den wohlhabendsten Bürgern Polens. Er besitzt ein Haus in Posen, hält sich aber mit seiner Frau Ewa und den beiden kleinen Töchtern ständig in New York auf, wo er ein Appartement besitzt (in Florida unterhält er eine Zweitwohnung). Er ist passionierter Kunst- und Antiquitätensammler.

Bereits im April meldete eine exilpolnische Zeitung, daß Fibak wieder Kontakt mit den Sport-Funktionären seines Landes aufgenommen habe. Er sei wieder Mitglied seines Posener Heimatclubs und damit des polnischen Tennisverbandes geworden. Exil-Polen aus den USA wußten sogar zu berichten, daß Fibak sich unlängst zwei Wochen auf Urlaub in seiner Heimat aufhielt.

Benda: Umweltschutz nicht ins Grundgesetz

Skepsis bei Politikern und Verfassungsrechtlern

MANFRED SCHELL, Bonn

Eine Verankerung des Umweltschutzes als Grundrecht oder als Staatszielbestimmung dürfte auf absehbare Zeit kaum zu realisieren sein. Nach einer Anhörung namhafter Verfassungsrechtler zu dieser komplizierten Problematik erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner, die Sachverständigen bestätigten „die Zurückhaltung und die Skepsis", die es in der Unionsfraktion gegenüber einer Verfassungsänderung gebe.

„Einen faulen Kompromiß oder ein fades Sowohl-als auch können wir uns weder im Interesse des Umweltschutzes noch im Interesse des Grundgesetzes leisten", erklärte Miltner. Die FDP hingegen wünscht die Festschreibung des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung.

Systemfremd

Erhebliche Bedenken bis hin zur offenen Ablehnung formulierten der frühere Verfassungsgerichtspräsident Benda, Professor Badura (München) und Professor Leisner (Erlangen). Benda sagte, es erscheine ihm „unangemessen und systemfremd", die „selbstverständliche Aussage, daß auch der Staat sich um die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen zu bemühen hat", mit dem gleichen Rang auszustatten, wie die tragenden Strukturprinzipien der Verfassung. Im Hinblick auf das geltende Verfassungsrecht, so Benda, bedürfe die Verpflichtung des Staates zum Umweltschutz „keiner ausdrücklichen Aussage im Grundgesetz". Bereits jetzt enthalte das Grundgesetz in zahlreichen Zuständigkeitsnormen wesentliche Vorschriften über die Umwelt. Niedergeschriebene Grundrechte bewahrten „also das ökologische Existenzminimum gegen staatliche Eingriffe". Außerdem wäre, wenn es zu einer Staatszielbestimmung Umweltschutz käme, die Konsequenz unvermeidbar, daß dann auch Staatszielbestimmungen wie Datenschutz, Recht auf Arbeit und Kulturpflege gefordert würden. Ferner könnte eine solche Bestimmung Auswirkungen auf die Entscheidung von Verfassungsbeschwerden haben.

Im Hinblick auf die Aufnahme des Umweltschutzes in Landesverfassungen sagte Benda, in den meisten Länderverfassungen „finden sich schon heute zahlreiche Staatszielbestimmungen und Programmsätze, die dem Grundgesetz fremd sind." Es sei eine „legitime Aufgabe" einer Landesverfassung, das besondere Selbstverständnis ihres Staatsvolkes zum Ausdruck zu bringen. Es sei nicht Aufgabe des Bundes, den Ländern „ihre jeweils eigene Entscheidung abzunehmen".

Hinreichender Schutz

Professor Badura vertrat die Auffassung, die ausdrückliche Normierung dieser Staatsaufgabe in der Verfassung würde die politische Verantwortung des Gesetzgebers für den Umweltschutz betonen, „könnte jedoch für sich allein keinen Vollzugsauftrag für die Exekutive und keinen Maßstab für die Rechtsprechung schaffen". Für Leben, Gesundheit und vermögenswerte Rechte hielten die Grundrechte der Artikel 2 und 14 „einen hinreichenden Schutz gegen Umweltbeeinträchtigungen bereit". Wenn es „Vollzugsdefizite" geben sollte, so Badura, dann könnten sie im Wege der Gesetzgebung behoben werden. Eine neue Staatszielbestimmung sei deshalb „rechtlich nicht erforderlich".

Überaus deutlich gegen eine Staatszielbestimmung sprach sich Professor Leisner aus. Der Schutz des Bürgers sei weit ausgebaut und der Gesetzgeber zum Eingreifen verpflichtet. „Allzuviel kann hier nicht mehr geschehen, will man nicht die Verbandsklage einführen, der aber entscheidende Bedenken entgegenstehen."

Leisner nannte Risiken einer Staatszielbestimmung Umweltschutz. Zum Beispiel eine „große und wenig bestimmte Kompetenzverlagerung auf den Staat", der sich „im Namen des Umweltschutzes zu allen möglichen, vor allem aber zu eigentumsrechtlichen Eingriffen legitimiert fühlen könnte", eine „Verstärkung des ohnehin schon übersteigerten Anspruchsdenkens" und eine „Einengung der finanzpolitischen Bewegungsfreiheit von Regierung und Parlament".

Wie junge Aussiedler ihre neue Heimat sehen

C. GRAF SCHWERIN, Hildesheim

„Die jungen Deutschen tun mir wirklich leid. Ich bin glücklich, hier nicht aufgewachsen zu sein", erklärt der Aussiedler aus Rumänien, der seit vier Jahren in der Bundesrepublik lebt. Er hat die Etappen der Eingliederung in die westdeutsche Leistungsgesellschaft durchlebt: „Erwartung, Enttäuschung, Integration". „Ich habe mich in Rumänien als Deutscher gefühlt", erzählt er, „aber hier fragt man mich: Bist Du ein Türke?" Und ein anderer Jugendlicher, der mit seinen Eltern vor einigen Jahren aus Polen in die Bundesrepublik kam, bestätigt diese Erfahrung: „Unser Problem ist, dort war man kein Pole, hier ist man kein Deutscher." Und selbst jene, die aus der „DDR" kamen berichten davon, wie sie sich über Jahre hinweg fremd gefühlt haben, Kontaktschwierigkeiten hatten, sich nicht zurechtfanden in dem „sozialstaatlichen Labyrinth".

Das kam am Wochenende auf dem ersten „Bundeskongreß der Jungen Generation des Bundes der Vertriebenen" zur Sprache. Es gab bisher zwar vereinzelt Jugendtreffen in den Landsmannschaften, berichtete Generalsekretär Graebert, aber sie standen unter der Leitung der ersten Vertriebenengeneration. An diesem Wochenende war das anders: Die Enkel derer, die der Krieg aus ihrer ostdeutschen Heimat vertrieben hatte und jene die heute als Kinder ihre Heimat verlassen haben um ihren Eltern zu folgen, trafen sich um, wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer sagte, „sich mit Grundfragen unserer Nation zu beschäftigen".

Eine andere Jugend

Die sich hier trafen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren, das war in der Tat eine andere Jugend als jene, deren politisches Engagement aus Demonstrieren besteht. Von Revanchegedanken gegenüber den Ländern, die sie verlassen haben, war in den hier vorgetragenen Berichten, Thesen und Theoremen nichts zu spüren. Sie bekennen sich zu einer deutschen Nation; ihre Identifikation mit dem eigenen Vaterland ist stärker als in Westdeutschland. Aber die Vorstellung von einem Deutschland, das in seinen Grenzen, seiner Geschichte und seiner Kultur eine andere Ausdehnung und Tiefe hat als die Bundesrepublik, bleibt verworren, gibt dem Denken dieser Jugendlichen indes eine nicht minder idealistische Dimension als die Selbstverwirklichungsideologie der anderen: Was beide Gruppen vereint, ist die Ablehnung des in der Bundesrepublik vorherrschenden Materialismus. Jene, die nach Westdeutschland kamen, Gefahr und materielle Opfer auf sich nahmen, denn die Umsiedlung, so berichteten sie übereinstimmend, ist für die Eltern meist mit sozialem Abstieg verbunden, nennen sich die „Erlebnisgeneration". Sie haben ihre eigenen Erfahrungen, die sie von den Westdeutschen unterscheiden. Und die Integration in unsere Gesellschaft, so sagte einer, das könne doch nicht bedeuten, das man seine eigenen Erfahrungen aufgibt. „Integration ist, von den Einheimischen anerkannt zu werden", sagte ein anderer.

Trotz aller Hindernisse, wie beispielsweise die Sprachbarriere bei den Umsiedlern, der Schwierigkeit, sich in der westdeutschen Verwaltungsbürokratie zurechtzufinden, der Ablehnung, denen die meisten von ihnen in der hiesigen Bevölkerung begegnet sind, haben es die Jugendlichen doch einfacher, ihren Standort zu bestimmen, als die Älteren, die mit dem Blick nach rückwärts leben, den Geschichtsstrom aufhalten wollen, während die Zeit weiter geht und oft an ihnen vorbei. Sie haben den Krieg erlebt, die Unfreiheit gekannt, die Teilung der Nation erlitten, so daß für sie das Thema des Kongresses – „Einheit, Freiheit, Frieden" – eine sehr aktuelle Bedeutung hat.

Geist der Toleranz

In sechs verschiedenen Arbeitskreisen wurden Fragen der deutschen Wiedervereinigung als Verfassungsauftrag, die westeuropäische Integration, die Menschenrechte in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die Sicherung des Friedens, Darstellung ostdeutscher Kultur und Traditionen und die Integration der Aussiedler diskutiert. Alle Fragen führten immer wieder zurück auf die nach der deutschen Nation, auf den „Deutschlandgedanken", wie er sich in einem geteilten Land verwirklichen könne, wie er zum „Schicksal" aller Deutschen geworden ist.

Die Jugendlichen suchten nach der eigenen nationalen Identität, wie sie selbstverständlich ist auch für andere westliche Länder, die sie bereist hatten. Oft sind sie unsicher in den Formulierungen, aber dabei nicht ohne Stolz darauf, daß sie anders sind. Es fiel das Wort: „Wir Aussiedler sind das schlechte Gewissen der Nation."

Man konnte noch so genau hinhören, nationalistische Töne, rechtsradikales Gedankengut oder gar eine Hetze gegen die unter kommunistischer Herrschaft lebenden Länder ihrer Herkunft kamen bei den jüngeren Teilnehmern zu keinem Zeitpunkt auf. Wer den Geist der Toleranz und Versöhnung beschwört, der sollte ihn auch gegen diese Jugendlichen gelten lassen, die über unsere Geschichte und unsere Identität nachdenken, die wir verdrängt haben.

Hoffender, kaltblütig

R. K.-B. Hans Milch, der Leiter der religiösen Gruppe „Spes Unica", hat in Mainz während einer Rede vor etwa 700 Personen innerhalb von fünf Minuten eine schwere Gewissensentscheidung treffen müssen. Während dieser Priester gerade die heutige Ideologie der katholischen Kirche geißelte, trat von außerhalb des Saales sein Küster an ihn heran und teilte ihm etwas mit. Milch bat um eine Minute Geduld. Schnell kam er zurück, „eine unwichtige Sache, erledigt", und fuhr mit dem vorherigen Schwung zu reden fort.

Was war geschehen? Zwei Polizisten standen draußen und teilten ihm mit, soeben sei die Drohung eingegangen, in Kürze werde im Saal eine Bombe hochgehen. Es sei zwar möglich, daß es sich um eine der vielen täglichen leeren Drohungen handle, aber sie seien verpflichtet, ihm die Drohung mitzuteilen.

Da steht nun ein Mann, der Erfahrungen hat mit geistlichen und geistigen Fragen, aber nicht mit terroristischen Narreteien. Und er muß auf der Stelle über das Wohl und Wehe Hunderter anderer entscheiden. Es ist unsicher, ob die Drohung ernst oder unernst ist, vermutlich das letztere. Nimmt er sie aber ernst und ordnet rasche Räumung des Saales an, dann ist Panik mit möglicherweise schlimmen Folgen wahrscheinlich, vielleicht gibt es Verletzte, niedergetrampelte Kinder. Nimmt er die Drohung für Blödsinn, und es gibt keine Explosion, dann geschieht überhaupt nichts. Räumung ist ungefähr ebenso gefährlich wie Explosion.

Ich habe in dem Saal gesessen und das „unwichtig" gehört. Was draußen auf dem Flur vor sich ging, erfuhr ich erst spät am Abend, voller Schrecken. Ich denke, ich hätte an seiner Stelle den Kopf verloren. Der Leiter der „Spes Unica" hat seinen Kopf behalten. So etwas nennt man Führungsqualitäten.

Wenn Handel und Stadtbild kollidieren – Die Urbanicom-Tagung in Trier

Angst vor einem Disneyland

Am Anfang war der Markt – und zwar in der Doppelbedeutung des Wortes als Handel, Handwerk, Gewerbe und als Marktplatz. Das unterscheidet die Stadt vom Dorf. Jede Stadt ist als Markt entstanden und hat sich als Markt entwickelt. Handel und Gewerbe gehören zum Wesen der Stadt, der heutigen wie der historischen. Existentiell also untrennbar zusammengehörig, scheinen sie seit jüngstem dennoch unvereinbar.

Stadt und Handel befinden sich auf Kollisionskurs. Der Handel braucht, um nur eines von vielen Problemen zu nennen, große breite Flächen unten aus Glas, oben aus Stein, Beton oder Metall, und er braucht Schaufenster, Reklame, Neonlicht. Das alles sind Faktoren, die ein historisches Ensemble nicht verträgt, denn es ist kleinparzellig, eher vertikal als horizontal, doch um so vielfältiger in sich selber gegliedert. Elementare Bedürfnisse kollidieren mit elementaren Ordnungen.

Niemand ist glücklich mit diesem Dilemma und es fehlt auf beiden Seiten nicht an gutem Willen zur Verständigung und Kooperation. Ein überzeugendes Zeichen dafür ist die internationale Vereinigung Urbanicom (mit Hauptsitz in Brüssel). 1966 gegründet, vereinigt sie Stadtplaner, Architekten, Kaufleute, Denkmalpfleger, Wissenschaftler, Behörden und Firmenvertreter aus allen europäischen Staaten. Da geht es um Standortplanungen, innerstädtische Verkehrsregelungen, Fragen des Bau- und Planungsrechts, kurz um eine allseits befriedigende Einbindung des Handels in die Stadtstruktur. Verständnis für die legitimen Ansprüche auf beiden Seiten für wirtschaftliche Zwänge ebenso wie für die Notwendigkeit der Denkmalpflege, bildet die Basis der Zusammenarbeit, die freilich immer wieder bedenklichen Belastungsproben ausgesetzt ist.

Die jüngste Studientagung der deutschen Sektion von Urbanicom in Trier stand angemessen unter dem Motto „Handel in einer historischen Stadt". Das 2000jährige Trier bot dafür positives und problematisches Anschauungsmaterial zur Auswahl. Auch war es nicht ohne Pikanterie, daß unter den Gastgebern der Tagung just jene Großfirmen vornan rangieren, die vielerorts hierzulande städtebauliche Ärgernisse zu verantworten haben. Freilich war zu hören, daß auch von ihnen künftig mehr Rücksicht und kooperative Baugesinnung zu erwarten sei. Wenn das zutrifft, dann hätte Urbanicom allein dadurch schon seine Existenzberechtigung nachgewiesen. Andererseits bleibt die Frage, ob man nicht gerechterweise auch den gewerblichen Privatfirmen das zubilligen muß, was die Städte selber und die öffentliche Hand überhaupt mit ihren ungefügen Verwaltungs- und Kulturbauten sich häufig herausnehmen.

Die Verwaltungen liefern auch das Alibi für eine bedenkliche Entwicklung gerade in unseren historischen Städten durch ihren ansteckenden Restaurierungseifer, der bereits derartige Folgen zeitigt, daß sogar die Denkmalpfleger unlängst auf der internationalen Städtetagung „Die alte Stadt", ebenfalls in Trier, vor einem sich ausbreitenden nostalgischen Pseudo-Historismus warnten. Mußten sie vor Jahren noch verzweifelt und allzu häufig erfolglos um die Erhaltung oder Rettung echter Denkmäler kämpfen, so sehen sie sich jetzt einer volkstümlichen „Bewegung" gegenüber, die am liebsten alles was über 50 Jahre alt ist, zum Denkmal erklären oder zurichten möchte. Auf einmal ist die alte womöglich die mittelalterliche Stadt zum Ideal, die Reproduktion historischer Gebäude zum allgemeinen Postulat geworden. Der Handel, den es naturgemäß an den Markt in die attraktive Altstadt zieht, sieht sich in neue Konflikte verstrickt.

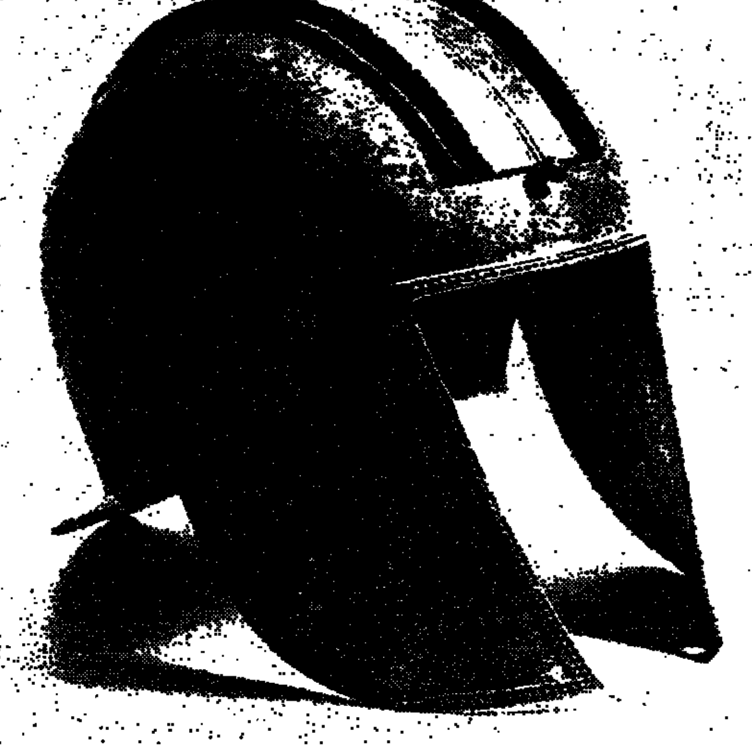
Gerd Albers, renommierter Fachmann für Städtebau und Regionalplanung, nannte in Trier die Alternativen und zugleich das Dilemma, das nur durch Kompromisse auf beiden Seiten zu überwinden ist: Freie Bahn für den Handel bedeutet Beeinträchtigung des historischen Stadtgefüges, möglicherweise mit Einbußen des Fremdenverkehrs; Priorität für Stadtbild und Stadtstruktur aber zwingt den Handel zur Anpassung und zum Verzicht auf Entfaltungsmöglichkeiten. Der Kompromiß wäre Tarnung hinter historischen Gebäuden, nicht ohne „Disneyland-Peinlichkeit", wofür es schon allzu viele, leider auch von örtlichen Denkmalpflegern geduldete, wenn nicht gar begrüßte und geförderte Beispiele gibt.

Als den „wohl angemessensten" Weg bezeichnete Albers einen Kompromiß, der gleichzeitig gestalterische Rücksicht auf den Bestand nimmt, dabei jedoch den zeitgenössischen Ursprung nicht verleugnet. Er weiß selbst, daß dieser Ausweg nicht unproblematisch ist; denn wer will da eine Grenze erkennen zwischen Anpassung, Einfügung, Anbiederung oder, im schlimmsten Fall, Verfälschung?

Auch Diether Wildemann, Denkmalpfleger in Münster, meinte deshalb, es käme darauf an, die Tonart aufzugreifen, vor allem aber, den entsprechenden Rhythmus zu finden, der allein Lebendigkeit garantiert. Gerade das gelingt zu selten.

Das Ganze wäre nicht der Rede wert, wenn unsere Generation den Mut und die Kraft hätte, wie alle früheren Generationen, die nach den Notwendigkeiten und aus dem Geist ihrer Zeit gebaut, umgebaut und wieder aufgebaut haben. Die sichere Selbstverständlichkeit, mit der sie Altes und Neues zusammenfügten, ist uns abhanden gekommen, und die frischen Spuren der letzten Jahre und Jahrzehnte müssen auch ernsthafte Befürworter neuen Bauens schrecken, weil menschliche Züge und individuelle Prägungen darin oft ebensowenig zu erkennen sind, wie nachbarliche Rücksicht und Einfühlung.

EO PLUNIEN



Den Griechen nachgeeifert: Illyrischer Helm von Pečka Banja, Serbien (um 500 v. Chr.), aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

München zeigt „Kelten und Illyrer in Jugoslawien"

Himmel auf den Kopf

Im vierten Jahrhundert vor Christus wurden die Kelten von einer seltsamen Unruhe ergriffen, ein geradezu magischer Wandertrieb ließ dieses Volk in alle Richtungen – nach Westen, Osten und Süden – ausschwärmen. Auf die Spuren dieser gewaltigen keltischen Völkerwanderung treffen wir heute noch in Mittel- und Südeuropa und selbst in Kleinasien. Als die Kelten 335 v. Chr. auf Alexander den Großen im Feldlager an der unteren Donau trafen, ließ der König sie fragen, was sie denn am meisten fürchteten. Und er erhielt die legendär gewordene Antwort, ihre größte Furcht sei, daß ihnen der Himmel auf den Kopf fallen könnte. Ein halbes Jahrhundert später fiel ihnen der Himmel auf den Kopf: sie wurden von Alexander besiegt.

Im Gegensatz zum bayerischen Gebiet, wo seit der Hallstattzeit, dem ausgehenden 8. Jahrhundert v. Chr., die ersten Kelten nachzuweisen sind, tauchen sie in Jugoslawien erst 300 v. Chr. auf. Neben ihnen siedelte eine Vielzahl nichtkeltischer Stämme, deren Namen noch immer unbekannt sind. Für sie wurde der Sammelbegriff „Illyrer" eingeführt.

Den „Kelten und Illyrern in Jugoslawien" hat nun die Prähistorische Sammlung in München eine Ausstellung gewidmet, die dieses schwierige Vorgeschichts-Kapitel behandelt. Aus den Museen des ganzen Landes wurden dafür vom Nationalmuseum Laibach die schönsten und interessantesten Objekte der letzten fünfhundert Jahre vor der Zeitenwende ausgewählt. Die erstmals außerhalb Jugoslawiens gezeigten Fundstücke dokumentieren eindringlich die Vielfalt und die zeitlose Schönheit der eisenzeitlichen Kulturgruppen.

Einer der herrlichsten Funde ist die goldene Totenmaske von Trebeniste. Diese guterhaltene und prachtvoll gehämmerte Goldmaske legte man auf das Gesicht des Toten, um seine Bedeutung zu unterstreichen, aber auch, weil man glaubte, so der Verwesung Einhalt gebieten zu können.

Unter den Ausstellungsstücken eine spezifisch illyrische Kunst auszumachen ist nur selten möglich, denn hier mischen sich zu viele Formen und Stile. Am häufigsten sind hellenistische Stil-Einflüsse zu erkennen, wie bei den zahllosen Funden griechischer Keramiken und Terrakotten oder wie bei dem silbernen Medaillon von Krusevica und dem goldenen Ohrgehänge mit einem Negerkopf aus Bernstein, der in der Nähe von Titograd ausgegraben wurde.

Der illyrische Adel zeigte sich weltoffen, eiferte den Griechen nach. Die Helme weisen in ihrer Form nach Griechenland, ebenso wie das Tafelgeschirr und die kleinen Behälter für Salböl. Nach griechischen Vorbildern wurden auch die einschneidigen Schwerter geschaffen, die die Illyrer allerdings in einer kleinen kurzen Form schätzten. Das keltische Element erscheint hingegen plumper. Es bevorzugt die geometrisierenden, später die ornamentalen und kurvigen Flächen. Und von der hohen Kunstfertigkeit der Illyrer zeugen kleine Tierplastiken aus Gold und Bronze.

Dem Besucher wird es allerdings nicht leicht gemacht, das Wesentliche und das Besondere zu erkennen. Denn zu der Ausstellung gibt es keinen Katalog. Die Vorstellung der Funde in erleuchteten Glasvitrinen ist zwar aufregend und faszinierend, aber – auch wenn die Wissenschaft das illyrische Rätsel noch lange nicht gelöst hat – ein wenig mehr als den bloßen Augenschein hätte man schon gern (bis 17. Juni).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

A. Reinhardt inszeniert „Elektra" in Darmstadt

Leichenfeier ohne Ende

Die noch amtierenden Beherrscher der Musiktheaterszene müssen ihre Vormachtstellung allmählich durch eine couragierte Riege inszenierender Bühnenbildner bedroht sehen. Eigentlich machte Wieland Wagner den Anfang. Nach Grüber und Ponnelle traten Herbert Wernicke und Marco Arturo Marelli auf den Plan. Und jetzt ist auch Andreas Reinhardt Bühnenbildner und Regisseur dazu. Mit der „Elektra" hat er sich in Darmstadt dem Doppeltest vor Richard Strauss und Hofmannsthal gestellt: Mit einer wohlgeprobten, überaus heiklen und komplizierten Theaterarbeit, die bei allen Übertreibungen immer wieder der Gefahr entgeht, die Musik zurückzudrängen. Dies ist immerhin mehr als man den meisten szenischen Neutönern und Bilderstürmern nachrühmen kann.

Überraschend zunächst, daß der Szenograph Reinhardt dem altgedienten Grundriß des Palasthofes zu Mykene nur wenig neue Varianten abzugewinnen vermag. Der Raum ist rechtwinklig abgezirkelt und von modrig-grünem Gemäuer eingegrenzt. Auf der linken Bühnenhälfte zelebriert Elektra eine permanente Leichenfeier. Die verängstigten Figuren, die nach dem ersten Aufschrei des Agamemnon-Motivs erkennbar werden, scheinen den Fluch, der über dem Geschlecht der Atriden liegt, in die Gegenwart hereinschleppen zu wollen.

Andreas Reinhardt geizt nicht mit assoziativen Zeichen und Bildern des Grauens, aber der Bühnenbildner widerlegt nicht den Regisseur. Nirgendwo lenkt das Bild von dem ab, was die Figuren untereinander auszumachen haben. Doch hier überzieht Reinhardt, neigt zu Geschäftigkeit und rüdem Naturalismus, der sich mit Vorliebe auf bluttriefenden Treppen austobt, legt dann aber die enervierende Psychologie der großen Klytämnestra-Szene (an Körper und Stimme gebrochen: Eva Gilhofer) auf intimen Kammerton fest, läßt sie beinahe in einen Familientreff nach der Manier Ibsens abdriften. Und am Ende, in der furchterregenden Pantomime Elektras mit dem Beil, verflacht die Ekstase des Vendetta-Dramas vollends zu blanker Hysterie.

Nicht so im Musikalischen, wo Hans Drewanz die raffiniert-komplizierte und avancierteste Musik des Komponisten doch ein wenig verbürgerlicht. Sicher und flexibel im Umgang mit Bühne und Orchester meidet Drewanz – hier uneins mit dem Inszenator – den brutalen Effekt, kühlt die nervöse Überreiztheit der Partitur ebenso ab wie das affektschwelgende As-Dur der Erkennungsszene.

Elektra ist die schön und ebenmäßig singende Deborah Polaski: Keine großkalibrige hochdramatische und schon gar keine schreiende Mänade, eher eine Rächerin, die Freud gelesen hat und dennoch – im selbstvergessenen Dialog mit Orest (wie Johannes der Täufer gewandet; Hubert Bischof) – der ergreifenden Demut fähig ist. Ein Glücksfall: Sheryl Stuter, die als Chrysosthemis mit prunkvoll gleißenden Kantilenen alles überstrahlt.

HEINZ LUDWIG

Psychologisches Training für „DDR"-Intendanten

Raus aus der Sackgasse!

Es scheint merkwürdig. Aber auch linientreue Theaterintendanten und Ensembleleiter in der „DDR" haben Mühe, ihre politischen und künstlerischen Forderungen bei Mitarbeitern und Ensemblemitgliedern durchzusetzen. Dies bestätigt nicht nur eine Rede des „DDR"-Kulturministers Hans-Joachim Hoffmann auf einem Intendanten-Seminar vom Anfang dieses Jahres, sondern auch ein unlängst von der Ostberliner Zeitschrift „Theater der Zeit" veröffentlichter Beitrag von Hans Marggraf, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter der Direktion für Theater und Orchester der „DDR". Marggraf muß zugeben, daß die „Frage nach den Anforderungen an einen sozialistischen Leiter" ein „Problem" ist.

Aus diesem Grunde veranstaltet der „DDR"-Theaterverband seit einigen Jahren für Ensembleleiter ein „sozialpsychologisches Verhaltenstraining". Dieses Training – so Marggraf – „aktiviert und motiviert, anders als bei herkömmlichen Lehrmethoden, die gesamte Persönlichkeit des Teilnehmers. Es werden nicht so sehr Kenntnisse als vielmehr Fähigkeiten durch ein regelrechtes Training erworben und gefestigt. Verhaltenstechniken werden vermittelt und erworben, mit denen ein erfolgreiches Leiterverhalten realisiert werden kann. Es geht also nicht so sehr um das 'Was' der Leitungstätigkeit als vielmehr um das 'Wie'." Ein Ensembleleiter, so lautet die Schlußfolgerung, müsse seine Kollegen „so beeinflussen", daß sie von der Richtigkeit seiner Absichten überzeugt seien und sein Vorhaben „als ihr eigenes akzeptieren".

Die Methode, mit Hilfe psychologischer Tricks die Bühnenkünstler und die übrigen Mitarbeiter von der angeblichen Notwendigkeit einer Theaterkunst zu überzeugen, die den „Menschen Kraft und Zuversicht für die Lösung der großen Aufgaben bei der Stärkung der DDR" vermitteln soll, hat sich in der Praxis jedoch als weitgehend untauglich erwiesen. So beklagte Kulturminiter Hoffmann die immer noch mangelhafte Qualität und Wirkung der „DDR"-Theaterkunst. Unlust breite sich unter den Theaterkünstlern aus. Die Folgen: „Äußerliche Aktualisierung alter Stücke zum Beispiel, verschlampte Sprache und mangelnde Ästhetik von Bühnenbild und Kostümen."

Auch der von den Betrieben, verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen usw. organisierte Theaterbesuch führt nicht zu den von den SED-Funktionären gewünschten Ergebnissen. Viele Zuschauer bleiben weg, sie lassen ihre Karten verfallen. „Ganz augenscheinlich ist", so klagte der Dresdener Theaterintendant Gerhard Wolfram, „daß das Theater nicht funktioneren wird, wenn es sein Publikum nicht über das Organisatorische hinaus, also persönlich, zu aktivieren vermag." Es scheint programmiert, daß weder sozialpsychologisches Verhaltenstraining für Ensembleleiter und Intendanten noch der organisierte Besuch das „DDR"-Theater aus seiner Sackgasse herausführen werden.

HARALD BUDDE

Meisterschaft auf einem kargen Instrument – Benny Goodman wird 75

Mozart hätte seine Freude an ihm

Nur selten lassen sich Eckdaten der Jazzgeschichte so genau auf den Tag festlegen wie in der Karriere Benny Goodmans. Da ist zunächst der 21. August 1935 zu erwähnen. Jazzchronisten sind sich einig darüber, daß der Klarinettist genau an diesem Tag im Palomar Ballroom in Los Angeles seinen Durchbruch hatte. Will man der verfilmten Biografie des Künstlers glauben, so geschah an diesem denkwürdigen Datum folgendes: Benny Goodman und seine Band spielten, wie schon an vielen Abenden zuvor, ihr Repertoire an Tanzmusik, als das Publikum auf dem Parkett plötzlich aus dem Takt geriet und sich um die Bühne versammelte, um der Musik zuzuhören. Als Goodman zu Ende gespielt hatte, brach die Menge in tosenden Beifall aus und verlangte Zugabe um Zugabe. Die Zeiten, da der Swing als bloße Gebrauchsmusik zum Tanz lockte, waren vorbei.

Das zweite bemerkenswerte Datum in der Karriere des Benny Goodman und in der Geschichte des Jazz ist der 16. Januar 1938. An diesem Sonntagabend spielte er mit einer Band, in der sich die absolut besten Musiker tummelten, die in Amerika in jenen Tagen aktiv waren: Teddy Wilson, Gene Krupa, Lionel Hampton, Harry James, Count Basie, Johnny Hodges, Lester Young, um nur einige zu nennen. Noch bemerkenswerter als diese Zusammensetzung von weißen und farbigen Musikern war der Ort des Geschehens: die New Yorker Carnegie Hall, in der ansonsten nur Toscanini, Walter und Konsorten den Taktstock hoben. Nun hatte das ehrwürdige Gebäude endlich auch die höheren Weihen des Jazz erhalten. Es ist schwer vorstellbar, daß ein Abend mit klassischer Musik jene Reaktionen beim Publikum ausgelöst hätte, wie man sie beim mittlerweile legendären Carnegie-Hall-Konzert Goodmans immer noch und immer wieder (dank einem Plattenmitschnitt) erleben kann.

Wenn man von Jazzklarinettisten spricht, ist es unweigerlich immer derselbe, dessen Name zuerst fällt: Benjamin David Goodman, der, heute vor 75 Jahren geboren, als Benny Goodman eine der herausragenden Figuren in der Musik der 30er und 40er Jahre wurde. Welche Klangvielfalt vermochte er auf dem als „karg" verschrieenen Instrument zu erzeugen: vom gehauchten Pianissimo in den höchsten Lagen über ein jubilierend strahlendes Forte in der Mitte bis hin zu den volltönenden Tiefen. Sein Tonansatz war klar und rein, er reihte die Noten fein säuberlich wie Perlen auf eine Schnur.

Schon frühzeitig in seiner Karriere liebte es der „King of Swing", hin und wieder das Lager zu wechseln und bei der Klassik vorbeizuschauen. Er spielte mit dem Budapester Streichquartett, nahm sich die Werke Bartóks, Hindemiths und Coplands vor. Nicht zuletzt gilt er als kompetenter Interpret der Klarinettenkonzerte von Mozart und Weber. Wenn's hier und da ein wenig „jazzig" klingt – wer weiß, ob Mozart nicht seine helle Freude daran gehabt hätte!

Als Goodman 1980 zum Kanzlerfest nach Berlin eingeladen wurde, fragte er bei Helmut Schmidt an, ob man nicht gemeinsam musizieren könne. Der Kanzler lehnte ab. Diesen Korb hatte ihm zwanzig Jahre zuvor König Bhumibhol von Thailand nicht gegeben. Der König, ein passionierter Saxophonspieler, traf mit Goodman in New York zu einer Jam Session zusammen. Gekrönte Häupter wissen nun mal, was sie einander schuldig sind.

RAINER NOLDEN



Er gab der Carnegie-Hall die höheren Weihen des Jazz: Benny Goodman FOTO: DANILO LUBEJ

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Litfass

Jedem seinen Schweizer

Von „Litfass / Zeitschrift für Literatur", seit einiger Zeit im Piper Verlag erscheinend, liegt uns die Nr. 30 vor. Das 144 Seiten starke Heft im Taschenbuchformat (8 DM) enthält zur Hälfte Beiträge von schweizerischen (oder in der Schweiz lebenden) Schriftstellern. Das ist kein Zufall, denn man entnimmt dem Vorwort des „Litfass"-Herausgebers Rainer Weiss, daß man der Frage nachgehen will, weshalb „heute kaum mehr ein deutscher Verlag auszumachen ist, der nicht 'seinen' Schweizer, 'seine' Schweizerin im Programm hat. Warum wohl? Haben wir es hier mit einer besseren Literatur zu tun?"

Diese recht direkte Frage ist von den Beiträgen des Dutzends Schweizer Autoren her kaum zu bejahen. Wo man die Namen nicht kennt, gibt erst das Autorenverzeichnis darüber Auskunft, ob es sich um ein schweizerisches Produkt handelt oder nicht. Erkennbare schweizerische Inhalte sind nämlich nicht vorhanden, und die Machart ist – mit den Ausnahmen von Kurt Marti und M. R. Becher – von der gleichen Manieriertheit wie die Texte der meisten jungen Autoren: „Daß er deprimiert sei, nein, eigentlich nicht, oder daß er resigniert habe, wie käme er dazu, nein! Aber in seinem Kopf breite sich manchmal eine Art negatives Licht aus . . ."

Die Redaktion hatte jedoch den Einfall, einen notorischen Nonkonformisten in Sachen Literatur um eine Einleitung zu bitten: den Zürcher Charles Linsmayer. In seinem „Literaturbrief aus der Schweiz" zeichnet er zunächst drastisch das wirtschaftliche Gefälle von der Schweiz herunter zur Bundesrepublik Deutschland. Er tut das nicht aus Sadismus, sondern weil es seiner Meinung nach die epidemische Ausbreitung helvetischer Literatur erklärt.

Linsmayer ist der Meinung, daß selbst solche eidgenössischen Autoren, die in der Bundesrepublik kaum gelesen werden, für deutsche Verleger eine gute Investition seien: „Die Schweizer importieren, auch wenn sie über sie die Nase rümpfen, ihre in Deutschland verlegten (also arrivierten!) Autoren nämlich konsequent und pflichtschuldig in beträchtlicher Zahl. Und dank des harten Schweizer Franken ist das Geschäft mit dem noch immer intakten, traditionsreichen Schweizer Buchhandel für den deutschen Verlag ein gutes Geschäft: Jährlich importiert die Schweiz immerhin für 200 Millionen Franken Bücher aus Deutschland!"

Interessant ist, was Linsmayer über das Verlagswesen in der Schweiz selbst berichtet. Während die großen und mittleren Verlage wegen ihres beschränkten Marktbereiches fast alle in einer Krise steckten, sei um so erstaunlicher „die Blüte der Kleinverlage, Ein- und Zweimannbetriebe zumeist, mit spezifisch schweizerischem Programm, für das der deutsche Buchmarkt nur eine untergeordnete Nebenrolle spielt". In diesem Bereich veröffentlichen unzählige einheimische Schriftsteler, die so den Humus für die „Auswanderer" in Richtung Norden bilden.

Wie ist das wirtschaftlich möglich? Linsmayer gibt drei Gründe an: 1. Mit Schweizer Franken läßt sich in Deutschland billig drucken. 2. Die Autoren können von ihren Büchern nicht leben, haben deshalb einen Beruf und können so den Druck bezahlen. 3. Die schweizerischen Behörden und Gemeinden zahlen aus sozio-kulturellem Pflichtgefühl viel Druckzuschüsse – auch wenn sie die geförderten Produkte gar nicht mögen. Übrigens sagt Linsmayer auch einiges Aufschlußreiches über die geistige Seite der eidgenössischen Literatur. Aber das muß man in „Litfass" nachlesen.

ANTON MADLER

JOURNAL

Kritik an der Begabtenförderung

dpa, **Hamburg**

Kleine Genies werden nach Angaben der „Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind" in der Bundesrepublik bisher nur unzureichend gefördert. Wie der Vorsitzende der Gesellschaft, Walter Kapaun, anläßlich eines internationalen Symposions über „Probleme hochbegabter Kinder und Jugendlicher" sagte, ist die Bundesrepublik im Bereich der Erkennung und Förderung dieser Kinder ein „ausgesprochenes Entwicklungsland". So gibt es nach seiner Darstellung bisher lediglich an einer deutschen Hochschule, der Universität Hamburg, ein Projekt, in dem mathematisch besonders talentierte Schüler in Zusammenarbeit mit der John-Hopkins-Universität Baltimore gezielt gefördert werden.

Musikverleger contra Rundfunkanstalten

dpa, **Westerland**

Deutliche Kritik an der Musikauswahl der deutschen Rundfunkanstalten hat der Deutsche Musikverleger-Verband (DMV) geübt. „Die Autoren klassischer Musik können erst auf die Präsentation ihrer Werke in den deutschen Rundfunksendern hoffen, wenn sie gestorben sind", sagte der Vizepräsident des Verbandes, Hans Wilfred Sikorski, jetzt auf der Jahreshauptversammlung des DMV in Westerland auf Sylt. Besonders die Nachtprogramme der ARD favorisierten fast zu 80 Prozent ausländische Autoren. Dieser „Boykott" einheimischer Autoren sei fast im gleichen Umfang auch bei der Pop-Musik zu verzeichnen.

Hans Egon Holthusen erhält Kunstpreis

dpa, **Kiel**

Der Essayist und Literaturkritiker Hans Egon Holthusen erhält den mit 20 000 Mark dotierten Kunstpreis 1984 des Landes Schleswig-Holstein. Der mit 5000 Mark dotierte Förderungspreis geht an den Rendsburger Schriftsteller und Maler Gerritt Bekker. Der 1913 in Rendsburg geborene und jetzt in München lebende Holthusen wird als „einer der bedeutendsten und wirkungsgeschichtlich einflußreichsten deutschen Lyriker der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts" geehrt.

Oleksa Tichy tot

DW. **Moskau**

Wie heute bekannt wurde, ist am 6. Mai der politische Gefangene Oleksa Tichy im sowjetischen Arbeitslager Perm im Alter von 57 Jahren gestorben. Tichy hatte in seinen Schriften die Selbständigkeit der ukrainischen Kultur dokumentiert und in Kiew eine Gruppe mitbegründet, die sich für die vollständige Durchführung der Beschlüsse von Helsinki einsetzte. Für diese „konterrevolutionären Aktivitäten" wurden ihm insgesamt 17 Jahre Arbeitslager und fünf Jahre innere Verbannung auferlegt. Seine schwere Krankheit, die er sich bei der Arbeit im Lager zugezogen hatte, und die unzureichende ärztliche Versorgung ließen ihn diese Strafe nicht überleben.

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Baden-Baden: Christian Boltanski – Staatliche Kunsthalle (bis 1. Juli)

Berlin: Kunst und Medien – Staatliche Kunsthalle (bis 17. Juni)

Der Archäologe – Antikenmuseum (bis 12. August)

Bonn: Zwischenbilanz Neue deutsche Malerei – Rheinisches Landesmuseum (2. Juni bis 15. Juli)

Georg Baselitz – Städtisches Kunstmuseum (13. Juni bis 26. August)

Göttingen: Zinngießer in Göttingen – Städtisches Museum (3. Juni bis 29. Juli)

Peter Vogt – Malerei – Städtisches Museum (bis 23 Juni)

Hamburg: Schätze aus Korea – Museum für Kunst und Gewerbe (15. Juni bis 16. September)

Hannover: Neue Malerei – Berlin – Kestner-Gesellschaft (1. Juni bis 5. August)

Kassel: Vadim Sidur – Neue Galerie (bis 29. Juli)

Mainz: Aspekte sowjetischer Kunst in der Gegenwart – Mittelrheinisches Landesmuseum (bis 24. Juni)

Köln: Verschwundenes Inventarium. Der Skulpturenfund im Kölner Domchor – Schnütgen-Museum (bis 2. September)

Ludwigshafen: Die Kaffeekanne – Wilhelm-Hack-Museum (bis 24. Juni)

Mülheim/Ruhr: Helmuth Macke. Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen – Städtisches Museum (9. Juni bis 8. Juli)

München: Erde und Feuer – Traditionelle japanische Keramik der Gegenwart – Deutsches Museum (8. Juni bis 16. September)

Oskar Schlemmer – Museum Villa Stuck (bis 26. August)

Oldenburg: Robert Sturm – Landesmuseum (6. Juni bis 8. Juli)

Osnabrück: Horst Gläsker – Kulturgeschichtliches Museum (7. bis 27. Juni)

Regensburg: Umgang mit der Aura. Lichtbild, Abbild, Sinnbild – Städtische Galerie (2. Juni bis 29. Juli)

Schleswig: Karl Schmidt Rottluff – Zum 100. Geburtstag – Schloß Gottorf (3. Juni bis 12. August)

Stuttgart: Rudolf Schlichter (1890–1955) – Württembergischer Kunstverein (bis 1. Juli)

Beim Drogenkönig ging's zu wie im alten Rom

Kolumbiens vertriebene Bosse ließen Paradies zurück

AFP, **Bogotá**

Kolumbiens Tierschützer fürchten ein Massensterben in den verlassenen Privatzoos der Rauschgiftmafia. Seit Staatspräsident Belisario Betancourt den Marihuana- und Kokainkönigen vor einem Monat den Krieg ansagte, flichen viele der bis dahin unbehelligten „Capos" außer Landes. Zurück blieben hunderte von importierten Raubkatzen, Elefanten, Giraffen, Zebras, Nilpferden, Nashörnern, Känguruhs und rund 300 exotische Vogelarten, denen nun der Hungertod droht.

Die im Geld schwimmenden Mafiosi wußten oft buchstäblich mit ihrem Geld nichts anzufangen. Nur so ist zu erklären, daß einige von ihnen die Drogen-Dollars für die Einfuhr afrikanischer und asiatischer Fauna ausgaben.

Zwei dieser luxuriösen Freigehege, die Hacienda „Napoles" in der Nordwest-Provinz Antioquia und die Hacienda „Veracruz" an der Atlantikküste, konnten nach der Flucht ihrer Besitzer ausführlich von der Armee besichtigt werden. Neben wilden Tieren fand sie dort vor allem Waffen, Labors zur Herstellung von Kokain und Sportflugzeuge zur Ausfuhr der heißen Ware in die USA. Die Mafia, die mit ihrem Handel bisher mehr Einnahmen verzeichnen konnte als der gesamte kolumbianische Außenhandel, fühlte sich unantastbar. Nach der Ermordung von Justizminister Rodrigo Lara Bonilla am 30. April, der als einer der entschiedensten Gegner des Rauschgifthandels galt, ging die Regierung endlich zum Angriff über und gab die Jagd auf die Bosse frei.

In „Napoles", der Hacienda von Pablo Escobar, fanden die Soldaten außer wilden Tieren auch 300 000 Obstbäume, mit denen ihr Besitzer neue Kreuzungen und Veredelungsprozesse durchführen ließ. Ein beachtlicher Stab von Agrarexperten arbeitete an dem Projekt.

Escobar selbst verbrachte seine Zeit lieber mit einem Pärchen afrikanischer Papageien, das er importiert hatte. Für die seltenen Tiere hatte er zehntausend Dollar auf den Tisch legen müssen. Ernährt werden mußten sie zunächst mit eingeführten Sonnenblumenkernen. Escobars Wissenschaftler fanden jedoch eine Möglichkeit, die Futterkosten durch die Verwendung heimischer Produkte zu senken. Aber auch dann kosteten die beiden Papageien noch immer viertausend Dollar pro Monat.

Die Hacienda „Vera Cruz" im Norden des Landes gehört dem mächtigen Ochoa-Klan. Neben einem Zoo gibt es dort auch eine Stierkampf-Arena, eine Manege für Hahnenkämpfe, ein Delphin-Becken und Rennpferde. Anders als bei den Escobars war hier der Zutritt verboten. Nur Gerüchte unter den Campesinos gaben Hinweise darauf, wie es jenseits der Grenzen des Ochoa-Imperiums aussah. Außer über moderne Sportflugzeuge verfügte der Klan auch über Wasserflugzeuge, die ständig Richtung Miami starteten.

In den Mafia-Haciendas, so berichten Eingeweihte, war man auch rauschenden Fiestas nicht abgeneigt. Dabei sei es zu Orgien gekommen, bei denen die alten Römer vor Neid erblaßt wären. Mit von der Partie gewesen seien oft namhafte internationale Show-Stars und Künstler, denen man für ihre Teilnahme volle Konzert-Gage gezahlt habe.

Doch auch die „Wohlfahrt" sollte bei den „Capos" nicht zu kurz kommen. Aus politischem Kalkül gab Escobar in der ärmlichen Gegend nahe Medellin, der zweitgrößten Stadt des Landes, den Bau von Unterkünften für eintausend Familien in Auftrag. Seit der Flucht des Geldgebers ist es auf der Baustelle allerdings sehr ruhig geworden.

Die Regierung fragt sich unterdessen, wie sie die zurückgelassenen Tiere vor dem Verhungern retten kann. Ein Vorschlag lief darauf hinaus, den Besitz der Mafia zu versteigern und mit dem Erlös für die Tiere zu sorgen. Kolumbiens Verfassung sieht jedoch eine solche Möglichkeit nicht vor.

GABRIEL PAEZ



Heute abend verfinstert sich die Sonne – ein Naturschauspiel nimmt Abschied für zehn Jahre

Deutschland erlebt heute abend – klares Wetter vorausgesetzt – eine partielle Sonnenfinsternis. Es ist für zehn Jahre die letzte, ehe sich das nächste Himmelsschauspiel erst wieder für den 10. Mai 1994 ankündigt. Die *schmale Zone einer ringförmigen Finsternis* erstreckt sich vom Pazifik über Mexiko, den Süden der USA und den Atlantischen Ozean bis nach Nordafrika. Die dunkle Scheibe des Neumondes schiebt sich bei uns um 19.19 Uhr vor die Sonne. Am finstersten wird es in *München um 20.11 Uhr sein, wenn 35 Prozent* des Feuerballs bedeckt sind. Das Spektakel geht dann in Kiel um 20.48 Uhr und in der bayerischen Landeshauptstadt zehn Minuten später zu Ende. Unser Foto zeigt Hamburg während der letzten Finsternis am 20. Juli 1982. (D.T.) FOTO: MÜLLER-PREISSER

Chance für Handwerker

dpa, **Würzburg**

Über Jahrzehnte hat sich die Denkmalpflege in Deutschland nur am schutzwürdigen Einzelobjekt orientiert. Bis Anfang der 70er Jahre waren „neue Techniken und Materialien für den Wiederaufbau" gefragt, „Betonarchtiktur" bestimmte zunehmend das Bild der Städte. Heute ist der Denkmalbegriff auf Bauensembles und ganze Städte ausgeweitet. Für Handwerker tun sich dadurch Betätigungsfelder auf, die längst vergessen schienen. Mit den Auswirkungen der neuen Situation befaßt sich zur Zeit der Kongreß „Handwerk und Denkmalpflege", der bis zum 30. Mai in Würzburg stattfindet.

Etwa zwei Millionen Gebäude gelten heute als schutzbedürftig. Seit gleichzeitig mit der ökologischen Bewegung auch das Bewußtsein für die schwerwiegenden Umweltschäden an gebäuden und Kulturdenkmälern wuchs, stellten sich für das Handwerk neue Aufgaben, sagte der Denkmalpflegexperte des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Franz Fuchs.

Der Hölle von Edirne entkommen

Deutscher Fernfahrer aus türkischem Gefängnis für 80 000 Mark freigekauft

XING-HU KUO, **Stuttgart**

„Rudolf – Gott sei Dank wieder in der Heimat, Rudolf – gute Besserung": Freude und Erleichterung sprach von den Transparenten, die die Bürger von Westerheims auf dem Stuttgarter Flughafen einem der ihren entgegenstreckten. Einer der ihren – das ist Rudolf Rautenberg – heimgekehrt aus der siebenmonatigen Hölle von Edirne.

Am Montagabend 18.54 Uhr öffnete sich die Tür des weißen Lear-jets aus Istanbul: ein bis auf die Knochen abgemagerter, totenblasser Mann wurde auf einer Trage in einen bereitstehenden Hubschrauber umgeladen. Der 47jährige 1,90-Meter-Riese war nicht wiederzuerkennen. Während der Haft im Gefängnis der türkischen Stadt Edirne erkrankte er bei den unglaublich schlechten Bedingungen so schwer, daß er von 82 auf 48 Kilogramm abmagerte. Es wurde ein Wettlauf mit dem Tode, den der wegen angeblichen Schmuggels verhaftete Mann offenbar buchstäblich in letzter Minute gewonnen zu haben scheint. Sechs Monate mindestens braucht der Fernfahrer nach Ansicht des Münchner Arztes Hans Reis, der ihn begleitete, um wieder gesund zu werden: in der Haft ruinierte er sich Lunge, Leber und auch die Bauchspeicheldrüse.

Die Vorgeschichte: der Kleinspediteur Rautenberg übernahm Ende 1983 von einem ihm bekannten Kollegen Umzugsgut türkischer Familien nach Istanbul, das als Zollfracht gekennzeichnet war. Am 14. Oktober vergangenen Jahres kam Rautenberg in der türkischen Grenzstadt Capikule an. Bei einer Kontrolle wurde Schmuggelware im Werte von rund 3 000 Mark festgestellt, darunter Einspritzpumpen, Telefone, Gummidichtungen. Rautenberg erklärte immer wieder, davon nichts gewußt zu haben. Er wurde gleichwohl eingesperrt, der Prozeß aber immer wieder verschoben – ein Indiz dafür, daß die Anklage keineswegs auf sicheren Füßen stand. Derweil verschlechterte sich der Gesundheitszustand des Häftlings rapide.

Erste nachdem Ehefrau Anneliese – die in den letzten zwei Wochen bei ihrem schwerkranken Mann im Hospital bleiben durfte – und andere Angehörige auf das Schicksal des Fernfahrers aufmerksam machten, bemühten sich offizielle Stellen in Bonn und Stuttgart um den Fall.

Außenminsiter Hans-Dietrich Genscher und Landesvater Lothar Späth schalteten sich ein. Späth warnte kürzlich in Bonn den türkischen Botschafter vor den Folgen in den deutsch-türkischen Beziehungen, wenn Rautenberg nicht bals freigelassen würde. Diese Intervention wurde offenbar in Ankara verstanden.

Zuvor allerdings gab es noch Strei um die Kaution von 80 000 Mark. Das deutsche Generalkonsulat wollte das Geld in türkischer Währung zahlen, die örtliche Behörden indes deutsche Valuta sehen. Für die Summe kamen auf der Bundesverband für Güterfernverkehr und der Verein für Internationale Krankentransporte, der auch die 15 000 Mark für den Flug in die Heimat übernahm. – In der Türkei sitzen noch zehn deutsche Fernfahrer ein. Auch in diesen Fällen – so forderte gestern der Stuttgarter Pressesprecher – solle die Türkei sich bei der Behandlung von humanitären Grundsätzen leiten lassen.

Regen verärgert die Bauern

dpa, **Düsseldorf**

Durch Dauerregen, Überflutungen, Erdrutsche und große Wasserlachen war der Verkehr in der Nacht zum Dienstag auf vielen Straßen Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens stark behindert. Wegen Aquaplaning ereigneten sich zahlreiche Unfälle. Die Autobahn Ruhrgebiet–Hannover (A 2) mußte bei Hamm wegen Überflutungen fünf Stunden lang gesperrt werden. „Land unter" meldeten die Landwirtschaftskammern von den Äckern, Weiden und Wiesen. Die Bauern seien „supersauer", da die Feldfrüchte auf den verschlammten Flächen an Sauerstoffmangel absterben. „Reisanbau wäre hierzulande vielfach günstiger", verkündete die Landwirtschaftskammer Münster.

Grundsatzurteil

AP, **Kassel**

Krankenkassen brauchen nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts in Kassel nur dann für den Krankenhausaufenthalt von pflegebedürftigen und hilflosen Patienten aufzukommen, wenn für die Behandlung ständige Ärzte und Krankenpflegepersonal sowie medizinische Sacheinrichtungen erforderlich sind. Kann dagegen die ärztliche Versorgung ambulant erfolgen, so braucht die Krankenkasse dafür nicht aufzukommen. (AZ.: Bundessozialgericht 8 RK 42/82.)

Überlebensanzüge Pflicht

dpa, **Hamburg**

Seeschiffe unter deutscher Flagge müssen vom 1. Oktober dieses Jahres an Überlebensanzüge für die Besatzung mitführen. Darauf hat das Bundesverkehrsministerium gestern in Hamburg hingewiesen. Mit dem neuen Anzug zum Stückpreis von 1000 Mark werde eine der Hauptgefahren – der Tod durch Unterkühlung – wirksam verringert.

Schutzimpfungen

dpa, **München**

Unterlassene Schutzimpfungen von Kindern gegen Diphtherie, Tetanus, Kinderlähmung, Masern, Mumps und Röteln müssen nach Auffassung des Deutschen Grünen Kreuzes als „Mißachtung der elterlichen Sorgepflicht" bewertet werden. Folgeerkrankungen wie Gehirnhautentzündung oder gar der Tod durch Diphtherie seien durch Impfungen absolut vermeidbar, erklärte Professor Heinz Spiess (Kinderpoliklinik München) gestern in München. Alle Kinder vom 15. Lebensmonat an sollten gegen Masern, Mumps und Röteln geimpft werden.

Protokolle versteigert

rtr, **Hagen**

Auf Diktierkassetten festgehaltene Vernehmungsprotokolle der Hagener Staatsanwaltschaft sind öffentlich versteigert worden. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft erklärte gestern, am 18. Mai seien insgesamt 15 besprochene Kassetten bei der Versteigerung von ausgesonderten Büromaschinen versehentlich angeboten und verkauft worden. In den Vernehmungsprotokollen seien auch sehr persönliche Angaben über Opfer und Täter enthalten.

LEUTE HEUTE

Brausender Beifall

Vier deutsche Jagdflieger aus dem Zweiten Weltkrieg mit zusammen 700 Abschüssen wurden bei einem Treffen amerikanischer Flieger-Veteranen in Marietta im US-Staat Georgia gefeiert. „Ich komme mir vor, als sei ich unter lauter Adlern," meinte **Lloyd Burchette** (38), ein Vietnam-Kämpfer zur Begrüßung. „Was Sie taten, war noch richtiges Fliegen, ein Kampf Mann gegen Mann." Die vier waren die Generale **Adolf Galland, Johannes Steinhoff, Walter Krupinski** und **Günther Rall**. „Ich hoffe, daß wir Ihre Erwartungen nicht enttäuschen", sagte Steinhoff. „Wir werden alt, haben kaputte Knochen, sind zum Teil halb taub." Brausender Beifall der 1200 Teilnehmer begleitete Steinhoffs Worte. Beifall aber auch für Galland, der erklärte, „ wir sind nicht hier, um den Krieg zu verherrlichen."

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Ein flaches, aber ausgedehntes Tief über West- und Mitteleuropa bestimmt zunächst noch mit wolkenreicher und kühler Meeresluft das Wetter in Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 29. Mai 1984, nachm.

Stationen: bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Überwiegend starke, nur gebietsweise aufgelockerte Bewölkung und zeitweise Regen oder zum Teil gewittrige Schauer. Tageshöchsttemperaturen je nach Bewölkungsverhältnissen 12 bis 15 Grad. Tiefstwerte nachts um 8 Grad.

Weitere Aussichten:

Vor allem in der Osthälfte noch Regen, langsam freundlicher bei ansteigenden Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	31°
Bonn	13°	Kopenhagen	18°
Dresden	11°	Las Palmas	19°
Essen	11°	London	10°
Frankfurt	12°	Madrid	15°
Hamburg	15°	Mailand	10°
List/Sylt	14°	Mallorca	18°
München	9°	Moskau	19°
Stuttgart	12°	Nizza	17°
Algier	20°	Oslo	18°
Amsterdam	11°	Paris	9°
Athen	24°	Prag	11°
Barcelona	14°	Rom	17°
Brüssel	10°	Stockholm	17°
Budapest	18°	Tel Aviv	27°
Bukarest	22°	Tunis	22°
Helsinki	17°	Wien	10°
Istanbul	25°	Zürich	10°

* **Sonnenaufgang am Donnerstag:** 5.12 Uhr, Untergang: 21.28 Uhr. **Mondaufgang:** 5.33 Uhr, Untergang: 22.43 Uhr; **Sonnenaufgang am Freitag:** 5.11 Uhr, Untergang: 21.29 Uhr, **Mondaufgang:** 6.14 Uhr, Untergang: 23.48 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Deutsche schwingt bei Christie's das Hämmerchen

PETER MICHALSKI, **London**

Das Auktionshämmerchen aus Elfenbein ist besonders klein, die Hand, die es hält, ungewöhnlich zart. Aber gemeinsam gaben sie den Auftakt zum „größten Ausverkauf in der Geschichte der Philatelie".

Angeboten werden überzählige Archivbestände aus der Zeit von der Thronbesteigung Edwards VII. (1901) bis zur Pfund-Dezimalisierung (1970). Knapp ein Zehntel sind Auslandsmarken, die die britische Post für die Kolonien druckte. Der Rest sind englische Probe- und Fehldrucke. Keins der angebotenen Wertzeichen ist je offiziell ausgegeben worden. Der erste Tag erbrachte 350 000 Mark. Als Gesamterlös rechnet das Postmuseum mit 20 Millionen Mark. Die Versteigerungsserie, die sich über zehn Jahre erstreckt, findet in London statt. Hand und Hämmerchen indes gehören einer Deutschen. Die schwarzhaarige Anke Adler-Slottke aus Cuxhaven ist die führende Briefmarkenauktionatorin der Welt.

„Dabei geriet ich per Zufall an das Geschäft", sagt sie in ihrem Büro am St. James's Square. Als Kind ließen Postwertzeichen sie kalt. Eine französische Serie mit Reproduktionen von Picasso- und Braque-Gemälden weckten ihr Interesse.

Ein Beruf wurde aus dem keimenden Hobby erst durch ein Inserat. Das Auktionshaus Robson Lowe suchte eine Kraft mit Fremdsprachenkenntnissen. Anke Slottke, die als Teenager nach London gekommen war, wo sie auch ihr Abitur machte, ist fließend in deutsch, englisch, französisch und italienisch.

Eine ideale Kombination. Robson Lowe war eben im Begriff, den Sprung auf den Kontinent zu wagen, und zwar in die dreisprachige Schweiz. Der polyglotte Firmenneuling, gerade erst um die 20, führte die Verhandlungen. „So wurde die Sache mein Baby und ist es bis heute geblieben."

Das „Baby" wurde 1964 geboren und schaffte einen fliegenden Start mit der Versteigerung der berühmten Kollektion des Elsässer Maurice Burrus.

„Es war die erste Großauktion von klassischem Material, darunter vielen Serien aus Altdeutschland", erinnert sie sich. „Es war die erste Versteigerung, die mehrsprachig abgehalten wurde. Und es war die Auktion, dank derer sich die Schweiz zu einem Weltbriefmarkenzentrum entwickelt hat."

Hinzu kam eine Reihe persönlicher „Firsts": „Die Philatelie war und ist eine ausgesprochene Männerwelt. Das Durchschnittsalter damals lag so bei 65." Sie war die jüngste im Auktionssaal und die einzige Frau.

Der inzwischen 79jährige Lowe ist der unbestrittene Doyen der britischen Philatelisten. Vor vier Jahren verkaufte er sein 1920 gegründetes Unternehmen an das 218 Jahre alte Auktionshaus Christie's. Die Christie's-Briefmarkenabteilung, die noch unter dem alten Namen firmiert, genießt mittlerweile eine internationale Machtstellung und beschäftigt in London 40 Mitarbeiter.



Anke Adler-Slottke FOTO: SAD

Chefauktionatorin Anke Adler-Slottke ist längst weltweit tätig: Am 9. Juni bietet sie 2000 Lose in Mailand an, am 25. Juni steht sie in Zürich am Pult. Sie hat schon in New York und Tokio versteigert, auf den Bermudas und mitten im Atlantik auf der „Queen Mary".

Aber sie kann längst nicht mehr eigenhändig auf jeder der 60 bis 70 Versteigerungen im Jahr ihr Hämmerchen schwingen. Heutzutage hat sie nämlich noch weitere „Babys" – einen neunjährigen Sohn, eine Tochter von zwölf und einen in der britischen Textilbranche tätigen Ehemann deutscher Nationalität.

Zur ersten Versteigerung, der bis 1994 jeweils drei pro Jahr folgen, erschienen gut hundert Interessenten. Das ist viel, zumal in erster Linie Sammler boten, nicht Händler. Viele Marken waren schon für 300 Mark zu haben – ein Preis, den sich auch der kleine Sammler leisten kann. (SAD)

ZU GUTER LETZT

Plakat in einer Bonner Hauptschule: „IG Schule und Papier fordert: 30-Minuten-Stunde bei vollem Notenausgleich."